

Cam.

518

4
H

Brentano und Leser,
Sammlung älterer und neuerer
Staatswissenschaftlicher Schriften
des In- und Auslandes
Nr. 7.

Englische Wirtschaftsgeschichte

von

W. J. Ashley

I. Das Mittelalter.



Leipzig

Verlag von Duncker & Humblot

1896.

2. Ex.

Cam. 518^y
(1)

Ankündigung.

Sammlung

älter und neuer

staatswissenschaftlicher Schriften

des

In- und Auslandes.

Herausgegeben von

Dr. Lujo Brentano, und **Dr. Emanuel Leser,**

Geh. Hofrat und Prof. an der Universität München,

Professor an der Universität Heidelberg.

Es giebt vielleicht keine wissenschaftliche Disciplin, welche heute so sehr unter der Unkenntnis des in früheren Jahrhunderten und in andern Ländern Geleisteten litte, wie das Studium der wirtschaftlichen und socialen Erscheinungen.

Daher findet man selbst bei angesehenen Schriftstellern, geschweige denn in der öffentlichen Presse oft die irrigsten Urtheile, wo von dem Werdegang des ökonomischen Denkens und seinen Trägern die Rede ist; daher ferner der häufige Rückfall in längst widerlegte Anschauungen; daher auch die vielen schiefen Äusserungen über die wirtschaftlichen und socialen Erscheinungen und Bestrebungen anderer Länder.

Die Ursachen dieser Übelstände erblicken die Herausgeber in der schweren Zugänglichkeit vieler wichtiger Schriften der Vergangenheit und in der fremden Sprache mancher bedeutungsvoller Arbeiten der Gegenwart.

Sie haben sich daher vereinigt, um mit Hülfe anderer Kollegen dem deutschen Studierenden der Staats- und Socialwissenschaften eine Anzahl schwer zugänglicher oder in fremder Sprache geschriebener Schriften darzubieten. Sie beabsichtigen dabei jedwede Einseitigkeit der Richtung zu vermeiden. Ältere wie neuere Finanz- und Wirtschaftsschriftsteller, Merkantilisten wie Physiokraten, Freihändler wie Schutzzöllner, Vertreter agrarischer wie gewerblicher Interessen, orthodoxe Nationalökonomen wie Socialisten sollen die gleiche Berücksichtigung finden. Einzig maßgebend für die Herausgabe soll sein die Bedeutung der Schrift. Auch sollen Schriften, die längst in aller Hand sind, von der Herausgabe ausgeschlossen bleiben.

Erschienen sind bis jetzt:

1. Mrs. Sidney Webb (Beatrice Potter): Die britische Genossenschaftsbewegung. Herausgeg. von L. Brentano. Preis 4 M.

Fortsetzung auf der dritten Seite des Umschlags.

2 lbs
10. —

Tilley
[Lanes]

W. J. Ashley,

Englische Wirtschaftsgeschichte.

I. Das Mittelalter.

Brentano

Englische
Wirtschaftsgeschichte.

Eine Einleitung in die Entwicklung
von
Wirtschaftsleben und Wirtschaftslehre.

Von
W. J. Ashley, M. A.,
Professor der Wirtschaftsgeschichte an der Harvard-Universität,
ehedem Fellow am Lincoln-College in Oxford.

Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen von *Robert Oppenheim.*

I. Das Mittelalter.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1896.

A 156/245

Bayerische
Staatsbibliothek
MÜNCHEN

Alle Rechte vorbehalten.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Herrn Geh. Oberregierungsrat

Professor Dr. Julius Post

und **Frau Gemahlin**

zu Berlin

in aufrichtiger Verehrung

zugeeignet

vom Übersetzer.

From the University of

Professor Dr. Julius

at the University

of the University

of the University

of the University

Vorrede zur deutschen Ausgabe.

Der Vorschlag, eine deutsche Ausgabe des vorliegenden Werkes zu veranstalten, hat den Verfasser mit der lebhaftesten Genugthuung erfüllt. Er hat von deutschen Forschungen, von deutscher Methode und deutscher Begeisterung für die Wissenschaft soviel gelernt, daß er sich freut, seinen Lehrmeistern zeigen zu können, wie sehr er sich ihnen zu Dank verpflichtet fühlt. Hierzu treten noch zwei andere Gründe, um seine Genugthuung hervorzurufen. Nach einer Periode, in der die Gelehrten der verschiedenen europäischen Länder sich auf die eigenartige Entwicklung der Geschichte ihres Landes etwas zu gute thaten, gelangt man jetzt allmählich zu der Einsicht, daß die sociale und wirtschaftliche Entwicklung im Mittelalter sich im größeren Teile des westlichen Europas auf wesentlich ähnlichen Bahnen bewegt hat.

Wir können alle miteinander viel lernen, wenn wir unseren Blick gelegentlich über die Grenzen des eigenen Landes hinausrichten; und es steht zu hoffen, daß diese Übersetzung das Ihrige dazu beitragen wird, das so wünschenswerte Band internationaler Wissenschaft fester zu knüpfen. Nicht weniger ist es des Verfassers Wunsch, es möge dieses Werk in die Hände einiger deutscher Geschichtsforscher von Beruf gelangen und trotz seiner Mängel in wenn auch geringem Maße, zur Förderung dessen beitragen, was für die Zukunft der Geschichte der Nationalökonomie eines jeden Landes so wichtig ist, zur Förderung des Zusammenwirkens von Nationalökonomien und Geschichtsforschern.

Der freundliche Leser möge bedenken, daß der erste Abschnitt ungefähr fünf Jahre vor dem zweiten abgefaßt wurde, und daß, erst nachdem jener bereits niedergeschrieben, ein großer Teil der Litteratur über den betreffenden Gegenstand erschienen ist. Bei Vorbereitung dieser deutschen Ausgabe sind die Veränderungen des Textes im ersten Abschnitt auf nur wenige Stellen beschränkt worden, um beiden Teilen des Werkes einen festeren Zusammenhang zu geben; dazu kommen einige Zusätze in der Bibliographie. Der Leser wird finden, daß besonders die Darstellung der Handwerker-Genossenschaften und der kanonischen Lehren im zweiten Teile die aus dem ersten Teil empfangenen Eindrücke in gewisser Hinsicht ergänzt und berichtigt.

Cambridge. Mass. Den 19. Mai 1894.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	XI—XIV

Erstes Buch.

Vom 11. bis zum 14. Jahrhundert.

Erstes Kapitel.

Grundherrschaft und Dorfgemeinde	1—66
--	------

Quellen.

§ 1. Die Hofverfassung.	4
§ 2. Ihr Ursprung. Besondere Zustände im östlichen und südwestlichen England	11
§ 3. Zunahme der Zahl der Freisassen.	18
§ 4. Umwandlungen der Dienste in Geldleistungen .	27
§ 5. Wirtschaftliche Eigentümlichkeiten der Dorf- gemeinde	31
§ 6. Auftreten der Geldwirtschaft	39
Anmerkungen	46—66

Zweites Kapitel.

Kaufmannsgilden und Handwerker-gilden . . .	67—125
---	--------

Quellen.

§ 7. Die Kaufmannsgilde	69
§ 8. Ursprung der Handwerker-gilden	76

	Seite
§ 9. Beziehungen zwischen den Handwerkergilden u. den städtischen Behörden	84
§ 10. Innere Verfassung der Handwerkergilden . . .	89
§ 11. Wirtschaftliche Eigentümlichkeiten der Hand- werkergilden	92
§ 12. Binnen-Handel	96
§ 13. Fremde Kaufleute in England.	102
§ 14. Hansa und Stapelplätze	108
Anmerkungen	113—125

Drittes Kapitel.

Wirtschaftliche Theorien und Gesetzgebung. . 127—231

Quellen.

§ 15. Die Kirchenlehre.	129
§ 16. Thomas von Aquino über den „gerechten Preis“	135
§ 17. Die Lehre vom Wucher	151
§ 18. Geschichte der Umlaufsmittel	167
§ 19. Maß und Gewicht	181
§ 20. Regelung des Handels	185
§ 21. Brot-, Bier- und Weintaxe	191
§ 22. Cahorsiner und Juden	199
§ 23. Kaufmannsordnung	208
Anmerkungen	211—231

Register	233
--------------------	-----

Einleitung.

Zwei Ursachen vor allen Dingen sind es, die bald einzeln, bald im Zusammenhang miteinander wirkend, dazu beigetragen haben, das Wesen der nationalökonomischen Wissenschaft nach und nach zu ändern. Diese beiden Ursachen sind einerseits die wachsende Bedeutung der historischen Studien, andererseits die Anwendung der Entwicklungslehre auf die menschliche Gesellschaft. Zunächst machte die Geschichte ihren Einfluß geltend: unter Savignys Hand wurde sie zur Grundlage einer neuen juristischen Methode, deren Wert in unseren Tagen in hervorragender Weise durch Maine zur Anschauung gebracht ist; und von den Juristen ging die geschichtliche Methode auf die Nationalökonomien über. Doch die Lehren eines Roscher, Hildebrand, Knies blieben ein volles Vierteljahrhundert fast unbeachtet, und nicht eher machte sich ihr Einfluß gebührend geltend, bis die praktischen Bedürfnisse des modernen Lebens die Mängel der älteren nationalökonomischen Methoden dargelegt hatten. Inzwischen hatte der Gedanke einer regelrechten Entwicklung der Gesellschaft langsam immer weitere Anerkennung gefunden: ein Gedanke, der — ob er sich nun nach Hegel auf die fortschreitende Offenbarung des menschlichen Geistes, oder nach Comte auf die Entwicklung der Menschheit überhaupt stützt, oder aber ob man ihn mit Spencer als die Anpassung des socialen Organismus an seine Umgebung ansieht — in jedem Falle die Wirkung hatte, dem Volkswirtschaftler vorher unge-

träumte Aussichten in Vergangenheit und Zukunft zu eröffnen.

Welcher Art diese Veränderung war, wird sich zeigen, wenn wir den Grundsätzen nachgehen, durch welche heutzutage die Forschung geleitet wird. Es sind folgende:

1. Die Volkswirtschaftslehre baut sich nicht auf absolut für alle Verhältnisse gleich wahren Lehrsätzen auf, die der Welt etwa erst zu Ende des vorigen Jahrhunderts enthüllt wurden, sondern sie setzt sich aus einer Menge von mehr oder weniger wertvollen Theorien und Verallgemeinerungen zusammen.

2. Seitdem die Menschheit überhaupt zu forschen begonnen, ist kein Jahrhundert ohne seine ökonomischen Ideen geblieben. Die Volkswirtschaft war nicht vollgerüstet aus dem Hirn eines Adam Smith oder irgend eines anderen Denkers hervorgegangen: ihr Auftreten als unabhängige Wissenschaft war nichts anderes, als das Ausscheiden nationalökonomischen Stoffes aus der Spekulation über politische und philosophische Dinge.

3. Ebenso wie die Geschichte der menschlichen Gesellschaft, trotz anscheinender Rückwärtsbewegungen, eine geregelte Entwicklung aufweist, so hat es eine Entwicklung der Geschichte des menschlichen Denkens und dementsprechend des Denkens über die wirtschaftliche Seite des Lebens gegeben.

4. Wie neuere Nationalökonomien ihren Annahmen Verhältnisse zu Grunde gelegt haben, die erst der jüngsten Zeit ihr Entstehen verdanken, so wurden frühere nationalökonomische Theorien, bewusst oder unbewusst, auf damaligen Verhältnissen aufgebaut. Daher müssen die Theorien der Vergangenheit mit Bezug auf die damaligen und nicht auf die heutigen Zustände betrachtet werden.

5. Die Geschichte scheint darzuthun, daß keine bedeutende menschliche Einrichtung ohne zeitweiligen Nutzen, ohne eine gewisse Berechtigung gewesen ist. Ebenso fängt man an, sich darüber klar zu werden, daß — unter Berücksichtigung zeitgenössischer Verhältnisse — kein großer Gedanke, kein bedeutendes, die Gesellschaft auf längere Zeit beeinflussendes Lehrsystem einer gewissen Wahrheit und eines gewissen Wertes entbehrt hat.

6. Die neueren wirtschaftlichen Theorien entsprechen daher nicht für jede Zeit völlig der Wahrheit: weder sind

sie für die Vergangenheit zutreffend, wo die Verhältnisse, die sie voraussetzen, noch nicht existierten, noch für die Zukunft, in der sich, wofern die gesellschaftliche Entwicklung nicht stehen bleibt, die Lebensbedingungen geändert haben werden. —

Dies werden alle Nationalökonomien zugeben; und es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, von welcher Wirkung derartige Ansichten selbst auf diejenigen sein müssen, welche glauben, daß die Volkswirtschaft von vor 30 oder 40 Jahren noch immer der beste Schlüssel zur Lösung zeitgemäßer Fragen sei. Wenn nichts anderes gewonnen wurde, so ist doch zum mindesten der Glaube an die ewige Wahrheit der heutigen Lehren zerstört; solange dieser bestand, war jedes wirkliche Verständnis wirtschaftlicher Zustände der Vergangenheit ausgeschlossen.

Die beiden gleichen Einflüsse haben noch weitere Wirkungen zur Folge gehabt, insbesondere ein Auseinandergehen der Meinungen hinsichtlich der zur Erforschung gegenwärtiger Zustände geeigneten Methode. Es giebt da eine Menge geringfügiger Meinungsverschiedenheiten, manches eklektische Tasten nach Kompromissen; — aber in der Hauptsache sondern sich die Nationalökonomien nach zwei verschiedenen Richtungen. Sie verfolgen entweder die von Ricardo angewandte und von John Stuart Mill und Cairnes verteidigte Methode der Deduktion, oder sie halten sich an die historische Forschung und die Beobachtung wirklicher Thatsachen. Erstere gehen von gewissen Annahmen aus, wie z. B. daß der Mensch von Eigennutz beherrscht werde, daß Freiheit des Wettbewerbes bestehe, daß Kapital und Arbeit übertragbar seien. Hieraus leiten sie gewisse hypothetische Folgerungen ab — Folgerungen, die allerdings nur insoweit wahr, als es die Voraussetzungen sind. Dann hoffen sie, durch Anwendung dieser oder jener Einschränkung eine Erklärung für gewisse Probleme zu finden. Die Anderen trachten danach, sich von Anfang an von allen a priori gefaßten Theorien frei zu machen und die Dinge so zu sehen, wie sie thatsächlich sind und waren. Diese wenden das deduktive Verfahren nur als gelegentliches Hilfsmittel bei Auslegung der Ergebnisse ihrer Forschungen an. Auch unter ihnen bestehen beträchtliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich der zu erstrebenden Ziele, wie auch bezüglich der Ausgestaltung der Volkswirtschaft über-

haupt. Eine stets wachsende Zahl von Forschern — die „historische Schule“ im eigentlichen Sinne des Wortes — meint, daß es nicht länger der Mühe wert sei, mit Rücksicht auf die Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Gliedern der Gesellschaft eines gegebenen Zeitabschnittes allgemeine Formeln aufzustellen, ähnlich den alten Gesetzen über Rente, Lohn und Gewinn. Sie behaupten, daß das, was sie vor allem bestrebt sein müssen zu entdecken, die Gesetze der socialen Entwicklung seien — und zwar durch Feststellung allgemeiner Sätze über die Entwicklungsstadien des Wirtschaftslebens. Sie glauben, daß eine derartige Kenntnis ihnen nicht allein einen Einblick in die Vergangenheit gewähren, sondern sie auch in den Stand setzen wird, die schwierigen Fragen der Gegenwart besser zu verstehen.

[Bibliographie. — Was die Erörterung über die Natur, das Ziel und die Methode der Nationalökonomie betrifft, siehe J. S. Mill, *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy* (1844), bes. Essay V.; Cairnes, *Logical Method of Political Economy* (2. Auflage 1875), bes. Vorlesung II u. IV; Cliffe, Leslie, *Essays in Political and Moral Philosophy* (1879), bes. Essay X, XI u. XIV; Bagehot, *Economic Studies* (1880); Ingram, *History of Political Economy* (1888), deut. Übers. v. E. Roschlau, Tüb. 1890; H. Sidgwick, *Principles of Political Economy* (1883), Einleitung; Brentano, *Die klassische Nationalökonomie* (1888); Keynes, *Scope and Method of Political Economy* (1891); Marshall, *Principles of Economics* (1891), bes. Bch. I, Kap. IV—VII. Den gegenwärtigen Stand der Forschung in Deutschland betreffend, siehe Nasse in dem *Quarterly Journal of Economics* (Boston, U.S.A.), Juliheft 1887; in Frankreich Gide, *Chronique in der Revue d'Économie Politique*, Nr. 1, 1887, und von demselben Verfasser: *The Economic Schools and the Teaching of Political Economy in France* in dem *Political Science Quarterly* (New York), Sept. 1890. Die Darlegung des geschichtlichen Gesichtspunktes finden wir bei Knies, *Die Politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte* (2. Auflage 1883), besonders in der Einleitung. Ferner ist hier zu nennen Schmoller, *Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft* (1875), bes. der 2. Teil; und von demselben Verfasser der Artikel „Volkswirtschaft“ im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* (1894). Hasbach, *Zur Geschichte des Methodenstreits in der politischen Ökonomie*, in *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*. XIX. Band.]



Erstes Kapitel.

Grundherrschaft und Dorfgemeinde.

[Quellen. — Das wichtigste der normannischen Eroberung vorausgehende geschichtliche Zeugnis ist die angelsächsische Urkunde: *Rectitudines Singularum Personarum*, abgedruckt nebst einer alten lateinischen, vermutlich aus dem 12. Jahrhundert stammenden Übersetzung bei Thorpe, *Ancient Laws and Institutes* (1840), und mit einer deutschen Übertragung bei Schmid, *Gesetze der Angelsachsen* (1858). Diese Urkunde handelt von den Pflichten des thegn (Gutsherrn), des geneat (Hörigen, lateinisch villanus), des cotsetla (Kötters) und des gebur (Hüfners), und scheint im 10. Jahrhundert als Anleitung für die Verwalter von Gutsherrschaften verfaßt worden zu sein. Das Domesday-Book von 1086 (gedruckt 1783, zwei ergänzende Bände 1816) stellt den Wert und die Ausdehnung jeder Grundherrschaft, sowie die Zahl der auf ihr ansässigen Bauern zu drei verschiedenen Zeiten fest, nämlich zur Zeit Eduards des Bekenners, unmittelbar nach der Eroberung und zur Zeit der Landesaufnahme; aber es giebt nur ausnahmsweise, wie z. B. für Middlesex, Aufschluß über die Gröfse der bäuerlichen Stellen. Dann folgt eine Reihe von Anschlägen oder Zinsregistern, welche den grundherrlichen Besitz einiger grofsen geistlichen Körperschaften betreffen; am bedeutendsten unter diesen sind: das Burton Chartulary zwischen 1100 und 1113 in den *Collections for the History of Staffordshire*, V. (1884); das Liber Niger of Peterborough, zwischen 1125 und 1128, im Anhang zu dem *Chronicon Petroburgense*, herausgegeben von der Camden Soc. (1849); das im Domesday-Book IV. (1816) enthaltene Boldon-Book von 1183, bezüglich der Besitzungen des Bischofs von Durham, auch herausgegeben von Greenwell für die Surtees Soc. (1852); bezüglich der Besitzungen von S. Pauls ein Bruchstück des Domesday of Ralph de Diceto von 1181, eine Aufnahme (Inquest) von 1222, ein Zinsregister (Rental) von 1240, und im Domesday von S. Pauls ein *Compotus Maneriorum et Firmorum* von 1300, herausgegeben von Hale für die Camden Soc. (1858); ferner: *Rentalia et Custumaria . . . Glastoniae*, 1235

bis 1261, Somerset Record Soc. (1891); das Register of Worcester Priory, 1240, herausgegeben von Hale, Camden Soc. (1865); viele Manorial Extents (Schätzungen von Grundherrschaften) in dem Chartulary of Ramsey Monastery, 1251—52 I., Rolls' Series (1886), und in dem Chartulary of Gloucester Monastery, 1265—66 III., Rolls' Series [Ausg. des Master of the Rolls, *Scriptores rer. Britannii.*] (1867); die Custumals of Battle Abbey, 1282—1312, herausgegeben von Scargill Bird für die Camden Soc. (1887); der Rotulus Redituum von 1290, enthalten im Registrum Cartarum de Kelso. II., herausgegeben vom Bannatyne-Club (1846); ein Rental (Zinsregister) von 1298 in der Coldingham Correspondence, herausgegeben von der Surtees Soc. (1841); der Magnus Rotulus vom Bischof Bec von Durham, 1307, in Greenwells Boldon Book (im Anhang); und insbesondere ein Auszug für die Herrschaft Bleadon aus der Custumal (Dienstrolle) von S. Swithun, Winchester, in den Proc. Archaeol. Instit. (1849). Ein wertvolles Verzeichnis unter dem Titel: *Classified List of Printed Original Materials for English Manorial and Agrarian History during the Middle Ages* (1894) ist von Miss Davenport vom Radcliffe College, U.S.A. zusammengestellt und kann von Messrs Ginn & Co., Boston, bezogen werden.

Man könnte nun glauben, daß geistliche Besitztümer von weltlichen, oder große von kleinen, im Charakter und in der Beschäftigung ihrer Bewohner voneinander abwichen. Dies wird durch die Rotuli Hundredorum von 1279 (gedruckt 1818), die nach Domesday bei weitem wichtigste Quelle für die Geschichte der socialen Entwicklung widerlegt. Diese Rotuli geben genaue Auskunft über jede Grundherrschaft und jeden bäuerlichen Besitzer in einem großen Teile von Mittel-England. Die Extenta Manerii, obwohl ungewissen Datums, wird gewöhnlich dem vierten Regierungsjahre Eduards I. zugeschrieben (*Statutes of the Realm* I. 242); es ist dies ein auf allgemeine Anwendbarkeit berechnetes Verzeichnis von Anweisungen bezüglich der Abschätzung einer Grundherrschaft. Die Schrift des unter der Regierung Heinrichs III. lebenden Advokaten Bracton giebt Aufklärung über den Besitzstand verschiedener Gesellschaftsklassen; aber der Originaltext enthält mehrere mit dem allgemeinen Inhalt unvereinbare Einschreibungen, und vor Veröffentlichung einer kritischen Ausgabe kann diese Schrift nicht als Quelle angesehen werden. (Vgl. Vinogradoff über „den Text von Bracton“ in der *Law Quart. Rev.*, April 1885.) Fleta, ein gleichzeitig erschienenenes juristisches Handbuch, verleiht dem Bilde Farbe durch seine Beschreibung der Pflichten eines steward (Verwalters), bailiff (Amtmanns), reeve (Schultheißen) und anderer zur Grundherrschaft gehörender Diener. Es wurde im Jahre 1647 von Selden gedruckt und 1776 von Houard in die *Coutumes Anglonormandes* III. aufgenommen. Kürzlich hat sich übrigens herausgestellt, daß der Grundriß zu diesem Teile des Fleta von einem, Senechaucie genannten, anonymen Verfasser herrührt, und daß der Hauptinhalt aus Walter of Henley's Husbandry, einer dem 13. Jahrhundert entstammenden Abhandlung geschöpft wurde. Diese Abhandlung ist nebst anderen über Güterverwaltung, von Miss Lamond (1890) für die Royal Historic. Soc. herausgegeben worden. Ein Rental (Zinsregister) von 1298 und ein Bailiff's account (Bericht eines Amtmanns) aus den Jahren 1316—17 sind bei Rogers, *Hist. of Agriculture* II. (1866), veröffentlicht; und ein sehr wertvolles Rental (Zinsregister) und Custumal (Dienstverzeichnis) von 1340 bei Scrope, *Hist. of Castle*

Combe (1852). Die große Ähnlichkeit der damaligen Zustände der Normandie und Englands in den Beziehungen der einzelnen Gesellschaftsklassen zu einander ergibt sich aus: Leopold Delisle, *Études sur la condition de la Classe Agricole etc. en Normandie* (1852); siehe besonders den Zinsbericht der Abtei Mont S. Michel, S. 673 ff. Behufs Vergleichung zwischen dem Umwandlungsprozeß in Mittel Europa während des gegenwärtigen Jahrhunderts und den Zuständen des Mittelalters, siehe Jones, *Distribution of Wealth* (1831).

Von neueren Schriftstellern verdient zunächst John Mitchell Kemble (*Saxons in England*, 1848) erwähnt zu werden. Dieser stellt die Markgenossenschaft als eine freiwillige Vereinigung von Freien dar und sagt: „Sie ist die ursprüngliche Grundlage, auf der die germanische Gesellschaftsordnung sich allerwärts aufbaut.“ Diese Theorie wurde in einer Reihe von Werken mit besonderer Rücksicht auf Deutschland von Georg von Maurer weiter entwickelt. Die wichtigsten dieser Werke sind: *Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadt-Verfassung* (1854) und: *Geschichte der Fronhöfe, der Bauernhöfe und der Hof-Verfassung in Deutschland* (1862—63). Die Geschichte der Landwirthschaft als solcher ist mit großem Erfolg von Georg Hanssen erforscht worden, dessen Schriften in den Agrarhistorischen Abhandlungen gesammelt sind (I. 1880; siehe besonders seine Besprechung von Nasse, Seite 484). Der erste, welcher sich der Theorie der Markgenossenschaft zur Erklärung englischer Verhältnisse eingehender bediente, war Nasse, *Über die mittelalterliche Feldgemeinschaft und die Einhegungen des sechszehnten Jahrhunderts in England*. Bonn 1869. Sir Henry Maine schloß sich an die Ergebnisse der Forschungen eines Maurer und Nasse an, und suchte dieselben durch Vergleiche mit indischen Zuständen zu bestätigen (in seiner *Village Communities in East and West* 1871). Eine Zeit lang blieb die Theorie, daß die Grundherrschaft aus einer freien Markgenossenschaft hervorgegangen sei, in England vorherrschend. Bischof Stubbs war allerdings vorsichtig genug, sich in seiner *Constitutional History* (1873) nicht ohne Vorbehalt zu ihr zu bekennen; aber seine Beweisführung hinsichtlich des Anwachsens der Abhängigkeitsverhältnisse führte zu dem Schluß, daß die Machtstellung der Grundherren sich im großen und ganzen erst spät und nach und nach entwickelte.

Mittlerweile war bei dem anscheinenden Erfolg deutscher Forschung eine andere, besonders von französischen Gelehrten vertretene Richtung seltsamerweise vernachlässigt worden. Guérard machte in seinen *Prolegomena* (1844) zu dem *Polyptichon* des Abtes Irminon, einem Verzeichnis der unter Karl dem Großen zur Abtei St. Germain gehörigen Güter, den Versuch, die hauptsächlichsten Merkmale der Grundherrschaft auf die Gesetzgebung des späteren römischen Reiches zurückzuführen. Seit dem deutsch-französischen Kriege ist seine Arbeit von einer gewissen Schule französischer Kritiker wieder aufgenommen worden, und diese haben viele anscheinend durch deutschen Forscherfleiß gewonnene Ergebnisse über die mittelalterliche Geschichte wiederum in Frage gestellt. Ihr Führer ist Fustel de Coulanges, der in seinen *Recherches sur quelques Problèmes d'Histoire*, 1885, behauptet, daß die ursprünglich freie Markgenossenschaft ein teutonisches Hirngespinnst sei. Das für uns bei weitem interessanteste Werk ist jedoch Seebohm, *Die englische Dorfgemeinschaft*, deutsche Übersetzung von Bunsen,

Heidelberg 1885, welches den Beweis zu führen sucht, daß die Geschichte der englischen Volkswirtschaft mit der Hörigkeit der ländlichen Bevölkerung unter sächsischer Herrschaft ihren Anfang nimmt — einer Hörigkeit, von der diese Bevölkerung zu befreien ein Zeitraum von tausend Jahren verstreichen mußte. Sein Buch hat die Frage über den Ursprung der Grundherrschaft für England aufs neue angeregt, und was auch immer das Endergebnis der Forschung über diesen Gegenstand sein mag, Seeböhm ist unstreitig der erste gewesen, welcher uns in das Wesen der Bodenbebauung und des Bodenbesitzes eine klare Einsicht verschafft hat. Über die internen Zustände auf den Grundherrschaften vom 14.—16. Jahrhundert giebt umfassenden Aufschluß: Rogers, Hist. of Agriculture, und: Six Centuries of Work and Wages.]

§ 1. Bis gegen Ende des 14. Jahrhunderts war England ein reiner Agrikulturstaat. Die Fabrikate, die es erzeugte, dienten ausschließlich dem Verbrauch im Lande selbst, während es für Waren feinerer Qualität auf fremde Einfuhr angewiesen war. Die einzigen Exportartikel bildeten die Rohprodukte des Landes, und unter diesen war das bei weitem wichtigste die Wolle. Sobald man sich daher in die ländlichen Verhältnisse des damaligen Englands Einsicht verschafft hat, versteht man neun Zehntel seiner wirtschaftlichen Thätigkeit überhaupt.

Im 11. Jahrhundert und noch lange nachher war das ganze Land außerhalb der größeren Städte in Fronhöfe (manors) eingeteilt, d. h. in Distrikte, in welchen je eine Person, der Grundherr, gewisse wichtige und wertvolle Rechte über die gesamten anderen Einwohner besaß. Oft war ein Dorf zwischen zwei Grundherrschaften geteilt, oft bildete ein Stück eines Dorfes ein Fronhofsgebiet für sich, das von demjenigen, von welchem es abgetrennt worden, abhängig war; aber solche Fälle kommen nur vereinzelt vor und finden sich um so seltener, je weiter wir zurückgehen. Die große Mehrheit der Fronhöfe bestand aus einem Dorf und dem von den Einwohnern bebauten umliegenden Lande, und wir können dies als den Normalzustand der Dinge betrachten.

Führen wir uns eine in Mittel- oder Süd-England gelegene Fronhofswirtschaft im 11. Jahrhundert vor Augen. Da gab es eine Dorfstraße, und zu jeder Seite derselben, inmitten kleiner Höfe, die Häuser der Ackerbauer. Noch kannte man keine vereinzelter Bauernhöfe, wie wir solchen später begegnen. Um das Dorf herum zog sich das Acker-

land, gewöhnlich in drei große Felder eingeteilt. Davon war eines mit Weizen oder Roggen, ein anderes mit Hafer oder Gerste bestellt, während das dritte brach lag. Die Felder wurden wiederum in Gewanne (furlongs) geteilt, und jedes Gewann in Acker- oder Halbackerstreifen, die nicht durch Hecken, sondern durch schmale Striche ungepflügten Landes (balks oder Grenzrainen) getrennt waren; diese Streifen waren derart unter die Ackerbauer verteilt, daß jedes Einzelnen Anteil aus mehreren über die drei Felder verstreuten Streifen bestand und keines über zwei nebeneinander liegende Stücke Landes verfügte. Jeder einzelne Bauer war verpflichtet, seine Streifen in Übereinstimmung mit dem von seinem Nachbar befolgten Fruchtwechsel zu bebauen. Außer dem Ackerlande gab es Wiesen, die nach einer gewissen Reihenfolge, dem Falle des Loses oder dem Gewohnheitsrechte entsprechend verteilt, bis zur Heuernte eingefriedigt blieben und nach derselben als Weideplätze für das Vieh freigegeben wurden¹. In den meisten Fällen war indes noch ein ständiger Weideplatz oder ein Gehölz vorhanden, wohin das Vieh getrieben werden durfte, entweder ohne jede Beschränkung oder in einer der Größe des Besitzes jedes einzelnen Bauern entsprechenden Anzahl.

In neuerer Zeit ist derart verteiltes Ackerland unter den Namen „common“ — „commonable“ — „open“ oder „intermixed“ fields (Feldgemeinschaft, Land in Gemengelage, Streubesitz, verbunden mit Gemeinländereien und gegenseitigen Weideberechtigungen) bekannt, und die Wiesen heißen oft „Lammas lands“ nach dem Tage, an welchem die Einfriedigungen entfernt werden (1. August, Petri Kettenfeier)².

Vorausgesetzt, das so verteilte Land befände sich in gemeinsamem Besitz einer Anzahl Freisassen, so würden wir es mit einer Markgenossenschaft zu thun haben. Das Hofrecht war aber etwas hiervon Grundverschiedenes; denn das die Fronhofswirtschaft bildende Land wurde nicht als Eigentum der Ackerbauer, sondern als dasjenige des Grundherrn angesehen. Es wurde eingeteilt in einen zu unmittelbarem Nießbrauch des Grundherrn bebauten Abschnitt, das Saalland oder Hoffeld (the demesne oder inland³ und das hörige oder dienende Land (land in villeinage), welches die Bauern von dem Grundherrn zu eigener Bebauung erhielten; dieser Teil betrug gewöhnlich drei

Fünftel oder zwei Drittel des Ganzen. Das Saalland bestand teils aus abgesonderten Einhegungen, teils aus Äckern, die mit denen der Bauern in Gemenglage lagen⁴, und wir werden später Grund finden zu der Annahme, daß ursprünglich der Anteil des Grundherrn gänzlich aus solchen zerstreuten Äckern bestanden hat, während der sein Haus umgebende Hof wahrscheinlich um einiges größer gewesen ist, als die Höfe der übrigen Dorfbewohner. Von dem dienenden Lande war bei weitem die größere Masse in ganzen oder halben Hufen (virgates oder yardlands) ausgeteilt, die im Norden husbandlands⁵, in einigen Strichen des Südens wistas⁶ hießen. Die Hufe bestand aus den dem einzelnen Bauern zugewiesenen auf den drei Feldern zerstreut liegenden Acker- oder Halbackerstreifen, mit dazu gehörigen und dem Umfange des Besitzes entsprechenden Wiesen und Weiderechten; eine solche Hufe umfaßte gewöhnlich 30 Morgen, obgleich es auf einigen Gütern Hufen von nur 16, auf anderen dagegen welche von 48 Morgen⁷ gab. Die Inhaber solcher Hufen, die Bauern, bildeten eine auf gleicher gesellschaftlicher Stufe stehende Klasse, und alle zu ein und demselben Gut gehörigen standen in gleichem Dienstverhältnis zum Grundherrn. Sie waren unter dem Namen villani, d. h. Dorfbewohner, bekannt und wurden im 13. Jahrhundert virgarii (Vollhüfner), auf Englisch yardlings genannt, während man sie im Norden oft husbands nannte.

Unter diesen standen die bordars und cotters (etwa unsere Leerhäusler und Kötter oder Söldner), von denen die meisten nur eine Hütte und ein oder zwei, manchmal auch fünf, acht oder zehn Morgen Landes inne hatten, natürlich in der Gemenglage. Sie scheinen sich dadurch von den eigentlichen Bauern (den villeins) unterschieden zu haben, daß sie weder Ochsen noch Pflug besaßen, und sie wurden vermutlich vielfach durch die Bauern (villeins) beschäftigt. Während der zwei Jahrhunderte, welche der Eroberung Englands durch die Normannen folgten, wurde der Name bordarius, der vielleicht normännischen Ursprungs war, wieder durch den älteren englischen Namen cotman oder cotter⁸ ersetzt. Hie und da gab es zwischen den yardlings und den cotters eine Mittelklasse von Halbhüfnern, half-villeins und half-yardlings genannt⁹.

Das ganze zu dem Fronhof gehörige Land, sowohl das Saalland als das dienende Land, wurde nach einem sorg-

fältig ausgearbeiteten System gemeinsam bewirtschaftet. Die einzigen ständigen Arbeiter auf dem Saalland selbst waren ein paar Sklaven¹⁰; alle oder fast alle dort erforderliche Arbeit wurde von den Hufnern und Köttern ausgeführt (als Bedingung, unter der sie ihr Land inne hatten), und zwar unter der Oberaufsicht des herrschaftlichen Amtmanns (bailiff). Das Domesday Book führt die von den Hörigen zu leistenden Dienste nicht im einzelnen auf; aber das Liber Niger von Peterborough giebt — kaum vierzig Jahre später — für jeden Fronhof dieses Klosters einen genauen Bericht über die den Bauern auferlegten Arbeitslasten, und dieser Bericht stimmt auffällig überein mit dem Verzeichnis der Dienstleistungen in den Rectitudines Singularum Personarum, einer anderthalb Jahrhunderte früher verfaßten Schrift¹¹. Bei allen späteren Anschlägen, Abschätzungen und Zinsberechnungen im Verlauf dreier Jahrhunderte bilden jene Verzeichnisse von Dienstleistungen den wichtigsten und charakteristischsten Teil. Auf den ersten Blick durch ihre Vielfältigkeit verwirrend, können die darin angeführten Obliegenheiten, als unter zwei Hauptgesichtspunkte fallend, leicht unterschieden werden: 1. die Arbeit jedes Mannes für zwei oder drei Wochentage das ganze Jahr hindurch, das sogen. Wochen- oder Tagewerk (week work oder daily work)¹²; und 2. die für wenige Tage beim Pflügen im Frühling und Herbst und in der Erntezeit hinzutretende Arbeit. Bei solchen Gelegenheiten verlangte der Grundherr häufig die Arbeitsbeteiligung der ganzen Familie¹³ mit Ausnahme der Hausfrau. Diese hinzukommenden Dienstleistungen wurden precariae oder precesiones genannt (auf den Wunsch des Grundherrn ad precem), und die gewöhnlichsten englischen Ausdrücke dafür waren: boondays, loveboons (außerordentliche Frontage), auch bedrips (besonders befohlene Erntearbeit)¹⁴. Außer diesen Arbeiten hatten die Bauern gewöhnlich kleine vierteljährliche Geldzahlungen, wie auch gewisse auf den einzelnen Fronhöfen voneinander abweichende Naturalabgaben zu leisten: so und soviel Hühner und Eier, oder so und soviel Scheffel Hafer, je nach den verschiedenen Jahreszeiten. Hierzu traten noch mancherlei Dienstleistungen, die auf den verschiedenen Fronhöfen ebenfalls verschieden bemessen waren; am häufigsten wird das carting oder der Fuhrdienst (averagium, summagium) erwähnt. Während der boondays pflegte der Grund-

herr die Arbeiter zu beköstigen, und die genaue Angabe der Tage, an welchen sie von dem Grundherrschaft beköstigt werden mußten, und an welchen nicht, oder noch eingehender: wann sie Getränke bekamen und nichts weiter, wann Brot und keine Getränke (eine sogen. trockene Mahlzeit), wann Schwarz-, wann Weißbrot, wann Fleisch, Suppe und Käse; diese Angabe belebt in den späteren Dienstverzeichnissen oft den eintönigen Bericht durch einen Schimmer von Humor. An einer Stelle wird uns sogar mitgeteilt, daß an den zwei letzten Erntetagen jeder Arbeiter einen Kameraden zum Abendessen mitbringen durfte¹⁵.

Von der eigentlichen Bewirtschaftung des Landes besitzen wir wenig Kunde; indessen gewähren die Angaben im Fleta über die Pflichten des Gutsamtmanns und des Schultheißen einige Einblicke in das System der gemeinsamen Bewirtschaftung, welches sich in seinen Grundzügen vermutlich seit Jahrhunderten nicht verändert hatte. Der Hauptmangel in dem dort gegebenen Bericht ist nur der, daß derselbe lediglich mit Rücksicht auf das Bedürfnis der Grundherren und ihrer Verwalter aufgestellt ist, hinsichtlich der Art der Bestellung des Bauernlands aber nichts erwähnt; doch da Saalland und dienendes Land oft, wenn auch nicht immer, durcheinander lagen, so leuchtet es ein, daß beide nicht wohl getrennt voneinander bestellt werden konnten.

Die beschwerlichste Arbeit war das Pflügen. Saalland und dienendes Land scheinen jedes seine eigenen Pflüge gehabt zu haben; die des Saallandes waren gewöhnlich schwerer und erforderten einen größeren Vorspann. Zum Bepflügen des Saallandes wurden außer den Pflügen des Grundherrn auch die der Bauern benutzt; diese waren verpflichtet, der Reihe nach und im Verhältnis zu ihrem Besitz Ochsen und Arbeiter zur Verfügung zu stellen. In den Gutsaufnahmen werden als durchgehende Regel entweder die von jedem Bauern und dann von jedem Kötter zu leistenden Dienste im allgemeinen aufgeführt (in letzterem Falle gewöhnlich eine geringere Anzahl von wöchentlichen Arbeitstagen — einen oder zwei statt zwei oder drei — und niemals Pflügen, da die Kötter keine Ochsen besaßen)¹⁶; oder aber man pflegte nach namentlicher Anführung des ersten Hüfners, Halbhüfners oder Kötters die Dienstleistungen jedes einzelnen aufzuzählen und nach jedem folgenden Namen hinzuzufügen: verrichtet gleiche Arbeit wie A., B. etc.¹⁷.

Der Verfasser des Fleta schildert jeden einem großen Grundherrschaft oder einer Körperschaft zugehörigen Fronhof als von drei Beamten verwaltet — dem Verwalter (steward), dem Amtmann (bailiff) und dem Dorfältesten oder Schultheißen (reeve)¹⁸. Der steward oder seneschal war streng genommen kein herrschaftlicher Beamter, sondern der Stellvertreter des Gutsherrn auf einer Anzahl von Fronhöfen, und seine Hauptaufgabe außer der Oberaufsicht über die Amtmänner bestand in der Ausübung der Gerichtsbarkeit auf den Herrenhöfen. Um aber diesen Pflichten eines Stellvertreters gehörig nachkommen zu können, mußte er mit den Verhältnissen jedes einzelnen Fronhofs bekannt sein. Er sollte sich, wie es im Fleta heißt, mit den herkömmlichen, von jedem Bauern geforderten Dienstleistungen vertraut machen, sollte nachforschen, ob etwa dieser oder jener ohne Erlaubnis seine Stelle veräußert habe, und für diesen Fall den zur Zeit verantwortlichen Amtmann ermitteln. Ihm sollte die Zahl der zu pflügenden Äcker und der nötige Bedarf am Saatkorn bekannt sein, damit sein Herr durch betrügerische Schultheißen nicht übervorteilt würde. Er sollte ferner die Anzahl der zur Beackerung des Saallandes von den Bauern zu stellenden Pflüge kennen und sollte wissen, wie oft deren Leistungen zu beanspruchen seien. Vor allem aber mußte er das Verhalten der Amtmänner überwachen und darauf acht haben, daß sie ihre Macht nicht mißbrauchten oder die Interessen ihres Herrn schädigten: er soll, wie es heißt, „sich Kenntnis verschaffen über das Verhältnis des Amtmanns zu den Nachbarn und zu den Bauern, soll nachforschen, ob derselbe handelsüchtig ist oder die Nächte im Wirtshause verbringt. Fügt der Amtmann durch sein Verhalten dem Grundherrschaft Schaden zu, so muß er dafür einstehen; wiederholen sich seine Verstöße, so soll der Verwalter ihn entfernen.“ Zweifellos hatten nur große Grundherren solche Verwalter; der Besitzer nur einer Grundherrschaft konnte, wenn er im Dorfe wohnte, selbst Gericht halten und den Amtmann beaufsichtigen.

Der Amtmann (bailiff) war der ständige Vertreter des Grundherrschaft auf dem Fronhof und vornehmlich mit der Bestellung des herrschaftlichen Ackerlandes betraut. „Der Amtmann sollte des Morgens früh aufstehen und nachsehen, ob die Pflugscharen eingespannt seien, dann einen Rundgang

machen und das beackerte Land, die Waldungen, die Wiesen und die Weideplätze besichtigen. Ferner sollte er die Pflüge bei der Arbeit aufsuchen und dafür sorgen, daß die Ochsen nicht vor vollendetem Tagewerk ausgespannt wurden.“ Er soll das Schneiden des Korns, das Mähen, Aufladen und andere Arbeiten leiten, soll darauf achten, daß das Land gehörig gemergelt und gedüngt werde, soll die Überlastung der Pferde verhindern und die Drescher in der Scheune beaufsichtigen.

Der Schultheiß (reeve)¹⁹ wird dagegen als eine Art Vormann unter den Dorfbewohnern hingestellt. Er sollte nach Fleta aus der villata oder Dorfgemeinde als der in der Wirtschaft Erfahrenste gewählt und dem Grundherrschaft oder seinem Verwalter (steward) zur Anstellung vorgeschlagen werden. Dem Grundherrschaft für die gehörige Verrichtung der Bauerndienste verantwortlich, wurde er zugleich als der Vertreter der Bauern angesehen, und zu diesem Zweck „merkte er die Tagewerke auf dem Kerbholz an und rechnete sie am Ende der Woche mit dem Amtmann zusammen“²⁰. Er hatte darauf zu sehen, daß die Pflüge des Saallandes und der Bauern rechtzeitig bei der Arbeit waren, daß das Land vorschriftsmäßig und nicht zu dünn besät und gut gedüngt wurde. Wallace erzählt, daß in den russischen Dörfern sich auch heutzutage gewöhnlich die größte Abneigung gegen die Annahme des Amtes eines Dorfältesten und die damit der Regierung gegenüber verbundene Verantwortlichkeit für die Gemeindeabgaben zeige; ein Bauer z. B., welchem eines kleinen Vergehens wegen durch einen Beamten mitgeteilt wurde, er werde nicht länger für fähig gehalten, irgend welches öffentliche Amt zu bekleiden, verneigte sich tief und dankte respektvoll für das neue ihm zu teil gewordene Vorrecht²¹. Ohne Zweifel wurde das Amt eines Schultheißen in England mit ähnlichen Gefühlen betrachtet; sonst wäre die oft in den Urbarienverzeichnissen zu findende Bemerkung, daß jeder Hufner oder Halbhufner zur Annahme dieses Amtes gezwungen werden könne²², nicht von nöten gewesen. Es war indes üblich, den Schultheißen während der Dauer seines Amtes teilweise oder ganz von anderen Dienstleistungen zu entbinden, oder auch, ihm ein weiteres Stück Land zu geben²³. Allerdings ist es zweifelhaft, ob die Beschreibung im Fleta mit dem allgemeinen Gebrauche thatsächlich übereinstimmte — ob wirk-

lich auf jeder Grundherrschaft sowohl ein Amtmann als ein Schultheiß zu finden war. Wahrscheinlich handelte es sich hier um die Verallgemeinerung von Zuständen, deren Darstellung nie völlig der Wahrheit entsprach; oder aber diese Zustände hatten sich zu der Zeit, als das Buch geschrieben wurde, bereits geändert. Denn es steht ziemlich fest, daß zu Beginn des 14. Jahrhunderts gewöhnlich nur eine Person die Oberaufsicht über die Grundherrschaft führte, und diese wurde bald Schultheiß (reeve), bald Amtmann (bailiff) genannt²⁴. Diese Persönlichkeit aber hatte offenbar derselben Pflichten zu walten, wie sie dem Amtmann im Fleta zugeschrieben werden, so daß wir die allgemeine Richtigkeit des dort entworfenen Bildes gemeinsamer Bewirtschaftung nicht zu bezweifeln brauchen. Von dem eigentlichen Dorfleben — von der Arbeit der Bauern auf ihren Hufen — wissen wir so gut wie nichts; wir können nur annehmen, daß unter der Dorfgemeinde ebenfalls das System gemeinsamer Arbeit in Anwendung kam, indem jeder für die im Gemeindebesitz befindlichen Pflüge im Verhältnis zur Größe der von ihm bebauten Fläche Ochsen und Knechte stellte und sich vermutlich auch, nach vorheriger Abrede, bei der Heu- und Kornernte mit seinen Genossen in die Arbeit teilte.

§ 2. Es war notwendig, mit einer kurzen Darstellung der Hofverfassung zu beginnen, um zu einem Verständnis der Frage über die frühesten socialen Zustände in England zu gelangen. Nun erst möge die Erklärung darüber folgen, warum es uns rätlich erschien, vom 11. Jahrhundert und von keinem früheren Zeitpunkt auszugehen, und warum die oben gegebene Schilderung sich auf die mittleren und südlichen Grafschaften beschränkt.

Man beginnt am besten mit dem 11. Jahrhundert, weil kein Zweifel darüber bestehen kann, daß zu jener Zeit sich über ganz Mittel-England Grundherrschaften von wesentlich gleichem Charakter ausbreiteten, und wir können nicht früher beginnen, weil es in keiner Weise feststeht, wie dieser Zustand der Dinge sich entwickelt hatte. Die einschneidendste der auf die früheste sociale Geschichte Englands bezüglichen Fragen ist noch unentschieden, nämlich: ob das geschichtliche England mit einer Bevölkerung von Freisassen oder von Knechten seinen Anfang nahm. Der Sachlage

nach muß dies gegenwärtig noch ein Gegenstand der Forschung bleiben. Aber man kann der Frage nicht ganz aus dem Wege gehen, und eine Klarlegung der streitigen Punkte wird das Wesen der Hofverfassung nur noch besser veranschaulichen.

Vor zehn Jahren würde ein diesen Gegenstand behandelnder Lehrer wahrscheinlich von der zuversichtlichen Behauptung ausgegangen sein, daß der größte Teil der englischen Bevölkerung zuerst aus freien, sich selbst regierenden Dorfgemeinden bestand. Er würde jedenfalls zugegeben haben, daß vermutlich einige der großen Adeligen, die über eine Anzahl von Hörigen verfügten, von Anfang an in wenigen räumlich getrennten Gegenden Niederlassungen gründeten, ähnlich den späteren Grundherrschaften; und daß die Niederlassungen von Ackerbauern auf dem unverteilten Lande (dem *folkland*)^{24a} eine dementsprechende Gestalt annahmen. Aber diese Art der Niederlassungen würde er als verhältnismäßig selten betrachtet und im großen und ganzen die grundherrschaftliche Verfassung als etwas dem alten freien Gemeindewesen Aufgepfropft angesehen haben. Die Machtstellung des Grundherrn hätte sich nach ihm erst ganz allmählich entwickelt, als Folge der demselben von seiten des Königs eingeräumten richterlichen Gewalt, wie auch der Gefahren, welche den Freisassen zwangen, sich unter den Schutz irgend eines mächtigeren Nachbarn zu stellen, und endlich als Ergebnis der Umwandlung der unter eines Grundherrn Gerichtsbarkeit stehenden freien Gemeinde in eine auf dem Besitztum des Grundherrn lebende abhängige. Nach seiner Ansicht wäre dieser Entwicklungsprozeß durch die normännische Eroberung beschleunigt worden, und es hätten die normännischen Juristen, indem sie gewisse Zustände, die in Wahrheit beträchtlich voneinander abwichen, unter ihre feststehenden Begriffe *villanus* und *bordarius* brachten, diesen Zuständen ein scheinbar gleiches Gepräge gegeben.

In ähnlicher Weise formulierte der vorsichtige Dr. Stubbs (heutzutage Bischof von Oxford) die Behauptung der neueren deutschen Geschichtsforscher, daß die germanische Geschichte mit Gruppen von Freisassen beginne. Neuerdings ist diese Behauptung jedoch von zwei Seiten angefochten worden. Fustel de Coulanges und eine Anzahl französischer Gelehrter haben die Unzulänglichkeit und Ungenauigkeit der Beweis-

stücke, auf welchen sich die deutschen Theorien aufbauten, nachgewiesen; sie haben klargelegt, daß alle wesentlichen Merkmale der Grundherrschaft, als einer Vereinigung von Ackerbauern, die dem Grundherrschaft unterthan waren, vernünftigerweise auf die spätere römische Gesetzgebung zurückzuführen seien — die grundherrliche Gerichtsbarkeit des Grundherrschaft ausgenommen. Wichtiger noch ist das Werk von Seebohm, welches bemüht ist, den Beweis zu führen, daß die breite Masse der Bevölkerung des jetzigen Englands ursprünglich in einem Zustande der Knechtschaft lebte, und daß ihre Lage bis zur Zeit der normännischen Eroberung und darüber hinaus sich stetig gebessert hat. Die Macht seiner Beweisführung liegt nicht in den von ihm angeführten, der Zeit vor dem elften Jahrhundert entnommenen Beispielen, welche — weil auf das königliche Saalland bezüglich — als Ausnahmen betrachtet werden können, sondern vielmehr darin, daß er uns das Verständnis über die innere Organisation der Grundherrschaften erschließt und zeigt, wie gleichförmig diese in ihren Grundzügen gestaltet waren. Die Gleichförmigkeit des wirtschaftlichen Systems, die gemeinsame Zwangsarbeit ist es, die sich auf Grund der älteren Hypothesen so schwer erklären läßt; denn wollten wir selbst, wie es die Anhänger der älteren Theorie thun würden, zugeben, daß ein Viertel der Grundherrschaften von Anfang an bestanden habe, so ist doch schwerlich anzunehmen, daß die übrigen drei Viertel aus freien Gemeinden hervorgegangen seien, denen mit der Zeit so außerordentlich schwere Lasten aufgebürdet werden konnten. Auf jeden Fall würden wir gar manche Übergangszustände zu finden erwarten — Fälle, in welchen der Grundherrschaft das Saalland von seinen eigenen Knechten bebauen liefs, während die Bauern nur seiner Gerichtsbarkeit unterworfen waren — Fälle andererseits, in welchen die Bauern dem Grundherrschaft gerichtsunterthänig und zinspflichtig waren, aber keine Feldarbeit leisteten, und noch andere, in denen sie nur zu gelegentlichen Frondiensten verpflichtet waren. Auf der Theorie des allmählichen Verfalls der freien Gemeinschaften fußend, würden wir die Lasten der Bauern nicht als so drückend und durchweg so übereinstimmend zu finden erwarten. Aber es muß zugegeben werden, daß die Annahme von dem ursprünglichen Knechtschaftszustande der Bevölkerungsmasse (gleichviel ob

einer englischen oder einer romanisierten keltischen) auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Die Landstriche, aus welchen die Angeln, die Sachsen und die Jüten kamen, sind Gegenden, wo man bis auf den heutigen Tag weder das im damaligen England am meisten übliche Dreifelder-, noch das ebenfalls häufig vorkommende Zweifeldersystem findet, sondern ein seit Jahrhunderten bestehendes Einfeldsystem, demzufolge stets dieselbe Frucht auf demselben Acker und ohne Brache angebaut wurde²⁵. Es muß daher vorausgesetzt werden, daß die englischen Eroberer das Dreifeldersystem schon in Britannien vorfanden. Seeböhm scheint zu glauben, daß die Masse der Provinzialen oder romanisierten Kelten von den Eroberern verschont blieb²⁶, und daß die Großen unter den fremden Eindringlingen Grundherren wurden, während Hoch und Niedrig der Gefolgschaft freie Landlose erhielt, oder auch sich in freien Dorfgemeinden ansiedelte. Deren Zahl aber sei — so meint er — eine so geringe gewesen, daß sie die spätere Entwicklung der Dinge nicht wesentlich hätten beeinflussen können²⁷. Freeman hat gemeint, daß in diesem Falle die Eroberer die Sprache des eroberten Landes angenommen hätten, wie z. B. in Gallien und Spanien, und daß das Christentum nicht so vollständig verschwunden gewesen wäre, wie es bei der Landung des Augustinus der Fall war. Diese Schlüsse würden unwiderleglich sein, ließe sich annehmen, daß Britannien vorher so völlig romanisiert oder so völlig christianisiert gewesen wäre, wie die übrigen römischen Provinzen. Dies war aber sicherlich nicht der Fall^{27 b}.

Von welchen Voraussetzungen man auch bezüglich des Ursprungs der Grundherrschaft ausgehen mag, ob man sie nun aus freien Zuständen oder aus der Hörigkeit der Bevölkerung herleitet, so hält es doch andererseits keineswegs schwer, eine Erklärung dafür zu finden, warum die zu jedem Bauerlehen gehörigen Äcker so seltsam verstreut lagen. Im wallisischen Gesetze finden wir Verordnungen, die einer früheren gesellschaftlichen Entwicklungsepoche angehören, als irgend welche englischen, über die wir urkundliche Belege haben; es sind dies Vorschriften für das gemeinsame Pflügen der das Feld bestellenden Genossenschaft. Diese Vorschriften bestimmen, daß jedes Jahr der erste beackerte Streifen Landes dem Pflüger zufallen solle, der nächste den eisernen Gerätschaften (d. h. demjenigen, welcher die Pflug-

schar geliefert hatte), der folgende dem ersten Ochsen (d. h. seinem Eigentümer) u. s. w., mit Bezug auf die sieben übrigen Ochsen, auf den Pflüger und den Pflug (d. h. den Stellmacher, der diesen gefertigt und ausgebessert). Auf diese Weise würde derjenige, welcher einen Ochsen stellte, von je zehn Streifen einen erhalten haben; diejenigen, welche zwei Ochsen stellten, doppelt so viel²⁸. Allem Anscheine nach bestand die Pflichtleistung eines Vollbauern für den Gemeindepflug aus zwei Ochsen²⁹. Wäre der spätere Stand der Dinge, d. h. die immerwährende Belehnung eines Einzelnen mit ausgesonderten Äckern, aus einem früheren System jährlicher Teilung hervorgegangen, so würden wir uns nicht wundern über die Gleichmäßigkeit des Besitzstandes, sowohl bei denen, welche zwei Ochsen lieferten (den *virgarii* oder *pleni villani*), wie bei denen, welche nur einen stellten (den *semivirgarii*), noch darüber, daß denjenigen, die überhaupt keine Ochsen geliefert hatten, nur ganz geringe Landlose oder nur Hütten zufielen, vorausgesetzt, daß sie nicht als Pflüger oder Stellmacher Dienste leisteten. In den späteren Grundbüchern finden wir immer aufs neue, daß die Streifen Landes eines Bauern stets mit den entsprechenden Streifen desselben Gemeindegensossen zusammenstiessen³⁰, wodurch die Annahme bestärkt wird, daß der Streubesitz die Folge der Verteilung von Äckern nach der Anzahl der Ochsen war, so daß jedem Bauern sein Teil guten oder schlechten Landes zufiel im Verhältnis zu der Zahl seiner Ochsen.

Die Beschreibung des Herrengutes im letzten Abschnitt beschränkte sich auf das mittlere und südliche England, und zwar darum, weil im östlichen und südwestlichen England außer den Bauern und Köttern noch zwei andere Bevölkerungsklassen in Erscheinung treten. Nach dem *Domesday-Book* sind Bauern und Kötter ziemlich gleichmäßig über das Land zerstreut; der durchschnittliche Prozentsatz der ersteren beträgt 38, der der letzteren 32, so daß beide zusammen sieben Zehntel der Bevölkerung ausmachen³¹. Die *servi* oder Sklaven aber, deren durchschnittlicher Prozentsatz sich für das ganze Land auf neun beläuft, und welche in einigen östlichen und mittelenglischen Grafschaften gar nicht vorkommen, oder aber auf einen Prozentsatz von vier oder fünf herabsinken, steigen in den Landstrichen nahe der wallisischen Grenze und im Südwesten auf 17, 18,

21 und 24 Prozent. Wir können dies, zum Teil wenigstens, durch die Annahme erklären, daß während der letzten Zeitläufte der englischen Eroberung das Leben einer größeren Anzahl britischer Ackerbauer geschont blieb, so daß in den erwähnten Landstrichen schliesslich ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung aus Sklaven bestand: die unumschränkte Sklaverei verschwand jedoch in weniger als einem Jahrhundert nach der normannischen Eroberung, und die servi wurden gewöhnlich Bebauer kleiner Flächen Landes, ähnlich den Köttern anderwärts, nur unter drückenderen Bedingungen³².

In den östlichen und ostmittelländischen Grafschaften dagegen steigt die Zahl der socmen und der liberi homines, welche nur 4 Prozent der ganzen Bevölkerung bilden und im Süden und dem größeren Teile Mittel-Englands gänzlich fehlen, auf 27, 28, 32, 40 und 45 Prozent der Gesamtbevölkerung³³. So sicher sich ein Zusammenhang zwischen den Sklaven des Westens und den Briten nachweisen läßt, so gewiß standen die socmen und die freemen in Beziehung zu den dänischen Niederlassungen. Und es kann wohl kein Zweifel darüber sein, daß die Namen socman und freeman ziemlich dieselbe Bedeutung hatten. Unter socman verstand man einen dem soc oder der Gerichtsbarkeit des Grundherrn Unterstellten, während freeman, Freisasse (d. h. jemand, der von jederlei Art von servilen Besitzbedingungen, gleichviel welcher Art dieselben sein mochten, frei war) ungefähr dasselbe bedeutete.

Der Umstand, daß das Domesday-Book in Suffolk 35 Prozent der Bevölkerung als freemen und nur 5 Prozent als socmen anführt — in Norfolk von jeder der beiden Klassen 16, in Lincoln 45 Prozent socmen und überhaupt keine freemen — kann nur durch die Annahme erklärt werden, daß die „barones regis“, welche die Grundbücher aufnahmen, in einer Grafschaft dieselbe Art von Leuten als socmen bezeichneten, die von ihren Genossen in der benachbarten Grafschaft freemen genannt wurden. Vergleicht man die karge Bekundung des Domesday-Book mit dem im Liber Niger von Peterborough über die Grundherrschaften dieses Klosters gegebenen Zeugnis, so kommt man zu dem Schlusse, daß mit dem Namen socmen zwei beträchtlich voneinander abweichende Bevölkerungsklassen bezeichnet wurden: einmal nämlich Leute, welche ziemlich

umfangreiche Strecken grundherrlichen Landes mit den dazu gehörigen Bauern inne hatten, andererseits solche, die nur auf Hufen, Halb- oder Viertelhufen saßen und zu der arbeitenden Bevölkerung des Dorfes gehörten. Die Zahl der ersteren war indes nur gering. Sie können als Grundeigentümer angesehen werden, welche bis zur normannischen Eroberung nicht als Urbarsleute der mächtigeren Nachbarn, unter deren Gerichtsbarkeit sie standen, angesehen worden waren; die normannische Eroberung muß indes die Folge gehabt haben, diese Grundeigentümer, ähnlich wie die Freisassen, die sich kommendiert hatten, und die gleichfalls gelegentlich als Inhaber großer, mit Bauern und Köttern ausgestatteter Güter bezeichnet werden, in Hintersassen, welche, was später als sub-manors bezeichnet wurde, besaßen, zu verwandeln³⁴.

Die große Mehrheit der socmen befand sich jedoch, was deutlich genug zu erkennen ist, in ziemlich derselben Lage, wie die Bauern, abgesehen von zwei wichtigen unterscheidenden Eigenschaften. Sie waren nicht zum Wochenwerk³⁵ (dem hervorstechendsten Merkmal bäuerlicher Dienstbarkeit), dagegen — sehr häufig wenigstens — zum Waffendienst verpflichtet³⁶. Sie mußten sich aber an den precariae (den außergewöhnlichen Dienstleistungen) beteiligen und hatten beim Eggen sowie bei der Erntearbeit Hülfe zu leisten und dem Grundherrschaft für einige Tage im Frühling und Herbst mit ihren Pflügen auszuhelfen³⁷. Ihr Grundbesitz — obgleich nicht immer Ganz-Hufen — wird oft nach dem Maßstabe von Hufen abgeschätzt, woraus hervorgeht, daß er aus mehreren auf dem gemeinsamen Ackerland zerstreut liegenden Streifen bestand. Gleich den Bauern durften sie wie gewöhnlich ihre Ländereien nicht verkaufen³⁸, noch auch die Grundherrschaft ohne ihres Grundherrschaft Bewilligung verlassen³⁹. Die socmen als Ganzes waren Mitglieder der Dorfgemeinde und nahmen Teil an der gemeinsamen Bodenbewirtschaftung, doch lagen ihnen weniger beschwerliche Dienste und mehr ehrenvolle Pflichten ob. Wir können mit Recht diesen Zustand als Folge davon betrachten, daß dänische Häuptlinge sich der Fronhöfe bemächtigt und an Stelle sächsischer Bauern Leute ihrer eigenen Gefolgschaft gesetzt hatten, daß aber die neuen Ankömmlinge wohl geneigt waren, ihren Grundherren in

Zeiten drängender Arbeit zu helfen, sich jedoch nicht dazu herbeilassen mochten, ebenso viele Tage in der Woche für sie zu arbeiten, wie jene, deren Platz sie eingenommen hatten.

§ 3. Indem wir den typischen Charakter der Grundherrschaft mit ihrer Teilung in Saalland und höriges Land und ihrer strengen Abstufung von Bauern und Köttern stets im Auge behalten, wollen wir versuchen, die Umwandlungen zu schildern, welche sich während der drei Jahrhunderte nach der normannischen Eroberung allmählich vollzogen. Hierbei wird es gut sein, uns auf die in den Dienstrollen und Zinsregistern enthaltenen Zeugnisse zu beschränken, ohne die Definitionen der Juristen zu berücksichtigen, und zwar zunächst im Hinblick darauf, daß diese Definitionen über weit voneinander abweichende Zustände einen trügerischen Schein der Gleichförmigkeit werfen, sodann weil die Juristen des 13. Jahrhunderts englische Zustände durch die Brille des römischen Rechts betrachteten⁴⁰, und endlich — mit besonderer Rücksicht auf Bracton — weil das unter seinem Namen gehende Werk voller Einschiebungen ist, die sich mit dem allgemeinen Inhalt nicht decken.

Wenn wir die im Domesday-Book geschilderten, verhältnismäßig einfachen Zustände, denen zufolge Bauern, Kötter oder Häusler und Sklaven die Masse der über den größeren Teil Englands verbreiteten Bevölkerung ausmachen, mit der in den Dienstrollen der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts⁴¹ enthaltenen Einteilung in 6, 8 oder selbst 10 Klassen vergleichen, so werden wir durch mannigfache und verwickelte Umgestaltungen in Erstaunen gesetzt. In dessen wird man finden, daß die meisten dieser Umgestaltungen sich unter vier Hauptpunkte gruppieren lassen:

1. die Bildung einer vielköpfigen Klasse von Freisassen oder Freibauern;
2. die Umwandlung des Wochenwerkes in Geldleistung;
3. die gleiche Umwandlung mit Bezug auf außerordentliche Frontage und andere Sonderdienste; und
4. das Auftauchen einer Klasse von Leuten, die ganz oder zum Teil auf den Lohn angewiesen waren, den sie für ihre Feldarbeit empfangen.

I. α. Eine der wichtigsten und am sichersten beglaubigten Thatsachen ist das Anwachsen der Zahl der Frei-

sassen nach der Eroberung. Der Begriff Freisassen (libere tenentes) ist nun aber dehnbar genug, um Leute in sehr verschiedenen Lebenslagen zu umfassen, von dem ritterlichen Lehnsträger (military tenant), der zum Entgelt für den geleisteten Kriegsdienst ein ansehnliches Grundstück erhalten hatte, bis herab zu dem, welchem gegen Geldzins ein oder zwei Äcker des Saallandes oder eines erst kürzlich ausgerodeten Grundstücks überlassen waren. Indessen bestand die grössere Zahl der unter jener Bezeichnung Aufgeführten augenscheinlich aus mit Hufen belehnten Bauern oder aus den Nachkommen solcher Hörigen, die ihre drückenderen zwei- oder dreitägigen wöchentlichen Dienstleistungen in Geldzahlung umgewandelt hatten und von alledem, was als Begleiterscheinung von Dienstverhältnissen angesehen wurde, befreit waren⁴². Welcher Art diese Begleiterscheinungen waren, oder aber, was man unter free tenure (freiem Lehen, freiem Besitz) verstand, ist heute schwer festzustellen, aus dem einfachen Grunde, weil die Juristen und Grundherren jener Zeit es selbst nicht wußten. Am meisten neigte man der Ansicht zu, daß das Unvermögen, ohne die Einwilligung des Grundherrn eine Tochter zu verheiraten oder einen Ochsen, ein Pferd zu verkaufen (wofür eine Abgabe gezahlt werden mußte), das sichere Kennzeichen bäuerlicher Dienstbarkeit sei⁴³. Diese Freiheitsbeschränkungen waren vermutlich ein Überbleibsel jener Zeit, wo eine solche Heirat oder ein solcher Verkauf die Zahl der für die Grundherrschaft arbeitenden Kräfte verminderte⁴⁴. Der in dieser Beschränkung liegende Unterschied zwischen freien und hörigen Lehen wurde durch richterlichen Entscheid bestätigt: Als im 15. Regierungsjahre des Königs Johann die Frage aufgeworfen wurde, ob ein gewisser Mann ein freies Lehen inne habe oder nicht, bekundeten die Geschworenen jener Gegend, daß besagter Mann verpflichtet sei, drei dem Grundherrn gehörige Äcker zu bepflügen, eine gewisse Menge Heu zu mähen und nach Hause zu fahren, und seinem Grundherrn auch im Herbst Dienste zu leisten habe, daß sie aber niemals von Abgaben gehört hätten, die er für die Verheiratung einer Tochter oder den Verkauf eines Ochsen zahlen mußte; — worauf die Richter dahin entschieden, daß jene Dienste das Lehen nicht zu einem hörigen machten⁴⁵. Doch finden wir andererseits Fälle, in denen Leute, die nicht zum Wochenwerk verpflichtet waren und

ohne Zweifel als Freibauern angesehen wurden, sich dennoch jenen lästigen Beschränkungen unterwerfen mußten⁴⁵. Dieselbe Unklarheit mit Bezug auf das Wesen des freien Lehens ergibt sich aus dem Umstande, daß die unter dem Namen molmen oder malmen bekannten Bauern (so genannt nach einer Abgabe, mol oder mail, durch welche sie schwerere Dienstleistungen abgelöst hatten), obwohl gewöhnlich als Hörige eingetragen, doch zuweilen unter die Freibauern gezählt wurden⁴⁷.

In der That, alles, was mit einiger Sicherheit gesagt werden kann, ist, daß der Übergang eines Guts auf die Erben, welcher bei hörigen Lehnen nur auf Herkommen, Gewohnheit und auf dem Billigkeitsgeföhle der Zeit beruhte, in dem Fall, daß ein Bauer imstande war, die Richter von der Nichthörigkeit seines Besitzes zu überzeugen, durch Berufung an die königlichen Gerichtshöfe zur Anerkennung gebracht werden konnte. Hierdurch wird aber noch nicht klargelegt, in welcher Weise die Thatsache, daß ein Besitz freier Besitz war, festgestellt wurde. Fälle, wie die eben genannten, können nur selten vorgekommen sein, und die richterlichen Entscheidungen waren vermutlich nicht immer übereinstimmend. Im 13. Jahrhundert, wenn nicht früher, erhielten die Freibauern oft Verbriefungen von ihren Grundherren, durch die ihnen der Besitz „für immer“ oder „für sich und ihre Erben“ übertragen wurde, sodaß der Besitz auf Grund von Verbriefung (by charter) mit der Zeit schon an und für sich als ein Zeichen der Freiheit angesehen wurde⁴⁸. Doch gab es auch Freibauern, die niemals im Besitz von Verbriefungen waren⁴⁹.

Der Prozeß der Umwandlung hatte vermutlich schon vor der Eroberung ihren Anfang genommen, und wenn dies der Fall war, so erklären sich hieraus für uns die im Domesday-Grundbuch enthaltenen Eintragungen bezüglich einiger hundert Personen, die als censores oder censarii (Zinsleute)⁵⁰ und coliberti (Halbfreie)⁵¹ bezeichnet werden. Die reisenden Barone, welche das Grundbuch aufnahmen, mußten auf Leute gestoßen sein, deren Stellung der der Bauern gleichkam, abgesehen davon, daß sie statt der täglichen Dienstleistungen Abgaben entrichteten; solche Leute werden sie natürlich mit den auf dem Festlande allgemein üblichen Namen benannt haben, wie diese zur Bezeichnung einer zwischen den ganz Freien und den ganz Hörigen

stehenden Mittelklasse von Bauern dort angewandt wurden. Die normannische Eroberung wird diesen Umwandlungsprozesse nicht gehindert, sondern vielmehr beschleunigt haben. Es giebt allerdings vereinzelte Fälle, in welchen Leute von den neuen Grundherren ungerechterweise aus Freibauern zu Dienstbauern herabgedrückt wurden⁵²; doch hingen dergleichen Gewaltakte nicht unmittelbar mit der Eroberung zusammen und konnten sich ebenso gut lange vorher ereignet haben, wie sie ja auch, wie uns bekannt, lange nach jenem Ereignis vorkamen⁵³. Sobald wir nur erst anfangen, das Wesen der Bodenbewirtschaftung recht zu verstehen, so sehen wir auch, daß die Entscheidung, ob freier, ob nicht freier Grundbesitz, bei den Grundherren keineswegs Gefühlssache war, sondern lediglich eine Frage des größeren Vorteils. Der Mann, der zum Freibauern wurde, fuhr fort, seinem Grundherrschaft zu den Jahreszeiten, wo letzterer dessen am meisten benötigt war, Dienste zu leisten. Mit dem Gelde, welches er statt der Wochenarbeit zahlte, mochte dem Grundherrschaft wohl mehr gedient sein, als mit der Arbeit selbst. Man könnte danach schon erwarten, daß bei der durch die normannische Herrschaft hervorgerufenen größeren Sicherheit der Zustände, bei der vermehrten Bevölkerung und der entsprechend wohlfeileren Arbeit, eine solche Umwandlung sich immer häufiger zu vollziehen begann. Und so verhält es sich in der That⁵⁴. Schon unter der Regierung Heinrichs I. waren z. B. alle Grundherrschaften des Abtes von Burton in Saalland, dienstpflichtiges Land und zinspflichtiges Land (*land at work* und *land at rent*, *ad opus* und *ad malam*)⁵⁵ eingeteilt; die Pächter des letzteren, die wohl auch mit dem im Domesday-Book angewandten Namen *censarii*⁵⁶ bezeichnet werden, waren von dem Wochenwerk befreit, aber noch immer verpflichtet, zweimal im Jahre ihre Pflüge herzugeben und dreimal bei der Erntearbeit zu helfen.

Die allgemeine Entwicklung der Dinge und die Anwendung der Bezeichnung „Freisassen“ für Personen, die in der Lage von *censarii* waren, wird am besten veranschaulicht, wenn wir die im Laufe zweier Jahrhunderte stattgehabten Wandlungen auf einem einzelnen Fronhof verfolgen, wozu, wie aus Nachstehendem ersichtlich, uns die besten Mittel an die Hand gegeben sind. Der zu dem Kapitel von S. Paul gehörige Fronhof Beauchamp in Essex

wird zuerst in dem Grundbuche von 1086 angeführt; ferner in dem Bruchstück eines Grundbuches, welches der Dekan und Geschichtsschreiber Radulphus de Diceto im Jahre 1181 aufnehmen liefs; sodann in dem Grundbuche von S. Paul vom Jahre 1222. Ausserdem besitzen wir eine Zinsrolle für einige zu diesem Fronhof gehörige Ländereien (von 1240) und endlich ein Grundbuch von 1279, aus dem jedoch nur einige Einzelheiten veröffentlicht sind⁵⁷. Im Domesday-Book werden die Hörigen auf 24 Dienstbauern, 10 Kötter und 5 Knechte angegeben. Freisassen oder socmen irgend welcher Art giebt es nicht. Aber schon im Jahre 1181 finden sich 35 tenants-in-demesne (Bauern auf dem Saallande), von denen viele sehr kleine Stücke Landes inne haben und deshalb als Nachkommen von Knechten angesehen werden können, die früher mit kleinen Grundstücken ausgestattet worden waren. Ferner stossen wir auf 18 libere tenentes (Freisassen), deren Lehen aus Hufen oder Teilen von solchen bezeichnet werden, dabei sind alle, obgleich sie jährlich eine beträchtliche Summe für ihre Ländereien zahlen, dennoch zu den Precarien (außerordentlichen Dienstleistungen) verpflichtet, sodaß man es hier augenscheinlich mit den Nachkommen der im Domesday-Book aufgeführten Dienstbauern zu thun hat⁵⁸. Ausserdem giebt es 10 Inhaber von terrae operariae (d. i. dienstpflichtiges Land, dem workland anderer Urkunden entsprechend)⁵⁹. Hier bricht der Bericht ab. Wir wissen daher nicht, wie viele Pächter von Halbhufen es noch ausserdem gegeben haben mag, oder wie viele Kötter mit noch weniger Land. In den Verzeichnissen des Jahres 1222 ist die Zahl der tenants-in-demesne (der Bauern auf dem Saallande) gestiegen, aber auch die der Freisassen — und zwar in letzterem Falle von 18 auf 34, während die von ihnen bebaute Bodenfläche von 667 Morgen nur auf 744 Morgen angewachsen ist; die gröfsere Zahl dieser Freien ist vermutlich aus einer wiederholten Teilung der Ländereien herzu-leiten. Die letzten beiden hier angeführten Namen scheinen in einem Fall einem Manne anzugehören, der im Jahre 1181 selbst dienstpflichtiges Land (workland) inne hatte, und in dem anderen Fall dem Sohne eines solchen; so daß wir wohl annehmen können, daß beide im Verlauf von 40 Jahren zu freiem Grundbesitz gelangt waren.

Auf die Freisassen folgen die Namen von 16 Inhabern

von dienstpflichtigem Land, von denen jeder eine halbe Hufe inne hat. Diese letzte Eintragung ist bezeichnend; denn wir finden — zum mindesten in einigen Landstrichen — in dem Jahrhundert nach der Eroberung ein auffallendes Anwachsen der Zahl der *dimidii virgarii*⁶⁰ (oder Halbhüfner), was vielleicht durch die weitere Urbarmachung des Landes oder aber durch die Zweiteilung von Hufen verursacht wurde. Während jedoch die Hüfner oft in der Lage waren, ihre Dienste abzulösen und Freisassen zu werden, blieben die Halbhüfner, wie sich wohl annehmen läßt, noch lange an das Wochenwerk gebunden. Es geht dies wenigstens aus dem oben angeführten, auf die Herrschaft Beauchamp bezüglichen Falle, ebenso wie aus vielen anderen hervor⁶¹.

Das Zinsregister der Herrschaft Beauchamp klärt uns über einen anderen sehr wichtigen Punkt auf. Während nämlich die dienstpflichtigen Güter auf jeder Grundherrschaft stets die gleiche Gröfse beibehalten — d. h. die einer Hufe oder Halbhufe — weichen die freien Güter an Gröfse beträchtlich voneinander ab. Bemerkenswert ist jedoch, daß, welcher Art die Güter auch immer sein mögen — und es giebt einige von sehr geringem Umfange — sie doch immer ein Vielfaches oder Bruchteile von 30 Morgen, d. h. einer Hufe, sind. Die Gröfsenverhältnisse einiger Lehen sind derartig, daß sie sich nur aus der Teilung einer Hufe erklären lassen, wonach z. B. $22\frac{1}{2}$ Morgen als drei Viertel und $7\frac{1}{2}$ Morgen als ein Viertel einer solchen Einheit anzusehen ist. In einigen Fällen sind die Güter gröfser: so umfaßt das Gut eines Bauern 50 Morgen, d. h. $1\frac{2}{3}$ Hufen, aufserdem 2 Ganzhufen, 2 Halbhufen und $\frac{1}{3}$ Hufe; zwei andere Bauern haben jeder 2 Hufen. Fälle, in denen ein ähnlicher Gröfsenunterschied zu Tage tritt, finden sich häufig⁶². Die seltsamen Bruchzahlen in der Gröfse der Güter können wohl nur die Folge einer zwischen den Kindern stattgehabten Teilung sein, während die Anhäufung des Besitzes sich vielleicht auf Vererbung oder Kauf zurückführen läßt. Wie immer aber die Erklärung hierfür lauten mag, und wenn wir selbst die Seebohmsche Theorie, daß die gleichen Gröfsenverhältnisse der Güter auf ihren Ursprung aus unfreien Lehen zurückweisen, nicht als richtig anerkennen⁶³, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß der freie Besitz dazu führen mußte, die Güter sei es auf dem Wege der

Vererbung oder auf andere Weise zu teilen oder zu vergrößern. Auch liegt es auf der Hand, daß die wachsende persönliche Freiheit in diesen wie in vielen anderen Dingen eine größere Ungleichheit in der wirtschaftlichen Lage zur Folge hatte. Diese Tendenz mußte eine Hemmung erfahren, sobald statt der Teilung das Erstgeburtsrecht bei den freien, nichtritterlichen Lehen zur Regel wurde — ein Wechsel, welcher sich ziemlich allgemein vor dem 14. Jahrhundert vollzogen zu haben scheint⁶⁴. Wir wissen nichts über die Ursache dieses Wechsels und können nur vermuten, daß er durch das ansteckende Beispiel des auf den Rittergütern üblichen Erstgeburtsrechts herbeigeführt worden ist.

β. Auch in der Zahl einer anderen Klasse von Leuten, die von den drückenderen Dienstleistungen befreit waren, fand eine stetige Zunahme statt, nämlich unter den socmen⁶⁵; und diese Zunahme war so auffällig, daß der Ausdruck socmage für freies nichtritterliches Lehen bei den Juristen allgemein üblich wurde.

Wir haben gesehen, daß in vielen Fällen ein Besitz als frei bezeichnet wurde, obgleich der Inhaber desselben noch zu Precarien (außerordentlichen Dienstleistungen), zur Hülfe beim Pflügen und Ernten u. s. w. verpflichtet war. Dies scheint jedoch nur in Gegenden der Fall gewesen zu sein, wo es keine socmen gab; wo man dagegen beide Bevölkerungsklassen findet — sowohl socmen wie Freisassen — und ihre Stellung zu einander vergleichen kann, scheint der Unterschied zwischen beiden der gewesen zu sein, daß die Bezeichnung free-tenants ausschließlich auf solche Leute angewandt wurde, die von jedweder Arbeit befreit waren, während man unter socmen solche verstand, die zwar noch an Precarien gebunden, aber zu keinen anderen Dienstleistungen verpflichtet waren. Daher unterscheidet denn auch eine Untersuchung vom Ende des 13. Jahrhunderts die beiden Klassen, die sie an die Spitze der Bauerschaft stellt, als „Freibauern kraft Verbriefung“ und „Freibauern, welche freie socmen heißen“⁶⁶.

γ. Es ist möglich, daß in einigen Fronhofswirtschaften die Zahl der freien Besitztümer infolge einer Zunahme des in Anbau genommenen Landes sich vergrößerte. In der Nähe der meisten Dörfer gab es Ödland, das mit Bäumen und Sträuchern bedeckt war und zur Gemeinweide benutzt

wurde. Da nun das Anwachsen der Bevölkerung die Arbeitskräfte des Fronhofs vermehrte, so lag es im Interesse des Grundherrn, Stücke dieses Ödlandes einzuhegen und dieselben entweder dem Saalland hinzuzufügen, oder an die Bauern auszuteilen. Durch das Statut von Merton (1235) jedoch wurde das Recht des Grundherrn, zu urbaren, durch die Bedingung beschränkt, daß er nicht so viel hinwegnehme, daß nicht genügendes Weideland übrig bleibe⁶⁷. Auch machte ein Brauch, der auf vielen Grundherrschaften festen Fuß faßte, jedwede Verleihung von Ödland von der Zustimmung der *homage*, d. h. der Gesamtheit der Freibauern, abhängig⁶⁸. Da die Zahl der Freibauern sich aber selten sehr hoch belief, so konnten die Grundherren durch diese Beschränkung wohl nur wenig in ihren Handlungen gehindert werden. Die Zuweisungen an Land scheinen stets nur gering gewesen zu sein. Höchst selten beliefen sie sich auf 10 oder 12 Morgen, gewöhnlich auf 5, 4, 3 oder 2, sehr häufig nur auf einen Morgen oder gar eine Rute. Sie wurden immer gegen Geldzahlungen vergeben und verpflichteten nicht zu Dienstleistungen. Unter den Pächtern des *essart* oder *clearance* (des Rodelandes) finden wir viele, die gleichzeitig entweder Freilehen oder Dienstlehen inne hatten; höchst wahrscheinlich aber wurden die neuen Lehen in den meisten Fällen den jüngeren Söhnen von Bauern (besonders Köttern) zugewiesen, die andernfalls überhaupt kein Land besessen hätten⁶⁹. Auf dem Ödland und auf dem Saalland war es auch, wo man den Handwerkern — zum größten Teil Webern⁷⁰, die zuerst im 13. Jahrhundert in den Dörfern auftauchen — Hütten und kleine Grundstücke zuzuweisen pflegte. Dies ist an und für sich ein Zeichen der wachsenden Arbeitsteilung, denn vor dieser Zeit hatten die Hausfrauen das Tuch für den Bedarf ihrer Familie selbst gewebt⁷¹.

δ. Bei den bisher beschriebenen Freigütern handelte es sich allein um solche, die auf dem hörigen Lande oder auf dem von den Bauern zuvor gemeinschaftlich benutzten Lande gegründet waren. Es ist indes schon auf solche Bauern hingewiesen worden, die Saalland inne hatten. Die Verpachtung von Teilen des Saallandes gegen Geldzins hat in vielen Fällen ganz ebenso früh wie die übrigen geschilderten Umwandlungen stattgefunden⁷²; doch schien es ratsam, diesen Umstand zunächst unberücksichtigt zu lassen, um den

Unterschied zwischen Saalland und dienendem Land, oder Herrenland und Bauernland möglichst scharf hervorzuheben. Wir haben gesehen, daß die ganze Verfassung der Grundherrschaft darauf hinausging, für die Bestellung des von dem Grundherrn selbst bewirtschafteten Ackerlandes Arbeitskräfte zu gewinnen. Es liegt daher auf der Hand, daß der Bedarf des Grundherrn an Dienstleistungen der Bauern entsprechend verringert wurde, sobald er es für vorteilhaft hielt, Teile des Herrenlandes zu verpachten, anstatt sie durch seinen Amtmann (bailiff) oder Schultheiß (reeve) bewirtschaften zu lassen. Auch wurde der Grundherr alsdann geneigter, Dienstleistungen in Geldleistungen umzuwandeln. Die Verpachtung des Saallandes mag dazumal mehr als irgend etwas anderes dazu beigetragen haben, die Beziehungen zwischen Grundherr und Bauern umzugestalten, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß dadurch die gemeinsame Bodenbewirtschaftung, wie die Bauern sie übten, in annähernd gleichem Maße gestört worden wäre. Denn ein Teil des Saallandes bestand ja, wie wir gesehen haben, gewöhnlich aus Streifen Landes, die sich in Gemengelage mit den Bauernäckern befanden. Bestand nun ein Land, welches der neue Pächter empfing, aus solchen zerstreutliegenden Äckern, so war er natürlich an den von seinen Nachbarn befolgten Fruchtwechsel gebunden und hatte sich, wenn die Pflugarbeit — wie anzunehmen — in Genossenschaft geübt wurde, an derselben zu beteiligen. Überdies war die Arbeitsverpflichtung eines jeden Bauern häufig fest abgegrenzt und auf das Pflügen, Eggen und Abernten einer gewissen Anzahl von Morgen beschränkt worden. In einer Zeit, wo man so geneigt war, peinliche Unterscheidungen zu machen, ist es als höchst wahrscheinlich anzunehmen, daß sich aus der Gewohnheit eine feste Regel dafür gebildet hatte, welche besonderen Äcker des Saallandes jeder einzelne zu bebauen verpflichtet war. Und wenn, wie man naturgemäß annehmen kann, die Verpachtung des Saallandes häufig nichts anderes bedeutete, als daß derselbe Mann, der vorher verpflichtet gewesen, gewisse Äcker zu bebauen, deren Ertrag dem Grundherrn zufiel, nun gegen Abtretung dieser Äcker — wie immer die Ernte ausfallen mochte — die Zahlung einer gewissen festgesetzten Summe versprach, so entstand damit absolut keine Störung in der bisherigen Art der Bodenbestellung.

In den meisten Fällen blieb augenscheinlich die gröfsere Menge des Saallandes, wenn nicht das gesamte Saalland, in den Händen des Grundherrn. Häufig aber wurde ein volles Viertel an freie Pächter vergeben — derart, dafs eine Person bald eine halbe, bald eine ganze Hufe erhielt, obschon das verpachtete Land als Regel nur sehr geringen Umfangs ist — von 4 Morgen bis herab zu einem halben Morgen —, und hinter den Namen der Pächter sich häufig die Bemerkung findet, dafs sie dieses Land „aufser dem Land“, was sie sonst, d. h. als freies oder dienendes Land in der Gemenglage besitzen, gepachtet haben⁷³. Gelegentlich wurde wohl auch das ganze Saalland auf diese Weise verteilt; in einem Fall in 30 Pachtgüter von je einer noke (Viertelhufe), samt 3 von je 2 nokes und 4 von nur einer halben noke⁷⁴. Aus diesen und ähnlichen Fällen ergab sich als fast notwendige Folge, dafs die Arbeitsverpflichtungen der Bauern insgesamt in Geldzahlungen umgewandelt wurden⁷⁵. Zuweisungen, wie die eben erwähnten, mochten entweder willkürlich aufkündbare Pachtungen sein oder freie Erblehen. Die Pächter, welche die ersteren inne hatten, konnten zuweilen durch das Versprechen, einen höheren Erbzins zu zahlen, in den Besitz eines Erblehens gelangen⁷⁶.

So war denn auf dreifache Weise eine Klasse von Freisassen geschaffen: durch Erhebung von Dienstbauern zu Freibauern auf Grund der Umwandlung ihrer Dienste in Geldleistung, durch Einfriedigung und Verpachtung von Weideland und endlich durch Verpachtung von Teilen des Saallandes.

§ 4. II. In allen bisher erwähnten Fällen war die Umwandlung der Arbeitsverpflichtungen in Geldleistung mit einer Erhebung des Dienstlehens zu einem freien Lehen Hand in Hand gegangen. Mit Beginn des 13. Jahrhunderts sehen wir jedoch eine weit allgemeinere und tiefer eingreifende Veränderung vor sich gehen — nämlich die Ablösung entweder des Wochenwerkes allein, oder aber sämtlicher Dienstleistungen, ohne dafs der Dienstbauer dadurch zum Freibauern wurde. Wir finden in vielen Dorfordnungen des 13. Jahrhunderts, dafs jede einzelne Dienstleistung selbst da, wo sie nicht allgemein in Geldzahlung umgewandelt ist, genau abgeschätzt wird (auf $\frac{1}{2}$ Penny, 1 Penny u. s. w.)⁷⁷. Zuerst geschah dies wohl, um die Strafgelder

festzustellen, die ein Bauer wegen Vernachlässigung der von ihm zu leistenden Arbeit zu zahlen hatte, und in vielen Fällen wird dem Grundherrn das Geld willkommener gewesen sein, als die Arbeit selbst. Im Fleta z. B. wird der Schultheiß angewiesen, auf die Rückstände an Arbeitsleistung genau acht zu haben und zu versuchen, statt ihrer Geld einzutreiben. Dies mußte naturgemäß zu einer Abschätzung aller Dienstleistungen in Geldeswert, und wenigstens bei den wohlhabenderen und strebsameren Bauern zu einer Umwandlung ihrer Dienste in Geldleistung führen. Dieser Wandel der Dinge läßt sich besonders deutlich mit Bezug auf die zur Londoner St. Paulskirche gehörigen Güter nachweisen, wo im Jahre 1222 die Änderung erst kürzlich vor sich gegangen und der Name des Stiftsherrn, der die Umwandlung durch Verpachtung der Grundherrschaft veranlaßt hatte, noch in aller Erinnerung war⁷⁸. Auf einigen Fronhöfen waren die Arbeitsleistungen überhaupt nicht abgelöst worden, auf anderen nur zum Teil⁷⁹. Wir finden sogar ein Beispiel, demzufolge ein Zinsgut ungerechterweise einem neuen Pächter gegen Dienstleistung übertragen war⁸⁰. Doch war es den Grundherren nicht mit Rücksicht auf alle Dienstverpflichtungen gleichgültig, ob ihnen Geld gezahlt oder Arbeit geleistet wurde. In geschäftigen Zeiten ließen sich die erforderlichen Hilfsarbeiter nicht so leicht beschaffen; daher finden wir in vielen Fällen, daß die Grundherren ihre Ansprüche auf die Precarien (die außergewöhnlichen Arbeiten) noch aufrecht erhalten, schon lange, nachdem das Wochenwerk aufgehoben ist⁸¹. Die Geschworenen, auf deren Zeugnis sich die Angaben im Domesday of S. Paul's stützen, wiesen schon auf den Umstand hin, daß einige Bauern ihr Lehen sowohl gegen Zins als gegen Arbeitsleistung in Pacht hatten⁸².

Zwanzig Jahre später hat sich der Wechsel auf den Ländereien des Klosters zu Worcester mit Bezug auf jeden einzelnen Bauern vollzogen, mit der oben erwähnten Ausnahme hinsichtlich der Precarien und anderer gelegentlicher Dienste. Das neue System wird als new assize (neue Steuer) bezeichnet, im Gegensatz zu der old assize (der alten Steuer)⁸³. Doch mit bemerkenswerter Vorsicht führt das Verzeichnis in allen Fällen neben den neuen Geldzahlungen die alten Dienstleistungen auf⁸⁴. Wie sich annehmen läßt, waren die Kötter mit ihren kleinen Gütern vielfach noch nicht

wohlhabend genug, um ihre Dienstleistungen abzulösen⁸⁵. Die Umwandlung vollzog sich überhaupt nur ganz allmählich im Lande. Auf den Liegenschaften der Abtei Ramsey scheint sie noch um die Mitte des 13. Jahrhunderts in keinem Falle durchgeführt zu sein, und 20 Jahre später herrschten auf den zur Abtei Gloucester gehörigen Gütern noch größtenteils die alten Zustände, ebenso in der auf dem Schlachtfeld von Hastings gegründeten Battle-Abbey selbst noch zu Ende des Jahrhunderts, obgleich wir die Dienstleistungen in Geld abgeschätzt finden. Aber selbst da, wo noch keine Wandlung eingetreten war, macht sich in den uns vorliegenden Urkunden ein bemerkenswerter Unterschied in der Ausdrucksweise geltend. Die Bauern sollen, wie es heißt, verpflichtet sein, je nachdem einen oder zwei Männer oder eine Frau zu stellen⁸⁶, womit angedeutet wird, daß sie für gewöhnlich die Dienste nicht selbst thun, sondern die Befugnis haben, Stellvertreter zu dingen. Sie werden in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts häufig als *customary tenants* (*consuetudinarii*, *custumarii*)^{86 a}, seltener als *villani* aufgeführt.

III. Je besser sich die Lage der Freibauern und der *customary tenants* gestaltete, um so mehr mußte ihnen daran gelegen sein, sich von der Verpflichtung zu Dienstleistungen zu befreien, wenn auch nur zu bestimmten Jahreszeiten. Besonders beschwerlich erwiesen sich die geforderten Dienste wohl für die kleineren *customary tenants* und Kötter, die vielfach gezwungen waren, die Arbeit auf dem eigenen Acker zu unterbrechen, zu einer Zeit, wo diese am dringendsten war; und der erste englische Verfasser eines Werkes über Landwirtschaft, Walter of Henley, dessen *Dite de Hosbondereye* der Mitte des 13. Jahrhunderts zugeschrieben wird, ermahnt den Amtmann ebenso wie den Schnitter des Grundherrn ausdrücklich, sorgsam darauf acht zu geben, daß die *customary tenants* sich der Arbeit nicht entziehen⁸⁷. So dürfte es wohl in der Richtung der Zeit gelegen haben, alle Dienste in Barzahlungen umzuwandeln. Für das auf diese Weise eingenommene Geld konnte der Amtmann dann Arbeiter dingen, deren Leistungen sich leichter überwachen ließen.

Beispiele der Umwandlung sämtlicher Dienstleistungen — des Wochenwerkes sowohl als der außerordentlichen Fronarbeit — finden wir gelegentlich bereits um das Jahr 1240,

und zwar auf Fronhöfen, wo das gesamte Saalland verpachtet war⁸⁸. Die Arbeit, welche der Grundherr am wenigsten missen konnte, scheint der Fuhrdienst gewesen zu sein. So finden wir denn auch in einem Grundbuch folgende Eintragung betreffs der Bauern: „Ob sie nun Zins zahlen oder nicht, Fuhrdienst sollen sie leisten“⁸⁹. Doch unter der Regierung Eduards III. wurde die Umwandlung allgemein⁹⁰.

IV. Nun liegt es auf der Hand, daß der Grundherr weder in die teilweise, noch in die vollständige Ablösung der Dienstleistungen eingewilligt hätte, wäre er nicht in der Lage gewesen, Arbeiter zu dinge, einerlei ob zu fortgesetztem Dienste das ganze Jahr hindurch, ob für einen Teil desselben oder nur zu besonders geschäftiger Zeit. Die damaligen Umwandlungen deuten darauf hin, daß sich eine Klasse von Arbeitern gebildet hatte, die, obwohl häufig im Besitz kleiner Grundstücke bis zu zwei und drei Morgen, von der Arbeit auf eigenem Grund und Boden nicht völlig in Anspruch genommen und zum Teil auf Lohn angewiesen waren. Dieselbe Schlusfolgerung scheint man aus der oben erwähnten Verordnung ziehen zu dürfen, nach welcher — selbst da, wo die Ablösung der Dienste nicht stattgefunden hatte — die customary tenants (die „Werkleute“) verpflichtet waren, so und so viele Arbeiter für so und so viele Tage zu stellen.

Wir besitzen noch verschiedene Verzeichnisse von ständigen Gutsarbeitern, deren Zahl sich anscheinend immer auf nur wenige belief — einen Schnitter, zwei oder drei Pflüger, einen Fuhrmann, einen Waldhüter oder Schweinehirten, einen oder zwei Schafhirten, einen auch zwei Ochsen- oder Kuhhirten und eine Kuhmagd⁹¹. Einige der Genannten, wie z. B. die Schaf- und Ochsenhirten, stammten vermutlich von früheren Gutsknechten ab⁹², während der messor oder Mäher (d. h. der Oberaufseher über die Schnitter), dem außer der Aufsicht über das Pflügen und Säen verschiedene Dienstleistungen auf dem Gutshofe selbst zufielen, eine dem Schultheißen (reeve) nur wenig untergeordnete Stellung inne hatte. Die Ablösung der Dienstleistungen scheint die Zahl der für das Saalland gedungenen ständigen Arbeiter nicht wesentlich vermehrt zu haben. Wenn es nötig war, wurden für das Dreschen und Worfeln, Jäten und Mähen Hilfsarbeiter ge-

dungen⁹³; später, als alle gelegentlichen Dienstleistungen und Precarien abgelöst waren, auch für das Pflügen⁹⁴.

Ein weiteres Ergebnis der Umwandlung von Dienstleistungen in Geldleistungen, auf das bisher, wie ich glaube, noch nicht hingewiesen wurde, ist das Auftauchen von Rechnungsaufstellungen seitens der Amtmänner um die Mitte des 13. Jahrhunderts, welche Verzeichnisse über alle Einnahmen und Ausgaben auf dem Gute enthalten⁹⁵. Solange keine oder nur unbedeutende Geldabgaben oder überhaupt keine Abgaben von den Bauern geleistet, solange die Naturalabgaben von dem Grundherrschaft, seiner Familie und der Dienerschaft verbraucht wurden, und solange die Bauern alle auf dem Gute erforderliche Arbeit selbst thaten, bedurfte es nur eines Verzeichnisses von Dienstleistungen. Sobald dagegen die Freibauern und die customary tenants Zins zu zahlen hatten (gleichviel ob ihre ganze Arbeit oder nur das Wochenwerk abgelöst war), sobald es sich darum handelte, den zu verschiedenen Jahreszeiten und in wechselnder Zahl gedungenen Arbeitern bedeutende Summen an Lohn zu zahlen, wurde eine systematische Rechnungsführung erforderlich. Besonders trat diese Notwendigkeit hervor, wenn die Grundherren nicht mehr selbst auf dem Gute wohnten und den Ertrag jedes Fronhofs in Geld und nicht in Naturalien verlangten, so daß Korn und Vieh, Butter und Käse von dem Vogt so hoch wie möglich verkauft werden mußte⁹⁶. Übrigens waren die Rechnungsberichte in der Gestalt, wie sie dem Grundherrschaft vorgelegt wurden, nicht etwa von dem Amtmann selbst aufgestellt, sondern von herumziehenden Geistlichen (clerks), die nach dem Stück bezahlt wurden⁹⁷. Doch bot die Umgestaltung der Dinge dem Amtmann neue Gelegenheit zu Unterschleifen, und so stoßen wir denn fast gleichzeitig mit dem Auftreten dieser Rechnungsberichte auf eine Verordnung wegen des gegen betrügerische Amtmänner einzuschlagenden Verfahrens⁹⁸. Das neue Verrechnungssystem war indes nur Teil einer weiteren Entwicklung, von der später die Rede sein wird.

§ 5. Das charakteristischste Merkmal der Fronhofswirtschaft vom ökonomischen Gesichtspunkte aus betrachtet, ist sein Sichselbstgenügen, seine sociale Unabhängigkeit.

Die Einführung neuer Bauern von aussen her war freilich immer möglich; entweder traten solche an die Stelle von kinderlos verstorbenen Bauern ein, oder aber sie nahmen Teile des Herrn- oder des Ödlandes in Besitz. Doch kam dies vermutlich nur selten vor; im allgemeinen ging die Bestellung der zu dem Dorfe gehörigen Äcker vom Vater auf den Sohn über. Jeder Fronhof hatte zur Aufrechterhaltung der Ordnung seine eigene Gerichtsbarkeit. Alle drei Wochen wurde auf dem Herrensitz ein Lehnsgerecht abgehalten, dem alle Bauern beizuwohnen hatten; hier kamen Bestrafungen geringfügiger Vergehen, sowie Neubelehnungen zur Verhandlung⁹⁹. In längeren Zwischenräumen trat zur Bestrafung schwerer Vergehen das Court Leet (eine Art Rügegericht) zusammen, vorausgesetzt, daß dem Grundherrschaft die Kriminalgerichtsbarkeit zustand; und es ist wohl anzunehmen, daß die Strafe ihren vollen abschreckenden Einfluß geltend machte, wenn z. B. die Diebe am Orte der That gehängt wurden.

Damals, wie heute, hatte ein jedes Dorf seine Kirche; der Geistliche aber stand mit seinen Pfarrkindern auf derselben gesellschaftlichen Stufe, und es bleibt dahingestellt, ob man dies im Vergleich zu den heutigen Zuständen als Vorteil oder als Nachteil ansehen will. In der That war der Geistliche in der Hälfte der Dörfer eben so arm, wie die Mitglieder der Gemeinde; denn sobald das Patronatsrecht einer geistlichen Körperschaft angehörte, erhoben die Schutzherren selber die Zehnten und stellten einen Vikar an, der sich zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes an den Stolgebühren genügen lassen mußte. Selbstverständlich war dem Vikar damit gedient, ein paar Morgen Landes zu bekommen und sein Einkommen durch Teilnahme an der gemeinsam betriebenen Landwirtschaft zu vergrößern¹⁰⁰.

Im Dorfe fanden sich Leute, die alle für das alltägliche Leben nötigen Beschäftigungen und Handwerke trieben. Da gab es immer eine Wasser- oder Windmühle, welche die Gutsbauern gegen Abgaben zu benutzen verpflichtet waren. Diese Abgaben bildeten einen beträchtlichen Teil des grundherrlichen Einkommens¹⁰¹, und wir stoßen wieder und wieder auf Fälle, wo die Diener des Grundherrschaft die Handmühlen der Bauern mit Beschlag belegten, da die Grundherrschaften sich durch den Gebrauch solcher Mühlen in ihren Rechten geschädigt fühlten¹⁰². Lange Zeit hindurch

hielten die Grundherren die Wasser- und Windmühlen in eigener Hand, setzten Amtmänner über dieselben und zogen aus dem Mühlenbetriebe den größtmöglichen Vorteil¹⁰³. Im 12. Jahrhundert jedoch wurde es Sitte, die Mühle gegen einen jährlichen Zins an einen der Bauern zu verpachten¹⁰⁴. Viele Dörfer, wenn auch nicht alle, hatten ihren eigenen Schmied, ihren eigenen Zimmermann. Diese beiden waren wohl zuerst Gemeindebeamte, denen unter der Bedingung, daß sie die Pflüge des Grundherrn und der Bauern ausbesserten, Land gegeben war¹⁰⁵. Indessen wurden im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts diese Dienstleistungen ebenfalls in Geldzahlungen umgewandelt, und die Handwerker bekamen jedes Stück Arbeit bezahlt. Ein anderer Dorfbeamter, dem manchmal kraft seines Amtes Land verliehen worden zu sein scheint, war der Pfandhauswärter¹⁰⁶.

Der dörfische Kramladen war bis dahin noch nicht ins Leben gerufen; vielerorts erscheint er erst mit dem Beginn des gegenwärtigen Jahrhunderts. Viele Bedürfnisse, für die ein solcher Laden heutzutage sorgt, hatten sich noch nicht fühlbar gemacht; die fühlbar gewordenen Bedürfnisse aber wurden durch Reisen nach einem entfernten Jahrmarkt oder Marktflecken, wie ferner durch Hausarbeit der Familie befriedigt. Die Weiber woben ein grobes Wollen- oder Leinenzeug zum Anzug, die Männer gerbten ihr Leder selbst.

Dies war der durchschnittliche Zustand des dörfischen Lebens in England; die Bauern bestellten auf herkömmliche Weise Jahr aus, Jahr ein ihr Land, nährten sich von dem Ertrage ihrer Arbeit und kamen mit der Außenwelt nur wenig in Berührung. Freilich brachte es schon das Vorhandensein der Städte mit sich, daß die Bezirke mit ausschließlich landwirtschaftlichen Betrieben mehr erzeugten, als sie zum eigenen Bedarfe nötig hatten. Korn und Vieh wurden regelmäßig, und zwar in wachsender Menge und Zahl, von den Grundherren und ihren Verwaltern auf nahe und ferne Märkte verschickt, da es den größeren Grundbesitzern, wie auch den geistlichen Körperschaften daran lag, statt der Bodenerzeugnisse Geld zu erhalten¹⁰⁷. Im übrigen beschränkte sich der Verkehr der Dorfbewohner mit der Außenwelt auf das denkbar geringste Maß.

Zunächst handelte es sich um den Ankauf von Salz, welches im Mittelalter, d. h. zu einer Zeit, wo man fünf Monate im Jahr von eingepökelttem Fleisch lebte, von un-

bedingtester Notwendigkeit war. Das am häufigsten verwandte Salz kam von der Südküste, besonders aus den Fünf-Häfen¹⁰⁸, wo es durch Verdunstung des Seewassers gewonnen wurde. Das westliche England bezog große Mengen aus den zum Worcester Kloster gehörigen Salzwerken von Droitwich. Salz von hervorragender Güte wurde aus Guienne eingeführt¹⁰⁹.

Ferner war es Eisen, dessen man für die Pflüge und andere Ackergeräte dauernd benötigte. Dies konnte sowohl als heimisches Erzeugnis aus den Wäldern von Sussex, als auch durch fremde Einfuhr, hauptsächlich aus Spanien, bezogen werden¹¹⁰, und stand auf Jahrmärkten und Messen zum Kauf aus. Der Amtmann pflegte gewöhnlich größere Mengen davon auf Vorrat zu kaufen und nachher dem Schmied das für die Ausbesserung der Herrschaftspflüge Erforderliche zu liefern¹¹¹. Ein sehr trockener Sommer hatte größere Abnutzung der Gerätschaften, eine dementsprechend vermehrte Nachfrage und höhere Preise zur Folge. In den Berichten der Amtmänner wird denn auch die Dürre häufig als Ursache der höheren Eisenpreise verzeichnet¹¹².

Ein weiteres Bedürfnis machte sich fühlbar, als gegen Ende des 13. Jahrhunderts eine neue Krankheit, die Räude, unter den Schafen ausbrach, und der Teer als Heilmittel dagegen von großer Bedeutung wurde. Dieser war ein Erzeugnis Norwegens, und er wurde durch hanseatische Kaufleute von Bergen aus nach den Häfen von Norfolk verschifft. In Jahren der Seuche erreichte auf den Rechnungen des Amtmanns der Posten für Teer eine beträchtliche Höhe¹¹³.

Der einzige andere regelmässig wiederkehrende Bedarf, den das Dorf nicht selbst befriedigen konnte, waren vielleicht die Mühlsteine. Die besseren kamen aus der Umgegend von Paris, und wurden nach Hafenorten an der östlichen und südlichen Küste gebracht. Dorthin sehen wir denn auch oft die Amtmänner und Müller reisen, um Steine zu kaufen¹¹⁴. Zuweilen war es eine auf allen Bauern — den Freien sowohl, wie den Dienstbauern — lastende Verpflichtung, dem Amtmann bei der Überführung des Mühlsteines aus der benachbarten Stadt zu helfen¹¹⁵.

Demnach war die Dorfgemeinschaft etwas in sich abgeschlossenes Vollständiges und ihr Einheitsgefühl so stark, daß sie als Körperschaft aufzutreten vermochte. Von alters her hatten größere Grundbesitzer, die ihre entfernt liegen-

den Fronhöfe nicht leicht selbst oder durch Verwalter beaufsichtigen konnten, ihre Ländereien auf die Dauer von 14, 21 oder 35 Jahre für eine ferm, eine bestimmte jährliche Summe, an Großpächter abgetreten, die nun an Stelle der Grundherren traten und Gewinn zu ziehen suchten¹¹⁶. Nun finden wir aber vielfach, ja schon im Jahre 1183, daß die Gesamtheit der Bauern — die villata besonderer Grundherrschaften — mit ihren Gutsherren Verträge abschloß, ganz so wie ein einzelner firmar (Großpächter) sie abschließen konnte. Die Bauern versprachen die Zahlung einer jährlichen Summe und bewirtschafteten das Land für eigene Rechnung¹¹⁷. Zuweilen heißt es sogar ausdrücklich: sie pachten das Gericht (nämlich die Geldbußen, die es abwarf), ferner die Wiesen und die heriots (die Gefälle bei Besitzveränderungen) und endlich die villenage (die Bauerndienste)¹¹⁸. Dies Abkommen entspricht, wie man sieht, vollständig dem Erwerb der firma burgi seitens der Stadtgemeinden (d. h. einer Umwandlung aller Steuern in eine von der Stadt zu zahlende Jahresrente) und wirft einiges Licht auf die Übertragung königlicher und herrschaftlicher Gerichtsgewalt auf die Stadtbehörden.

So ergeben sich als Hauptmerkmale der Gutsgemeinschaft (als Ganzes betrachtet) ein Sichselbstgenügen und korporative Geschlossenheit. Betrachten wir nunmehr die Stellung der einzelnen Glieder dieser Gesamtheit. Einige waren zu Freibauern emporgestiegen; die Mehrzahl indes, obwohl mit einem größeren Stück Landes belehnt, als die Freibauern (deren Ländereien, wie wir gesehen haben, oft sehr wenig umfangreich waren), hatten als villeins (Dienstbauern) oder customary tenants (Werkleute) noch immer ihre Dienstlehen inne. Dies war auch der Fall, wenn sie alle oder die meisten ihrer Dienstleistungen abgelöst und einen wesentlich höheren Grad von Wohlhäßigkeit erreicht hatten. Das charakteristische Kennzeichen dieser großen Mehrheit war die Sefshaftigkeit mit ihren Vor- und Nachteilen. Obgleich es selten klar hervorgehoben wird¹¹⁹, so kann doch kein Zweifel darüber sein, daß diese villeins und customary tenants an die Scholle gebunden waren, wie schon aus der gewöhnlich in den Gesetzbüchern vorkommenden Bezeichnung der Bauern als ascriptii terrae hervorgeht. Und zwar ist dieser Ausdruck in dem Sinne aufzufassen, daß der Grundherr keinem von

ihnen ohne Zahlung hohen Lösegeldes gestattete, die Herrschaft zu verlassen¹²⁰. Ein Vater konnte für seinen Sohn die Erlaubnis auswirken, Kleriker oder Mönch zu werden, und jüngere Söhne durften in die Stadt gehen und ihr Glück bei einer der Handwerkergilden versuchen. Ein Hufner aber wird das Herrschaftsgut nicht so leicht verlassen haben, wenn er nicht anderswo zu einer Hufe gelangen konnte. Die auf den Gütern herrschende Regel, nach der es einem Bauern nicht erlaubt war, Ochsen oder Pferde zu verkaufen, brachte es schon mit sich, daß er nicht in den Besitz von Geld gelangen konnte, womit er sich anderswo hätte niederlassen können¹²¹.

Andererseits waren die Bauern der Dauer ihres Besitzverhältnisses thatsächlich sicher, und ihr Gut ging von dem Vater auf den Sohn über. Es ist sogar anzunehmen, daß es ihnen ziemlich allgemein gestattet war, ihre Besitzung gegen eine an den Grundherrschaft zu zahlende Gebühr an andere abzutreten¹²². Nach damals geltenden Rechtsbegriffen konnte der Dienstbauer Eigentum überhaupt nicht besitzen, und die königlichen Gerichtshöfe schützten ihn nicht vor der Willkür des Grundherrn. Wir stoßen denn auch gelegentlich auf Fälle gewaltsamer Vertreibung der Bauern aus ihrem Besitz, doch wird es selten im Interesse des Grundherrn gelegen haben, die Arbeitskräfte seiner Herrschaft durch Beseitigung eines Bauern zu verringern. Das allgemein Herkömmliche aber hatte stets Neigung, Gesetz zu werden. Allein die gesetzlichen Ansprüche von seiten des Grundherrn wurden niemals endgültig aufgegeben, und ihr Fortbestehen bis ins 15. Jahrhundert hinein dürfte zur Erklärung einiger dunkler Punkte aus der Zeit der Enclosures (Einhegungen, Verkoppelungen) beitragen.

Es ist lehrreich, das Dorf von damals — wie wir es kennen gelernt haben — mit dem von heute zu vergleichen. In einer Hinsicht möchte es scheinen, als ob eine gewisse Ähnlichkeit zwischen beiden vorhanden sei. Damals, wie auch gewöhnlich heute, bestand das Dorf aus einer einzigen Strafe, mit einer Häuserreihe zu beiden Seiten. Heutzutage sind die Bewohner der Dorfstrasse die Arbeiter; daneben ein oder zwei Dorfhandwerker — wie Schneider, Sattler, Schmied und Schuhflicker — und endlich ein paar Krämer und Schenkwirte. Die Pächter wohnen auf Einzelhöfen, die nicht an der Dorfstrasse, sondern inmitten ihres

Pachtlandes liegen. Dazumal hingegen wohnten alle, die dem Boden ihren Unterhalt abgewannen, dicht bei einander.

Zweitens beachte man den Unterschied in der Art des landwirtschaftlichen Betriebes. Heute folgt jeder Pächter in allem, was er thut, seinem eigenen Urteil. Er besät sein Feld mit dem, was er am geeignetsten hält, und wann immer es ihm gut dünkt, wählt sich überhaupt für jede der landwirtschaftlichen Verrichtungen selbst die Zeit. Der Bauer der damaligen und einer noch viel späteren Zeit aber war genötigt, an einer gemeinsamen Bodenbewirtschaftung teilzunehmen. Die Zeit, zu welcher, und die Art, in welcher alles gethan werden sollte, wurde durch das Herkommen geregelt, dem die manor courts (Hofgerichte) Nachdruck verliehen.

Ein weiterer Unterschied zeigt sich in den Beziehungen von Grundherren und Bauern hinsichtlich der Bestellung. Heutzutage bestellt der Gutsherr entweder überhaupt kein Land innerhalb der Dorfgemeinde, oder aber die Bewirtschaftungsart des Grundherrn ist ebenso unabhängig von der seiner Pächter, wie die der Pächter von der seinen. Damals hingegen wurde fast alle Arbeit auf dem Saallande von Dienstbauern verrichtet, die dem Amtmann Pflüge, Ochsen und Leute zur Verfügung zu stellen hatten. Und noch lange nachdem die Ablösung der Dienste bereits in grossem Umfange vor sich gegangen war, bewahrten sich die Grundherren bei allen wichtigeren Verrichtungen — wie Pflügen, Mähen, Dreschen, Karren — das Recht der Inanspruchnahme von Hülfleistungen. Das Saalland selbst bestand oft zum grössten Teil aus Hufen auf dem gemeinsamen Ackerlande; soweit solche in Betracht kamen, war daher auch der Grundherr an das von den übrigen Gemeindemitgliedern streng befolgte System gemeinsamer Bodenbewirtschaftung gebunden.

Vergleichen wir schliesslich die verschiedenen Abstufungen unter den damaligen Gutsangehörigen mit den Bevölkerungsschichten eines Dorfes von heute! In der heutigen Dorfgemeinde wird man gewöhnlich einen Squire (Junker), drei oder vier Pächter — lauter Großpächter im Vergleich zu den ehemaligen Bauern — und, unter diesen stehend, eine verhältnismässig grosse Zahl von Landarbeitern finden. Denn selbst wenn der Landarbeiter ein gut Stück Gartenland oder ein allotment (Parzelle) besitzt, so besteht

doch ein großer gesellschaftlicher Unterschied zwischen ihm und dem Pächter von einigen hundert Morgen. Auf den Herrnsitzen des Mittelalters dagegen wurde, wie wir gesehen haben, der bei weitem größere Teil des Landes von kleinen, auf gleicher gesellschaftlicher Stufe stehenden Inhabern bewirtschaftet. Zwischen dem Grundherrn und diesen Dienstbauern lag ja allerdings eine gewaltige Kluft — eine weit größere, als zwischen dem Pächter und dem Squire von heute. Auch war es für den Kötter vermutlich nicht leicht, sich zum Hufner emporzuschwingen. Lassen wir aber einmal den Grundherrn beiseite, so gab es doch nichts, was der heutigen Verschiedenheit der Stellung unter der ackerbauenden Bevölkerung gleichkam. Hufner und Kötter arbeiteten auf gleiche Art; ihre Lebensweise war dieselbe, und durch die gemeinschaftliche Bodenbewirtschaftung, durch das Zusammenleben in der Dorfstraße waren sie darauf angewiesen, ihre gemeinsamen Interessen zu wahren.

Es dürfte angebracht sein, auf die Abwesenheit gewisser Lebenselemente innerhalb der Dorfgemeinschaft hinzuweisen, welche die abstrakte, moderne Volkswirtschaftslehre nur zu gern als ehemals schon vorhanden annimmt. Persönliche Freiheit in dem Sinne, wie wir sie verstehen, gab es nicht; folglich konnte auch von keinem so ausgebreiteten Wettbewerb die Rede sein, wie wir ihn überall voraussetzen pflegen. Die von den Dienstbauern geleisteten Zahlungen bedeuten keine Grundrente im Sinne der abstrakten Nationalökonomie; denn diese setzt den Wettbewerb voraus, d. h. sie nimmt an, daß Gutsherr und Pächter auf rein geschäftlichem Standpunkt stehen, und daß es einen dem Pächter bekannten Durchschnittsgewinn giebt, unter den herunter der andere nicht gehen will, über den hinaus er selber nicht gehen kann¹²³. Wie immer die Feststellung der Arbeitsleistungen sich vollzogen haben mag, im 11. Jahrhundert standen sie fest und blieben so lange unverändert, bis sie in Geldzahlung umgewandelt wurden. Nachdem dies geschehen, hielt sich das Pachtgeld auf gleicher Höhe. Grundherr und Bauer gingen in der Hauptsache von dem einmal Herkömmlichen aus und nicht davon, was der Bauer möglicherweise leisten konnte. Endlich aber war noch kein Kapital vorhanden, d. h. was wir nach modernen Begriffen als solches bezeichnen. Allerdings gab es Kapital in dem Sinne, in welchem rechtgläubige Lehrer der Volks-

wirtschaft das Wort erklärt wissen wollen — nämlich Hab und Gut, das dazu bestimmt ist, durch seine Verwendung neue Werte zu schaffen —; denn die Bauern besaßen Pflüge, Eggen, Ochsen, Pferde. Doch ist dies eine der haltlosesten nationalökonomischen Definitionen. Sehr richtig heißt es deshalb bei Cunningham, *Growth of Engl. Industry*: „Wir verstehen unter Kapital gewöhnlich mehr als das Angeführte; wir meinen damit einen Vorrat von Werten, die in neue und vorteilhaftere Bahnen geleitet werden können, je nachdem sich die Gelegenheit dazu bietet“¹²⁴. Kapital in diesem Sinne hatten die Bauern sicher nicht; und der Gutsherr kam erst ganz allmählich, mit der Umwandlung der Dienste in Geldleistungen, in die Lage, etwas zu erhalten, was er „kapitalisieren“ konnte, d. h. was er aufsammeln konnte mit der Absicht, davon allmählich einen Gewinn zu ziehen¹²⁵.

§ 6. So wenig nun auch die bloße Umwandlung der Arbeitsleistungen in Geldleistungen auf die Beziehungen der Bevölkerungsschichten zu einander eingewirkt zu haben scheint, so bezeichnet sie doch den Anfang einer Umgestaltung von hervorragender Bedeutung. Der deutsche Nationalökonom Hildebrand war der erste, der darauf hinwies, daß, wie groß auch immer die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen europäischen Nationen gewesen sein mag, diese Entwicklung doch einen allen Völkern gemeinsamen Grundzug hatte, nämlich den Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft. Hildebrand versteht hierunter die Entwicklung einer Gesellschaft, in welcher der Austausch und die Verteilung von Gütern gewöhnlich durch Metall als Umlaufsmittel bewirkt oder durch Ausdrücke zur Anschauung gebracht wird, die solche Werte bezeichnen; im Gegensatz zu einer früheren Entwicklungsstufe, auf welcher Land gegen Dienste, Dienste gegen Land, Waren gegen Waren eingetauscht wurden ohne jede Vermittelung von Umlaufsmitteln¹²⁶. Diesen Wechsel sehen wir im Laufe der drei Jahrhunderte, die wir bisher überblickt haben, sich nach allen Richtungen hin vollziehen.

Wir haben bei Prüfung der wesentlichen Merkmale der Dorfgemeinschaft gesehen, daß im 11. Jahrhundert, und in den meisten Fällen noch lange nachher, der Grundherr mit seiner Familie von dem Ertrage des von seinen Bauern

in herkömmlicher Weise bewirtschafteten Saalgutes lebte. Die Bauern ihrerseits fanden ihren Unterhalt in den Bodenerzeugnissen der Ländereien, die sie zum Lohn für ihre dem Grundherrn geleisteten Dienste inne hatten. Wir sahen ferner, wie diese Dienste erst ganz allmählich in Geldleistungen umgewandelt wurden, so daß der Grundherr einen Pachtzins erhielt, für den er Lohnarbeiter dingen konnte. Was nun von den Beziehungen zwischen Bauern und herrschaftlichem Haushalte für die einzelne Herrschaft gilt, das galt auch in den Fällen, wo ein Grundherr im Besitz einer großen Anzahl von Fronhöfen war. Die Grundherren empfingen zur Bestreitung ihres Haushaltes von ihren Amtmännern kein Bargeld, sondern bestimmte Lieferungen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Von großen Herrschaften, die im Besitze weltlicher Großen waren, sind keine Wirtschaftsberichte vorhanden; dagegen haben wir deren mehrere von geistlichen Herrschaften, die in genau derselben Weise bewirtschaftet wurden, wie die weltlichen, nur mit dem Unterschiede, daß durch den natürlichen Konservatismus korporativer Genossenschaften die alte Wirtschaftsmethode noch lange beibehalten wurde, nachdem sie anderwärts schon aufgegeben war.

Der Wirtschaftsbetrieb des Kapitels von S. Paul wird ausführlich zur Anschauung gebracht in gewissen Urkunden der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, die von einem vor etwa 15 Jahren verstorbenen Mitglied desselben Domkapitels, Archidiakonus Hale, mit liebevollem Eingehen auf die Sache erläutert worden sind¹²⁷. Jenes Kapitel besaß 13 Fronhöfe, von denen jeder in den Händen eines firmarius lag, der ihn gewöhnlich auf Lebenszeit gepachtet hatte. Dieser nahm dem Fronhof gegenüber dieselbe Stellung ein, wie der Grundherr, hielt Gericht, überwachte den Amtmann und schloß Verträge mit den Bauern. Er war verpflichtet, in regelmäßigen Zwischenräumen bestimmte Zahlungen in Geld und Naturalien an das Kapitel zu leisten; er hatte das Recht, jeden Überschufs an Bodenertrag oder Pachtzins zurückzubehalten, und dies war eine Quelle so reichen Gewinnes, daß die Domherren die Stellung eines firmar für sich monopolisierten, indem sie, sobald eine Vakanz eintrat, das Recht hatten, dem Alter nach die Pachtung zu übernehmen. Als Zahlungseinheit galt eine firma, worunter, soweit es sich um S. Paul's handelt, außer der allgemeinen

Bedeutung bestimmter und regelmässiger Zahlungen, anstatt willkürlicher und schwankender, der Lebensunterhalt für eine Woche verstanden wurde. Die firma bestand aus 16 Maltern Weizen, 16 Maltern Hafer und 3 Maltern Gerste. Die 13 Fronhöfe lieferten im Laufe des Jahres 45 solcher firmae. Hiervon kamen zehn auf einen Fronhof, sechs auf einen anderen, je vier auf zwei, je drei auf vier, je zwei auf vier und eine auf den letzten Fronhof. Die Gesamtmenge der Lieferungen im Jahre betrug 720 Malter Weizen, 720 Malter Hafer und 135 Malter Gerste.

Neben der Domkirche befand sich eine durch Pferdekraft getriebene Mühle, ein Back- und ein Brauhaus, wo Korn gemahlen, alle 14 Tage fünfmal gebacken und zweimal in der Woche unter der Oberaufsicht des Brauhauswarts (gewöhnlich eines der Domherren) Bier gebraut wurde. Der Brauhauswart hatte jedem der 30 Domherren täglich drei Laibe Brot und wöchentlich 30 Gallonen Bier zu verabfolgen. Zweifelsohne wohnten die Domherren in getrennten Haushaltungen, und Bier und Brot wanderten grossenteils in die Hände ihrer Diener. Fünf andere Personen empfingen täglich zwei Laibe Brot und wöchentlich sechs Gallonen Bier einer geringeren Sorte. Die niederen Domherren erhielten einen Laib Brot und drei Gallonen; dazu kam eine bestimmte Zahl von Broten und Gallonen für die übrige Geistlichkeit und die Dienerschaft — alles in allem 40 400 Laibe Brot und 67 800 Gallonen Bier im Jahre.

Dies primitive System dauerte bis weit in das 14. Jahrhundert hinein. Sicher aber waren schon von der Mitte des 12. Jahrhunderts an bestimmte Geldzahlungen geleistet worden. Als Einheit hierfür galt die dizena = 3 Mark 7 Pence^{127a}; und diese Summe wurde wie folgt verteilt: 2½ Mark als wöchentliche Besoldung für die Domvikare, die niederen Geistlichen, den Sakristan und andere Beamte, ½ Mark zum Einkauf von Holz für Brau- und Backhaus und 7 Pence für Almosen. So waren denn zur Begleichung einerseits der Pacht, andererseits der Löhne, Geldzahlungen eingeführt. Da wir überdies nicht annehmen können, daß die Domherren von Brot und Bier allein lebten, so ergibt sich, daß sie Fleisch, ebenso wie auch Tuch zu ihren Gewändern, auf dem Londoner Markte einkaufen mußten. Das hierzu erforderliche Geld lieferten ihnen die Zehnten

und die Opfergaben. Der grössere Teil des für das Domkapitel nötigen Unterhaltes wurde indes viele Jahrhunderte lang dem Ertrage derjenigen Fronhöfe entnommen, über die es die Grundherrschaft besaß. Wie groß die Abhängigkeit des Kapitels von diesen Gütern war, wird durch die Verordnung von Radulphus de Diceto vom Ende des 12. Jahrhunderts veranschaulicht, in der es heisst, daß die nicht residierenden Mitglieder des Domkapitels im Falle von Teuerung oder Pestilenz täglich einen Laib Brot und eine Gallone Bier weniger bekommen sollten. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts sehen wir das bisherige Wirtschaftssystem in Verfall geraten. Anstatt der Lieferungen in Bier erhalten die Domherren Geld; auch die Brotlieferung gerät ins Stocken, und an die Stelle der firmæ treten schliesslich beträchtliche Geldabgaben.

Der Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft verzögerte sich also auf den zum Kapitel von S. Paul gehörigen Ländereien, und ohne Zweifel auch auf denen vieler anderen geistlichen Körperschaften, bis ins 15. Jahrhundert; auf den königlichen Besitzungen hatte er dagegen schon im 12. Jahrhundert stattgefunden. Der Verfasser des *Dialogus de Scaccario* beschreibt im Jahre 1178 diese Umgestaltung der Dinge in Worten, die hier wiedergegeben zu werden verdienen.

„In den frühesten Zeiten des Königreichs, gleich nach der Eroberung“ — so heisst es — „pflegten die Könige von ihren Gütern bestimmte Lieferungen, nicht in Gold oder Silber, sondern an Lebensmitteln zu erhalten, mit welchen die täglichen Bedürfnisse des königlichen Hofhaltes bestritten wurden. Die Beamten, denen diese Angelegenheit oblag, wußten, wieviel jedes Gut durchschnittlich eintrug. Geprägtes Geld zur Löhnung der Soldaten und für andere Bedürfnisse wurde aus den der Krone zustehenden Gerichtsgefällen und aus Städten und befestigten Plätzen ohne landwirtschaftlichen Betrieb beschafft. Diese Wirtschaftsführung dauerte während der ganzen Regierung Wilhelms I. bis in die Zeit Heinrichs I. hinein. Ich selbst habe Leute gekannt, die noch zu bestimmten Zeiten hatten Nahrungsmittel von den Fronhöfen an den Hof bringen sehen. Die königlichen Beamten wußten ganz genau, welche Grafschaften Weizen, welche verschiedene Arten von Fleisch, welche Pferdefutter oder andere notwendige Bedürfnisse zu

liefern hatten; und nachdem diese Lieferungen in gehöriger Menge eingegangen, wurde von seiten der Beamten und des sherifs ihr Geldeswert nach feststehenden Sätzen berechnet. So z. B. galt diejenige Menge Weizen, die zu Brot verbacken für 100 Menschen ausreichte, = einen shilling; ein fetter Ochse = einen shilling; ein Schafbock oder ein Mutterschaf = 4 pence; Futter für 20 Pferde ebenfalls = 4 pence. Im Laufe der Zeit jedoch, als Heinrich übers Meer ziehen mußte, um Aufstände in fernen Landen zu unterdrücken, brauchte er zur Deckung der sich ergebenden Kosten Bargeld; um dieselbe Zeit strömten ganze Scharen von Bauern klageführend an den Hof, oder aber, was den König noch mehr bekümmerte, sie lauerten ihm auf seinen Reisen auf und hielten ihre Pflugscharen in die Höhe, zum Zeichen, daß es mit der Landwirtschaft schlecht bestellt sei. Denn sie litten großes Ungemach durch das Fortschaffen der Lebensmittel aus ihren eigenen Wohnstätten. So ließ denn der König ihren Klagen Gehör. Nachdem er sich mit den Großen beraten, wählte er die besten Männer, die er zu diesem Zweck finden konnte, und schickte sie aus über das ganze Königreich, auf daß sie jeden Fronhof besuchten und die Naturallieferungen in Geldeswert abschätzten. Den sherif jeder Grafschaft aber machten sie für den von allen Fronhöfen der Grafschaft zu leistenden Gesamtbetrag beim Schatzkammergericht verantwortlich“¹²⁸.

Dieser Bericht bietet manche interessanten Punkte, wie z. B. die Vorführung primitiver Zustände, bei denen die natürliche Recheneinheit der Unterhalt für 100 Mann oder das Futter für 20 Pferde war; ferner die Schilderung des Geldbedürfnisses des Königs, das als unmittelbare Folge der Verwendung besoldeter Truppen dargestellt wird. Was sich aber in diesem Berichte der Beobachtung als besonders wichtig aufdrängt, ist der Umstand, daß etwas als allgemeiner Wertmesser schon lange gebräuchlich sein kann, bevor es in Wirklichkeit im täglichen Verkehr als Tauschmittel auftritt.

Die angeführten Beispiele genügen, um den Übergang von Naturalwirtschaft zu Geldwirtschaft zur Anschauung zu bringen. Doch muß beachtet werden, daß sich diese Veränderung nicht auf die Beziehungen zwischen einzelnen Individuen beschränkte. So eng waren dazumal Staat und Gesellschaft miteinander verknüpft, daß der Verkehr zwischen

dem Herrscher und seinen Unterthanen sich in ähnlicher Weise umgestalten mußte. Daher finden wir unter der Regierung Ethelreds den Anfang zu einer regelrechten Besteuerung in Gestalt des „Dänengeldes“; zur Zeit Canuts war aus dem heriot (der Besitzveränderungsabgabe), ursprünglich einer Abgabe an Pferde und Rüstzeug, eine Geldleistung geworden. Heinrich II. erhielt von der Gesamtheit der Ritterschaft anstatt des Waffendienstes eine unter dem Namen scutage (Schildgeld) bekannte Zahlung, und unter Eduard I. traten regelmäßige Geldzahlungen seitens der Kaufleute an die Stelle der früheren Warenlieferungen.

Solch ein Wechsel setzt zweierlei voraus: erstens das Vorhandensein entsprechender Umlaufsmittel, und zweitens das Bestehen von Märkten, wo man sicher sein konnte, für seine Waren Geld oder für sein Geld Waren zu erhalten.

Zunächst die Umlaufsmittel! Bis zu Offas Zeiten in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts beschränkte sich das Ausmünzen des Geldes auf ein sehr geringes Maß¹²⁹. Mit Äthelstan nahm die lange Reihe von Münzgesetzen ihren Anfang; er bestimmte, daß nur einerlei Geld im ganzen Königreiche gültig sein und niemand außerhalb einer Stadt prägen solle. Seit jener Zeit wurde es Sitte, die Münzen mit dem Namen der Stadt zu stempeln, in der sie geprägt waren¹³⁰. Jahrhundertlang besaßen die Stadtherren in großen Mittelpunkten des Handels das Recht, ihre eigenen Münzen zu haben; in jeder bedeutenderen Stadt gab es deren mehrere. Die Zunahme der Umlaufsmittel kann ungefähr nach der Zahl der Städtenamen abgeschätzt werden, die wir auf den Münzen finden. Unter Canut waren die Münzstätten zahlreicher als je zuvor¹³¹.

Während der Regierung Heinrichs I. gab es 94 Münzmeister, die allesamt im Jahre 1125 Strafen durch Verstümmelung erlitten, weil sie minderwertiges Geld ausgegeben hatten¹³². Um dem Übel des Kippens und Wippens abzuhelpen, wurden in den Jahren 1125, 1158, 1180, 1248 und 1300 neue Münzen geprägt¹³³. Im Jahre 1220 kamen zum erstenmal runde halfpennies und farthings zur Ausgabe. Aus dem Umstande, daß das Zerbrechen der Münzen in zwei und vier Stücke sich so lange erhielt, ersieht man, wie wenig entwickelt damals noch der Kleinhandel gewesen sein muß¹³⁴. Andererseits zeigt der Mißerfolg des im Jahre 1257 von Heinrich III. unternommenen

Versuches, seinen französischen und italienischen Zeitgenossen in der Ausgabe von Goldmünzen zu folgen, wie weit England in kommerzieller Entwicklung hinter anderen Ländern zurückstand¹³⁵. Denn mit dem zunehmenden Handelsverkehr erweisen sich Geldsorten höherer Werte als zweckentsprechender. Die Beschwerden der Stadt London zwangen den König, eine Verordnung zu erlassen, wonach niemand gehalten sein sollte, die neuen Goldpfennige anzunehmen. Die Prägung derselben belief sich auf eine nur geringe Anzahl und wurde bald eingestellt. Bis zum Jahre 1343, wo Eduard zur Prägung seiner Goldnobel die Hülfe einiger florentinischen Münzmeister in Anspruch nahm, fand kein ähnlicher Versuch statt¹³⁶. Während des dazwischenliegenden Jahrhunderts hatte sich, wie wir im nächsten Kapitel sehen werden, ein bedeutender Handelsverkehr entwickelt, so daß der König nun verordnen konnte, niemand dürfe hinfürder bei Zahlungen von 20 Schillingen und darüber die Annahme von Goldnobeln verweigern. Am ausgedehntesten war der Handelsverkehr mit Flandern. Infolge dessen trat Eduard in den Jahren 1345 und 46 mit den Behörden der flämischen Städte behufs Prägung einer in beiden Ländern gleichwertigen Münze in Unterhandlungen¹³⁷.

Wie die zweite der genannten Bedingungen, das Entstehen von Märkten, sich erfüllte, soll im nächsten Kapitel gezeigt werden.

Anmerkungen.

¹ Seebohm, 1—4, 7—13, 21—29 (Hauptstück I u. II).

² Maine, *Village Communities*, 85—87; doch ist es ungenau, von der „Feldgemeinschaft“ als „geteilt in drei lange Streifen“ zu sprechen. Es gab drei grofse Felder, oder drei grofse und drei kleine, wie in Hitchen (s. die vorderste Karte und den Anhang A. bei Seebohm); und jedes Feld war wiederum in mehrere Gewanne oder Gruppen von Ackerstreifen geteilt.

³ *Dominium* oder *dominicum*, und *villenagium* sind die gewöhnlichen Ausdrücke; inland wird seltener gebraucht. Letztere Bezeichnung finden wir zuerst im Jahre 956, Seebohm S. 149 (S. 99 der Bunsenschen Übersetzung); sie kommt dann zuweilen im *Domesday* vor, z. B. dreimal in Yorkshire auf Seite 317, col. 1; ist die übliche Benennung für *demesne* (Saalland) im *Burton Chartulary*, S. 18, 19, 20; und findet sich noch im Jahre 1240: „*terrae de dominico quas vocant Inlandes*“, *Domesday of S. Paul's* LXXII.

⁴ Auf einer im Besitz des Lincoln College zu Oxford befindlichen Karte vom Jahre 1624, welche die Herrschaft Pollicot in der Grafschaft Buckingham darstellt, bemerkt man, dafs die auf dem gemeinsamen Ackerland liegenden Ackerstreifen von Lincoln College, in dessen Besitz der Fronhof übergegangen war, mit denen der Bauern abwechseln. Vgl. Seebohm, S. 38 (S. 28 bei Bunsen).

⁵ Seebohm, 61 (44).

⁶ *Cust. Battle* XIII.

⁷ Dugdale sagt in der Beschreibung von Stoneleigh in Warwickshire: jeder Bauer sei im Besitz von einer Hufe, „für welche er 30 d. zahlt, d. h. 1 d. für den Morgen, in Anbetracht dessen, dafs jede Hufe 30 Morgen und nicht mehr umfafste“; *Antiqu. of Warwicksh.*,

254, siehe auch Gomme, *Primitive Folk-Moots*, 129. Hufen im Umfange von 16 Morgen werden erwähnt im *Ramsay Chart.*, 284; von 18 Morgen ebenda 295; vgl. auch *Worcester Reg.*, LXXV. LXXX.

⁸ Die als *bordarii* Bezeichneten scheinen durchschnittlich in etwas besserer Lage gewesen zu sein, als die *cotseti* und *cotmanni*. Doch werden abwechselnd beide Benennungen gebraucht: so im *Liber Niger of Peterborough*, wo, nachdem die Dienstbauern einer bestimmten Grundherrschaft als *pleni villani*, *dimidii villani* und *cotsetes* unterschieden sind, zuerst die Dienste der Vollhüfner und Halbhüfner, und dann die der *bordarii* aufgeführt werden. Im *Domesday* wird, nach den Verzeichnissen bei Ellis, *Introd. to Domesday* (1833) II, 511, die Zahl der *villani* und *dimidii villani* auf 108 456 angegeben, die der *bordarii* auf 82 624, die der *cotarii*, *coteri* and *coscets* auf nur 6819. In den sogenannten *Leges Henrici primi* wird die dienende Bevölkerung in *villani*, vel *cotseti*, vel *ferdingi* eingeteilt. Stubbs, *Sel. Charters*, 106, XXIX.

⁹ Aufser den obigen Angaben über *dimidii villani* vergl. *Cust. Battle*, 77: „*Isti subscripti vocantur Halferdlings.*“

¹⁰ Auf vier von den acht in Northamptonshire gelegenen und im Jahre 1086 zum Kloster von Peterborough gehörigen Fronhöfen gab es je einen Sklaven, auf einem 1 *ancilla*, auf einem drei Sklaven und auf zweien vier. *Domesday*, I, 221, 221 b. In den westlichen Grafschaften war die Zahl eine weit höhere; wir werden hierauf später zurückkommen.

¹¹ Die *Rectitudines* verzeichnen zunächst die Rechte des thegn, dann die Pflichten des *geneat* (wohl der umfassenden Bezeichnung für „Hörige aller Art“) und endlich die besonderen Obliegenheiten des *cotsetla* und des *gebur*, die als Ergänzung der dem *geneat* zugeschriebenen Leistungen angesehen werden können, Seebohm, 129 (und Seite 87 der Bunsenschen Übersetzung). Vergl. die Dienste des *gebur* — „an einigen Orten schwer, an anderen mäßvoll und weniger schwer. Hier und da muß er sich zweimal wöchentlich an der Arbeit beteiligen, und zwar an solcher Arbeit, wie sie das ganze Jahr hindurch gefordert wird; in der Erntezeit hat er wöchentlich drei Tagewerke zu thun, von Lichtmefs bis Ostern ebenfalls drei“ — mit Angaben, wie „*quaeque virga operatur III diebus in ebdomada*“, im *Chron. Petrob.*, 158.

¹² „*On sumen lande is paet he sceal wyrcean to wicweorce, II dagas*“; auf Lateinisch: „*operatur opus septimane*“; *Rectitudines* 375, Schmid. Drei Jahrhunderte später treffen wir den Ausdruck „*opera diurna*“; *Cust. Battle*, VIII. (In Deutschland: „Werk,

Tagewerk, Wochenwerk und ähnliche Ausdrücke. Vergl. G. L. von Maurer, Geschichte der Fronhöfe pp. I, 378.)

¹³ E. g. „Omnes firmarii fac IV p'cac' (d. h. precationes) in autumpn' cu' tota familia ex^{ta} husewiva;“ Boldon Book, im Domesday, IV, 570, 571. Vergl. die Satzung (custom) für Bright Walton, aus dem 12. Regierungsjahre Eduards I.: „Nec licebit alicui metere in eadem villa eodem die quo dominus habet magnam precariam nisi in campo domini;“ Cust. Battle, 59; und ein Beispiel in den Hundred Rolls bei Seeböhm, 43 (310, Anhang B).

¹⁴ Indem ich week-work (Wochenarbeit) und boondays (Fron-tage auf besonderes Begehr) auseinander halte, folge ich Seeböhm, 41, 78 (30, 55), und dies scheint auch gerechtfertigt durch Angaben, wie: „facit aruras, lovebones, averagia“ (Fuhrdienst), im Chart. Ramsey, 314. In einigen Fällen jedoch findet die Bezeichnung precariae oder precationes nur auf einen oder zwei Tage im Jahre ihre Anwendung; Tage, die zu den übrigen Arbeitstagen hinzutreten und von den schwereren Dienstleistungen der Erntezeit unterschieden werden.

¹⁵ Cust. Battle, XXXIX. Ein köstliches Stückchen Latein bietet sich im nachstehenden: „Percipiet per diem in dicto prato II panes nigros et dimidium, potagium, et potum (I galonem communiter, et medietatem unius ferculi et caseum,“ ebenda 5. Dann und wann finden wir einen Unterschied gemacht zwischen den Tagen, an denen Fleisch, und anderen, an denen nur Bier verabreicht wurde; jene wurden als met-bedrip, diese als ale-bedrip bezeichnet. Hale, Domesday of S. Paul's CXXXV. In einem Falle wird hungerbedripe, ein Tag, an welchem keine Nahrung verabfolgt wurde, von den loveboons unterschieden: „metet etiam unum sellionem ad hungerbedripe, et unum sellionem pro lovebone;“ Chartulary of Ramsey, I. 470.

¹⁶ Hierfür finden sich zahlreiche Belege im Liber Niger und im Boldon Book, bei Seeböhm, 73, 68 (Bunsen 52, 48).

¹⁷ Letztere ist die spätere Art der Aufstellung; einen Beleg hierfür giebt z. B. das Domesday of S. Paul's, 3, wo von denen, die per vilenagium belehnt waren, zuerst Robert, der Schmied, als Inhaber einer halben Hufe erwähnt ist. Es werden zunächst seine Dienstleistungen aufgezählt, dann folgen die Namen von fünf anderen Halbhüfnern, in jedem einzelnen Falle mit dem Zusatz: per idem servitium. Im Chartulary of Ramsey nimmt das vorbildliche Dienstverzeichnis oft drei Seiten ein, z. B. 298—301. Hinter den folgenden Namen steht dann nur: „et facit in omnibus sicut dictus N.“ Im Chartulary of Gloucester heisst es: eadem faciet, 29, 38.

¹⁸ Die Abschnitte über den Amtmann (bailiff) und den Schult-

heifs (reeve) sind abgedruckt im Anhang zu Cunningham, *Growth of Eng. Industry and Commerce* (ed. 1).

¹⁹ Auf einem zu S. Paul gehörigen Fronhof kommt ein Beispiel vor, bei dem es nicht ganz klar ist, ob „forman“ ein Amt oder einen Familiennamen bedeuten soll; wahrscheinlich ging eine Bezeichnung auf die andere über. „Johannes forman V acras pro I operatione qualibet septimana et averat Lond' ad cibum domini quum Dominus jubet . . . et furem captum in curia custodiet et judicatum suspendet“; *Domesday of S. Paul's*, 38.

²⁰ Siehe den Bericht in Hales *Einleitung zum Domesday of S. Paul's*, XXXVI.

²¹ *Russia*, ch. VIII.

²² „Aus dem Grundbuch von 1279 (noch nicht gedruckt) sehen wir, daß einige Bauern auf den Gütern von S. Paul gezwungen werden konnten, dies Amt anzunehmen; daß es alljährlich wechselte, und daß der Bauer während Ausübung desselben von anderen Diensten befreit war“; Hale, *Introduction to S. Paul's D.*, XXXVI. Andere Beispiele von erzwungener Annahme des Schultheißenamtes siehe im *Customal of Bleadon*, 209; *Cust. of Battle*, 66 (*Memorandum quod dominus potest pro voluntate sua quem voluerit de customariis eligere in Prepositum et qui tenet integram virgatam terrae relaxabitur ei de redditu suo quinque solidorum XLd*); ebenso in Scropes *Geschichte von Castle Combe*, 146, wo in einem Zinsregister von 1340 nach Anführung der Namen von vier Vollhüfnern und dem eines Müllers hinzugefügt wird: *Et erit prepositus*, während es nach dem Namen eines anderen Müllers heisst: *Et non debet esse prepositus*. Von 12 Hüfnern „in bondagio“ wird gesagt: „*Et erit prepositus vel messor, si domino placuerit, et tunc erit quietus de V. solidis et de omnibus operibus suis in autumnio*“.

²³ Was die Befreiung von Diensten betrifft, s. vorige Anmerkung. Bezüglich des mit der Amtsstellung verbundenen Landes s. *Cust. of Bleadon*: „*Habebit unum ferdellum terrae sine messuagio quod vocatur revelond*“.

²⁴ So wurde der „*Compotus*“ (die Jahresrechnung) von 1316 bei Rogers, *Hist. of Agric.*, II, 617, vorgelegt von Robertus Oldmann, dem „*praepositus von Cuxham*“. Die vorhergehenden urkundlichen Aufzeichnungen enthalten Beispiele von der Wahl eines reeve (i. J. 1286) („*Clemens Henewy electus ad officium praepositi de Stockton de communi assensu totius villae*“) 609, und im Jahre 1331 (*per totum homagium electus*), 613, und erwähnen, daß dieser oder jener reeve wegen ungenügender Berichterstattung mit Buße belegt

oder auch seines Amtes entsetzt sei („pro pluribus celamentis et transgressionibus in compoto suo inventis“, 610, und „amotus est super hunc compotum“, 613).

^{24a} Das Folcland, d. h. das unverteilte Land, welches dem gesamten Volke als Eigentum verblieb, und ohne Einwilligung der Witan vom König nicht vergeben werden konnte, spielt in den Schriften der letzten 40 Jahre eine hervorragende Rolle. Vinogradoff hat jedoch kürzlich, im Januarheft 1893 der Engl. Hist. Rev., dargethan, daß man guten Grund hat, an dem Dasein solchen Landes zu zweifeln.

²⁵ Hanssen, Agrarhistorische Abhandlungen, I, S. 199 ff.

²⁶ Seebohm, S. 418 (282).

²⁷ Ebenda, 422—423 (282).

^{27b} Siehe jetzt Ashleys Introductory Chapter zur englischen Übersetzung von Fustel de Coulanges. *Origin of Property in Land*. XXX—XXXV.

²⁸ Seebohm, S. 117—125 (81—85).

²⁹ Ebenda, 61, 62 (44, 45).

³⁰ Ebenda, 24—26, 113 (18, 19, 78).

³¹ Die Prozentsätze habe ich der Karte in Seebohm entnommen S. 86 (62). Die Gesamtbevölkerung wird nach Ellis, *Introd. to Domesday*, II, 511, auf 283 242 angegeben. Von diesen sind als villani verzeichnet 108 407, als dimidii villani 49; es giebt ferner 82 119 bordarii, 490 bordarii pauperes, 15 dimidii bordarii, 5054 cotarii, 16 coteri (lediglich eine abweichende Schreibweise), 1749 coscets. Die Zahl der servi beträgt 25 156.

³² Hieraus erklärt sich offenbar die Bezeichnung „copyholds of imperfect tenure“ (Zinslehen mit beschränktem Anrecht), wie sie häufig noch in den westlichen Grafschaften vorkommt. Pollock, *Land Laws*, 203.

³³ Ellis giebt die Zahl der liberi homines auf 10 097 an, von denen 5344 auf Suffolk kommen; von den 2041 liberi homines commendati fallen auf Suffolk 1895. Außerdem werden 23 072 sochemanni erwähnt.

³⁴ Bezüglich der socmen mit beträchtlichem Grundbesitz siehe *Domesday*, I, 314b (Yorksh.); I, 336b (Stamford); II, 182 (Norfolk). Bezüglich eines Freibauern in ähnlicher Lage: II, 345 (Suffolk).

³⁵ Im *Liber Niger* (Chron. Petrob., 164) finden wir ein gegenteiliges Beispiel: „Et ibi sunt XXIX sochemanni et operantur I die in ebdomada per totum annum.“

³⁶ E. g. „In Estona IX sochemanni . . . et serviunt cum militibus quantum illis jure contingit“; Chr. Pet., 172; auf Seite 173 be-

findet sich mit Bezug auf die socmen dreimal die Angabe „serviunt cum militibus“ und zweimal nur „cum militibus“. Auf Seite 169¹ liest man einen sonderbaren Fall, wie jemand nur teilweise in Anspruch genommen werden konnte: Ricardus Enganie II hidae in Hamtonascira et servit pro I milite. Sed socemanni faciunt quartam partem militis, et ipse III partes unius militis.

³⁷ So führt das Liber Niger, Chr. Petr. 158, in einem Dorfe nur acht villeins, aber 44 socmen auf: „Et omnes isti sochemanni habent VIII carrucas, et inde arant III vicibus per annum. Et quisquis eorum metit in Augusto de blado domini dimidiam acram et II vicibus in Augusto precationem. Et quisquis herciat I die ad tremeis (im Frühling).

³⁸ Im Domesday, II, 317 (Suffolk) heisst es: „huic manerio pertinent V sochemanni de LVI acris . . . Hi V non potuerunt vendere terram suam nec dare alicui“; und ebenda 324: „In eadem I sochemannus cum XXX acris et non potuit vendere nec dare.“

³⁹ So im Domesday, II, 66 (Essex): „Isti sochemanni, sic comitatus testatur, non poterant remove ab illo manerio.“

⁴⁰ Maine sagt: Bracton empfehle seinen Landsleuten als Compendium rein englischer Gesetzgebung eine Abhandlung, die nach Form und Inhalt (wenigstens zum dritten Teil) dem Corpus Iuris entlehnt sei; Ancient law 82.

⁴¹ So gab es unter der Regierung Eduards I. auf einem zu Battle Abbey gehörigen Fronhofe in Wiltshire: Liberi tenentes, Majores Erdlinges scilicet Virgarii, Minores Erdlinges, Halferdlinges et majores Cotarii, Minores Cotarii und Coteriae, Cust. Battle, 72—81; und eine gerichtliche Untersuchung aus dem 19. Regierungsjahre Eduards I. unterscheidet folgende Rangstufen: Liberi tenentes per cartam, Liberi tenentes, qui vocantur fresokemen, Sokemanni, qui vocantur molmen, Custumarii qui vocantur werkmen, Consuetudinarii tenentes 4 acras terrae, et Consuetudinarii tenentes 2 acras terrae; Vinogradoff in der English Historical Review, I, 757. Auf den zum Kloster Gloucester gehörigen Gütern gab es: Liberi tenentes, Consuetudinarii, Lundinarii, Tenentes Honilond, Ferendelli, Tenentes Penilond ad vitam et ad voluntatem domini, Medii, Cotlandarii (und Cotarii) Tenentes forlonde, Akermanni; Historia Glouc., III. CV, 121—149; einige dieser Bezeichnungen bedeuten vermutlich dasselbe.

⁴² In verschiedenen Visitationsberichten vom Jahre 1320 findet sich als Richtschnur bei der Erhebung die Frage: „Item, an aliqua terra quondam custumaria, teneatur libere a serviciis et consuetudinibus quas facere consueverunt: quae, per quem, qualiter et a quo tem-

pore; et qualiter nunc teneatur, per quae servicia;" Domesday of S. Paul's, 157*.

⁴³ Die bei Verheiratung einer Tochter zu zahlende Abgabe war unter dem Namen *mercheta*, *maritagium* und *culage* bekannt. Dafs hiermit ein hervorragender Zug der Dienstbarkeit gekennzeichnet wurde, ergiebt sich aus dem Vermerk in den Hundred Rolls für Bedfordshire (II, 329): „Sunt illi villani ita servi quod non possunt maritare filias nisi ad voluntatem domini“; Seebohm, 41 (30), besonders Anm. 1. Zahlungen finden sich häufig in den herrschaftlichen Urkunden eingetragen; Beispiele hiervon bei Rogers, *Hist. of Agric.*, II, 608 ff.

⁴⁴ Ein Sohn verliefz zweifellos das Gut nicht so leicht infolge Heirat, wie eine Tochter, und dies mag auch der Grund sein, warum die Abgabe nur in letzterem Falle eingefordert wurde. In späteren Zeiten scheint diese Abgabe höher gewesen zu sein, wenn die Frau das Gut verliefz, als wenn sie einen Gutsangehörigen heiratete. So bezahlt nach Rogers eine Frau im Jahre 1308 einen shilling, „pro se maritanda infra manerium“, während eine andere im Jahre 1318 zwei Schillinge zu zahlen hat, „ut possit maritari extra libertatem domus“; *Hist. of Agric.*, II, 611. Vergl. die *Articles of Visitation*, 1320: „Item, an nativi custumarii maritaverint filias suas intra manerium — vel extra, vel vendiderint vitulum, pullanum vel bovem de propria nutritura sine licencia domini, vel arbores in haiciis suis extirpaverint vel succiderint sine licencia“; *D. of S. P.*, 157*. Auf den Gütern der normannischen Abtei Mont S. Michel wurde die Abgabe für die „*licentia maritandi*“ nur dann eingefordert, „si maritaverit filiam suam extra terram S. Michaelis“; *Délisle*, 679.

⁴⁵ Der in der *Placitorium Abbreviatio* (herausgeg. 1811) S. 90 berichtete Fall ist wichtig genug, um hier vollständig wiedergegeben zu werden: „Assisa venit et recognovit, si Cicilia etc. injuste etc. disseisiavit Baldwinum juvenem, de libero tenemento suo; Jurati dicunt quod ipsi certi sunt quod predictus Baldwinus fuit seisitus de I virgata terrae . . . et quod ipsi eum disseisiatum, sed nesciunt si sit liberum tenementum vel non. Quia si ipse habuerit carucam, ipse arabit domino suo tres acras ad cibum suum proprium ita tamen quod in estate dum arat habeat herbagium ad boves suos tantummodo dum arat. Dicunt etiam quod ipse et alii debent falcare tres turnos et introducent fenum in grangiam domini sui, et habuerunt pro hoc meliorem multonem quem eligere possint in falda domini sui. Debent etiam in autumno facere precarias ad cibum domini et reddere ad Pascha de qualibet acra quam tenent unum ovum. Dicunt etiam quod nunquam audiverunt dici de filiabus eorum quod finem facerent

cum domino de eis maritandis, neque de bobus suis vendendis. Dicunt etiam quod antiquitus in septennio solebat dominus eorum petere auxilium, et ei auxiliabantur. Consideratum est quod per servicia illa non est tenementum illud villanum. Et ideo ipse habeat seisinam“.

⁴⁶ Im Chartulary of Gloucester Hist., III, 134, wird unter vier Gutsleuten, welche „tenent per cartam in perpetuum“, im besonderen einer hervorgehoben, der eine halbe Hufe inne hatte. Von diesem heisst es: „non potest vendere equum nec bovem sine licentia domini, et si vendiderit dabit tonnutum (als Abgabe) pro equo quatuor denarios: et non potest maritare filiam suam nec filium alienare“. S. fernere Beispiele und Erörterungen bei Vinogradoff, Villainage, 203.

⁴⁷ Vinogradoff in der Engl. Hist. Rev., I, 736, 737.

⁴⁸ S. Anmerk. 46 und vgl. die aus dem Register of S. Edmundsbury aus dem 18. Regierungsjahre Eduards I. angeführte Stelle, in der es unter den Belegen dafür, daß gewisse molmen „servilis conditionis“ seien, obgleich die Äbte „relaxerunt eis servicia majora et consuetudines pro certa pecunia“, doch heisst, daß sie ihre Lehen nicht „per cartam, sed per virgam in curia“ inne haben; s. Hist. Rev., I, 736.

⁴⁹ Dies geht deutlich hervor aus der Angabe in der Extenta Manerii (Statutes of the Realm, I, 242): „De libere tenentibus . . . inquirendum est . . . qui tenent per cartam et qui non.“ Wir besitzen ferner ein beachtenswertes Beispiel in dem Zinsregister von Ibstone aus dem Jahre 1298, abgedruckt bei Rogers, Hist. of Agric., II, 656, wo unter 31 freien Lehen von allen Gröfsen, von einer Hufe abwärts, nur acht als solche bezeichnet werden, die „per cartam“ vergeben waren, während es von vieren ausdrücklich heisst „ad terminum vitae“, „ad voluntatem domini“, und von einem „sine scripto“.

⁵⁰ Nach Ellis wird die Zahl dieser „Zinsleute“ auf 159 angegeben, von denen 54 auf Yorkshire, 42 auf Derbyshire, 36 auf Essex, mehr als 14 auf Lincolnshire, 11 auf Dorsetshire und 2 auf Nottinghamshire entfallen. Von einigen unter ihnen, ebenso wie von den bereits erwähnten wichtigeren socmen und liberi homines, tragen wiederum Kleinbauern Land zu Lehen, z. B. „Ibi II censores habent IX villanos cum tribus carrucis“; Domesday, I, 331 (Yorkshire). Über den auf dem Festlande üblichen Gebrauch dieses Wortes s. Duncange sub verbis Censarii (von ihm als „villani censui obnoxii, qui censum praestant“ bezeichnet) und Censualis. (Vergl. G. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte V, 214 ff.)

⁵¹ Von den gesamten 858 im Domesday aufgeführten coliberti

entfallen 260 auf Wilts, 216 auf Somerset, 103 auf Gloucestershire, 98 auf Hampshire, 49 auf Cornwall. Der Rest verteilt sich auf die übrigen westlichen Grafschaften. Ducange ergeht sich in eingehender Erörterung über die *Colliberti* und kommt zu dem Schluss, daß sie eine Mittelstellung einnahmen zwischen den von ihm als „*servi*“ und den als „*liberi*“ Bezeichneten, und daß sie census zahlten.

⁵² *Domesday*, II, 1: „In hoc manerio erat tunc temporis quidam liber homo de dimidia hida, qui modo effectus est unus de villanis“; vergl. ebenda 350b: „Huic manerio addidit normannus filius tanredi III. liberos homines regi commendatos.“

⁵³ *Rotuli Curiae Regis*, I, 357. Die Geschwornen erklären in einem zu Beginn der Regierung König Johannis verhandelten Rechtsfalle: *Wilhelmus et antecessores ejus tenuerunt illam terram libere usque X annos obitum suum, et tunc intravit in consuetudinem nesciunt utrum vi vel aliter.*

⁵⁴ Aufser den auf die Güter von Burton und S. Paul's bezüglichen Fällen, denen wir später näher treten werden, mag hier bemerkt sein, daß es nach *Domesday* auf zwölf zu der Priory of S. Mary of Worcester gehörigen Gütern nur drei *liberi homines* und anscheinend überhaupt keine *socmen* gab, während sich im Jahre 1240 die Zahl der *liberi* auf 55, die der *socmen* auf 85 belief. Hale, *Introd. to Register of Worc.*, VI., XVII. Der Archidiakonus Hale sucht hier, wie in seinen anderen Schriften, darzuthun, daß die Auslassung der Freibauern im *Domesday* nicht den Beweis ihres Nichtvorhandenseins liefere. Doch giebt er keine genügende Erklärung für diese Annahme, durch welche ja auch in der frühesten Geschichte gesellschaftlicher Entwicklung eine heillose Verwirrung angerichtet würde. Und ganz abgesehen von anderen Einwänden ist seine Behauptung unvereinbar mit der Erklärung der englischen Chronik, daß „keine Hufe Landes“ in dem Grundbuch übergegangen sei.

⁵⁵ *Malmen*, *molmen* und *molland* treten in vielen Teilen Englands in Erscheinung, und ihre Stellung ist kürzlich in der *Engl. Hist. Rev.*, bes. von Vinogradoff, I, 734, erörtert worden. Doch wird dort nicht erwähnt, daß man in Schottland unter „*mails and duties*“ bis ungefähr zum 18. Jahrhundert gewöhnlich einen Pachtzins verstand; s. *Stair, Institutions*, 326, 376. Walter Scott wendet häufig „*mail*“, „*mail-duties*“ und „*mailing*“ an, unter anderem, wo er den sterbenden *Dumbiedikes* zu seinem Sohne sagen läßt: „let the creatures stay at a moderate mailing“; *Heart of Midlothian*, Kap. VII. Vergl. *Antiquary*, Kap. IV; *Retganulet*, Kap. XI. „*Mailen*“ wurde oft als Bezeichnung für Pachthof gebraucht, wie in dem Gedicht von Burns, das mit den Worten beginnt: *Last May a*

braw lover [G. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte, V, 286 (im Anschluß an Grimms Rechtsaltertümer, S. 768) erklärt die Malmannen in Deutschland für Untergebene eines geistlichen Stifts, über die der Graf als über ursprünglich freie Leute bis zu anderweitiger Regelung noch die Gerichtshoheit geübt habe. Damit hänge auch der Name zusammen, dessen Gebrauch in Westfalen noch im Jahre 1800 nachweisbar sei. Zusatz des Übersetzers.]

⁵⁶ Eine Stelle, in welcher der Ausdruck vorkommt, ist noch dadurch bemerkenswert, daß sie die Teilung eines Zinsgutes unter die Söhne des vorigen Inhabers beschreibt: „Terra quae fuit Ormi habent III filii ejus hoc modo. Uivetus habet II bovatas pro II solidis et debet facere consuetudines (gelegentliche Dienstleistungen) ceterorum censariorum. Raven et Leysingus habent ceteram terram, id est VI bovatas de Warlanda et III de Inlanda pro VIII solidis quoque anno et debet ire ad Offelawe hundred et praeter hoc facere omnia sicut alii censarii“; Collections for Hist. Staffordsh., V, 19. Die Bedeutung des hier oft angewandten Wortes warland ist unklar. Es scheint oft dem inland oder Saalland gegenübergestellt zu werden, z. B.: „In terra warlanda sunt XXXII bovatae ad opus, et inter warlanda et inlanda XXXII ad malam, id est totum LXIII bovatae terrae“, wonach es gleichbedeutend zu sein scheint mit land in villeinage (dem hörigen Lande). Möglicherweise war es Land, das irgend welcher Heereslast oder Abgabe für Heereszwecke unterworfen war; vergl. „Liberi ab omnibus armorum oneribus, quod warscot Anglici dicunt“ in den apokryphischen Constitutions of the Forest of Canute (Ch. III, 9, Schmid 319), wo es in Verbindung mit hidage (Hufengeld, Grundsteuer) gebraucht wird. Doch herrscht über die sächsischen Landmasse und die für dieselben angewandten Ausdrücke noch tiefes Dunkel. Weiteres über censarii s. Staf. Collections, V, 24, wo in einem extent oder survey (Grundbuch) von 1114 die Bauern regelmäßig in villani (zu vollem Dienst Verpflichtete) und in censarii (d. h. solche, die gehalten waren „bis in anno praestare aratrum et ter in augusto secare cum suis“) eingeteilt sind.

⁵⁷ Domesday of S. Paul's, XXII, 114, 27, 118 LV.

⁵⁸ Genau angegeben bestand von den Lehen der libere tenentes eines aus 50 + 30 + 15 + 15 + 10 + 1 Morgen und 1½ Hufen, ein anderes aus 4 Hufen, ein anderes aus 3 Hufen + 5 Morgen, ein anderes aus 2 Hufen, drei aus 1 Hufe, eines aus 22½ Morgen, eines aus 10 + 7½ Morgen, zwei aus Halbhufen, eins aus 15 Morgen, drei aus 10 Morgen, zwei aus 7½ Morgen und eins aus 5 Morgen.

⁵⁹ Mollond und Werklond werden in einer Erhebung über die Besitzungen der Paulskirche aus dem Jahre 1279 voneinander unter-

schieden: „Terra cum pertinentiis de mollond et werkland“; Hale, D. of S. P., LXXV. Vergl. werkmen in Anm. 41.

⁶⁰ So gab es auf dem zum Kloster Peterborough gehörigen Gute Thorp zu der Zeit, als das Domesdaybuch angelegt wurde, 12 villani, 2 bordarii, 4 servi; dagegen zur Zeit der Abfassung des Liber Niger (1125—28) zwei Freibauern mit den von ihnen abhängigen Dienstbauern, einem socman, 6 bordarii, 12 plene villani. Hier hat der plene villanus nur 11 Morgen inne, Chron. Petrob., 158. Vergl. auch die Umgestaltung der Dinge in Castre, Werminton, Esctona und Stannige. Über Werminton heisst es im Liber Niger: „XX pleni villani et XXIX semi villani tenent XXXIV virgas et dimidiam.“ (S. 160), was offenbar für jeden Vollbauern eine ganze, für jeden Halbbauern eine halbe Hufe bedeutet.

⁶¹ So haben z. B. auf einem zum Kloster von S. Peter of Gloucester (Hist. III, 137) gehörigen Gute 10 consuetudinarii je eine „dimidiam virgatam terrae servilis“ inne, während von 14 immer zwei und zwei eine halbe Hufe „conjunctim“ haben. Auf einem zu Merton College gehörigen Gute giebt es noch im Jahre 1298 13 Halbhüfner, die im Verzeichnis selbst als *customarii*, in der Nebenrubrik aber als *nativi* aufgeführt werden; Rogers, Hist. of Agric., II, 654; vergl. auch 658.

⁶² Ausser dem in Anm. 58 angeführten Beispiel siehe das Worcester Reg. 60a, wo drei Freibauern auf einem Gute $1\frac{1}{2}$, 3 bzw. 2 Hufen inne haben; 81a, wo die freien Lehen 2, 5, $2\frac{1}{2}$, 1, 2, 1, 2, $1\frac{1}{2}$, $3\frac{1}{2}$ Hufe umfassen. Der letztere Fall ist interessant, denn die meisten Besitzungen scheinen an Inhaber aus dem Ritterstande übergegangen zu sein, die sie „pro homagio“ oder „per homagium“ besaßen; in einigen Fällen finden wir den Zusatz „sine servicio“ oder „nihil inde solvit“, in anderen heisst es „solvit inde annuatim“ einen gewissen Betrag. Doch liegt es auf der Hand, daß alle Lehen, freie wie Dienstlehen, nach Hufen berechnet wurden, und vermutlich durch den von allen inne zu haltenden Fruchtwechsel und die genossenschaftliche Bewirtschaftung aneinander gekettet waren; denn „XL virgatae terrae tam liberorum quam villanorum sunt geldantes“ und „summa virgatarum liberarum“. etc.

⁶³ Engl. Village Community, 178, 309. (S. 117, 210 der Bunsenschen Übersetzung.)

⁶⁴ Siehe die Erörterung darüber bei Pollock, Land Laws, 206 bis 209. Es steht fest, daß im mittelalterlichen England die weit verbreitete Ansicht herrschte, das „Borough English“ (Lehnrecht des Jüngeren) schliesst den dienstbaren Besitz des Landes ein; Vinogradoff in der Engl. Hist. R., I, 736. Doch scheint jene Sitte nur in ge-

wissen Teilen von Kent, Surrey, Sussex, um London und in Somerset verbreitet gewesen zu sein, und in noch geringerem Maße in Essex, East Anglia und Hampshire; Elton, *Origins of Engl. History*, 118—119.

⁶⁵ Z. B. auf den Gütern von Worcester Priory, s. Anm. 54. Auf einem in Northamptonshire gelegenen, zum Kloster Peterborough gehörigen Herrensitz, Pillesgate, waren i. J. 1086 26 socmen, 40 Jahre später 44.

⁶⁶ Worc. Reg., 52b, 67a, 78a, 80b. In einigen Fällen werden sie, wie die villeins, als holding at will (abhängig vom guten Willen des Lords) aufgeführt, z. B. „de sokemannis ad placitum“, ebenda 17b. Vergl. Vinogradoff a. a. O.

⁶⁷ Statutes of the Realm, I, 2. Vergl. Nasse, 63.

⁶⁸ So kommt in einem amtlichen Berichte über ein Herrengut noch im Jahre 1819 der Satz vor: „Die Schöffen thuen ferner zu wissen, daß nach dem auf diesem Gute gültigen Herkommen der Grundherr mit Zustimmung der Schöffen durch einen urkundlich beglaubigten Lehensbrief Teile des Ödlandes zu Lehen ausgeben darf, welche nach herrschendem Brauche für angemessenen Zins und gegen die herkömmlichen Dienste in Pacht zu halten sind; oder . . . daß der Grundherr mit besagter Zustimmung ein solches Stück Land auch gegen geringeren Zins oder Rente verleihen oder verpachten darf“; Seebohm, 447 (304, Anhang A.).

⁶⁹ Beispiele von „tenentes de veteri essarto“ und „novo essarto“ kommen sehr häufig vor im Domesday of S. Paul's (so S. 6, 8, 11, 12) und im Worc. Register.

⁷⁰ Über Weber, s. Dom. S. Paul's, 28, 30; Cust. Battle, 63; Hist. Glouc., III, 167; über den Schneider, Reg. Worc., 89b; Battle, 63.

⁷¹ Henry Maine, *Village Communities*, 122, 135, 136, vergleicht village waste (das zum Dorf gehörige Ödland) mit folkland (dem noch unverteilter dem Staate gehörigen Lande) und stellt die Rechte des Grundherrn über das Ödland ähnlich denen des Königs über die royal demesne (das Krongut) als Folge gewaltsamer Besitznahme dar. Doch fehlen hierfür stichhaltige Beweise, und das Statut von Merton, ebenso wie das Herkommen, welches die Verkoppelungen von der Zustimmung der Schöffen abhängig machte, können ebenso gut als Beschränkungen einer früher unbeschränkten Macht des Grundherrn angesehen werden.

⁷² Hierfür finden sich zahlreiche Beispiele. S. u. a. das Domesday von Radulphus de Diceto aus dem Jahre 1181, enthalten im Domesday of S. Paul's, 114. Dort beginnt die „Inquisitio“ von

Beauchamp mit den Worten: „Isti tenent de dominio“ — ihrer fünfunddreissig 158 Morgen —; „remanent in dominio de terra arabili circiter CCCCC acras“, ausserdem Wiesen und Waldungen. 40 Jahre später gab es 44 Pächter von Saalland, die im Besitz von 180 Morgen waren. Im Jahre 1181 hat „Robertus persona“ mehr als 34 Morgen in Pacht, Radulphus der Schultheiss 24 und eine gewisse Witwe eine halbe Hufe; die anderen Lehen sind alle sehr klein. Es heisst an zwölf verschiedenen Stellen „in augmentum terrae suae“. Zuweilen führen die Verzeichnisse an, wer die Änderung veranlasst hat, z. B. „Michael filius Adae I acram pro II denariis, quas (quam?) nicholaus canonicus dedit ei in augmentum.“ Die dem Kapitel von S. Paul gehörigen Güter wurden unter die Domherren verteilt, welche die festgesetzte Pachtsumme dem Vermögen des Kapitels zuführten und möglichst grossen Nutzen aus ihrer Pachtung zogen.

⁷³ S. die vorige Anm.

⁷⁴ Reg. Worc., 41b, 42a.

⁷⁵ Ebenda 47b—50a.

⁷⁶ Im Domesday of S. Paul's heisst es in dem Verzeichnis derer, die auf einem gewissen Gute „tenent de antiquo dominico“, in 14 Fällen (meistens von anderer Hand eingetragen): „Item . . . de cremento per capitulum, ut sit perpetuum“. In einem, offenbar dem frühesten Falle, ist die nachträgliche Zahlung sehr klein, nur ein Pfennig gegenüber einer vorangegangenen Zahlung von 27 Pfennigen; in den anderen Fällen beträgt der Zuschlag fast die Hälfte. So werden auf eine vorausgegangene Zahlung von 10 Pfg. 5 Pfg., auf eine Zahlung von 4 oder 5 Pfg. 2 Pfg. nachgezahlt. Nach Hales Annahme, Introd. LXXXIX, liegt hierin wahrscheinlich eine Erklärung für den Sinn des sonst unverständlichen ersten Satzes im Beauchamp Rental vom Jahre 1240: „Homines infra scripti, tenentes terras de dominico quas vocant Inlandes sine auctoritate capituli, augmentaverunt redditum assisum, ut auctoritas capituli interveniret.“

⁷⁷ Z. B.: „Valet dicta arura quatuor denarios“; „Valet hersura quatuor denarios et obolum“; „et plantabit fabas per unum diem, et valet obolum“; Hist. Glouc., III, 37, 38, et passim. Cust. Battle, passim.

⁷⁸ „Terra ista fuit operaria usque ad tempus Hugonis de Rune-well, servientis (Amtmanns) Ricardi archidiaconi qui primo posuit eam ad denarios“; D. of S. Paul's, 49.

⁷⁹ In einigen Fällen scheint es sich um eine dreifache Unterscheidung gehandelt zu haben, z. B.: „Inferius notati tenent ad censum“, doch sind sie zu einigen „precariae“ verpflichtet; „inferius notati sunt operarii“, und arbeiten ausser den Precarien zwei Tage in

der Woche, und ferner: „Isti faciunt magnas operationes“, sind frei vom Wochenwerk, aber mit vielen anderen Diensten belastet; ebenda 61, 62. Als Beispiel der Beibehaltung außerordentlicher Frontage und bleibenden Dienstverhältnisses der Bauern trotz der Ablösung ihrer Dienste, s. Reg.^m Worc., 73a: „De vilenagio: In hoc manerio sunt XI virgatae terrae de vilenagio, quarum quaelibet posita ad firmam reddit per annum IIII solidos . . . et arabit bis per annum et faciet III benrip, quamlibet cum III hominibus et falcabit I die cum uno homine, et levabit fenum et dabit auxilium et merchet. Si autem fuerint ad operationem“, so sind sie zu schwerem Wochenwerk verpflichtet, welches angegeben wird. Dieselbe sorgfältige Unterscheidung wird allenthalben beobachtet. Ein anderes Beispiel dafür: „In vilenagio sunt XVII dimidia virgatae, quarum quaelibet cum censat reddit, etc.; cum fero fuerit ad operationem invenit quaelibet ebdomada duos homines“, u. s. w., ebenda 56a.

⁸⁰ „Dimidia virgata quam tenuit ad censum modo tradita est alio ad operationem“; D. of S. Paul's, 23.

⁸¹ Außer dem in Anm. 79 erwähnten Beispiel, s. Worc. Reg., 18b, 19a, und an vielen anderen Stellen.

⁸² „Isti tenent tam ad censum quam ad operationem“; D. of S. Paul's, 49, 55.

⁸³ Worc. Reg., 18b, 43b und anderwärts. „Rent of assize“ (unveränderlicher Zins) wurde technische Bezeichnung. In der Extenta Manerii wird vorgeschrieben, daß man mit Bezug auf die Freibauern nachforschen solle, „quantum valeant per annum et redant per annum de Reditu assisae“, und bezüglich der customarii „quantum valeant opera et consuetudines . . . per annum, et quantum reddat de redditu assisae per annum praeter opera et consuetudines“; St. of the Realm, I, 242. Wegen anderer Beispiele vergl. die Great Roll aus dem 25. Amtsjahre des Bischofs Bec von Durham, 1307, abgedruckt als Anhang zum Boldon Bk. der Surtees Society. Nur von einem kleinen Teile des „redditus assisae“ heißt es „de novo incremento nunc primo incipiente“, XXVII; während mit Bezug auf die Güter eines anderen Landstriches nur der „novus redditus“ angegeben wird, XXX.

⁸⁴ Außer den Beispielen in Anm. 79 beachte man den Abschnitt „De consuetudinibus villanorum cum fuerint ad operationem“; Reg. Worc., 10b.

⁸⁵ So die aukermomni und cotmanni auf einem Gute in Worcester, ebenda 43b; obgleich es ihnen offenbar frei stand, ihre Dienste durch einmalige Zahlung abzulösen.

⁸⁶ Hierfür zahlreiche Beispiele; ein besonders zutreffendes findet

sich in dem *1bstone Rental* von 1298, abgedruckt bei Rogers, *Hist. of Agric.*, II, 656.

^{86a} Vergl. oben Anm. 41.

⁸⁷ Rogers, *Six Centuries*, 71, 76.

⁸⁸ *Reg. Worc.*, 10b, 49b.

⁸⁹ Ebenda 56a: „*Sive censat sive non, summagiabit.*“

⁹⁰ *Six centuries*, 218. Fand wahrscheinlich zuerst auf kleineren Gütern statt, z. B. in Brodeham; *Cust. Battle*, 159 (5. Ed. II).

⁹¹ *Reg. Worc.*, 119b. Fleta, citiert in Hales *Introd.* zum *Worc. Reg.*, XCVI, C.; *Cust. Battle*, XXIX.; Rogers, *Hist. of Agric.*, II, 329 ff

⁹² Aus der Thatsache, daß im *Domesday* ein Bauer ausdrücklich als *liber bovarius* bezeichnet wird (Ellis, *Introd.* II, 511—514), darf gefolgert werden, daß die Ochsenhirten jener Zeit für gewöhnlich Sklaven waren. Wenn wir die Beschreibung der zum Kloster Peterborough gehörigen Güter im *Domesday* und *Liber Niger* miteinander vergleichen, machen wir die Bemerkung, daß *servi* nur in ersterem vorkommen, in letzterem nicht; *bovarii* dagegen in letzterem, und im ersteren nicht. Doch finden sich Spuren, daß sie um 1125 erst allmählich der Sklaverei entwachsen, wie aus den Angaben über ein bestimmtes Gut hervorgeht: „*Et unus quisque bovarius dat I denarium pro capite suo, si liber est. Et si servus est, nihil dat*“; *Chr. Petr.*, 163.

⁹³ Rogers, *Hist. of Agric.*, II, 620, 621.

⁹⁴ Ebenda 578, col. 1.

⁹⁵ Beispiele ebenda 617 ff., geschildert in *Six Cent.*, 48.

⁹⁶ Dies wird zur Erläuterung dafür dienen, was Rogers so in *Erstaunen* setzt, in *Six Cent.*, 18.

⁹⁷ „*In stipendio clerici qui fecit compotum II. s., et II de gracia*“; *Hist. of Agric.*, II, 621.

⁹⁸ *Provisions of Westminster* (1259), *Statute of Marlborough* (1267), *Statutes of the Realm*, I, 11, 24. *Select Charters*, 404, § 19.

⁹⁹ Die Juristen machten schon früh eine scharfe Unterscheidung zwischen dem *Court Baron* (Lehnsgericht) und dem *Court Customary* (Hofgericht). Obwohl es als Rechts anerkannt war, daß beide gleichzeitig und an gleichem Orte abgehalten werden konnten, verstand man unter *Court Baron* im besonderen das Gericht der freien Bauern; und es wurde festgesetzt, daß zur Abhaltung eines solchen Lehnsgerichtes (und demzufolge als Grundbedingung für das Bestehen eines Herrenhofes, denn das Recht der Lehnsgerichtsbarkeit bildete einen wesentlichen Bestandteil der Gutsherrlichkeit) mindestens zwei Freisassen nötig seien. Doch scheint es zweifelhaft, ob diese Unter-

scheidung jemals allgemein anerkannt wurde. So sagt Kitchin in seinem Court Leet (1580), p. 4a, ausdrücklich: „Mes note que divers sont appel maners deins queux ne sont ascuns qui tient de ceux maners forsque copyholders“, „ad voluntatem domini secundum consuetudinem manerii“, „et ne sont ascuns franktenants que tient par charter, et uncore ceux seignories sont appel maners et en eux sont Court Barons.“

¹⁰⁰ Man beachte die naive Heuchelei der Domherren von S. Paul, welche von dem Vikar sagen: „dum servit altari sit contentus altario“; D. of S. Paul's, 146; vergl. XLV. Hatch hat in seinem jüngst erschienenen Buche Growth of Church Institutions (Kap. III) dargethan, daß die geschichtliche Entwicklung der Kircheneinkünfte sich nicht auf widerrechtliche Besitznahme seitens der Schutzherren, sondern auf die allmähliche Beschränkung willkürlicher Eigentumsrechte des Herrn des Fronhofs über das Kirchengut und dessen Einkünfte zurückführen läßt.

¹⁰¹ Diese Abgaben waren unter der technischen Bezeichnung sequela oder secta molendini (Mahlgebühr, auf Englisch suit and grist) bekannt. S. Worc. Reg., X., XI., 32a.

¹⁰² Z. B. Chron. Petrob., 67 s. a. 1284. Handmühlen, quernus genannt (vom gotischen quairnus, althochdeutschen quirn), kamen noch im verflossenen Jahrhundert auf den Hebriden zur Anwendung. Pennant beschreibt eine quern als „aus zwei ungefähr zwei Fuß breiten Steinen bestehend . . . In der Mitte des oberen ist ein Loch zum Einschütten des Korns, und ein Pflock als Handhabe. Das Ganze wird auf ein Tuch gestellt; der Mahlende schüttet mit einer Hand das Korn in das Loch und dreht mit der anderen den oberen Stein sehr schnell herum, während das Mehl seitwärts herab und in das Tuch fällt.“ Auf einigen Herrengütern gab es auch einen gemeinsamen Backofen oder ein Backhaus, welches die Bauern gegen Zahlung einer Gebühr (fornagium) zu benutzen gehalten waren; s. ein Beispiel noch aus dem Jahre 1714 in der Yorkshire Weekly Post vom 19. März 1887. Wegen der Handmühlen und des Ofens in Newcastle vergl. Select Charters, 112.

¹⁰³ Z. B. Boldon Book im Domesday, IV, 570: „Molendinum est in manu episcopi, nondum ad firmam positum“, — ein Beweis, daß es schon damals üblich war, die Mühle zu verpachten. Vergl. D. of S. Paul's, 28: „In dominico est unum molendinum ad ventum quod potest poni ad firmam pro una marca deductis expensis.“

¹⁰⁴ In den Berichten der im Liber Niger verzeichneten Güter heißt es von der Hälfte derselben: „Est ibi unus molendinus cum molendinario et . . . solidos reddit“. Die Bedeutung der Mühle tritt

darin zu Tage, daß sie bei Verpachtung des ganzen Gutes im besonderen aufgeführt wird; z. B. „Manerium est ad firmam, cum dominio et villanis et molendino et cum instauratione,“ etc. Boldon Book, D. B., IV, 579. Der Müller konnte sie entweder at a fixed quit-rent (gegen einen festgesetzten Erbzins) oder at the will of the lord (als willkürlich aufkündbare Pachtung) inne haben. Daher hebt denn auch das Worc. Reg., 12a, die Mühle eines gewissen Edelsitzes als ein „molendinum ad placitum“ hervor, womit die Angabe im Grundbuch von Mont S. Michel um 1250 zu vergleichen ist: „De molendinis ad firmam mutabilem“, bei Délisle, 679.

¹⁰⁵ Daß es sich hier um Gemeindeämter handelt, geht am besten aus dem Boldon Book hervor, wo bei vielen Gütern die Angaben wie nachstehend aufeinander folgen: „Prepositus tenet . . . acras pro suo servicio, Faber . . . pro suo servicio, Carpentarius . . . pro suo servicio“; z. B. auf drei Gütern, S. 568. Diese Stücke Landes umfassen gewöhnlich 12 Morgen, wie z. B.: „Faber tenet XII acras pro ferramentis carrucarum fabricandis.“ Vergl. D. of S. Paul's, 68; Worc. Reg., 66a; Chart. Ramsay, XXXIII. Nach späteren Eintragungen besteht zuweilen die Verpflichtung, einen Schmied zu „stellen“, wie auch andere Arbeitsforderungen zu befriedigen; z. B.: „Alicia relicta Petri Fabri tenet ferdellum terrae et inveniet unum fabrum domino et toti villae“.

¹⁰⁶ Boldon Book, 568, 569. Da indessen das Amt des Pfandhaus-Aufsehers nicht so schwer sein kann, so hat er noch andere Dienste und Naturalabgaben zu leisten.

¹⁰⁷ Vergl. Roschers Darstellung wirtschaftlicher Zustände im Mittelalter, in seiner Geschichte der Nat.-Ökonomik, 2.

¹⁰⁸ Riley, Introd. to Liber Albus (Munimenta Gildhallae, I) LXXXV.

¹⁰⁹ Worc. Reg., XI; Rogers, Hist. of Agric., I, 455.

¹¹⁰ Rogers, ebenda, I, 469.

¹¹¹ Z. B.: Reg. Worc., 56a: „N . . . facit ferra carrucarum et Prior inveniet ei ferrum et carbonem, vel II solidos pro carbone.“

¹¹² Rogers, Hist. of Agric., II, 606 ff.

¹¹³ Ebenda, I, 460 ff.

¹¹⁴ Siehe den interessanten Bericht von Robert Oldman, Vogt zu Cuxham in Oxfordshire, über seine Reise nach London im Jahre 1331, ebenda, 506, und Six Cent., 113.

¹¹⁵ Der im Worc. Reg., 132a, enthaltene Bericht über einen Edelsitz bringt folgende ergötzliche Schilderung: „Omnes, tam liberi quam villani, excepta persona, debent adjuvare cum hominibus et bobus ad summonitionem servientis, ad trahendam molam, vicissim,

successive, quantum necesse fuerit, excepto opere. Prior vero inveniet karram (den Karren) et hominem et duos boves subtus karram“.

¹¹⁶ Im Boldon Book befindet sich am Ende der Mitteilungen über eine Herrschaft in etwa acht Fällen der Vermerk: „Dominium est ad firmam et reddit . . .“; in etwa sieben Fällen heisst es: „Dominium est in manu episcopi.“ Zuweilen sind die villein dues (die bäuerlichen Abgaben) ausdrücklich mit eingeschlossen, z. B. 579, oben erwähnt in Anm. 104. Vergl. Rogers, Six Cent., 50.

¹¹⁷ Boldon Book, 568: „Villani de Southbydyk tenent villam suam ad firmam“, obgleich sie noch zu Frondiensten, offenbar auf einem benachbarten Dorfe, verpflichtet sind.

¹¹⁸ Z. B. 1240, Worc. Reg., 47a: „Curia cum pertinentiis, et duae carrucatae terrae de dominico, cum pratis et proventibus et herietibus et vilenagio traditae sunt villanis ad firmam pro c. quarteriis frumenti“, und andere Naturalleistungen. Einen Speicher, einen ehemaligen Weinberg, etwas Pflugland und ein Stück Wiese behielt der Prior in Händen. In einem anderen Falle, 54b, wo die Besitzungen der Bauern at ferm (gegen einen bestimmten Pachtzins) als ab antiquo bezeichnet werden, ist das Patronatsrecht vorbehalten; die ferm ist „ad placitum“; die Hälfte der Lehnsgefälle (des sogen. Ehrengeldes oder Ehrenschatzes) fließt in die Tasche des Priors, und die Bauern sind zu gewissen Diensten in benachbarten Dörfern verpflichtet.

¹¹⁹ Wie im Worc. Reg., 15a: „Nullus exeat de terra sine licentia“; wo es auch heisst: „Rediment filios sie de terra recesserint“, und „Nullus faciat filium clericum sine licentia.“ Diese letztere Klausel mit dem hinzugefügten Verbot des „coronare“ (d. h. „sie sollten keinen Mönch aus ihm machen“) findet sich sehr häufig.

¹²⁰ Der Dialogus de Scaccario spricht von den „ascriptitii qui villani dicuntur, quibus non est liberum obstantibus dominis suis a sui status conditione recedere“; Sel. Charters, 202.

¹²¹ In den Year Books, 13—14, Ed. III, herausgeg. von Pike (Rolls' Series) XXVI, wird von einem Rechtsstreit berichtet; da heisst es: „Die Klägerin führte an, daß es „in ecclesia S. Pauli“ 24 Hufen Landes gebe, und unter diesen verschiedene Besitzungen, von denen eine customers-lond genannt werde. Die Inhaber dieses customers-lond, sagte sie, durften jedem, mit dem sie sich darüber einigten, ihre Besitzungen übertragen, sei es zu Erbrecht, sei es zu Leibrecht, je nach den Bedingungen, unter denen die Inhaber das Gut inne gehabt hatten. Der Cedent mußte auf das Gutsgericht kommen und dort vor allen Anwesenden die Güter demjenigen übergeben, mit welchem er die Vereinbarung getroffen hatte“, worauf der Amtmann ihn in den Besitz seiner Rechte einzusetzen hatte. „Der Verteidiger gab das Be-

sitzrecht von *customers-land* zu, sagte aber, jeder Bauer, der sein Gut einem anderen zu übertragen wünsche, habe vor dem Gericht des Grundherrn zu erscheinen, und dort vor sämtlichen Anwesenden seine Besitzung zu Händen des Grundherrn zu übergeben, worauf der Amtmann des Grundherrn dieselbe *per virgam* dem neuen Inhaber übergeben solle, auf daß er sie nach Belieben des Lords und nicht anders inne habe.“ „Die Geschworenen entschieden dahin, daß der Amtmann denjenigen, zu dessen Nutz und Frommen die Übergabe geschehe, in den Besitz einzusetzen hätte, nicht gegen eine bestimmte Abgabe, etwa von 12 *℔* für jeden Morgen, sondern gegen einen dem jeweiligen Belieben des Lords anheim gestellten Zins.“ Es möchte hiernach scheinen, als ob eine derartige Abtretung so gebräuchlich war, daß die Bauern anfangen, die Formalitäten der Übergabe in die Hände des Grundherrn aufser acht zu lassen und das Recht der Wiederbegebung (und zwar gegen eine nur kleine, feststehende Abgabe) für Lebenszeit oder für immer zu beanspruchen, obgleich ihre eigenen Besitzungen je nach Belieben vom Grundherrn eingezogen werden konnten. Dieses Beweisstück möge mit der Angabe im *Domesday*, I, 179, betreffs der 103 „*homines*“ in Hereford, einer Stadt auf königlichem Grundbesitz, verglichen werden. Diese *homines* waren augenscheinlich aus dem Stande der Dienstbauern hervorgegangen; jeder bezahlte aufser einer Pacht von $7\frac{1}{2}$ *℔* noch 4 *℔* „*ad locandos caballos*“ und war an gewisse Dienstleistungen gebunden, — „*tribus diebus in Augusto fecabat, et uno die ad fenum congregandum erat, ubi vicecomes volebat*.“ Doch „*si quis eorum voluisset recedere de civitate, poterat, concessu prepositi, domum suam vendere alteri homini servitium inde debitum facere volenti, et haberet prepositus tertium denarium hujus venditionis*.“

¹²³ Mill, *Pol. Econ.*, bk. II, ch. XVI, § 4: „Der Pächter beansprucht den üblichen Zinsgewinn von seinem gesamten Kapital . . ., was letzteres über diesen Zins hinaus abwirft, ist er verpflichtet, dem Gutsherrn zu zahlen, mehr auf keinen Fall.“

¹²⁴ Cunningham, *Growth of Engl. Industry*, 249.

¹²⁵ Vergl. Lassalle, Bastiat-Schulze von Delitzsch, ch. IV.

¹²⁶ Hildebrand in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“, II (1864), S. 4. Er unterscheidet drei Abstufungen; die dritte ist die Kreditwirtschaft: „Entweder setzt man Güter unmittelbar gegen Güter um, oder man bedient sich des Tauschmittels der edeln Metalle, des Geldes, oder endlich, man setzt Güter gegen das Versprechen um, in Zukunft denselben oder einen gleichen Wert zurückzuerstatten, d. h. gegen Kredit. Bei allen drei Umsatzarten ist das Wertmaß, welches im Verkehr zur Anwendung kommt, ganz gleichgültig, und es kann bei einer Geldrechnung eben so

gut ein Kreditumsatz, wie ein Geldumsatz oder ein Naturalumsatz stattfinden. Auf der Grundlage dieser drei möglichen Umsatzarten entwickeln sich drei Wirtschaftsformen: die Naturalwirtschaft, die „Geldwirtschaft und die Kreditwirtschaft“. Diese Behauptung kritisierend, sagt Knies, daß die Unterscheidung zwischen Naturalwirtschaft und Geldwirtschaft beachtenswert sei: „die dritte Stufe jedoch bildet überhaupt keinen Gegensatz zu den vorhergehenden, was infolge eines Mißverständnisses über das Wesen des Kreditverkehrs übersehen worden ist, wie denn insbesondere auch unser ganzer Kreditverkehr ein geldwirtschaftlicher Kreditverkehr ist“; Politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte (1883), 384. Ad. Wagner stimmt dieser Kritik zu: „Die Kreditwirtschaft ist aber nicht in derselben Art eine Fortbildung der Geldwirtschaft, wie diese eine solche der Naturalwirtschaft, denn sie hat den Geldverkehr und die Funktion des Geldes als Währung und Preismaß zur bleibenden Voraussetzung;“ Lehrbuch der Polit. Ökon., I, 194. Roscher sagt, die durch jene drei Ausdrücke bezeichneten Begriffe seien nicht koordiniert; Nat.-Ökonomik in Deutschland, 1038.

¹²⁷ Einleitung zum Domesday of S. Paul's, XLVI—LI.

^{127a} Die Mark war in England ein Gewicht von ursprünglich 100, dann 160 Pennies; sie gilt soviel wie 13 s. 4 d. Ruding, Annals of the Coinage, I³, 112.

¹²⁸ Select Charters, 193, 194.

¹²⁹ Hawkins, Silver coins of England (2. Aufl. 1876), 36.

¹³⁰ Ruding, Annals of the Coinage (3. Aufl. 1840), I, 126.

¹³¹ Ebenda, I, 137.

¹³² „Vor Weihnachten sandte König Heinrich Boten von der Normandie nach England, und befahl, daß alle Münzmeister verstümmelt werden sollten, und zwar darum, weil jemand ein Pfund besitzen und doch nicht imstande sein konnte, eines Pfennigs Wert auf dem Markte auszugeben. Und Roger, der Bischof von Salisbury, schickte aus über England und hieß alle Münzer zu Weihnachten nach Winchester kommen, und als sie kamen, ergriffen seine Mannen einen nach dem anderen und schnitten ihnen die rechte Hand ab. Und all dies geschah während der „Zwölften“ und mit viel Gerechtigkeit, weil sie das Land zu Grunde gerichtet hatten durch die große Menge schlechten Metalls;“ Engl. Chronicle, s. a. 1125.

¹³³ Ruding, I, 165, 170, 171, 184, 202. Bezüglich der zwei Münzstätten Heinrichs II. s. Ralph de Diceto (Rolls' Series), I, 302; II, 7.

¹³⁴ Ruding, I, 181, 182. Runde Halbpennig-Stücke sollen von Heinrich I. ausgegeben sein, doch liegen hierfür nicht genügende Sammlung staatsw. Schrift. — Ashley I.

Beweise vor. Die Regierung muß zu jener Zeit [darauf bedacht gewesen sein, sie in großen Mengen in Umlauf zu setzen; denn es wurden den Münzmeistern doppelt so viele Stempel für Halbpennig-Stücke und farthings zugestellt, als für Pfennige, und zwar geschah es auch mehrere Wochen früher. Nach Ruding sind von diesen halppennies keine auf uns überkommen, und er nimmt an, daß diese Halbpennig-Stücke, da sie beim Volke nicht beliebt waren, wieder eingezogen, und daß bis 1248 keine neuen gemünzt wurden.

¹³⁵ Ebenda, I, 186. Kenyon, Gold Coins of England, 14, 15.

¹³⁶ Ruding, I, 216—218.

¹³⁷ Ebenda, I, 222.

Zweites Kapitel.

Kaufmannsgilden und Handwerker-gilden.

[Quellen. — a. Die Kaufmannsgilden. Das beste Werk über diesen Gegenstand ist: Ch. Grofs, *The Gild Merchant* (1889), durch welches Kaufmannsgilden zum erstenmal als eine allgemeine Einrichtung in englischen Städten nachgewiesen, und die Befugnisse dieser Organisation im 13. Jahrhundert klargelegt werden. Dieses Werk ist seinem Hauptinhalte nach nur eine Erweiterung des von demselben Verfasser in seiner Doktor-Dissertation *Gilda Mercatoria* (Göttingen 1883) behandelten Stoffes, und auf letztere beziehen sich auch die meisten der in diesem Kapitel enthaltenen Anführungen aus Grofs. Die beiden einzigen noch erhaltenen Sammlungen von Gildesatzungen sind die von Southampton (aus dem 13. Jahrh.) und Berwick (von 1249—1294). Der französische Text der ersteren findet sich im *Archäol. Journal*, XVI, (1859), übersetzt bei Davies, *Hist. of Southampton* (1883); der lateinische Text der letzteren ist unvollständig wiedergegeben bei Houard, *Coutumes Anglo-normandes*, II (1776), auf viel zuverlässigere Weise jedoch bei Cosmo Innes, *Acts of the Parliament of Scotland* (1844), sowie in desselben Verfassers *Ancient Laws and Customs of the Burghs of Scotland* (1868) und bei Grofs, *Gild Merchant*, I. Ein englischer Auszug findet sich in den *English Gilds* (Early, Engl. Text. Soc., 1870). Die einzige kaufmännische Gilde, die sich, obwohl nur dem Namen nach, bis auf die heutige Zeit erhalten hat, ist die von Preston. Verordnungen dieser Gilde aus den Jahren 1308 und 1328 und Gildenbücher von 1397 sind abgedruckt bei Abram, *Memorials of the Preston Guilds* (1882) und *Preston Guild Rolls* (Record Soc. Lanc. and Chesh., 1884). Von zwei anderen Städten, Leicester und Totnes, sind ebenfalls Gildenbücher erhalten; Berichte darüber finden sich bei Thompson, *Hist. of Leicester* (1849), und mit Bezug auf Totnes in: *Third Rep. Hist. MSS Comm.* (1872). Über früheste Städtegeschichte in allgemeinem Umrisse vergl. Kemble, *Saxons*

in England, Buch II, Kap. VII; Thompson, Engl. Munic. Hist. 1867) und Stubbs, Constit. Hist., Kap. V, XI, XIII.

b. Die Handwerkergilden. Das erste und bis jetzt einzige englische Werk über Handwerkergilden ist Brentanos Essay, der als Vorrede zu den English Gilds (1870) und später deutsch als Einleitung zu desselben Verfassers Arbeitergilden der Gegenwart (1871) erschien. Brentano überschätzt sowohl die Unabhängigkeit, als auch die wirtschaftliche Bedeutung der Gilden, wie dies von Ochenkowski in: Englands wirtschaftliche Entwicklung im Ausgange des Mittelalters (1879), mit einiger Uebertreibung nach entgegengesetzter Richtung dargethan wird. Eine klare Vorstellung erhält man durch Einblick in die von Riley (Memorials of London, 1868) übersetzten Gildesatzungen, welchen mit Rücksicht auf Paris das Livre des Métiers d'Étienne Boileau — herausgeg. von Depping (1857), und für die Cité von Paris von Mm. Lespinasse und Bonnardot (1879) — zu vergleichen ist. In der von dem Verfasser dieses Buches herausgegebenen Early Hist. of the Woolen Industry in England (Amer. Econ. Assoc., 1887) wird man einen Versuch finden, den Entwicklungsgang dieses bedeutendsten englischen Gewerbes zu schildern. Vielerlei Beweismaterial ist enthalten in Herbert, Hist. of the London Livery Companies (1837), und das Verhältnis zwischen Handwerkergilden und städtischer Verfassung wird erörtert in Stubbs, Constit. Hist., III, XXI. Hinsichtlich Frankreichs siehe auch Gasquet, Précis des Institutions de l'Ancienne France (1885), und mit Rücksicht auf Deutschland: Maurer, Geschichte der Städteverfassung, II (1870). Die eingehendste Schilderung gewerblicher Einrichtungen im Mittelalter findet sich bei Schönberg, Zur wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Zunftwesens im Mittelalter, enthalten in Hildebrands Jahrbüchern für N.-Ökonomie (1867), und eine kurze Vergleichung der verschiedenartigen Ausgestaltungen der Gewerke bei Held, Zwei Bücher zur socialen Gesch. Englands (1881, Buch II, Kap. III).

c. Handel. Das Ergebnis gründlicher Forschungen über die Stellung fremder Kaufleute in England findet sich zuerst bei Schanz, Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters (1881), Teil II, Kap. III; und die Beziehungen zwischen englischen und fremdländischen Städten ergeben sich aus dem Calendar of Letters, 1350—1370, herausgeg. von Sharpe (1885), und zwar auf Veranlassung der städtischen Körperschaften von London. Über die Londoner Hansa siehe Warnkönig, Histoire de Flandre (1835 bis 1846) übers. von Gheldolf; über die alte deutsche Hansa und den Stahlhof: Lappenberg, Geschichte des Hansischen Stahlhofes zu London (1851), und den volkstümlich geschriebenen Paulischen Aufsatz in den Bildern aus Alt-England (1860). Vielerlei Aufschlüsse über Marktplätze, Märkte und Verkehrsmittel gewährt: Rogers, History of Agriculture, und ebenso Kitchin, Winchester Cathedrale Records, Nr. 2 (1886). Einige wenige Auskunft giebt Jusserand, Vie Nomade d'Angleterre au XIV Siècle (1884). Die Statutes of the Realm sind mit Rücksicht auf diesen Gegenstand von besonderem Wert.]

§ 7. Kaufmannsgilde. Zur Zeit der normanischen Eroberung gab es in England etwa 80 Städte¹. Die meisten derselben waren nach heutigen Begriffen nichts anderes als große Dörfer; sie unterschieden sich von den benachbarten kleineren Ortschaften durch die sie umschließenden Erdwälle oder die zu ihrem Schutze aufgeworfenen Erdhügel. London, Winchester, Bristol, Norwich, York und Lincoln überragten die übrigen an Größe und Bedeutung; aber selbst eine Stadt ersten Ranges kann nicht mehr als sieben- oder achttausend Einwohner gehabt haben². Wir dürften daher nicht fehlgehen, wenn wir bei einer Gesamtbevölkerung von anderthalb Millionen die Stadtbevölkerung auf hundertfünfzigtausend schätzen³.

Bezüglich der Entstehung dieser Städte eine bestimmte Theorie aufzustellen, wäre schwerlich von Nutzen, solange die Lage der Gesamtbevölkerung Früh-Englands nicht genügender klargelegt ist, als bisher. Doch liegt es auf der Hand, daß die Bevölkerung hauptsächlich an Kreuzungen von Landstraßen und von Flußfurten zusammengeströmt sein wird. Solche Orte mögen wohl vielfach von strategischer Bedeutung gewesen und späterhin zu Festungen erhoben worden sein. Es liegt kein Grund vor zu der Annahme, daß es vor den Cisterciensern geistliche Orden gegeben habe, welche sich aus Grundsatz in der Wildnis ansiedelten⁴; Klöster und Domkirchen wurden dort erbaut, wo es schon Dörfer gab. Doch unter dem Schutze der Klöster wurden aus den Dörfern bald kleine Städte⁵; die Arbeitsleistungen, zu welchen ihre Einwohner verpflichtet waren, oder die Abgaben, die sie statt derselben zahlten, deuten noch lange auf den ursprünglich dienstbaren Charakter des Besitzes hin⁶. Eine ähnliche Geschichte hatte manches Dorf nahe bei dem befestigten Hause oder Schlosse eines großen Adligen.

Solche Städte wurden notwendigerweise Mittelpunkte des Binnenhandels, soweit von diesem die Rede sein kann; denn obgleich die Landwirtschaft lange eine der Hauptbeschäftigungen der Städter blieb, muß sich zur Beschaffung von Nahrungsmitteln schon frühzeitig eine Art Handel mit dem umliegenden flachen Lande als notwendig herausgestellt haben. Dies ist die ursprünglichste und wesentlichste Form des Handels. Die Grundherren, denen die Städte unterthan waren, werden wohl ein Interesse daran gehabt haben,

Märkte ins Leben zu rufen, welchen sie, gegen die Entrichtung von Zoll, Schutz gewährten. So wurden denn jene wöchentlichen oder halbwöchentlichen Markttage eingeführt⁷, welche, trotz verbesserter Verkehrsmittel, noch heute in England von so hervorragender Bedeutung sind.

Mit dem fränkischen Königreiche war lange schon von London und den Höfen von Kent, besonders von Sandwich und Dover aus, Handel getrieben worden, während der Verkehr mit den dänischen Niederlassungen an der irischen Küste (ein Verkehr, bei welchem Sklaven den Hauptartikel bildeten) im 10. und 11. Jahrhundert Chester und Bristol mehr in den Vordergrund treten liefs. Die durch Kanuts Eroberung hervorgerufenen Beziehungen zu den skandinavischen Königreichen brachten dagegen York, Grimsby, Lincoln, Norwich, Ipswich und viele andere Häfen an der östlichen Küste in regen Handelsverkehr mit den baltischen Ländern⁸. Doch kann der Verkehr mit fremden Ländern nicht grofs gewesen sein; die Waren, welche nach einem alten englischen Dialog der Kaufmann als von ihm mitgeführt aufzählt, scheinen Luxusartikel gewesen zu sein, wie sie allein die höheren Gesellschaftsklassen benötigten, — „Purpur, Tuch, Seide, kostbare Steine und Gold, verschiedenfarbige Gewänder, Schminke, Wein, Öl, Elfenbein und Messing, Kupfer und Zinn, Schwefel, Glas u. dergl.⁹.

Kaufleute werden in den englischen Gesetzen so selten erwähnt¹⁰, dafs zu der Annahme, es habe zu jener Zeit einen Handelsstand von wesentlicher Bedeutung gegeben, wenig Grund vorliegt.

In den unruhvollen Jahren, welche der Landung des Eroberers folgten, hatten die wichtigeren englischen Städte schwer zu leiden; in einigen Fällen wurde ein Drittel oder die Hälfte der Häuser zerstört, und in gleichem Mafse verringerte sich die Bevölkerung: ein Ergebnis, zu welchem die Wechselfälle des Krieges und Wilhelms Neigung, Schlösser zu bauen, in gleicher Weise beitrugen¹¹. Doch schon während der 20 Jahre vor Aufstellung des grofsen Grundbuches von 1086 hatten die Städte an der Südküste begonnen, aus der engeren Verbindung mit dem gegenüberliegenden Festlande Nutzen zu ziehen¹². Und sobald die normannische Herrschaft festen Fuß gefafst hatte, war der Friede im Lande gesichert und ein Zustand von Ordnung geschaffen, wie man sich dessen vorher nie erfreut hatte.

Der zeitweilige Rückschritt wurde reichlich wett gemacht, und in einer Stadt nach der andern entstanden kaufmännische Gilden.

Die Kaufmannsgilde oder Hansa — beide Wörter werden in gleichem Sinne gebraucht — war eine Genossenschaft, welche ursprünglich die Erwerbung und Aufrechterhaltung des Rechts zum Handelsbetriebe bezweckte. Durch dieses Privileg wurde den Gildemitgliedern jeder Stadt, im Gegensatz zu den übrigen Einwohnern, der Besitz eines Handelsmonopols zuerkannt¹³. Die Monopole wichen ihrem Wesen nach in den verschiedenen Orten vermutlich etwas voneinander ab. Nicht der Gilde Angehörige scheinen allerwärts die Befugnis zum Ein- und Verkauf von Lebensmitteln gehabt zu haben¹⁴. Gingen sie jedoch weiter und ließen sich in ordentliche Handelsbeziehungen ein, so mußten sie sich Abgaben unterwerfen, von welchen die Gildemitglieder frei waren¹⁵. Erwiesen sich die Geschäfte eines Handeltreibenden als erfolgreich genug, um ihm die Zahlung des Eintrittsgeldes in die Gilde zu gestatten und deren Mitglied zu werden, und stand er dennoch eigensinnig davon ab, die Mitgliedschaft zu erwerben, so wurde er durch wiederholte Bußen zur Nachgiebigkeit gezwungen. Das Versprechen, Leute, die in der Stadt Handel trieben und der Gilde beizutreten vermochten, bei den Beamten der Gilde zur Anzeige zu bringen, gehörte an einigen Orten zu den beim Eintritt übernommenen Pflichten jedes Gildebruders¹⁶. Jedes Mitglied zahlte an die Gildekasse ein Eintrittsgeld und wahrscheinlich noch andere Abgaben, welche zu Gildezwecken, meistens bei Gelegenheit von Festlichkeiten, verausgabt wurden. Und da man sich im Mittelalter keine Genossenschaft ohne eine Art von Gerichtsbarkeit über ihre Mitglieder denken konnte¹⁷, so stellte die kaufmännische Gilde auf ihren als „Morgensprachen“¹⁸ bekannten Zusammenkünften Satzungen für den Handelsbetrieb auf, und bestrafte das Zuwiderhandeln gegen kaufmännischen Brauch.

Nun gab es zweifellos schon vor der Eroberung sowohl religiöse, als auch Friedens- oder Schutzgilden, d. h. Clubs oder Genossenschaften, die sich zur Ausübung gewisser frommer Werke und zu gegenseitiger Unterstützung bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit thaten¹⁹. Es ist daher wohl möglich, daß sich schon

ebenso früh ähnliche Genossenschaften zu Handelszwecken bildeten; thatsächlich erwähnt wird eine Kaufmannsgilde jedoch nicht früher als 1093²⁰. Mit der Regierung Heinrichs I. beginnt die lange Reihe von Freibriefen, deren sich die Städte von seiten des Königs und anderer Grundherren zu erfreuen hatten. Unter Heinrich II. erhielten derartige Freibriefe unter anderen Ortschaften die Städte Winchester, Bristol, Durham, Lincoln, Carlisle, Oxford, Salisbury, Southampton; und in allen diesen Freibriefen handelt es sich in erster Reihe um die Anerkennung einer kaufmännischen Gilde²¹. In der That betrachtete der zu jener Zeit schreibende Rechtsgelehrte Glanvilla die *Commune*, die mit dem Recht städtischer Selbstverwaltung ausgestattete Bürgerschaft, als gleichbedeutend mit der kaufmännischen Gilde²². Derartige Gilden mögen schon einige Zeit bestanden haben, ehe sie durch Freibrief anerkannt wurden: Der Wert des Freibriefes lag wohl hauptsächlich in der Bestätigung der von der Genossenschaft ausgeübten Zwangsgewalt. Trotz des geringen Beweismaterials kann doch in 92 von 160 Städten, die zu dieser oder jener Zeit in den Parlamenten Eduards I. vertreten waren, das Vorhandensein einer kaufmännischen Gilde nachgewiesen werden. Der Name keiner bedeutenderen Stadt — London und die Fünfhäfen ausgenommen — fehlt auf der Liste, und man kann nicht umhin, daraus den Schluss zu ziehen, daß jede Stadt, bis herab zu denen, die nicht viel mehr als Dörfer waren, ihre Kaufmannsgilde hatte. Dieser Umstand an und für sich beweist zur Genüge, welche große Rolle die Gilde im damaligen Städteleben gespielt haben muß.

Die augenscheinliche Gleichartigkeit der Satzungen jener vier Gilden, deren Ordnungen uns erhalten sind, — nämlich der Gilden in den weit auseinander liegenden Städten Totnes, Southampton, Leicester und Berwick — kann nur durch die Annahme erklärt werden, daß die Verfassung der Kaufmannsgilden über ganz England wesentlich die gleiche war. Jeder Gilde stand ein *alderman* (Ältester), zuweilen auch zwei vor, nebst zwei oder vier Gehülfen, gewöhnlich *wardens* oder *échevins* (Schöffen) genannt; hin und wieder finden sich auch *stewards*. Oft gab es in der Gilde einen 12 bis 24 Personen umfassenden inneren Rat. Der *Alterman* und die *wardens* (Schöffen) hatten nicht nur die Pflicht, zu Sitzungen und Festlichkeiten ein-

zuladen und den Vorsitz dabei zu führen, sondern es lag ihnen auch die Verwaltung der Gelder und des Grundbesitzes der Genossenschaft ob; denn häufig kam es vor, daß die Gilde durch Kauf oder auf andere Weise Ländereien erwarb²³.

Welcher Art Leute zur Mitgliedschaft zugelassen wurden, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Es ist außer allem Zweifel, daß die Genossenschaft eine beträchtliche Anzahl von Personen umfaßte — in der kleinen Stadt Totnes z. B. 200²⁴ —, und während die Gilde nach entfernten Märkten reisende Kaufleute aufnahm, schloß sie auch Handwerker als solche — wenigstens zu Anfang — nicht aus²⁵. Die ältesten Söhne oder Erben von Gildemitgliedern hatten ein Recht zu freiem Eintritt, jüngere Söhne zahlten ein geringeres Eintrittsgeld als andere. Mitglieder konnten — zuerst wenigstens — ihre Rechte aufgeben oder verkaufen und dieselben auf ihre Erbinnen übertragen. Diese durften nun ihrerseits von diesen Rechten entweder selbst Gebrauch machen, oder aber die Ausübung derselben auf ihre Gatten oder Söhne übertragen²⁶. Der gebräuchlichste Ausdruck für das Recht der Mitgliedschaft war „seat“, „sedes“ (Sitz)²⁷. Von den Mitgliedern hieß es: sie suchen, haben, verkaufen oder vergeben ihren Sitz. Dieser Sitz wird oft als unter oder über dem eines Anderen bezeichnet, ein Ausdruck, der sich möglicherweise ursprünglich auf einen Stand auf dem Marktplatze bezog. Die Bezeichnung „Gilde“ wird zuweilen auch als gleichbedeutend mit den Rechten der Mitgliedschaft gebraucht, findet jedoch häufiger ihre Anwendung auf die Zusammenkünfte der Genossenschaft, besonders auf die einmal oder zweimal im Jahre stattfindenden feierlichen Versammlungen²⁸.

Wir wissen, daß Kaufleute aus anderen Städten als Mitglieder zugelassen, und daß dieselben Vorrechte oft von benachbarten Klöstern oder Gutsherren erworben wurden²⁹. Die Mehrzahl der Mitglieder gehörte indes zweifellos der Stadt selbst an, und wir haben guten Grund zu der Annahme, daß von letzteren nur solche zur Mitgliedschaft zugelassen wurden, die im Weichbilde der Stadt Grundbesitz hatten — die *burgage tenants*, auch *burgenses*, *cives*, *burgesses* oder *citizens par excellence*, genannt — und diese allein wurden als vollgültige Mitglieder der Gemeinde-

vertretung angesehen³⁰. Wir dürfen indes nicht annehmen, daß sämtliche Mitglieder der Gilde Großkaufleute waren. In den meisten Städten bildete die Landwirtschaft noch eine der Hauptbeschäftigungen der Bürger³¹. Doch werden es die meisten Grundbesitzer für wünschenswert gehalten haben, den Überschufs an Bodenertrag auf jeden Fall zu verkaufen. Die in den Gildeurkunden am häufigsten erwähnten Verkaufsartikel — Felle, Wolle, Korn u. s. w.³² — zeigen, daß der Handel sich fast ausschließlich auf den Ein- und Verkauf landwirtschaftlicher Rohprodukte beschränkte. Es ist schon bemerkt worden, daß häufig auch Nichtmitglieder gegen Zahlung von Abgaben Handel treiben durften; doch kam es vor, daß ihnen der Vertrieb gewisser Handelsartikel, z. B. der von Fellen³³, gänzlich untersagt war. Wichtiger noch ist ein anderer Umstand. Die Tuchfabrikation war in einigen Orten so bedeutend geworden, daß die kaufmännische Gilde es der Mühe wert hielt, für die von den oberen Klassen gebrauchten farbigen Tuche³⁴, ja selbst für sämtliche Tuche³⁵, vom Könige das Recht des Einzelverkaufs zu erwerben. Es wird sich später zeigen, wie dieses Vorrecht sie mit den Handwerker-gilden in Konflikt brachte.

Wir haben gesehen, daß die Gildeversammlungen (oder ihre Beamten als deren Vertreter) Satzungen aufstellten und in Handelssachen richterliche Gewalt ausübten. Diese Satzungen lassen ein der kaufmännischen wie der Handelsgilde gemeinsames Merkmal klar hervortreten. Während nämlich jedes Einzelmitglied die Befugnis hatte, innerhalb gewisser Grenzen und nach bestem Ermessen seine eigenen Interessen zu verfolgen, machte sich doch ein starkes Gefühl dafür geltend, daß auf Handel und Gewerbe das gemeinsame Interesse der ganzen Körperschaft beruhe. Jeder war verpflichtet, sich den zum allgemeinen Besten aufgestellten Satzungen unterzuordnen und seinen Gildebrüdern beizustehen. So galt in Leicester die Vorschrift, daß die auf die Messe von S. Botolph in Boston ziehenden Tuchhändler sich auf der südlichen Seite des Marktplatzes aufzustellen hatten, die Wollhändler dagegen auf der nördlichen. Etwas später wurde bestimmt, daß die Leicester Kaufleute ihre Tuche in der Budenreihe in Boston zum Kauf ausstellen sollten, in der die Leute aus Leicestershire zu stehen pflegten, und zwar bei Strafe von einer Tonne

Ale. Ein Kaufmann konnte wohl der Sicherheit halber sein Tuch während der Nacht nach einer fern von der Reihe gelegenen Behausung bringen, durfte es aber nicht außerhalb der Reihe verkaufen³⁶. Nur auf diese Weise war es möglich, über alle diejenigen Aufsicht zu führen, welche aus Leicester zu kommen hehaupteten, und nur so konnte ein betrügerischer Händler verhindert werden, den guten Ruf der Waren dieser Stadt zu schädigen. Diesen Beschränkungen gegenüber genoß das Gildemitglied den Schutz der Gilde. War ein Gildemitglied aus Southampton in irgend einem Teile Englands ins Gefängnis geworfen worden, so waren der Alterman, der steward und einer der Gehülfen oder Schöffen verpflichtet, auf Kosten der Gilde seine Befreiung auszuwirken. In Berwick lag es zwei oder drei Gildemitgliedern ob, für jedweden, der sich etwa in Lebensgefahr befand, zwei Tage ihrer Zeit zu opfern, ebenfalls auf Kosten der Gilde³⁷.

Einzelne durften die Handelsvorteile nicht für sich allein in Anspruch nehmen. So konnte z. B. in Southampton — während ein Handel abgeschlossen wurde — jeder Gildebruder hinzutreten und Anspruch auf Teilhaberschaft erheben, sobald er nur für die Bezahlung der von ihm geforderten Waren Sicherheit hinterlegte. In Berwick mußte jemand, der eine Partie Heringe kaufte, dieselben zum Selbstkostenpreise mit den anwesenden Gildemitgliedern teilen, und auch der Nichtanwesende konnte gegen Zahlung des geforderten Preises und einem Entgelt von 12 Pence an den ersten Käufer seinen Anteil haben³⁸.

Die Gerichtsbarkeit der Gilde verfolgte natürlich als einen ihrer Hauptzwecke die Aufrechterhaltung der genossenschaftlichen Vorrechte. Häufig stößen wir auf Verordnungen gegen Leute, die beim Verkaufe von Waren, welche Nichtmitgliedern gehörten, als Vermittler auftraten oder einem fremden Kaufmann beim Einkauf von Handelsartikeln zum Nachteil der Gilde mit Rat und That zur Seite standen³⁹. Von ebenso großer Wichtigkeit jedoch, wie die Aufrechterhaltung der Vorrechte, erwies sich das Bestreben, die Redlichkeit in Handel und Wandel und die gute Qualität der Verkaufsgegenstände zu wahren. Die Gilderollen enthalten zahlreiche Aufzeichnungen über Bußgelder, die zu entrichten waren für: unehrliches Verfahren beim Färben der Wolle, für das Untermengen guter Wolle mit schlechter,

für schlechtes Gewicht, für den Verkauf zu einem höheren als dem festgesetzten Preise, sowie für das Vergehen des Vorkaufens, wogegen man sich, wie wir später sehen werden, so ängstlich verwahrte⁴⁰.

Die Bruderschaft war übrigens einer Gesellschaft von heutzutage, die einen bestimmten materiellen Vorteil erstrebt, darin unähnlich, daß sie in einen großen Teil des alltäglichen Lebens eingriff. Kranke Gildemitglieder wurden besucht, und es wurde ihnen von den Festmahlen Speise und Wein gesandt; verarmte Brüder erhielten Unterstützungen; ihre Töchter stattete man für die Heirat oder für den Eintritt in ein Kloster aus, und wenn ein Mitglied starb, so nahmen die Brüder an dem Leichenbegängnis teil und sorgten für angemessene Trauerfeierlichkeiten⁴¹.

§ 8. Kaufmannsgilden traten, wie wir gesehen haben, zuerst in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts in Erscheinung, während des 12. Jahrhunderts entstanden solche wohl in allen bedeutenderen englischen Städten. Die Handwerkgilden treten, im großen und ganzen fast ein Jahrhundert später auf. Vereinzelte Beispiele finden sich allerdings schon zu Anfang des 12. Jahrhunderts und werden mit dem Fortschreiten des Jahrhunderts immer zahlreicher. Im 13. Jahrhundert aber bilden sich Zünfte für alle Gewerke und in allen gewerblichen Mittelpunkten.

Handwerkgilden waren Vereinigungen aller Handwerker eines und desselben Gewerbes in ein und derselben Stadt, die sich zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke gebildet hatten. Welcher Art diese Zwecke waren, werden wir später sehen. Das Auftreten jener Gilden bezeichnet die zweite Entwicklungsstufe in der Geschichte der Gewerke, den Übergang vom Familienbetrieb zum Gewerbbetrieb. Bei dem Familienbetrieb gab es keine Klasse von Handwerkern im eigentlichen Sinne, d. h. keine Klasse von Leuten, deren Zeit ausschließlich oder hauptsächlich einem besonderen Handwerksbetriebe zugewandt war, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil allen Bedürfnissen der Familie oder einer anderen Hausgenossenschaft, sei es nun Kloster- oder Fronhofswirtschaft, durch die Arbeit der einzelnen Glieder einer solchen Gruppe selbst Rechnung getragen wurde. Das gewerbliche Betriebssystem dagegen kennzeichnete sich durch das Vorhandensein einer Klasse von Leuten,

von denen jeder einzelne mehr oder weniger ausschliesslich in einem bestimmten Betriebe thätig war⁴². In dem Übergange des einen Systems zu dem anderen bietet sich daher ein Beispiel von Arbeitsteilung oder, besser gesagt, von einer Teilung der Beschäftigungsarten. Wollten wir mit Adam Smith⁴³ „das natürliche Anwachsen des Wohlstandes“ zu begründen versuchen, so könnten wir folgendes Entwicklungsgesetz aufstellen: Unter einer Ackerbau treibenden Bevölkerung wird zunächst eine Zweiteilung der Beschäftigung stattfinden. Die große Masse der Bevölkerung wird fortfahren, Ackerbau zu treiben, während eine kleine Anzahl von Leuten sich damit befassen wird, den Überschuss an Rohprodukten des einen Ortes an einen anderen zu schaffen, wo Mangel an solchen Produkten ist. Wenn jedoch, wie dies in England der Fall war, ein Land von einem anderen an Kunstfertigkeit übertroffen wird, oder nicht imstande ist, sich Luxusartikel, wie Edelsteine u. dergl., zu beschaffen, so werden für solche eingeführten und von den wohlhabenderen Klassen verlangten Verkaufsgegenstände Händler auftreten, noch ehe es eine Klasse von Händlern in Rohprodukten des Landes giebt. In jedem Falle wird die Bildung einer Klasse von Kaufleuten der Bildung eines Gewerbestandes vorausgehen.

Wenn der Anteil, den die junge Industrie des 12. Jahrhunderts an der Entwicklung der mittelalterlichen Gesellschaft nimmt, in dieser Weise aufgefaßt wird, so wird die Erörterung über einen möglicherweise römischen Ursprung der Gilden mehr oder weniger gegenstandslos⁴⁴. Neuere Geschichtsforscher haben die Kluft zwischen der römischen und der barbarischen Welt unstreitig bedeutender erscheinen lassen, als sie in Wirklichkeit war; aller Wahrscheinlichkeit nach besaßen die Handwerker in dem späteren römischen Reiche eine den nachherigen Gilden ziemlich ähnliche Organisation. Ausserdem ist es möglich, daß an zwei oder drei Orten in Gallien gewisse Handwerkergenossenschaften vom 5. bis zum 12. Jahrhundert ohne Unterbrechung fortbestanden haben; es ist sogar möglich, daß römische Regelungen den Ordnungen der dienstpflichtigen Handwerker in den Wirtschaften der Klöster und großen Grundherren, aus denen auf dem Kontinent einige der späteren Handwerker gilden zweifellos hervorgingen, zum Vorbild gedient haben. Wenn wir indes zu der Einsicht gelangen,

daß die Bildung einer Klasse von Handwerkern (im Gegensatz zu den hier und da vereinzelt vorkommenden Handwerkern) bis zum 12. Jahrhundert unmöglich war, weil die Gesellschaft noch nicht jene Entwicklungsstufe erreicht hatte, auf welcher es für eine beträchtliche Anzahl von Leuten nutzbringend oder ratsam sein konnte, sich außer der Bodenbebauung einer anderen Beschäftigung zuzuwenden; wenn wir ferner sehen, daß die Ideen, von welchen das Zunftwesen geleitet wurde, nicht den Zünften als solchen, sondern vielmehr der ganzen zeitgenössischen Gesellschaft eigentümlich waren: dann verliert die Frage nach dem Ursprung einer möglicherweise von den römischen Handwerker-genossenschaften hergeleiteten oder durch dieselben veranlaßten Organisation wesentlich an Bedeutung.

Es besteht, wie gesagt, kaum ein Zweifel darüber, daß einige der französischen und deutschen Handwerkerzünfte sich ursprünglich aus leibeigenen Handwerkern zusammensetzten, wie solche auf den Gütern großer weltlicher oder geistlicher Grundherren beschäftigt wurden. Gleiches mag auch in einigen Orten Englands der Fall gewesen sein, doch ist bisher kein Beweis erbracht, daß dem wirklich so war. Es muß indes daran erinnert werden, daß wir bis jetzt von der frühesten Geschichte der Städte noch sehr wenig wissen. Gerade so, wie es möglich ist, daß in vielen Fällen die später zu kaufmännischen Gilden vereinten Bürger ursprünglich ihren Grundherren zu Diensten verpflichtete Bauern waren, so ist es auch möglich, daß es an einigen Orten Gruppen von Handwerkern gab, die unter bestimmten Vorschriften und unter der Aufsicht herrschaftlicher Beamter für einen Grundherrn arbeiteten, sich dann aber allmählich von ihrer Hörigkeit befreien und freie Handwerker wurden. Doch ist dies nur Vermutung; zu der Zeit, da die Handwerker zuerst in den uns gegenwärtig zugänglichen Urkunden auftreten, sind sie persönlich frei und keiner herrschaftlichen Aufsicht unterstellt.

Welche Beziehung zwischen den Handwerkerzünften und der kaufmännischen Gilde stattgefunden, ist eine noch schwierigere Frage. In vielen Städten Deutschlands und der Niederlande bestand im 13. und 14. Jahrhundert erbitterter Kampf zwischen den zu Zünften vereinten Handwerkern einerseits und einer die städtische Verwaltung für sich allein beanspruchenden und durch Vereinigung zu einer

kaufmännischen Gilde noch mächtiger gewordenen Bürger-Oligarchie andererseits. Die Handwerker kämpften in erster Linie um das Recht, eigene Gilden zu begründen, sodann um die Teilnahme an der städtischen Verwaltung. Auf diesen Thatsachen liefs sich leicht eine klare Theorie industrieller Entwicklung aufbauen. Die kaufmännischen Gilden, heifst es, wurden zuerst zum Schutz gegen die Lehnsherren gegründet, schlossen sich aber mit der Zeit nach unten ab und machten so die Bildung von Handwerker-gilden notwendig. In gleicher Weise schlossen sich die Handwerkergilden späterhin ab, und die Gesellen waren gezwungen, nun ihrerseits zum Schutze gegen ihre Meister Genossenschaften zu bilden. Es war nicht schwer, die weit spärlicheren Nachrichten über englische Verhältnisse mit dieser Theorie in Einklang zu bringen, und so den Mangel an Berichten englischer Chronisten durch den Hinweis auf ähnliche Zustände in fremden Ländern auszugleichen⁴⁵.

Gerade die Pafslichkeit einer solchen Theorie, die Bereitwilligkeit, mit welcher sie trotz der geringen englischen Beweisstücke von volkstümlichen Schriftstellern aufgenommen wurde, hat vielleicht einige Geschichtsforscher veranlafst, ihr nur geringe Beachtung zu schenken. Man führt an: für Kämpfe zwischen Bürgern und Handwerkern lägen keinerlei Beweise in diesem Lande vor⁴⁶. Ferner wird behauptet, die Zünfte hätten sich nur geringer Unabhängigkeit zu erfreuen gehabt und seien lediglich als eine Einrichtung zu betrachten, durch welche die städtischen Behörden die Arbeit überwachten⁴⁷. Doch scheint mit Rücksicht auf die kürzlich über die kaufmännische Gilde erbrachten Mitteilungen diese Ansicht nicht ausreichend. Nachfolgende, die Beziehungen zwischen den einzelnen Körperschaften ins Auge fassende Theorie kann eben nur als Theorie betrachtet werden, doch scheint sie mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Widerspruch zu stehen, und sie wird durch vielerlei indirekte Beweismittel unterstützt.

Die Mitgliedschaft der städtischen Ratsversammlung, des court-leet oder portman-mote, scheint ursprünglich an den Besitz von innerhalb des städtischen Weichbildes gelegenen Ländereien geknüpft gewesen zu sein, und das Recht, in einer solchen Versammlung zu erscheinen, mufs anfänglich einen Mann zum Bürger gestempelt haben. Aus

solchen Bürgern setzte sich die kaufmännische Gilde jeder Stadt zusammen⁴⁸. Zuerst verstand man unter der Bezeichnung „Kaufmann“ oder „Händler“ alle die, welche Gelegenheit hatten, aufer den täglichen Nahrungsmitteln irgend etwas zu kaufen oder zu verkaufen, und der Besitzer eines noch so kleinen Stückchen Landes, der zugleich Handwerker war, wird nicht ausgeschlossen gewesen sein.

Diese friedliche Vereinigung muß nun auf zweierlei Weise gestört worden sein. Es trat in den Städten eine Klasse von nicht grundbesitzenden Leuten in Erscheinung: ein Umstand, der wahrscheinlich in der Hauptsache dem natürlichen Anwachsen der Stadtbevölkerung selbst, zum Teil aber vielleicht auch dem Zuzug von Leibeigenen aus der ländlichen Umgegend zuzuschreiben ist. Diese landlosen Leute konnten durchaus nicht als Bürger betrachtet, und daher nicht in die kaufmännische Gilde aufgenommen werden, selbst wenn sie es gewünscht hätten und imstande gewesen wären, das Eintrittsgeld zu zahlen. Viele von ihnen werden bei reicheren Bürgern in Dienst getreten sein, einige aber sich dem Handwerk zugewandt haben. Und obwohl ferner in einer kleinen Stadt wie Totnes die kaufmännische Gilde noch lange Zeit Handwerker aufgenommen haben mag, so wird doch in größeren Städten die Neigung vorgeherrscht haben, die Leitung der Gilde gänzlich in die Hände von Kaufleuten zu legen, d. h. von Kaufleuten in unserem Sinne des Wortes; bis man endlich wagen durfte, die Regel aufzustellen, daß ein Handwerker vor Eintritt in die Gilde sein Handwerk abschwören müsse⁴⁹. Zu dieser Zeit aber war die kaufmännische Gilde, deren Mitglieder von Anfang an einen hervorragenden Einfluß in der Stadt ausgeübt haben müssen, thatsächlich Eins geworden mit dem städtischen Verwaltungskörper, oder vielmehr es hatte sich eine städtische Verfassung herausgebildet, welche die Rechte der ausübenden Gerichtsbarkeit, der Schöffenbank, mit den Handelsberechtigungen der kaufmännischen Gilde vereinte⁵⁰. So handelte es sich nunmehr um zweierlei: sollte man den Handwerkern, gesondert und unabhängig von der Macht der städtischen Behörden, für ihre Gilden das Recht der Oberaufsicht und der Gerichtsbarkeit über die Mitglieder gewähren? und zweitens: sollten sie noch fernerhin dem Handelsmonopol der kaufmännischen Gilde unterworfen sein?

Die ersten in Betracht kommenden Handwerkerghilden

sind die der Weber und Tuchwalker. Die Webergilde war es, welche im ganzen westlichen Europa als erste den Kampf gegen die von alters her bestehenden Regierungen aufnahm. Der Grund ist einleuchtend: die Herstellung von Bekleidungsstoffen war der erste Industriezweig, in welchem eine bedeutende Nachfrage es für viele der Mühe wert erscheinen liefs, sich ihm gänzlich zu widmen, und daher war das Weberhandwerk das erste, in welchem sich eine Genossenschaft bildete. Bäckerzünfte finden sich allerdings fast ebenso früh⁵¹; doch blieb das Backen, da es soviel weniger Geschicklichkeit erfordert, als das Weben, lange Zeit eine Familienbeschäftigung, wie dies auch heute noch mehrfach der Fall ist. Daher konnten denn die Bäcker nie so zahlreich sein, wie die Weber; und da jene für den augenblicklichen Verbrauch arbeiteten, konnten sie mit dem Handelsmonopol der Kaufleute kaum in Widerstreit geraten⁵².

Dem zufälligen Vorhandensein der Pipe Roll (eines Verzeichnisses der Schatzkammer-Einkünfte) für 1130 verdanken wir die Kenntniss, dafs es in jenem Jahre in London, Lincoln und Oxford⁵³ Webergilden gab, die dem König als Entgelt für die ihnen gewährte Berechtigung jährliche Abgaben zahlten. Die Weber von Oxford erklären unter der Regierung Eduards I., ihre Gilde habe zu der Zeit, wo die Zahlungen festgesetzt wurden, 60 Mitglieder umfaßt⁵⁴. Unter derselben Regierung gab es in Oxford auch eine Gilde der „corvesars“ oder Lederbereiter⁵⁵. Während der ersten Regierungsjahre Heinrichs II. fanden sich Webergilden auch in York, Winchester, Huntingdon und Nottingham, und eine Tuchwalkergilde in Winchester; alle leisteten jährliche Zahlungen an die Schatzkammer⁵⁶. Diese jährliche Zahlung war keine blofse Steuer, sondern die Bedingung, unter welcher die Gilde von der Regierung anerkannt wurde. Gilden, die der König nicht anerkannt hatte, wurden als „adulterine“, unechte, mit Geldstrafen belegt, wie dies im Jahre 1180 in London mit den Goldschmied-, Fleischer-, Gewürzkrämer- und Tuchmachergilden der Fall war⁵⁷. Doch scheint kein Versuch gemacht worden zu sein, solche „unechten“ Genossenschaften gewaltsam aufzulösen; sie waren nicht grofs genug, um die Eifersucht der Londoner Bürger zu erregen, und jede einzelne von ihnen erlebte noch die Aufnahme in die Zahl der späteren Zünfte.

Außer einer allgemeinen Bestätigung der Freiheiten und Gebräuche, wie sie in den ersten Freibriefen (z. B. in den den Webern von London und York von Heinrich II. gewährten) enthalten ist, bestand die einzige bestimmte Verordnung darin, daß niemand innerhalb der Stadt oder des Bezirks ein Handwerk treiben dürfe, wenn er nicht zur Gilde gehöre⁵⁸. Das Recht, alle anderen Handwerker zum Eintritt in die Zunft zu zwingen — der Zunftzwang, wie es die deutschen Schriftsteller nennen —, schloß das weitere Recht in sich, den Mitgliedern einer solchen Genossenschaft gewisse Regeln aufzuerlegen und eine Art Aufsicht über sie zu führen. Es war natürlich, daß die ersten, trotz des Einspruches der Bürger sich bildenden Zünfte ihre Gerichtsbarkeit so weit als möglich auszudehnen suchten. Eine solche unabhängige Stellung wird aber die Eifersucht der leitenden städtischen Behörden noch geschürt haben; und bis zu welchem Grade sich der Streit zwischen den Bürgern und Handwerkern auszudehnen vermochte, davon legt London beredtes Zeugnis ab.

Wir wissen nicht, ob es in London jemals eine kaufmännische Gilde gegeben hat; indessen erhielten im Jahre 1191 die Bürger durch Anerkennung ihrer „commune“ das Recht völliger städtischer Selbstverwaltung und folglich die Bestätigung derselben Rechte über Handel und Gewerbe, wie sie eine kaufmännische Gilde ausgeübt haben würde⁵⁹. Gleich darauf boten sie der Schatzkammer eine jährliche Zahlung an für den Fall, daß die Webergilde aufgelöst würde. Johann nahm das Anerbieten an, und im Jahre 1200 wurde die Gilde durch königlichen Erlaß aufgelöst⁶⁰. Aus irgend welchem Grunde ward sie nach zwei oder drei Jahren wiederhergestellt; aber noch lange nachher fühlten sich die Weber nicht außer Gefahr⁶¹.

In anderen Städten ist vor allem der wirtschaftliche Kampf deutlich wahrnehmbar. Wir haben gesehen, daß die den Städten verliehenen Freibriefe, durch welche ihnen erlaubt wurde, eine kaufmännische Gilde zu gründen, gewöhnlich eine Bestimmung enthielten, wonach nur Mitglieder der Genossenschaft Handel treiben durften. In einem Fall wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dieselben auch das Recht des Einzelhandels in Tuch haben sollen⁶². Wir haben Grund zu der Annahme, daß dies ein allgemein sehr gesuchtes Monopol war. Das Londoner „Book of Customs“

enthält gewisse mit dem Namen Gesetze der Weber und Walker von Winchester, Oxford, Beverley und Marlborough bezeichnete Eintragungen⁶³; es sind dies Berichte oder Abschriften, welche der Londoner Magistrat irgendwann im 13. Jahrhundert erlangt haben muß, um seine Sache zu stützen. Diese Gesetze machen eine scharfe Unterscheidung zwischen dem Handwerker und dem städtischen Bürger (franke homme). Keiner, der das Bürgerrecht hatte, konnte von einem Weber oder Walker angeklagt werden, noch durfte ein Handwerker Zeugnis wider einen solchen ablegen⁶⁴. Wurde ein Handwerker so wohlhabend, daß er wünschte, das städtische Bürgerrecht zu erwerben, so mußte er zuerst sein Handwerk abschwören und alle Werkzeuge aus dem Hause schaffen. Kein Weber oder Walker durfte außerhalb der Stadt sein eigen Tuch verkaufen und auf diese Weise in die Rechte der Kaufleute eingreifen; ebenso wenig durfte er das Tuch an einen anderen als an einen Kaufmann seiner Stadt verkaufen⁶⁵. Er muß sogar die Einwilligung der „guten Leute“^{65a} der Stadt einholen, ehe er sein Handwerk betreiben kann, und darf nur für die „guten Leute“ der Stadt arbeiten⁶⁶. Diese letzte Vorschrift erscheint noch einmal in einer Verordnung der Kaufmannsgilde von Leicester vom Jahre 1265, in welcher den Handwerkern verboten wird, für die Bewohner anderer Orte Tuche zu weben, solange sie für die Bürger von Leicester genügende Beschäftigung finden⁶⁷.

Es steht uns noch kein ausreichendes Beweismaterial zur Verfügung, vermittelt dessen sich verfolgen liesse, auf welche Weise die alte städtische Körperschaft ihre Rechte einbüßte; noch vermögen wir andererseits der Spur nachzugehen, auf welcher die Handwerker zu Bürgerrechten gelangten. Das Handelsmonopol ging der Kaufmannsgilde wahrscheinlich vor dem Ende des 13. Jahrhunderts verloren. Es unterliegt jedenfalls keinem Zweifel, daß die Akte von 1335, nach welcher fremden Kaufleuten gestattet wurde, Freihandel in England zu treiben, in Ausdrücken abgefaßt ist, aus denen klar hervorgeht, daß auch englische Handwerker in diese Erlaubnis einbezogen waren. Es heißt: „Der König hat befohlen, daß alle Kaufleute, fremde wie eingebürgerte, und alle anderen und jeder Einzelne von ihnen, wes Standes und Kondition er sei, so da Korn, Wein, avoir du poys, Fleisch, Fisch und alle anderen Nah-

rungsmittel, Wolle, Tuch, Güter, Waren und alles sonst Verkäufliche kaufen oder verkaufen will, woher immer er komme . . . und wo immer er sei, in Stadt, Burg, Flecken, Seehafen, Messe, Markt . . . mit oder ohne Gerechtsame . . . frei und ungehindert verkaufen soll, an wen immer er will⁶⁸." Mit dem Verlust ihres Handelsmonopols hörte die Daseinsberechtigung der Kaufmannsgilden auf, und mit ihr die der Gilden überhaupt als selbständiger Körperschaften. In vielen Städten lebte der Name Gilde noch lange fort, aber nur als ein Ausdruck, durch den man gewisse Amtsbefugnisse der städtischen Behörden, besonders die Zulassung von Lehrlingen zum städtischen Bürgerrecht bezeichnete. An anderen Orten entstand die Gilde aufs neue in Gestalt einer socialen und religiösen Vereinigung, während es in einem oder zwei Fällen möglich ist, daß die spätere Genossenschaft der Merchant Adventurers aus der Kaufmannsgilde hervorging. Doch ist letzteres — obwohl von außerordentlichem Interesse — noch nicht genügend erforscht⁶⁹.

§ 9. Das Ergebnis des Streites zwischen den städtischen Behörden und den Handwerker-gilden betreffs der Gerichtsbarkeit kann nicht genau festgestellt werden, weil zu jener Zeit selbst keine Entscheidung darüber erreicht wurde. Brentano stellt die Handwerker-gilden als vollständig unabhängig hin; nach ihm erließen sie Verordnungen über Preise, Lohn, Art der Arbeit und Arbeitsverfahren, und übten in Handwerkssachen eine unabhängige Gerichtsbarkeit über ihre Mitglieder aus. Seine Kritiker andererseits weisen darauf hin, daß Anordnungen, wie sie die Gilden erließen, sicherlich schon durch städtische Behörden und durch Gesetz vorgesehen waren; sie sollen sogar den Gilden jede wirkliche richterliche Gewalt absprechen, und räumen ihnen sozusagen lediglich polizeiliche Befugnisse ein, d. h. das Recht, Übelthäter vor den städtischen Gerichtshof zu stellen. Mehr der Wahrheit entsprechend dürfte folgende Annahme sein: der Magistrat der Stadt besaß eine anerkannte, zwar nicht genau begrenzte, aber thatsächliche Machtbefugnis über die Gilden, die ihn, sobald es ihm beliebte, in den Stand setzte, Verordnungen für alle Handwerkerzünfte zu erlassen. Die Mehrzahl der Gildesatzungen war aber von den Handwerkern selbst aufgestellt, und die notwendige

Billigung seitens der Stadtbehörde, um ihnen bindende Kraft zu verleihen, wurde als etwas Selbstverständliches gewährt. Anordnungen über das Tagewerk und die Überwachung des Verfahrens bei der Arbeit wies man den Gildebeamten zu. Was jedoch die Gerichtsbarkeit anbetrifft, so wichen die einzelnen Gilden zweifellos von einander ab. Die meisten Zünfte oder crafts (mestiers, mysteres), wie sie später genannt wurden, waren befugt, kleine Streitigkeiten oder Vergehen, die von ihren Mitgliedern gegen die Satzung begangen wurden, an ihren Gerichten zum Austrag zu bringen. Indes konnte der Angeklagte seine Vernehmung vor dem Bürgermeister verlangen, und auch den städtischen Behörden stand, wenn sie es für nötig hielten, das Recht zu, in erster Instanz den Übelthäter vor ihr Gericht zu fordern. Auf einige Handwerke wurde die Gildeverfassung verhältnismäßig spät übertragen, und zwar wohl mehr, um die städtischen Behörden in den Stand zu setzen, diese Zünfte leichter zu überwachen, als um irgend eines Vorteils willen, den die Handwerker für sich selbst aus dem Zusammenschluß erhofften. Diese Zünfte hatten augenscheinlich überhaupt keine richterliche Gewalt, und die einzige Pflicht ihrer Vorsteher war die, etwaige den Satzungen Zuwiderhandelnde vor den Bürgermeister zu führen. Andererseits hatten die Londoner Weber und vermutlich einige der anderen älteren Gilden Gerichte mit ziemlich unabhängiger richterlicher Gewalt, und ihre Mitglieder konnten verlangen, vor dem Gerichte der eigenen Zunft und vor keinem anderen verhört zu werden.

Die Londoner Weber hielten einmal im Jahr eine „gild“, einen Gildentag, ab, und jeden Donnerstag eine Gerichtssitzung. Dem Gerichte standen vier bailiffs vor, die von den Handwerkern gewählt und von dem Bürgermeister bestätigt wurden. Bei den Gerichtssitzungen war ein Schreiber zugegen, und ein Scherge führte die Übelthäter vor; diese beiden Beamten erhielten jährlich eine halbe Mark ausgezahlt, und zwar von den dem Gerichte zufallenden Geldbußen. Irgend ein vor dem Gerichte der sheriffs (dem Londoner Stadtgerichte) Angeklagter des Handwerkerstandes konnte auf Verlangen eines der bailiffs dem Gildegericht überwiesen werden. Auf gemeinsamen Betrieb zweier bailiffs mußten selbst von Nichtmitgliedern gegen die Weber erhobene Klagen dem Gildegericht zugewiesen werden,

obwohl diesem später die Befugnis abgesprochen wurde, Nichtmitglieder mit Strafen zu belegen. Unter den Sachen, in welchen dem Gildegericht eigene Gerichtsbarkeit zustand, werden aufgeführt: „Schuldklagen, Vertragsbrüche, nicht innegehaltene Vereinbarungen und kleinere Vergehen“, mit der einen Einschränkung, daß bei vorkommenden Streitigkeiten mit den das Garn für die Weber zurichtenden Burrellers (Wollkrämplern), nach einem Übereinkommen vom Jahre 1300, solche Fälle vor dem Stadtgericht von einer aus beiden Körperschaften zu gleichen Teilen zusammengesetzten Jury entschieden werden sollen⁷⁰. Wenn wir nun sehen, daß die von Heinrich II. an andere Gilden erteilten Freibriefe — wie z. B. der an die Lederbereiter von Oxford — in genau denselben Ausdrücken abgefaßt sind, wie der an die Londoner Weber, so können wir uns der Vermutung nicht entschlagen, daß ungefähr dieselben Machtbefugnisse, wie sie von den Webern ausgeübt wurden, auch einigen anderen der älteren Gilden, sowohl in London als anderswo, zustanden.

Gegen Ende der Regierung Eduards III. gab es in London 48 Zünfte oder Handwerkerinnungen⁷¹, jede mit einer besonderen Verfassung und eigenen Beamten, eine Zahl, die bis zum Schluß des Jahrhunderts auf mindestens 60 stieg. Andere bedeutende Städte müssen ein ähnliches Anwachsen in der Zahl ihrer Handwerker und eine entsprechende Ausbreitung des Zunftwesens erlebt haben, obgleich die Teilung der Zünfte wohl nicht so weit ging, wie in London. In Städten zweiten Ranges, z. B. in Exeter, tritt die Entwicklung des Zunftwesens später ein und fällt erst in das folgende Jahrhundert⁷², während an kleineren Orten nur dann Innungen gebildet wurden, wenn sich eine beträchtliche Anzahl von Vertretern des gleichen Handwerks daselbst vorfand, so daß viele Handwerker durch jederlei Organisation ungebunden blieben und nur solchen Regeln, die durch Gesetz oder durch den Bürgermeister oder den bailiff eingeführt worden, unterworfen waren.

Wir sind imstande, den ungefähren Zeitpunkt anzugeben, da das Zunftwesen von den städtischen Behörden nicht mehr behindert, sondern sogar begünstigt wurde. Bis zur Regierung Eduards I. hatten die Handwerkerzünfte sich anscheinend aus sich selbst herausgebildet, zu gegenseitiger Hilfe und zu Nutz und Frommen der Genossen; sie waren,

um sich ihr Bestehen zu sichern, verpflichtet gewesen, dem Könige oder anderen großen Herren jährliche Zahlungen zu leisten, und es war ihnen schwer geworden, den städtischen Behörden gegenüber ihre Rechte zu wahren. Die Regierung Eduards I. scheint den Wendepunkt in der Geschichte der Zünfte zu bezeichnen. Eduard sah in ihnen ein nützliches Gegengewicht gegenüber der Macht der leitenden städtischen Körperschaften, und machte daher seinen Einfluß für sie geltend⁷³. Andererseits ließ es die Errichtung einer starken centralen Gewalt für die neuen Gilden weniger nötig und weniger möglich erscheinen, so ausgedehnte Rechte der Gerichtsbarkeit zu erlangen, wie die Zünfte in Deutschland oder die Londoner Webergilde im verflossenen Jahrhundert sie hatten. Daher sehen wir in den seit der Regierung Eduards II. in so großer Zahl aufbewahrten Zunftsatzen neue Grundsätze zur Anwendung kommen. Das Zunftwesen war nicht länger bloß geduldet, es wurde gefördert und erweitert, obwohl zuerst wahrscheinlich nur zu Polizeizwecken, — um die nötige Überwachung des Handwerks und die Bestrafung der den Satzen Zuwiderhandelnden durch Leute, die von der Zunft gewählt, aber den städtischen Behörden verantwortlich waren, zu sichern. Bis zu jener Zeit war die Zahl der Gilden nur klein gewesen, weil es noch wenig Handwerker gab, und unter diesen nur solche, die für die alltäglichsten Bedürfnisse an Nahrung und Kleidung sorgten, wie Bäcker, Schlächter, Gerber, vor allen aber die mit der Herstellung von Tuch beschäftigten Weber, Walker und Färber. Jetzt jedoch findet ein schnelles Anwachsen in der Zahl der Handwerker statt; neue Bedürfnisse fangen an, sich fühlbar zu machen, und jedem derselben wird durch eine besondere Handwerkerorganisation abgeholfen. So finden wir denn als Folge hiervon, daß die städtischen Behörden neue Zünfte bestätigen oder selbst ins Leben rufen, nicht allein von Großkaufleuten, wie Gewürzkrämern und Tuchhändlern, sondern auch von Handwerkern, wie Sporern, Helmschmieden, Riemern, Hufschmieden, Lichtziehern, Schreibern und Pastetenbäckern. Es ist oft nicht leicht zu sagen, ob diese Zünfte durch eben die Verordnungen, in denen wir sie zuerst erwähnt finden, wirklich erst ins Leben gerufen wurden. In vielen Fällen waren sie wahrscheinlich kurze Zeit vor besagten Verordnungen von selbst entstanden und „auf

Gesuch und Bitte der Mitglieder des betreffenden Gewerbes von Bürgermeister und Ratsherren bestätigt worden“⁷⁴. In vielen Fällen aber wurde ihnen die Organisation von aussen durch die städtischen Behörden auferlegt, wie z. B. im Jahre 1356 den Steinmetzen, „weil ihr Handwerk nicht gehörig durch eine aus den Angehörigen ihres Gewerbes bestehende Regierung geregelt gewesen, in solcher Weise, wie dies bei anderen Handwerken der Fall ist“. In einem anderen Fall vom Jahre 1371 heisst es von den Lichtziehern: „die ehrenwerten Männer des Gewerbes thun dem Bürgermeister und den Ratsherren kund und zu wissen, wie ihr Gewerbe bis dahin schlecht geführt und regieret worden, und noch immer grosse Unordnung darin herrscht, weil sie keine Meister besagten Gewerbes gewählt und gleich anderen Gewerkschaften vor euch eingeschworen haben, dass sie Aufsicht führen über die Verfehlungen, deren man sich in ihrem Gewerbe schuldig macht und solche vor dem Bürgermeister und den Ratsherren zur Anzeige bringen“⁷⁵. Der letzte Satz veranschaulicht, wie beschränkt die Gerichtsbarkeit der neuen Zünfte war. Bei einigen bestand die einzige Pflicht der Meister, der Vorsteher oder Aufseher darin, die Gesetzesübertreter vor das Bürgermeisteramt zu stellen⁷⁶. In allen neuen Zünften hatte der Angeklagte das Recht, von der Entscheidung der Gilde Berufung an den Bürgermeister einzulegen⁷⁷, welcher indes immer eine kleine, aus der betreffenden Zunft gewählte Jury zu seinem Beistand einberufen zu haben scheint⁷⁸.

Was die Beziehungen der Gilde zu den städtischen Behörden betrifft, so muss darauf hingewiesen werden, dass die städtische Verfassung in London sich im Laufe des 14. Jahrhunderts allmählich umgestaltete, und zweifellos war ein Gleiches in diesem und dem folgenden Jahrhundert auch anderwärts der Fall. Die Handwerksmeister wurden immer wohlhabender, und vor dem Ende der Regierung Eduards III. wurde, während die Handwerker bis dahin unfähig gewesen, das Bürgerrecht zu erlangen, das Bürgerrecht an die Mitgliedschaft einer der Zünfte geknüpft. Die alte Eifersucht zwischen der Handwerkerinnung und der „Commune“ verschwand, als die Vorsteher der Innungen mit der Zeit anfangen, in der Stadtverwaltung Einfluss zu erlangen. Damals aber hatten die Zünfte selbst einen ganz anderen Charakter erlangt⁷⁹.

§ 10. Die innere Verfassung der Zünfte läßt sich in Kürze beschreiben. Das wichtigste darin war die Machtbefugnis der Vorsteher, Aufseher, Bailiffs oder Meister, deren Hauptaufgabe es war, den Betrieb zu überwachen und die Bestrafung von Übertretungen zu veranlassen⁸⁰. Sie wurden jährlich von den vollzählig versammelten Gliedern der Zunft gewählt; das Nichterscheinen bei den Versammlungen ward mit Bußen belegt⁸¹. Anläßlich solcher Zusammenkünfte wurden von Zeit zu Zeit neue Satzungen aufgestellt und danach dem Bürgermeister und den Ratsherren zur Begutachtung unterbreitet. Niemand durfte ein Handwerk betreiben, dem nicht nach einer Prüfung seitens der Zunftbeamten der Eintritt in die Gilde gestattet worden, und es scheint, daß in London, von der Mitte des 14. Jahrhunderts ab, die Zulassung zu dem Bürgerrecht gleichzeitig mit dem Eintritt in eine Zunft erfolgte⁸².

In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurde eine Lehrzeit ganz allmählich zur unerläßlichen Vorbedingung der Niederlassung als Meister⁸³. Derselben Zeit verdanken wir die Festsetzung einer siebenjährigen Dauer der Lehrzeit. Eine Sonderklasse von Gesellen trat ebenfalls jetzt zuerst in Erscheinung. Noch herrschte allem Anscheine nach der Brauch, daß Einer, der seine Lehrzeit beendet hatte, sich sofort selbständig niederliefs. Die Knechte („serving-men“), soweit es solche gab, schlossen mit den Handwerksmeistern Verträge, eine bestimmte Zeit, manchmal eine Reihe von Jahren, für sie zu arbeiten. Doch ist aus der Häufigkeit, mit der die Vorschrift wiederkehrt, „daß niemand den Lehrling, Knecht oder Arbeiter eines anderen Angehörigen desselben Handwerks während der zwischen seinem Meister und ihm vereinbarten Zeit bei sich aufnehmen solle“, sowie ferner aus dem häufigen Vorkommen von Schreiben des Bürgermeisters einer Stadt an den einer anderen betreffs der Auslieferung fortgelaufener Lehrlinge der Schluß zu ziehen, daß die Lehrlinge häufig unzufrieden waren und davonliefen⁸⁴. Die Gildesatzungen stellten es als Regel auf, daß nur Handwerksmeister sich an der Leitung der Zunftbrüderschaft zu beteiligen hätten; doch ist uns wenigstens ein Fall bekannt, in dem es heißt: „die Satzungen wurden sowohl von den Gesellen, wie von den Meistern gut geheißsen“⁸⁵. Es scheint nicht, daß bis dahin die Zahl der Gesellen oder Lehrlinge, die ein Meister

annehmen durfte, durch Gesetz oder Verordnung beschränkt gewesen ist; doch werden wir später sehen, daß im Laufe des 16. Jahrhunderts eine solche Beschränkung zum Zweck der Aufrechterhaltung eines bestehenden Zustands der Dinge eingeführt worden ist, sodaß es wahrscheinlich ist, daß ein Handwerksmeister zu dieser Zeit für gewöhnlich nicht mehr als einen oder zwei Gesellen und einen oder zwei Lehrlinge hatte⁸⁶.

Die von den Zünften aufgestellten Satzungen hatten einen doppelten Zweck, nämlich die Verhütung von Betrügereien und die Aufrechterhaltung gewisser Bestimmungen über GröÙe und Güte der hergestellten Verkaufsartikel. Gegen diese Vorschriften gefertigte Waren hießen „falsche Waren“, ebenso wie beschnittene und nachgemachte Geldstücke „falsches Geld“ genannt wurden. Für solch „falsches Werk“ hatten die Handwerker Bußen zu zahlen, deren eine Hälfte der Zunft, die andere dagegen dem Stadtsäckel zufiel. Im dritten oder vierten Wiederholungsfalle erfolgte die Ausstoßung aus dem Gewerbe. Strafen waren so weit als möglich für jede Art von Betrug vorgesehen, so z. B. für das Obenauflegen besserer Waren, für Anfeuchten der Gemüse, um sie schwerer zu machen, für den Verkauf bereits getragener Felle als neuer, für das Zusammenschmelzen zerbrochener Waffen, für den Verschleiß von Schaf- statt Wildleder, und viele ähnliche Kunstgriffe⁸⁷. Aus demselben Grunde wurde die Nacharbeit verboten, nicht in der menschenfreundlichen Absicht, dadurch Arbeit für Alle zu schaffen, sondern weil die Arbeit zur Nachtzeit nicht so sauber ausgeführt werden konnte, wie am Tage, und weil die Handwerker, wohl wissend, daß sie um diese Zeit von den Aufsehern schwerlich besucht wurden, die Gelegenheit wahrnahmen, um die Ware vorschriftswidrig herzustellen. Schließlich aber wurde durch die Nacharbeit auch die Ruhe der Nachbarn gestört⁸⁸. Allgemeine Regel scheint es gewesen zu sein, daß Männer am Sonnabend oder an Abenden vor hohen Festtagen nicht nach 6 Uhr arbeiten durften⁸⁹. Indes giebt es eine Vorschrift, welche dazu bestimmt gewesen zu sein scheint, den Männern Arbeit zu sichern, nämlich daß „niemand irgend eine Frau arbeiten lassen soll, es sei denn sein angetrautes Weib oder seine Tochter“⁹⁰.

Aus dem, was wir über die ähnlich eingerichteten kaufmännischen Gilden, wie auch über die späteren Gepflogen-

heiten der Zünfte und die Bräuche verwandter Körperschaften auf dem Festlande wissen, geht mit Sicherheit hervor, daß es in jeder Handwerkerzunft außer den Regeln für Herstellung der Waren Vorschriften gab, die sich auf gegenseitige Unterstützung in schwierigen Lebenslagen, auf Versammlungen, Festlichkeiten und gemeinsamen Gottesdienst bezogen. Doch sind die Urkunden, welche einiges Licht auf diesen Gegenstand werfen könnten, bis jetzt noch nicht veröffentlicht. Die in den Archiven der städtischen Körperschaft von London bewahrten Gewerbestatuten handeln fast ausschließlich von der Schlichtung von Streitigkeiten; und das ist leicht erklärlich, denn lediglich die bei Überwachung des Gewerbes entwickelte Wirksamkeit der Gilden war es, die der Oberaufsicht der Behörden unterstand; mit den inneren Angelegenheiten der Gilden als Unterstützungsvereine hatte die städtische Verwaltung nichts zu schaffen. Zum Glück ist eine in den Archiven vorhandene, die Gerber und Lederbereiter betreffende Sammlung von Verordnungen aus dem Jahre 1346 etwas ausführlicher⁹¹; und aus diesen Verordnungen läßt sich auf das Vorhandensein ähnlicher Einrichtungen bei anderen Zünften schließen. Die beiden Gewerbe (die der Gerber und Lederbereiter) haben eine gemeinsame Kasse für ihre Beiträge; aus dieser werden jedem Angehörigen des Gewerbes, sobald er alt, verarmt oder arbeitsunfähig ist, wöchentlich 7 Pence gezahlt; ebenso der Witwe eines armen Mitgliedes, so lange sie nicht wieder heiratet. „Sollte aus besagter Zunft einer aus dem Leben scheiden und nichts hinterlassen, wovon man ihn begrabe, so soll man ihn auf Kosten der gemeinsamen Kasse bestatten; und wenn jemand von besagtem Gewerbe mit dem Tode abgeht, so sollen alle, so besagtem Gewerbe angehören, der Seelenmesse beiwohnen und am folgenden Tage Mefopfer darbringen.“ Einige Zünfte hatten, wie wir später sehen werden, ihre eigenen Kapellen im Haupt- oder Nebenschiff der Pfarrkirchen und hielten von Zeit zu Zeit feierliche Gottesdienste ab. Die Weißgerber können nur eine Wachskerze daran wenden, „auf daß sie vor dem Bilde unserer lieben Frauen in der Allerheiligenkirche bei London Wall brenne“. Auch kommt ein Satz vor, welcher deutlich das Streben nach Förderung brüderlicher Gesinnung kennzeichnet; es ist eine Verordnung, nach der alle dem Handwerke Angehörigen einem Zunftbruder, der eine unter-

nommene Arbeit nicht vollenden kann, bei derselben helfen sollen, auf dafs besagte Arbeit nicht verloren sei“.

§ 11. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts erreichte das Gildewesen den Höhepunkt seiner Wirksamkeit. Während der beiden folgenden Jahrhunderte wurde diese Verfassungsform des Handwerks von einem Gewerbe nach dem anderen angenommen, wie solche gerade in jeder Stadt entstanden. Doch schon damals werden Spuren des Verfalls sichtbar, neue Schwierigkeiten zeigen sich, und in dem einen bedeutenden Industriezweige, welchen England besafs, führte die Zunahme fremder Nachfrage zum gänzlichen Zusammenbruch der Gilde⁹². Behalten wir indes die Prüfung dieser Umgestaltung einem späteren Kapitel vor, und betrachten wir zunächst die wirtschaftlichen Eigentümlichkeiten des Zunftwesens, so lange sich dasselbe noch unverseht erhielt.

I. Es unterschied sich von dem früheren „Familienbetrieb“ des Gewerbes insofern, als das Gewerbe zu dem Zweck betrieben wurde, um die Bedürfnisse ausserhalb des Haushaltes stehender Leute zu befriedigen. Es gab einen Markt, insofern es eine Anzahl von Käufern gab, und daher kann im Hause Hergestelltes nunmehr als Ware bezeichnet werden, was vorher nicht der Fall war. Es gab ferner — um moderne technische Ausdrücke zu gebrauchen — sowohl Tauschwerte als Gebrauchswerte. Aber der Markt war ein eng begrenzter, in den meisten Fällen beschränkte er sich auf Leute einer Stadt oder eines Landstriches. England, als Ganzes betrachtet, besafs damals sozusagen eine Reihe von Ortsmärkten, im Gegensatz zu dem einen grossen Markte, wie ihn die heutigen Verhältnisse mit sich bringen. Heute z. B. wird der Preis des Kornes durch die Nachfrage ganz Englands oder vielmehr eines noch gröfseren Gebietes bestimmt; dazumal wird er sich, falls das Gesetz nicht eingriff, der Nachfrage eines verhältnismäfsig kleinen Bezirks angepasst haben. Diese örtliche Beschränkung der Nachfrage war es, was die Feststellung der Preise und die Vorschriften für die Herstellungsweise der Ware im Gegensatz zu heute so bedeutend erleichterte⁹³. Dieselbe Beschränkung des Marktes und der Umstand, dafs die meisten der gesuchten Waren einem notwendigen Bedürfnis und nicht der Mode Rechnung trugen, machten den Begehr

zu einem stetigen; keine der socialen Schwierigkeiten, wie sie heute durch die schnellen und unberechenbaren Schwankungen der Nachfrage verursacht werden, waren bis dahin fühlbar geworden.

II. Das Kapital spielt eine sehr geringe Rolle. Um sich als Handwerksmeister niederzulassen, war nichts weiter nötig, als ein Haus zu mieten und die notwendigen Werkzeuge zu kaufen; in vielen Fällen mußte der Betreffende noch außerdem etwas Geld besitzen, um sich Arbeitsmaterial anzuschaffen. Doch waren Geschicklichkeit und gute Verbindung, die Fähigkeit, preiswerte Waren zu liefern, und die stete Nachfrage einer kleinen Anzahl von Kunden von weit größerer Bedeutung. Diese Grundbedingung technischer Geschicklichkeit ist durch die moderne Maschinenarbeit weit in den Hintergrund gedrängt worden.

III. Bis dahin gab es noch keine bedeutende Klasse von Lohnarbeitern, keine Arbeiter im modernen Sinne des Wortes. Unter Arbeitern verstehen wir eine Klasse von Leuten, aus deren Mitte allerdings Einzelne sich zu Meistern aufschwingen können, von denen die Mehrzahl jedoch nicht hoffen darf, jemals eine höhere Stellung zu erringen. Bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts aber waren die wenigen Arbeitsjahre als Knecht nur ein Durchgangsstadium für die ärmeren Leute, während die meisten sich wahrscheinlich unmittelbar nach beendeter Lehrzeit als Handwerksmeister niederließen. Deshalb gab es auch keinen Grund zu Reibungen zwischen Kapital und Arbeit, obwohl es an gelegentlichen Streitigkeiten zwischen Einzelnen nicht gefehlt haben wird. Der schwer arbeitende Geselle hoffte, in wenigen Jahren unabhängiger Meister werden zu können, und während seiner Gesellenzeit lag zwischen ihm und seinem Arbeitgeber keine gesellschaftliche Kluft. Sie arbeiteten in derselben Werkstatt nebeneinander, und der Geselle verdiente wahrscheinlich mindestens halb so viel, wie sein Meister.

IV. Wenn wir daher die Arbeiterklasse von heute mit der des 14. Jahrhunderts vergleichen, so kommen dabei nicht die Knechte, sondern die Handwerksmeister in Betracht. Der wichtigste uns in die Augen springende Gegensatz zwischen damals und jetzt besteht darin, daß der zünftige Handwerker im Mittelalter persönlich unabhängig

war, unabhängig in einem Sinne, in welchem der Arbeiter von heute es nicht ist.

Er hatte seine eigene Werkstatt, besaß seine eigenen Werkzeuge und arbeitete — abgesehen von den Beschränkungen bezüglich der nächtlichen und sonntäglichen Arbeit — zu welcher Tageszeit es ihm beliebte. In einigen Gewerben allerdings empfing er von den Kunden das Rohmaterial und gab ihnen nachher die fertige Ware zurück; in einigen wiederum war er mehr oder weniger von anderen Handwerkern abhängig, d. h. er empfing von diesen halbfertige Ware und lieferte selbige in weiter verarbeitetem Zustande wieder ab. In vielen Industriezweigen jedoch kaufte der Handwerker das ihm nötige Material selbst und vertrieb die Ware an die sich einstellenden Kunden, d. h. er verband den Beruf des Fabrikanten mit dem des Kaufmanns⁹⁴. Die Klasse der Ladenbesitzer fing eben erst an, in Erscheinung zu treten.

V. Wir haben gesehen, daß die Gilden nicht unabhängig, sondern der Aufsicht der städtischen und Staatsbehörden unterworfen waren. Diese Beaufsichtigung bezweckte — ebenso wie die Gildesatzungen — in der Hauptsache nichts anderes, als die Güte der verfertigten Ware zu sichern. Der moderne Staat hat — die Prüfung gewisser Nahrungsmittel ausgenommen — einen derartigen Versuch aufgegeben. Es muß indes zugestanden werden, daß die Erfüllung einer solchen Aufgabe im Mittelalter leichter war. Die Bedürfnisse jener Zeit waren verhältnismäßig gering und wenig wechselnd, sie wurden von den Handwerkern der Nachbarschaft befriedigt, Konsument und Produzent standen in unmittelbarem Verkehr miteinander. Verordnungen, wie die vorerwähnten, nahmen nicht allein die Vorteile der Käufer, sondern auch diejenigen der Zunft wahr, welche durch den Betrug einzelner Mitglieder geschädigt worden wäre⁹⁵. Sie verschwanden erst, als die Produktion viel größer wurde, und die Befriedigung eines ausgedehnten und in seinen Bedürfnissen wechselnden Marktes erstrebte. Das „caveat emptor“⁹⁶ machte sich begreiflicherweise zuerst in der Tuchindustrie geltend. Eine Eingabe der Londoner Walker vom Jahre 1369 dringt auf die Bestimmung, daß diejenigen, welche Tuche mit offenkundigen Fehlern verkauften, gehalten sein sollten, dies auf eigene Gefahr zu thun⁹⁷.

VI. Die Beaufsichtigung der Vorgänge bei der Herstellung von Waren war ein Hauptbeweggrund für die centralen und lokalen Behörden, die Spaltung derselben Industrie in verschiedene Zweige zu ermutigen, ja sogar zu befördern. Ebenso wurde es Regel, daß jeder Handwerker sich seine Zunft wählte und darin verblieb. Eine Parlamentsakte vom Jahre 1363 bestimmt: „Die Meister und Leute vom Handwerk sollen ein jeder der Zunft, so er wählen mag, zwischen dieser Zeit und der nächsten Lichtmeß beitreten“; Übertretungen sollen mit halbjährigem Gefängnis und mit einer an den König zu zahlenden Buße bestraft werden⁹⁸. Hierauf folgen Sondervorschriften, in denen es unter anderem heißt: „Kein Färber oder Weber soll Tuche machen“, d. h. in das Handwerk der Tuchmacher eingreifen⁹⁹. Die Unterscheidung ist zuweilen spaßhaft genau: Bogener dürfen keine Pfeile machen — das soll den Pfeilmachern überlassen bleiben; Schuhmacher, d. h. Verarbeiter neuen Leders, dürfen alte Schuhe weder ausbessern, noch verkaufen, weil sie dadurch den Schuhflickern ins Gehege kommen; letzteren dagegen wird ausdrücklich gestattet, zum Besohlen alter Stiefel neues Leder zu verwenden¹⁰⁰.

VII. Die Mitglieder jeder Zunft lebten gewöhnlich in derselben StraÙe oder Nachbarschaft. In London z. B. wohnten die Sattler bei der Kirche S. Martin-le-Grand, deren Gottesdienst sie auch besuchten; die Sporer wohnten in Cripplegate, die Weber in Cannon-Street, die Schmiede in Smithfield, die Rierner in Bucklesbury¹⁰¹. So gab es in Bristol eine Tucker Street als Sitz der Walker, eine Corn Street, Knifsmith Street (Messerschmied-StraÙe), Butcher Row (Fleischer-Gasse), Cooks Row (Koch-Gasse) und ähnliche¹⁰². Eine derartige Gruppierung muß den Gemeinsinn in jeder Zunft bedeutend gehoben und die Überwachung verhältnismäßig leicht gemacht haben.

Der Handwerksbetrieb des ganzen Landes war zum größten Teil auf das Zunftwesen begründet, sodaß die Bezeichnung Zunft- oder Gildewesen anstandslos auf die gesamte Organisation der Industrie angewandt werden kann. In einigen Beschäftigungsarten und in einzelnen Landstrichen konnte zwar die Nachfrage niemals eine so bedeutende sein, um eine Genossenschaft von Leuten desselben Handwerks ins Leben zu rufen, die zur Bildung einer Gilde oder Zunft

hingereicht hätte; der Begehr nach diesem oder jenem Verkaufsartikel genügte eben nur, um einzelne Leute zu veranlassen, sich einem besonderen Arbeitszweige zu widmen. So hatten die meisten Dörfer einen Schmied, aber nur in ganz großen Städten gab es eine Schmiedezunft. Vereinzelte Weber und Walker werden sich wahrscheinlich über das ganze Land zerstreut gefunden haben. In solchen Fällen genoß nun der einzelne Handwerker weder Schutz noch Aufsicht seitens einer Gilde; die wesentlichen Eigentümlichkeiten seiner Stellung waren doch dieselben, wie die der Gildemitglieder. Sein Kapital war äußerst gering, er stand mit seinen Kunden in unmittelbarer Verbindung, und zwischen ihm und den ein oder zwei Knechten oder Lehrlingen, die er beschäftigte, gab es keine gesellschaftlichen Unterschiede¹⁰³.

§ 12. Binnenhandel. Unter Bedingungen, wie den oben zur Anschauung gebrachten, muß sowohl der einheimische wie der auswärtige Handel im wirtschaftlichen Leben des damaligen Englands eine weit geringere Rolle gespielt haben, als in dem England von heute. Der Handel, soweit von solchem die Rede sein kann, wurde durch das strenge Regiment der Plantagenets geregelt, nach Grundsätzen, die sich aus den damaligen Verhältnissen leicht erklären lassen. Wurden die Handelsleute nicht an bestimmten Mittelpunkten zu bestimmten Zeiten vereinigt, so war es unmöglich, sie zu schützen oder ihr Verhalten beim Handel zu Nutz und Frommen der Käufer zu überwachen, oder andererseits jene Zahlungen von ihnen zu erlangen, die einen beträchtlichen Teil des königlichen Einkommens bildeten. Daher ging das Streben der Regierung dahin, dem gesamten Verkehr bestimmte Bahnen vorzuschreiben, denen er zu folgen gezwungen werden konnte.

Die Wege waren schlecht, obgleich wahrscheinlich nicht so schlecht, wie sie es im 17. Jahrhundert wurden; die hauptsächlichsten Landstraßen rührten noch von den Römern her, und wurden im Verlaufe der Zeit eher schlechter als besser. Vor dem Statut 2 und 3 Philip und Mary war kein auf die Ausbesserung der Wege bezügliches Gesetz erlassen worden¹⁰⁴. Das Statut von Winchester aus dem Jahre 1285 bestimmte, daß Büsche und Unterholz, aber keine Eichen und großen Bäume, in einer Entfernung von

200 Fufs an jeder Seite einer von einem Marktflecken zu einem anderen führenden Landstrafse abgeholzt werden sollten; doch geschah dies lediglich, um die Wegelagerer zu hindern, sich dort auf die Lauer zu legen und Reisende zu schädigen¹⁰⁵. Die Verpflichtung des Wegebesserns lag, nach gemeinem Recht, den Gemeinden ob, abgesehen von solchen Fällen, in denen diese Pflicht auf einem Grundstück lastete, durch welches oder an welchem vorbei der Weg führte. Bei Vernachlässigung der erforderlichen Ausbesserung konnte zur Klage geschritten werden¹⁰⁶, und die Zerstörung von Brücken und Wegen gehörte zu den Angelegenheiten, denen die sheriffs bei Prüfung der Freibriefe nachzuforschen hatten. Überdies hatten die Großgrundbesitzer, deren Güter über viele Grafschaften zerstreut lagen, ein besonderes Interesse an der Instandhaltung der Wege; ein Interesse, das infolge des größeren Zusammenlegens der Güter in den nächsten Jahrhunderten allerdings beträchtlich nachliefs. Dennoch waren die Verkehrsstraßen zuweilen fast ungangbar. In London kam im Jahre 1356 ein Plan zur Durchführung, demzufolge für jedes Fuhrwerk und jedes Lastpferd, das durch die Thore der Stadt aus- oder einging, Zoll erhoben wurde. Hiervon ausgenommen waren seltsamerweise die Wagen von großen Herren und solchen Leuten, welche Lebensmittel zum Verbrauch im eigenen Hause einführten. Die eingenommenen Zölle wurden zur Ausbesserung der unmittelbar vor den Thoren der Stadt befindlichen Wege verwandt¹⁰⁷.

Die Instandhaltung der Brücken ward für besonders wichtig gehalten und in gewissem Sinne als eine religiöse Pflicht angesehen. Sehr häufig wurden dieselben der Obhut eines Brückenwarts unterstellt, welcher zur Erhebung des Zolles ermächtigt war. So war die Hütung der Rochester Brücke — auf der Hauptstrafse zu den nach Frankreich und den Niederlanden führenden Häfen — einer Anzahl von Aufsehern und deren Gehülfen anvertraut. Diese bildeten eine gildenähnliche Genossenschaft, und verwalteten zur Ausbesserung der Brücke die Einkünfte aus freien und zinspflichtigen Ländereien¹⁰⁸. Das Recht, den Brückenzoll zu erheben, kam jedoch häufig in die Hände von Leuten, die ihre Pflicht vernachlässigten und, falls eine Brücke nicht der Obhut ganz bestimmter Personen über-

geben war, hielt es oft schwer, festzustellen, wer von den benachbarten Grundbesitzern die Verantwortlichkeit für Instandhaltung der Brücke trug. Noch schwieriger war es, den Betreffenden zur Zahlung zu bewegen¹⁰⁹. Schenken gab es in Menge; der Vorsteher von Merton College und zwei Fellows, welche im Jahre 1332 in Geschäften nach Northumberland und wieder zurück reisten, nächtigten fast regelmäßig in den am Wege liegenden Wirtshäusern¹¹⁰. Allem Anscheine nach wurden nur die ganz Armen und die sehr Mächtigen in Klöstern aufgenommen, die einen aus Mitleid, die anderen aus Furcht¹¹¹.

Jede Stadt hatte einen Markt und feste Markttage. Auf dem Markte wurde, wie auch heute, der Überschufs an Produkten ländlicher Bezirke an die Stadtleute, die Erzeugnisse der städtischen Handwerker dagegen an das Landvolk verkauft. Der Besitz einer Marktgerechtsame konnte nur auf Grund königlicher Verleihung oder als auf uraltem Brauch beruhend beansprucht werden; und da dieser Besitz ein wertvolles Recht darstellte, und die Errichtung eines neuen Marktes in der Nachbarschaft, durch Einschränkung des Handels der schon vorhandenen Märkte, den Gewinn der letzteren oder vielmehr ihrer Besitzherren schmälerte, so herrschte unter den Nebenbuhlern stets grofse Mißgunst, eine Mißgunst, welche häufig die Veranlassung zu Rechtskämpfen wurde. So erklärten unter der Regierung Heinrichs II. die Bewohner von Oxford und Wallingford, dafs in alten Zeiten auf den Märkten zu Abingdon nichts als Brot und Bier verkauft, oder doch wenigstens nichts in Booten oder auf Wagen dort hingebracht worden sei. Der König jedoch stand auf seiten des Klosters (von Abingdon) und gab Erlaubnis, dort „einen vollständigen Markt“ abzuhalten. Die Ware sollte aber nur in des Abtes Booten zugeführt werden¹¹². Bracton stellt den Grundsatz auf, dafs ein Markt niemals näher als sechs und zwei Drittel Meilen von einem schon bestehenden angelegt werden sollte¹¹³; doch ist nicht anzunehmen, dafs eine solche Regel immer streng befolgt wurde. Für den an jedem Mittwoch und Sonnabend zu Oxford abgehaltenen Markt wurde im Jahre 1319 durch die Universität die Marktordnung festgestellt. Die Verkaufsartikel bestanden in Heu, Stroh, Brennholz, Bauholz, Schweinen, Bier, Kohle, Wurzelgewächsen, Leder, Handschuhen, Pelzen, Leinwand, Tuch, Korn und Erzeug-

nissen der Milchwirtschaft. Für jeden einzelnen Verkaufsartikel war in der Hochstrasse und dem Kornmarkt ein besonderer Platz bestimmt¹¹⁴. Schweine z. B. sollten zwischen dem Marienkirchkollegium und Allerheiligenkollegium zum Kauf ausgestellt werden; das in unseren Städten jetzt übliche Abtrennen eines abseits der Hauptstraßen gelegenen Grundstückes zur Abhaltung eines Viehmarktes danken wir der Verfeinerung eines späteren Jahrhunderts.

Um ausländische Waren oder Erzeugnisse entfernt liegender Gegenden zu kaufen, mußten die Leute bis zu den großen Messen warten, deren Spuren jetzt allenthalben mehr und mehr verschwinden. Die Messen nahmen gewöhnlich an einem Heiligen-Tage ihren Anfang: ein Umstand, der darauf hinweist, daß sie ihr Entstehen dem an großen Festen üblichen Zusammenströmen des Volkes zu besonderen Heiligtümern verdanken. Die bei solchen Gelegenheiten auf den Kirchhöfen herrschende Ausschweifung bot auf früheren Kirchenversammlungen häufig Grund zu Verdammungssprüchen. Als besonders geeigneter Tag für den Mefsbeginn erwies sich der 1. September, das Fest von St. Giles, denn um diese Zeit konnten Vorräte für den Winter eingekauft werden; der Platz um die stets außerhalb der Stadt gelegene Kapelle des heiligen Einsiedlers bot einen geeigneten Sammelpunkt für das Mefsvolk. Die bedeutendsten Mefsplätze waren: Boston, mit seinem Handel nach Ost-Angeln und weiter nach Flandern¹¹⁵; ferner Stourbridge bei Cambridge, welches sich im 14. Jahrhundert allem Anscheine nach des Bostoner Handels zu versichern wußte und lange der wichtigste Mittelpunkt des englischen Handels blieb; endlich Winchester mit seinem Handel nach den südlichen Grafschaften und nach Frankreich. Die Messe an letzterem Orte geriet im 15. Jahrhundert in Verfall, so daß wir an dieser Stelle näher auf sie eingehen müssen¹¹⁶.

Wilhelm II. gestattete dem Bischof von Winchester, auf dem östlichen Hügel außerhalb der Stadt eine dreitägige Messe abzuhalten. Die unmittelbaren Nachfolger des Königs bewilligten ihr eine längere Dauer, bis sie endlich durch einen Freibrief Heinrichs II. auf 16 Tage ausgedehnt wurde, vom 31. August bis zum 15. September. Am Morgen des 31. August riefen die „Justiciare des bischöflichen Zeltes“ von der Spitze des Hügels die Messe als eröffnet

aus; darauf ritten sie durch die Stadt, empfingen die Schlüssel der Thore, belegten die Wage auf dem städtischen Wollmarkt mit Beschlag, auf daß sie während der Messe nicht benutzt würde, und ritten, mit dem Bürgermeister und den bailiffs in ihrem Gefolge, nach dem großen Zelt oder Pavillon auf dem Hügel zurück. Hier ernannten sie einen besonderen Bürgermeister, einen bailiff und einen Gerichtsbeamten, um die Stadt während der Mefszeit in des Bischofs Namen zu regieren. Der Hügel bedeckt sich bald mit Reihen hölzerner Buden; in einer standen die Kaufleute von Flandern, in einer zweiten die von Caën oder einer anderen normännischen Stadt, in einer dritten die Handelsleute von Bristol. Hier gab es eine Goldschmied-, dort eine Tuchmacherreihe. Um das Ganze zog sich ein hölzerner Zaun mit bewachtem Eingang: Vorsichtsmaßregeln, welche unternehmende Abenteurer nicht immer daran hinderten, sich der Zahlung von Zöllen zu entziehen, indem sie sich durch Untergrabung der Umfriedigung einen Weg in das Innere des Marktes bahnten. Zu Pferde und in voller Rüstung erschienen am ersten Tage vor des Bischofs Justiciarien auch alle jene bischöflichen Hintersassen, die durch ihr Lehen zum Kommen verpflichtet waren; unter ihnen hatten drei oder vier darüber zu wachen, daß die Urteile des Mefsgerichtes und die Anordnungen des bischöflichen Marschalls in gehöriger Weise zur Ausführung gelangten, auf der Messe sowohl als in Winchester und Southampton. Jeder Handelsverkehr in Winchester und innerhalb eines Umkreises von sieben Meilen wurde für die Mefszeit zwangsweise aufgehoben. An abseits liegenden Posten, auf Brücken und anderen Verkehrswegen waren Wachen aufgestellt, die darauf zu sehen hatten, daß den bischöflichen Rechten nicht Abbruch geschehe. In Southampton, welches außerhalb des Bannkreises lag, durften während der Messe nur Lebensmittel verkauft werden, und selbst die Handwerksleute aus Winchester mußten auf den Hügel übersiedeln und dort ihrem Gewerbe nachgehen¹¹⁷. Es gab eine Stufenfolge von Zöllen und Abgaben: alle während der ersten Woche aus London, Winchester oder Wallingford kommenden Kaufleute waren frei von Eingangszöllen; nach dieser Zeit kommende zahlten Zoll, ausgenommen die Mitglieder der Kaufmannsgilde von Winchester¹¹⁸. Für das Wägen eines Ballens Wolle wurden als „bischöf-

liche Wägegebühr“ 4 Pence bezahlt, außerdem vom Käufer und Verkäufer je 1 Pfennig für den Wägemeister; ähnlich verhielt es sich mit den Abgaben für andere Waren. Auf jeder Messe gab es ein Court of pie-powder (so genannt von den staubigen Füßen der Rechtsuchenden), ein besonderes Mefsgericht, auf welchem der Vertreter des Grundherrn über alle vorkommenden Streitigkeiten nach kaufmännischem Recht entschied, indem er zugleich die sonst geltende Gerichtsbarkeit der Stadt zeitweilig aufhob; in Winchester wurde dies Gericht „Pavilion Court“ (Zeltgericht) genannt. Hierher brachten die bischöflichen Diener alle Maße und Gewichte zur Prüfung; hier setzten die Richter eine Taxe oder ein bestimmtes Gewicht für Brot, Wein, Bier und andere Lebensmittel fest, und jeder Bäcker, dessen Brot sich nicht als vollwichtig erwies, wurde zum Pranger verurteilt; hier endlich wurden täglich unter Vorlegung und Vergleichung der eingekerbten Kerbhölzer von den Geschworenen Schuldstreitigkeiten zwischen den Kaufleuten geschlichtet¹¹⁹.

In ihren Hauptzügen der Messe von Winchester ähnlich, aber von geringerer Bedeutung, waren die Messen von S. Ives in Huntingdonshire, Stamford und S. Edmundsbury: alle, wie ersichtlich, im Südosten Englands. In Oxford wurde sieben Tage lang im Juli die S. Frideswide's-Messe abgehalten; während dieser Zeit lag das Regiment der Stadt in den Händen des Priors¹²⁰.

Um sich der Zahlung von Abgaben zu entziehen, versuchten die Kaufleute oft, ihren Aufenthalt über den gesetzlichen Schluß der Messe hinaus zu verlängern. Dies wurde im Jahre 1301 von einem Bischof von Winchester unter Strafe der Exkommunikation verboten. Die Grundherren der Mefsplätze selbst machten zuweilen den Versuch, ihre Messen ungehörig lange auszudehnen. Auf diese Weise wurden andere Grundherren geschädigt und die Absicht des Königs, den Handel in bestimmte Bahnen zu lenken, vereitelt. Infolge dessen verfügte im Jahre 1328 ein Statut von Northampton, daß die Dauer jeder Messe gleich bei ihrem Beginn öffentlich angekündigt werden solle. Liefs der Grundherr sie länger währen, als die in dem Freibrief vorgeschriebene Zeit, so ging er seiner Gerechtsame, nämlich der Berechtigung Zölle zu erheben, verlustig; und eine etwas spätere Verfügung legte den Kaufleuten, welche nach

Schluss der Messe Waren verkauften, eine Buße im doppelten Werte derselben auf. Hiervon erhielt der Angeber den vierten Teil ¹²¹.

§ 13. In der Geschichte des auswärtigen englischen Handels lassen sich im grofsen und ganzen drei Perioden unterscheiden. Heutzutage wendet sich unsere Aufmerksamkeit notgedrungen in erster Reihe dem Welthandel zu. Wir sind gewohnt, die Menge der von England nach allen anderen Ländern ausgeführten Ware mit der Menge der von allen anderen Ländern nach England eingeführten zu vergleichen. In einem früheren Zeitraume war es eher das Verhältnis zwischen der auf jedes einzelne Land entfallenden Ausfuhr zu der von jedem einzelnen Lande gemachten Einfuhr, welches die Aufmerksamkeit der Kaufleute und Staatsmänner in Anspruch nahm. Aber damals sowohl wie heute richtete man sein Augenmerk auf den Handel ganz Englands. In beiden Zeiträumen hat thatsächlich ein nationaler Handel stattgefunden. Indessen gab es eine noch frühere Periode — und mit dieser haben wir es jetzt zu thun —, in welcher von einem sogenannten internationalen Handel nicht die Rede sein konnte. Es bestand kaum mehr als ein Handel zwischen gewissen Städten, ein — wenn man so sagen will — interkommunaler oder intermunicipaler Handel.

Um uns den Gegensatz völlig klar zu machen, müssen wir versuchen, uns den Zustand der Gesellschaft im 12. und 13. Jahrhundert vor Augen zu führen. Moderne Städte umfassen so viele Gewerbe und Industriezweige, so viele Bevölkerungsklassen mit voneinander abweichenden Bedürfnissen (jede aber mit einem gewissen Einfluß auf die städtische Verwaltung), der Fabrikbetrieb aufserhalb des städtischen Weichbildes ist so umfangreich, der Handel von aufsen so bedeutend, die Aufsicht der die Interessen der anderen Städte und Bezirke vertretenden Centralbehörde so stetig und wirksam, dafs es heutzutage für die städtischen Behörden unmöglich sein würde, die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Bürger je nach den Sonderinteressen einer bestimmten Klasse zu regeln. In den englischen Städten des 12. und 13. Jahrhunderts jedoch war dies, wie wir gesehen haben, nicht allein möglich, sondern auch thatsächlich der Fall. In jeder Stadt hielt eine Anzahl von Einwohnern,

die eigentlichen „Bürger“, sowohl das Stadtreghment, als auch den Alleinbetrieb des Ein- und Ausfuhrhandels in Händen. Und was für England gilt, gilt auch wahrscheinlich für das ganze westliche Europa. Da aber England in industrieller und kommerzieller Beziehung weit hinter anderen Ländern zurück stand, so suchten fremde Kaufleute das Land auf und trieben zu einer Zeit, als noch wenige Engländer es wagten, das Meer zu durchkreuzen, dort einen bedeutenden Ein- und Ausfuhrhandel. Dieser Handel lag jedoch nicht in der Hand Einzelner; sondern in derselben Weise, wie die Kaufleute einer bestimmten Stadt, wenn sie einen entfernten Markt besuchen wollten, zusammenhielten und ihre Buden nebeneinander aufschlugen, ebenso thaten sich die aus einer fremden Stadt nach England kommenden Handelsleute zusammen und suchten sich gemeinsame Vorteile zu sichern.

Dieser Umstand steht in engem Zusammenhang mit dem Wesen der städtischen Verwaltung damaliger Zeit. Heutzutage gereicht es einem von Manchester nach einem fremden Lande reisenden Kaufmanne zu keinem besonderen Vorteil, wenn er sich lieber mit einem anderen Kaufmann aus Manchester, als mit einem aus Rochdale zusammenthut. Die von ihm zu zahlenden Zölle werden in jedem Falle dieselben sein, und in schwierigen Lagen wird er sich an den englischen Konsul zu wenden haben. Im 13. Jahrhundert jedoch bildeten die Kaufleute von Amiens während ihres Aufenthaltes in England immer noch einen Teil der regierenden „Bürgerschaft“ von Amiens. Sie wurden als die Vertreter der Interessen dieser Stadt angesehen; ihre Behandlung hing von besonderen mit Amiens geschlossenen Verträgen, von besonderen Zugeständnissen an diese Stadt ab, und in jeder aufsteigenden Schwierigkeit wandten sie sich an die städtischen Behörden von Amiens um Beistand.

Den flandrischen Städten sowohl, wie denen in Nord-Frankreich, Nord-Deutschland und am Rheine, gelang es, für die Mängel einer solchen Einrichtung wenigstens teilweise Abhülfe zu schaffen. Sie entschlossen sich nämlich, um des gemeinsamen Schutzes ihres Handels willen, zur Gründung eines Städtebundes, und so entstanden denn die beiden Hansen, die Londoner und die deutsche Hansa, von denen später die Rede sein wird. Doch darf man nicht annehmen, daß die Bestrebungen jener Städte auf die

Schöpfung eines nationalen Handels gerichtet waren oder auf die Wahrung französischer oder deutscher Interessen als solcher; die Städtebündnisse waren vielmehr Vereinigungen kaufmännischer Oligarchien verschiedener Städte zu wechselseitigem Vorteil, und die Entwicklung der Nationalitäten wurde durch sie eher gehindert, als befördert.

Wenn fremde Handelsleute nach einem englischen Hafen kamen, fanden sie sich einer städtischen Körperschaft gegenüber, ähnlich der, welcher sie in der Heimat angehörten. Sie waren keineswegs unwillkommen, denn sie führten Wolle, Felle und Leder, die von den städtischen Kaufleuten auf Messen oder Märkten eingekauften Rohprodukte des Landes aus, und feines flandrisches Tuch, Gascogner Wein und andere Waren, mit deren Einzelvertrieb die städtischen Kaufleute Vorteil gewinnen konnten, ein. Doch betrachtete man die Fremden mit beständigem Argwohn, damit es ihnen nicht etwa gelänge, den englischen Kaufleuten das Monopol des einheimischen Handels zu entreißen, was sie natürlich wieder und wieder versuchten. Daher finden wir sie denn einer Reihe strenger Verordnungen unterworfen, die von den städtischen Behörden aufgestellt waren, und deren Befolgung ihnen zur Pflicht gemacht wurde. Sie durften ihre Waren nur von Bürgern kaufen, nur an solche verkaufen, und zwar wiederum nur an Markttagen, d. h. in voller Öffentlichkeit; sie durften ferner keinen Einzelhandel treiben, mit ihren Waren nicht im Lande umherziehen und endlich, um ein Überschreiten der ihnen gesteckten Grenzen zu hindern, sich nicht länger als 40 Tage im Lande aufhalten.

So lagen die Dinge zur Zeit der Magna Carta. Zwei in der Carta enthaltene Verordnungen bestimmten, daß Kaufleute nach und von England sicheres Geleit haben und von übertriebenen Steuern befreit sein sollten. Doch war dies nur ein vages und unbestimmtes Versprechen, welches die Freiheit des Handels keineswegs sicher stellte. Fast ein volles Jahrhundert vermochten die englischen Bürger sich ihre ausschließlichen Rechte zu wahren, aber diese Rechte liefen den Interessen der Großgrundbesitzer zuwider¹²². Diese nämlich glaubten, daß sie durch unmittelbaren Verkehr mit den fremden Kaufleuten, d. h. mit Umgehung des englischen Mittelsmannes, für den Bodenertrag ihrer Güter höhere Preise erzielen und zugleich die aus

fremden Ländern kommenden Luxusartikel billiger einkaufen könnten. Der König selbst als der größte Grundbesitzer des Landes konnte nicht umhin, diese Ansichten zu teilen. Bei ihm trat noch als besonderer Beweggrund hinzu, daß er wohl wußte, die fremden Kaufleute würden bereit sein, höhere Steuern zu zahlen und so sein Einkommen um ein Beträchtliches zu vermehren, sobald ihnen nur Gelegenheit geboten würde, ihrerseits größeren Gewinn zu erzielen.

Bis zur Regierung Eduards I. wurde kein offener Versuch gemacht, das Bürgermonopol zu stürzen. Während der langen Regierung Heinrichs III. jedoch vollzog sich mit dem Anwachsen der Zahl fremder, besonders aus Süd-Frankreich und Italien kommender Kaufleute allmählich schon eine gewisse Lockerung der bisherigen Beschränkungen. Statt gezwungen zu sein, in den Häusern der Bürger zu wohnen, wurde den fremden Handelsleuten gestattet, eigene Lagerhäuser und eigenen Wohnsitz zu haben¹²³, und es ward allgemach üblich, daß der König ganzen Städten und nicht, wie zuvor, einzelnen Kaufleuten Handelslicenzen oder sicheres Geleit gewährte. Im Jahre 1237 setzten die Kaufleute von Amiens, Corbie und Nesle, d. h. von drei der bedeutendsten Städte der Londoner Hansa, eine Milderung der sie drückenden Maßregeln bei den Londoner Kaufleuten durch, und zwar gegen Zahlung von £ 100 „zur Herstellung einer Wasserleitung, die da Wasser brächte von der Quelle bei Tyburn“. Gleichzeitig mußten sie versprechen, dreimal im Jahre, nämlich auf den Messen von S. Ives, von Holland (d. i. S. Botolph in Boston) und von Winchester, 50 £ zu zahlen¹²⁴. Von nun an war es ihnen gestattet, ihre sämtlichen Waren — Wein und Korn ausgenommen — nach jedem Orte in England beliebig einzuführen und nach Gutdünken damit Handel zu treiben; von den in London selbst feilgebotenen Waren durften Waid, Knoblauch und Zwiebeln an Nichtbürger verkauft werden.

Der Streit zwischen Eduard I. und den Bürgern von London brachte das Heft in die Hand des Königs. Vierzehn Jahre hindurch (1285—1298) verfügte er über die Privilegien Londons und ließ die Stadt durch von ihm angestellte Kommissare regieren. Die natürliche Folge hiervon war, daß sowohl die heimischen Handwerker, wie die fremden Kaufleute, auf Kosten ihres gemeinsamen Feindes

(der Londoner „Bürgerschaft“) ihren Vorteil wahrnahmen. Zu eben dieser Zeit gelang es, wie wir gesehen haben, der Londoner Webergilde, sich ihre Vorrechte zu sichern, und die fremden Kaufleute wagten zum erstenmal, länger als 40 Tage in England zu bleiben. Die „Commons“ (d. h. die englische Kaufmannschaft) beklagten sich im Parlament, daß, „da doch früher fremde Kaufleute nicht länger als 40 Tage zu verweilen pflegten, während welcher sie an die Einheimischen, die von dem Nutzen (dem Einzelhandel) lebten, zu verkaufen gewohnt waren, jetzt die Fremden selbst jenen Vorteil davontrügen“¹²⁵. Sobald die Londoner ihre alten Machtbefugnisse der Selbstregierung wieder erlangten, erneuerten und verschärften sie die alten Einschränkungen. Doch im Jahre 1303 war Eduard zu dem großen Schlage gerüstet, den er längst vorbereitet hatte. In jenem Jahre nämlich gewährte er den fremden Kaufleuten die *Carta Mercatoria*^{125 a}, derzufolge gegen Zahlung neuer Steuern alle Beschränkungen bezüglich der Zeit, des Ortes, wie auch der Personen, an welche verkauft werden durfte, aufgehoben wurden; und obgleich die englischen Bürger noch fernerhin für den Einzelvertrieb der meisten Verkaufsgegenstände ihr Alleinrecht behalten sollten, wurde der Verkauf von Gewürzen und Schnittwaren — beides Artikel von wachsender Bedeutung — besonders den Fremden überlassen. Gleichzeitig wurden die städtischen Behörden mit schweren Strafen bedroht, falls sie sich weigerten, einem Fremden sein Recht widerfahren zu lassen; und es ward bestimmt, daß in Zukunft bei etwaigen Rechtshändeln zwischen Heimischen und Fremden die eine Hälfte der Jury aus Kaufleuten der Stadt bestehen sollte, aus welcher der betreffende Fremde kam.

Es ist unnötig, die Einzelheiten des sich durch die nächsten 50 Jahre hinziehenden Streites zu verfolgen. Im Jahre 1309 beklagte sich die Kaufmannschaft im Parlament, daß die neuen Steuern die eingeführten Waren verteuerten, worauf Eduard II., um zu sehen, ob dies wirklich der Fall sei, die Steuern für einige Zeit aufhob; doch schon im Jahre 1310 führte er sie wieder ein mit der Erklärung, daß die Preise nach Aufhebung der Steuer nicht gefallen seien. Die Streitigkeiten zwischen dem König und den Baronen zu ihrem Vorteil nützend, setzte die Bürgerschaft in ihren Verordnungen vom Jahre 1311 die Abschaffung

der neuen Steuern durch. Dies geschah hauptsächlich, um die alten Beschränkungen hinsichtlich der Dauer des Aufenthaltes u. s. w. wieder in Kraft treten zu lassen; denn die Bürger fußten darauf, daß, sobald die fremden Kaufleute aufhörten, die neuen Steuern zu zahlen, sie auch der neuen Freiheiten wieder verlustig gehen müßten. Nach Überwindung der Barone im Jahre 1322 setzte Eduard die fremden Kaufleute wieder in ihre früheren Rechte ein; dies hatte in London heftige Tumulte zur Folge, und die Häuser der florentinischen Bardi wurden geplündert. Die schwache Regierung in den ersten Jahren Eduards III. sah sich anfangs genötigt, den Städten ihre alten Vorrechte wieder einzuräumen; doch wurden selbige allmählich eines nach dem andern beiseite geschoben. Im Jahre 1335 ward es den fremden Kaufleuten aufs neue gestattet, nach Gefallen mit den Einheimischen Handel zu treiben; im Jahre 1343 erhielten sie Erlaubnis, länger als 40 Tage in England zu verweilen, unter der Bedingung jedoch, daß sie für diesen Fall die üblichen Steuern zahlten; im Jahre 1351 wurde ihnen das Recht zugesprochen, Einzelhandel zu treiben, und im Jahre 1353 wurden die ihnen im Jahre 1303 auferlegten Zuschlagssteuern durch eine Parlamentsakte bestätigt. Der Verfolg dieser Dinge muß einem späteren Kapitel überlassen bleiben.

Zum vollen Verständnis der Sache muß hier darauf hingewiesen werden, daß die Bürger den Kaufleuten anderer englischen Städte fast die gleiche Behandlung zu teil werden ließen, wie den Fremden. So stößen wir auf eine Klage der Kaufleute von Southampton, in der es heißt, es möge den von Winchester oder Salisbury nach ihrer Stadt kommenden Handelsleuten verboten werden, von anderen als von eingebornen Bürgern zu kaufen. Dasselbe Verlangen wurde bezüglich der Handelsleute von Ely und Cambridgeshire von den Bewohnern Lynns gestellt¹²⁶. Von anderen Beispielen desselben Strebens nach Wahrung des Alleinhandels ist schon bei Beschreibung der kaufmännischen Gilde die Rede gewesen. Das Wort Fremdling (*foreigner*) wird für sämtliche Nichtbürger, gleichviel ob Engländer oder Ausländer, angewandt, und es ist zuweilen nicht zu entscheiden, ob diese oder jene damit gemeint sind. Zweifellos machte sich stets eine gewisse Empfindung des nationalen Gegensatzes geltend; doch ist es klar, daß fremde

Kaufleute weniger als „Ausländer“ gehindert und überwacht wurden, als vielmehr darum, weil sie der Bürgerschaft der von ihnen besuchten Stadt nicht angehörten.

Der intermunicipale Charakter damaliger Handelsbeziehungen und die Thatsache, daß die städtischen Behörden alle aus anderen Städten kommenden Kaufleute, ob Engländer oder Ausländer, in gleicher Weise behandelten, wird durch den kürzlich veröffentlichten Calendar of Letters, d. h. Regesten über die Briefe des Bürgermeisters und der Stadtbehörde von London während der Jahre 1350—1370, veranschaulicht. Sie sind sämtlich an den Magistrat anderer Städte gerichtet und dringen fast alle auf Zahlung von angeblich den Londonern schuldigen Geldsummen. Die Briefe sind immer in denselben Ausdrücken abgefaßt: ob sie nun an „Mayor and Commonalty of the Town of Bristol“ (Bürgermeister und Rat der Stadt Bristol) oder an den „Chief-Executor of the Ordinance of Justice, the Priors of the Arts, and Gonfalonier, the People and Commonalty of the City of Florence“ (die Stadt- und Zunftvorsteher und das Volk von Florenz) gerichtet sind, ob nach Colchester, Yarmouth, Oxford oder nach Brügge, Gent oder Dendermonde. In jedem einzelnen Falle wird der Magistrat der betreffenden Stadt ersucht, darauf zu halten, daß jedem sein Recht geschehe, und zwar in derselben Art, wie die Stadt wünsche, daß es auch ihren Mitbürgern widerfahre¹²⁷; oder aber es wird dem Magistrate angedroht, daß man bei Nichtzahlung der Schuld an den nach London kommenden Angehörigen Vergeltung üben werde¹²⁸.

§ 14. Es bleibt jetzt nur noch übrig, von den Vereinigungen fremder Kaufleute zu reden, sowie von der Verfassung, welche die englische Kaufmannschaft in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts annahm. Von ersteren waren die Londoner und die deutsche Hansa bei weitem die wichtigsten. Flandern und Nord-Frankreich waren in gewerblicher Beziehung sowohl England, als dem übrigen nördlichen Europa, weit voraus, und die für ihr hervorragendstes Gewerbe — die Tuchmacherei — nötige Wolle war immer von England bezogen worden. Lange Zeit kamen die meisten der England besuchenden Handelsleute wahrscheinlich aus den Niederlanden, und wir finden aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts die Handel treibenden nieder-

ländischen Städte zu einem unter dem Namen „Londoner Hansa“ bekannten Bündnis zu gegenseitigem Schutz vereinigt¹²⁹. Doch hatten die Mitglieder dieses Bundes außer der Wahrung ihrer Handelsfreiheit noch andere Zwecke im Auge. Sie schlossen alle Handwerker der eigenen Stadt sowohl vom Einkauf des Rohmaterials, als vom Verkauf der fertigen Ware in England aufs unerbittlichste aus, und es finden sich viele Anzeichen dafür, daß die Teilnahme am Bunde den Einfluß der Bürger auf das Regiment ihrer Heimatstadt verstärkte. Die Londoner Hansa umfaßte zu einer Zeit 17 Städte, darunter alle wichtigeren Orte Flanderns, und zeitweilig selbst Chalons, Rheims, St. Quentin, Chambray, Amiens und Beauvois. Sie hielt sich bis zum 15. Jahrhundert, war aber schon lange vorher durch den wachsenden Reichtum und die Macht der deutschen Hansa in den Hintergrund gedrängt worden.

Die erste außerhalb der Niederlande gelegene deutsche Stadt, die zu kommerzieller Bedeutung gelangte, war Köln, welches in jeder Art von Gewerben, besonders in der Verfertigung von Tuchen, dem übrigen Deutschland weit vorausgeeilt war¹³⁰. Schon in einem Schutzbriefe vom Jahre 1157 finden wir der Kölner Hansa zu London Erwähnung gethan¹³¹. In einem bei seiner Rückkehr aus der österreichischen Gefangenschaft von Köln selbst datierten Erlaß Richards I. wurde den Kölnern die Erlaubnis erteilt, in ganz England Handel zu treiben, besonders auf den Messen; und die jährliche Zahlung von zwei Schillingen „für ihre Gilde-Halle in London“ wurde ihnen auf einige Zeit erlassen. Die Kaufleute aller anderen in England Handel treibenden deutschen Städte hielten es für vorteilhaft, sich der Kölner Hansa anzuschließen. Dieser Einrichtung stellten sich so lange keine Schwierigkeiten entgegen, als die anderen Städte mit bedeutenderer Handelsthätigkeit nur dem westlichen Deutschland angehörten. Aber schon zu Anfang des 13. Jahrhunderts begannen die Städte an der Ostsee, in erster Reihe Lübeck, mehr und mehr hervorzutreten, größtenteils dank dem Umstande, daß die Ostsee zu jener Zeit die einzige Heimat des Herings war. Die Bemühungen Kölns, die Ostseestädte von dem Handel mit England auszuschließen, waren erfolglos; Heinrich III. gewährte ihnen im Jahre 1238 sicheres Geleit, und im Jahre 1267 wurde ihnen die Bildung einer besonderen Hansa gestattet. Noch vor dem

Ende des 13. Jahrhunderts war Köln von Lübeck, welches durch sein Bündnis mit Hamburg die Herrschaft über den gesamten Ostseehandel erlangt hatte, in eine untergeordnete Stellung gedrängt, und die alte Kölner Hansa der unter Lübecks Führung stehenden deutschen Hansa einverleibt worden¹³².

Es liegt gegenwärtig nicht in unserer Absicht, darzutun, wie aus diesem Bündnis der Kaufleute in London und anderen Mittelpunkten des Handels, besonders in Brügge, Nowgorod und Bremen sich ein Bündnis der Städte entwickelte, denen jene Handelsleute entstammten: ein Bündnis, welchem der Kampf gegen Waldemar III. von Dänemark (1361—1370) den Charakter eines Staatenbundes verlieh. Wir haben es hier nur mit der Niederlassung der Kaufleute in London zu thun. Es liegt auf der Hand, daß die geschlossene Organisation der hanseatischen Kaufleute — die Leichtigkeit, mit welcher sie als Körperschaft handeln und behandelt werden konnten — ein Bedeutendes dazu beigetragen haben muß, den Zusammenbruch des Monopols der englischen Kaufleute im Binnenhandel herbeizuführen.

Es ist interessant zu sehen, wie jene Genossenschaft im „Stahlhof“ — ein Name, der schon frühzeitig ihrer in London an der Themse gelegenen Niederlassung gegeben wurde — die wesentlichen Eigentümlichkeiten einer sozusagen innerhalb einer Festung gelegenen kaufmännischen Gilde aufwies. Nur unverheiratete Männer durften dort wohnen. Sie aßen in einem gemeinsamen Saal, die Meister an einer erhöhten Tafel, die Lehrlinge tiefer sitzend; ihre Wohnungen, Warenhäuser, Werften und Gärten waren von einer starken Mauer umgeben, deren Thore zur Zeit des Abendläutens geschlossen wurden. Jeder Meister hatte sein eigenes Rüstzeug¹³³. Wie bei allen anderen Gilden lag die Geschäftsleitung der Körperschaft und die Verwaltung ihrer Gelder in den Händen eines Ältermannes, seiner Gehülfen und eines von den Mitgliedern des Stahlhofes gewählten Rates. Wie in anderen Gilden, stand es jedem Mitgliede frei, seine eigenen Interessen zu verfolgen; der Handel war persönlicher, nicht genossenschaftlicher Natur, eingeschränkt jedoch durch Rücksichten auf die Allgemeinheit.

Bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts lag die Ausfuhr englischer Waren — wie Wolle, Vliesen, Leder, Zinn und

Blei — fast ausschließlich in den Händen fremder Kaufleute. Um jene Zeit jedoch sehen wir sich eine Genossenschaft englischer Kaufleute bilden, die englische Waren nach fremden Märkten ausführen; und um jene Zeit tritt zum erstenmal eine unter dem Namen Stapel bekannte Organisation in Erscheinung. Der Stapel war in seiner ursprünglichen Bedeutung ein bestimmter Platz, nach welchem alle englischen Kaufleute ihre Wolle und andere Stapelgüter zum Verkauf zu bringen hatten. Hierdurch wurde der Zweck verfolgt, die Kaufleute möglichst nahe zusammenzuführen, um den Handel besser regeln und überwachen zu können, und besonders um die Erhebung von Zöllen zu erleichtern. Der Stapel war auf dem Interesse des Königs begründet und dankte diesem sein Entstehen; eine große Zahl der Kaufleute verhielt sich lange Zeit ablehnend ihm gegenüber. Wir müssen in der That zugeben, daß es hauptsächlich fiskalische Interessen waren, welche den mannigfachen Verfügungen zu Grunde lagen¹³⁴; und daß die Macht, den Stapel von einem Orte des Auslandes (Stadt oder Staat) nach einem andern zu verlegen, von den Herrschern als wertvolles Werkzeug staatsmännischer Kunst geschätzt wurde. Doch waren die mit dem auswärtigen Handel verbundenen Schwierigkeiten so groß, daß irgend eine derartige Einrichtung notwendig war zu einer Zeit, da die Engländer eben erst anfangen, sich an ausländische Handelsunternehmungen zu wagen, und noch nicht die Macht besaßen, welche Reichtum und Mitgliederzahl den hanseatischen und flämischen Kaufleuten verliehen. Noch im Jahre 1363 beklagten sich die Commons über Unbilden, welche den englischen Unterthanen in Ländern außerhalb der Gerichtsbarkeit des Königs widerfahren waren, und denen dieser daher nicht abhelfen konnte¹³⁵.

Ein Jahrhundert lang gab es keine feststehenden Bestimmungen bezüglich der Stadt, in welcher der Stapel errichtet werden sollte. Gewöhnlich befand sich derselbe in Flandern, und zwar fast immer in Brügge; doch wurde er aus politischen Gründen wieder und wieder nach Brabant verlegt, besonders nach Antwerpen. Während der Minderjährigkeit Eduards III. hoben die Minister, wahrscheinlich auf Drängen der englischen Kaufleute, eine Zeit lang alle Beschränkungen bezüglich des Stapelplatzes auf; nach wenigen Jahren jedoch erhielt der Stapel von neuem seine

Stätte in Flandern. Einige Jahre hindurch, von 1353 an, trug man sich mit dem Plan, etwa ein halbes Dutzend Stapelplätze in England zu errichten, und so fremde Kaufleute zu zwingen, zum Kauf nach England zu kommen: ein Plan, auf welchen auch Richard II. später noch einmal zurückgriff. Die Eroberung von Calais lieferte indes einen Platz, welcher den Vorzug, außer Landes und daher dem fremden Markte näher zu liegen, mit der Zugehörigkeit zu englischem Gebiete verband, und es machten sich einleuchtende politische Gründe zur Begünstigung dieser neuen Besetzung geltend. Nachdem daher der Stapel wieder und wieder auf kurze Zeit in Calais errichtet worden war, blieb er seit Mitte der Regierung Richards II. ständig dort. Wo immer aber er sich befinden mochte, die Führung der Geschäfte war überall die gleiche. In jeder Stapelstadt gab es Stapelmeister, gewöhnlich zwei an der Zahl, die anfänglich vom König ernannt und später von den Kaufleuten am Stapelplatze selbst gewählt wurden. Ferner gab es eine bestimmte Zahl von Älterleuten. Deren Pflicht bestand darin, die zwischen den Kaufleuten entstehenden Rechtshandel nach kaufmännischem Recht zum Austrag zu bringen; sie hatten die Preise festzusetzen, unter denen Wolle und andere Waren nicht verkauft werden durften, und endlich darauf zu sehen, daß die königlichen Steuern vorschriftsmäßig bezahlt wurden ¹³⁶.

Anmerkungen.

¹ 79 Städte, die sich als solche nachweisen lassen, sind in dem English Chronicle namhaft gemacht (siehe das Verzeichnis im Anhang C. zu Kemble, Saxons in England, Bd. II.), während im Domesday von 80 Burgflecken die Rede ist. Die relative Bedeutung der Städte Süd-Englands in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts kann im großen und ganzen nach der Zahl der ihnen durch das Gesetz König Athelstans (Schmid, Gesetze der Angelsachsen, 140) zugestandenen Münzmeister beurteilt werden. London besaß deren 8, Canterbury 7 (dank dem Umstande, daß der Erzbischof und der Abt das Recht hatten, ihrer zwei, bzw. einen zu ernennen); in Winchester gab es 6, in Rochester 3 (deren einer vom Bischof abhängig war); Lewes, Southampton, Wareham, Shaftesbury, Exeter hatten je 2; Hastings, Chichester, Dorchester je einen.

² Vergl. Pearson, Hist. of Engl., I, 381.

³ Die im Domesday angegebene Gesamtbevölkerung beläuft sich nach Ellis auf 283 242; doch finden sich beträchtliche Lücken, nicht sowohl bei den nördlichen Grafschaften, als bei London und Winchester und verschiedenen kleineren Orten, sowie in der Mitgliederzahl der Geistlichen innerhalb und außerhalb der Klöster. Nehmen wir an, es habe 300 000 Haushaltungen gegeben, und multiplizieren diese Summe mit 4, um die Zahl der Frauen und Kinder herauszubekommen, so würde sich die Gesamtbevölkerung auf 1 500 000 stellen. Mit dieser Schätzung greifen wir vielleicht zu hoch, denn noch gegen Ende der Regierung Eduards III. belief sich die Bevölkerung auf höchstens 2 500 000; Rogers, Six Centuries, 117–121. Die Zahl der im Domesday angeführten Burgenses beträgt 7968; zur Zeit des Bekenners hatte es deren jedoch 17 105 gegeben. Angenommen, es

wären bei der Zählung 8000 übergangen, so hätten wir es mit einer Gesamtsumme von 25 000 zu thun, welche Zahl verfünffacht 125 000 ergiebt. Es muß indes darauf hingewiesen werden, daß unter „burgenses“ nur Vollbürger zu verstehen sind; außer solchen fand sich wahrscheinlich in vielen Städten eine beträchtliche Anzahl von mehr oder weniger dienstbaren Einwohnern; so gab es in Norwich (Domesday, II, 116—118) 1320 „burgenses“; von diesen waren zur Zeit der Grundbuchaufstellung aber nur 665 „burgenses anglici“; etwa 32 „burgenses“ hatten sich nach benachbarten Dörfern gewandt, während andererseits ein neuer Burgfleck entstanden war, in dem es 36 französische und 6 englische „burgenses“ gab. Hierzu kommen 480 „bordarii qui propter pauperiem nullam reddunt consuetudinem“. Es geht aus Vorstehendem nicht klar hervor, ob dies so aufgefaßt werden muß, als hätte es immer eine Klasse von „bordarii“ gegeben, oder ob es sich um burgenses handelt, die ihrer Lehen verlustig gegangen sind. In ersterem Falle hätten die „bordarii“ ein Drittel der Bevölkerung gebildet, und wenn sich die Dinge anderwärts ähnlich verhielten, so hätten wir zu den oben erwähnten 125 000 noch etwa 41 000 hinzuzufügen, woraus sich für die Stadtbevölkerung in ihrer blühendsten Zeit vor der Eroberung eine Gesamtsumme von 166 000 ergeben würde.

⁴ Freeman, Norman Conquest, V, 233.

⁵ Ein vorbildliches Beispiel hierfür ist zu finden bei Freeman, Cathedral Church of Wells, 3, 143 und 184, Anm. 35.

⁶ Siehe Carlyle, Past and Present, Bch. II, Kap. V, über die Schwierigkeiten, auf welche der Kellermeister von S. Edmundsbury beim Einsammeln des *repselver* (der von den Dienstbauern für Ablösung der Erntedienste zu leistenden Zahlungen) stieß. Vergl. den Fall in Cambridge, wo „burgenses T. R. E. accommodabant vicecomiti carrucas suas ter in anno; modo novem vicibus exiguntur“; Domesday, I, 189; und in Leicester, wo gewisse ursprünglich an Stelle des Mähens geleistete Zahlungen gegen Ende des 12. Jahrhunderts von dem Earl erlassen wurden. Thompson, Leicester, 51.

⁷ Vergl. Turner, Anglo-Saxons, III, 114.

⁸ Green, Conquest of England, 440—452.

⁹ Aelfric's Colloquy (ungefähr aus dem Jahre 1000) bei Thorpe, *Analecta Anglo-Saxonica* (1868). Hier finden sich treffliche Belege dafür, daß der Handel als unabhängige Beschäftigung sich zuerst im Dienste des Luxus entwickelte; vergl. Lexis in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, 1021.

¹⁰ Die Bezeichnung *ceapman* kommt nur dreimal vor; Schmid, Gesetze der Angelsachsen, Glossar.

¹¹ Siehe Freeman, *Norman Conquest*, V, 806.

¹² Siehe Pearson, 381.

¹³ Grofs, *Gilda Mercatoria*, 35. Die an die Städte gerichteten Freibriefe enthalten gewöhnlich irgend eine Bedingung, wie: „Et quod nullus qui non sit de gilda illa mercandisam aliquam faciat in predicta urbe, vel in suburbio, nisi de voluntate eorundem civium“. Der Freibrief Heinrichs II. für die Stadt Oxford lautet wie folgt: „Sciatis me concessisse . . . civibus meis in Oxenforde omnes libertates . . . quas habuerunt tempore regis Henrici avi mei, nominatim gildam suam mercatoriam . . . ita quod aliquis qui non sit de gildahalla aliquam mercaturam non faciet in civitate vel in suburbiis“; Stubbs, *Select Charters*, 167.

¹⁴ Ebenda, 53. In Stamford wurde einem Gildebruder, der sich weigerte, einen anderen an einem Handel teilnehmen zu lassen, folgende Buße auferlegt: „Er soll das ganze Jahr über weder kaufen, noch verkaufen, ausgenommen Lebensmittel“.

¹⁵ Ebenda. Selbst in der kleinen Stadt S. Edmundsbury forderten die Mitglieder der kaufmännischen Gilde von allen auf dem Markte verkaufenden Nichtmitgliedern Zoll; Chron. Jocelin de Brakelond, 74; siehe auch Anm. 26.

¹⁶ Thompson, *Hist. of Leicester*, 30.

¹⁷ „Es läßt sich nach germanischen Ideen keine Genossenschaft ohne genossenschaftliche Gerichtsbarkeit denken“; Maurer, *Gesch. der Städteverfassung*, II, 389.

¹⁸ Die üblichen Ausdrücke sind: *morwenspeach*, *morgespreche*, *moroghspeche*, *marwinspeche*, *morrowspeche*. Es ist nicht ganz klar, ob diese Ausdrücke als *morning-speech* oder als *morrow-speech* aufzufassen sind, d. h. als Zusammenkünfte am Morgen von Festtagen selbst, oder am Morgen nach den Festtagen. Erstere Auslegung wird wahrscheinlicher durch Vergleich mit anderen heute landläufigeren Bezeichnungen, wie „Kapiteltage“, und durch den Gebrauch des Wortes *maneloquium* in den Urkunden der Stadt Andover. Grofs, *Gild Merchant*, II, 10. Die gewöhnliche Bezeichnung in Deutschland war Morgensprache; Maurer, III, 382.

¹⁹ Stubbs, *Const. Hist.*, I, 469; Kemble, *Saxons*, I, 511.

²⁰ Die „*cnicthen on Cantwareberig of ceapmannegilde*“ erscheinen zur Zeit des Erzbischofs Anselmus (1093—1109); Grofs, 32 Anm. 1.

²¹ Grofs, 37 u. fg.

²² Dies entnehmen wir der wohlbekannten Stelle aus Glanvill, nach der ein Bauer, der ein Jahr und einen Tag in einer Stadt verblieb, unter gewissen Bedingungen frei wurde. Doch achte man

darauf, daß dies nach Glanvill nur dann der Fall war, wenn der Bauer in den vollen Besitz des Bürgerrechts gelangte; und wir werden später sehen, daß es in den meisten Städten eine beträchtliche Anzahl von Leuten gab, die nicht Bürger waren: „Si quis natus quiete per unum annum et unum diem in aliqua villa privilegiata manserit, ita quod in eorum communam, scilicet gildam, tanquam civis receptus fuerit, eo ipso a villenagio liberabitur“; *Select Charters*, 162. Nach einem der städtischen Freibriefe ist die Erlangung des Bürgerrechtes überdies durch innerhalb der Stadt gelegenen Grundbesitz bedingt: „Si aliquis natus alicujus in civitate manserit, et terram in ea tenuerit et fuerit in gilda et hansa et scot et lot cum eisdem civibus nostris per unum annum et unum diem, deinceps non possit repeti a domino suo, sed in eadem civitate liber permaneat“; *Grofs*, 35.

²³ *Grofs*, *Gilda Mercatoria*, 46, 47. *Thompson*, *Leicester*, 30 u. fg.

²⁴ Nämlich um das Jahr 1260; *Report. Hist. M.S.S. Commission*, III (1872), 342.

²⁵ So findet sich unter den namentlich angeführten Gildemitgliedern zu Leicester ein Schreiner, ein Hufschmied, ein Müller und ein Bäcker; *Thompson*, 54.

²⁶ Für alle diese Angaben finden sich Belege in den Gilderollen von Totnes, Leicester und Southampton (*Davies*, *Hist.*, 140 u. fg.). Man beachte besonders die Eintragung in der Gilderolle der Stadt Totnes: „Es sei daran erinnert, daß Rob. Fino durch Lucy sein Ehe-
weib in die Rolle eingetragen wurde, auf solange, als besagte Lucy am Leben bleiben würde; sollte er sie aber überleben, so soll ihm gestattet sein, seinen Sitz in der Gilde zu behalten, bis zu der Zeit, wo er etwa wieder heirate, und nicht länger“. Andererseits beschränken die Verordnungen von Southampton, §§ 9, 10, das durch Erbschaft erworbene Recht an einen „Sitz“ auf einen älteren Sohn oder einen das Erbe seines Onkels antretenden Neffen: ein jüngerer Sohn muß zehn Schillinge bezahlen, und ein Mann kann weder durch sein Weib, noch durch Kauf oder Schenkung seitens eines Mitgliedes einen „Sitz“ erlangen. Es ist einleuchtend, daß es selbst in einem bedeutenden Hafenplatze einer kleinen Anzahl von Kaufleuten leicht gelang, die Leitung der Gilde an sich zu bringen und einer beschränkten Anzahl von Familien das ausschließliche Recht der Mitgliedschaft zu sichern.

²⁷ So finden wir in der Gilderolle von Leicester aus dem Jahre 1198 nach den Namen einiger neuen Mitglieder den Vermerk: „Et habet sedem patris“; *Thompson*, *Leicester*, 53. In einer Gilderolle

der Stadt Totnes lesen wir die Eintragung: „Robert Fela hat seinen Sitz unter dem des Jordan de la Stocke, als Schenkung des besagten Jordan, das fordele (Eintrittsgeld) bezahlt;“ darüber findet sich der Vermerk: „Schied aus, gab sein Bürgerrecht der Gemeinde zurück und zahlt jetzt Zoll.“

²⁸ Southampton, § 6 bei Davies, Hist. Southampton, 140. Daher der seltsame Ausdruck: „Bevre (= boire) gilde merkande“; Grofs, 49.

²⁹ So wurden der Abt und das Kloster Buckfastleigh im Jahre 1236 in die Gilde zu Totnes aufgenommen. Vergl. Ipswich bei Grofs, 57.

³⁰ Siehe die zweite Anführung in Anm. 22. In einer Steuerrolle des Königs Johann heisst es von David, dem Färber aus Carlisle: er bezahlt eine Mark, auf dafs sein in Carlisle gelegenes Grundstück ein Bürgerlehen werde, „et quod ipse habeat easdem Libertates quas alii Burgenses de Kaerleolo“; Madox, Exchequer, 278. Wir kommen zu der Annahme, dafs die Mitgliedschaft durch Grundbesitz bedingt war, selbst da, wo die Freibriefe das Gegenteil anzudeuten scheinen. So heisst es in einem Freibrief Heinrichs II. für die Stadt Lincoln: wenn ein Mann ein Jahr und einen Tag in Lincoln gewohnt hat, ohne von seinem Herrn zurückgefordert zu sein, „et dederit consuetudines“, so soll er dort in Frieden verbleiben, „sicut civis meus“; Select Charters, 166. Als jedoch unter der Regierung Johanns die Walker und Färber Lincolns sich beklagten, dafs ihnen von den Älterleuten und Vögten ihr Tuch genommen sei, und das Recht beanspruchten, als freie Bürger Lincolns nach Belieben zu färben, da erklärten die Älterleute und Vögte, dafs die Handwerker „non habent legem vel communiam cum liberis civibus“; Placitorum Abbreviatio (herausgeg. 1811), 65; Ashley, English Woollen Industry, 23. Vergl. hinsichtlich Schottlands: Leg. Burg. Scot. bei Brady, Historical Treatise of Cities and Burghs, 18; und mit Bezug auf Flandern, Vanderkindere, Le Siècle des Artevelde, 63.

³¹ Z. B. Thompson, Leicester, 51. Die Aufzucht von Schweinen und Ochsen scheint sich in London bis weit in das 13. Jahrhundert hinein erhalten zu haben: Liber Albus, XLI—XLII.

³² Siehe Berwick Statutes, § 20; English Gilds, 342.

³³ Grofs, 55.

³⁴ Ashley, English Woollen Industry, 19—24.

³⁵ So findet sich in einem Freibrief Heinrichs II. für die Stadt Chichester die Bestimmung: „Nullus in civitate Cicestr' vendat pannos per detaillum nisi sit de gilda mercatoria“; Grofs, 54. Unter den

„Bräuchen“ (customs) von Newcastle (aus der Zeit Heinrichs I.) gab es einen, nach welchem nur ein Bürger Tuch kaufen, appretieren oder zum Färben zerschneiden durfte; *Select Charters*, 112.

³⁶ 1261. Thompson, 89.

³⁷ Davies, *Southampton*, 140, § 11. Hinsichtlich der Stadt Berwick siehe Houard, *Coutumes Anglo-normandes*, II, 471, § 12.

³⁸ Davies, § 24; *English Gilds*, 345, § 37.

³⁹ Davies, § 21; Thompson, 78, 79.

⁴⁰ Dies wird besonders veranschaulicht durch die bei Thompson erörterten Urkunden. Ein gewisser Roger Alditch machte der Gilde besonders viel zu schaffen. Er wurde ausgestoßen, weil er minderwertiges rotes Tuch einem Stück guter Ware beigelegt hatte, sowie wegen zwei anderer früherer Vergehen; nach einem Jahr und einem Tage wurde er gegen Zahlung einer Buße und gegen Bürgschaft wieder aufgenommen; einige Zeit darauf geriet er wiederum in Mißthelligkeit, diesmal wegen Zusendung schlechteren Tuches, als des bei Abschluß des Handels dem Käufer vorgelegten, pp. 68, 77, 81. Bei einer Gelegenheit wurden der Bürgermeister und etliche Gildebrüder wegen betrügerischen Färbens der Wolle mit einem Mafse Ale bestraft; p. 78.

⁴¹ Belege hierzu finden sich in den Satzungen der Städte Berwick und Southampton. Die Fürsorge Berwicks für die verwaiste Tochter eines Gildemitgliedes (§ 10, Houard, II, 471) wirkt belustigend: „Siquis confratrum nostrorum Gildae relinquat post obitum suum filiam ex uxore conjugata, qui sit laudabilis conversationis, et bonae famae, et non habeat de proficiis, unde sibi providere valeat de viro, aut si in domo religionis caste vivere voluerit, secundum aestimationem et dispositionem aldermanni, decani et confratrum, secundum facultates Gildae, sibi de viro vel de domo religionis provideatur.“ Diese Verfügung führt die Überschrift: „De relevatione filiarum Gildae.“

⁴² Über die einzelnen Entwicklungsstufen des gewerblichen Berufs, als welche man den Familienbetrieb, das Gildewesen, die Haus- und die Fabrikarbeit unterschieden hat, siehe: Thun, *Die Industrie am Niederrhein*, II, 246; Held, *Zwei Bücher zur socialen Geschichte Englands*, 541. Vergl. ferner Ashley, *English Woollen Industry*, 71—75.

⁴³ *Wealth of Nations*, Bch. III, Kap. I.

⁴⁴ Ein gewagter Versuch, derartige Organisationen auf römische Einrichtungen zurückzuführen, findet sich bei Gasquet, *Précis des Institutions de l'Ancienne France*, II, 233—243.

⁴⁵ Diese Ansicht findet ihren Vertreter in Brentano, und zwar in seinem die *English Gilds* einleitenden *Essay* (*Early Engl. Text*).

Soc.); eine Ansicht, auf die er kurz noch einmal zurückkommt in seinem Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht, 13—42.

⁴⁶ Bischof Stubbs sagt vorsichtig: „Die Kämpfe zwischen den der kaufmännischen Gilde angehörigen Patriciern und den Plebejern der Handwerkerzünfte, welche in der Städtegeschichte Deutschlands eine so große Rolle spielen, haben in England kaum ihresgleichen“; *Constit. Hist.*, I, 474 (Libr. Ed.). Cunningham dagegen erklärt in bestimmter Weise: es liege durchaus kein Beweis vor für die Unterdrückung der ärmeren Klassen durch die Reichen oder für eine Auflehnung der Handwerker gegen letztere; *Formation and Decay of Craft Guilds* (Trans. Royal Hist. Soc.), p. 11. Vergl. dagegen auch Brentano im 34. Bande der Tübinger Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, 1878.

⁴⁷ Ochenkowski, *Englands wirtschaftliche Entwicklung*, 55, 74—79.

⁴⁸ Siehe Anm. 30. Bischof Stubbs glaubt, die kaufmännische Gilde habe sämtliche Handelsleute umfaßt, gleichviel ob sie Grundbesitzer waren oder nicht; *Const. Hist.*, 474; doch liegen für eine so allgemeine Annahme keine Beweise vor.

⁴⁹ Dies war sicherlich in Winchester, Marlborough und Beverley der Fall. *Liber Custumarum* (Roll's Series), 60, 130, 1. Vergl. die Verhältnisse in den flämischen Städten, bei Warnkönig, *Hist. de Flandre* (übers. von Gheldolf), II, 208 u. fg., 506 u. fg.; Gilliodts, *Inventaire des Archives de Bruges*, IV, 272 u. fg.

⁵⁰ Stubbs, *Const. Hist.*, III, 608—610.

⁵¹ „*Bolengarii debent I marcam et VI uncias auri*“; *Pipe Roll*, 5. Heinr. II., Madox, *Hist. of the Exchequer*, 231.

⁵² Vergl. Ashley, *English Woollen Industry*, 13, 14.

⁵³ *Rotulus magnus Pipae* (herausg. von der Record Comm. 1833), 144, 2, 109. Bezüglich der Weber und Lederbereiter von Oxford siehe Boase, *Oxford*, 36, 37.

⁵⁴ „*Eo tempore quo promissionem dictae marcae auri fecerant Tellarii predicti erant numero sexaginta et plures in villa praedicta, et ipsi jam ad tantam inopiam devenerint quod vix sint numero quindecim*“; Madox, *Exchequer*, 232.

⁵⁵ Ein im *Archäol. Journal*, VI, 146, abgedrucktes *Inspeximus* Heinrichs III. (so bezeichnet nach den Anfangsworten der Schenkung) erwähnt einen Freibrief Heinrichs II., in welchem den „*corvesarii*“ (den Schuhflickern) die ihnen unter Heinrich I. gewährten Rechte bestätigt werden: „*Ita quod nullus faciat officium eorum in villa de Oxon' nisi sit de Gilda illa*“.

⁵⁶ The Great Rolls of the Pipe, 2—4. Henry II. (herausg. 1844), 39, 90, 153. Wegen Yorks siehe Close Rolls (herausg. 1833), I, 421.

⁵⁷ Madox, Exchequer, 390. Ich habe einige Sätze meiner Schrift über Woollen Industry (pag. 16 u. fg.) entlehnt.

⁵⁸ „Sciatis me concessisse Telariis Londoniarum Gildam suam in Londoniis habendam cum omnibus libertatibus quas habuerunt tempore regis Henrici, avi mei; et ita quod nullus nisi per illos se intromittat infra civitatem de eo ministerio, et nisi sit de eorum Gilda, neque in Sudwerke neque in aliis locis Londoniis pertinentibus“; Liber Custumarum, 33. Für York galt die Bestimmung, daß keiner ohne Einwilligung der Weber dieser Stadt innerhalb der Grafschaft Tuche herstellen dürfe; siehe die Verfügung Heinrichs III., welche dem Vogte die Einschärfung dieser Mafsregel anbefiehlt, in Close Rolls, I, 421. Vergl. Anm. 55.

⁵⁹ Stubbs, Const. Hist., I, 704.

⁶⁰ In dem im Liber Albus, 134 (Bd. I. der Mun. Gildh.), enthaltenen Verzeichnis der Freibriefe wird erwähnt: „alia charter equidem Ioannis, quod Gilda Telaria non sit de cetero in civitate Londoniarum, nec ullatenus suscitetur“; der im Liber Custumarum enthaltene Abdruck des Freibriefes Heinrichs II. für die Weber enthält denn auch die erfreuliche Aufschrift: „Quae adnihilata est per chartam Regis Ioannis“. Die Pipe Roll aus dem vierten Regierungsjahre Johannis enthält die Eintragung: „Cives Londoniae debent LX marcas pro Gilda Telaria delenda, ita ut de cetero non suscitetur“; Madox, Exchequer, 279.

⁶¹ Liber Custumarum, Riley, Introd. LXIII.

⁶² Siehe die Anm. 13, 35.

⁶³ 60, 130, 131. Riley, Introd., LXI. Siehe Engl. Woollen Industry, 20—22.

⁶⁴ „Ne null franke homme ne puet estre atteint par telier ne par fulour; ne il ne poent tesmoign porter“. In jedem einzelnen Falle ist der Wortlaut fast der gleiche.

⁶⁵ „Ces est, a savoir, que nul telier ne nul fulloun ne puet drap secchir ne teindre, ne a nul marchandise hors de la ville aller“, heisst es mit Bezug auf Winchester und Beverley, und von Winchester allein: „Il ne poent a nul forein lour draps vendre, fors as marchauns de la cite.“

^{65a} Über die Benennung „gute Leute“ vergl. z. B. Hüllmann, Städtewesen des Mittelalters, II, 202, 215 sq.

⁶⁶ Die Notwendigkeit, sich der Zustimmung der ansässigen Kaufleute zu versichern, finden wir bezüglich Oxfords erwähnt. Für Marl-

borough gilt die Bestimmung: „Ne nulle ne puet tistre (tisser) ne overer (ouvrer, O. F.) fors as prudeshomnes de la vile.“

⁶⁷ Thompson, Hist. of Leicester, 84.

⁶⁸ Statutes of the Realm, I, 269.

⁶⁹ Grofs, Gilda Mercatoria, 87.

⁷⁰ Liber Custumarum, 121, 126. Dem Wortlaute der Bestimmung nach hatte der Bürgermeister das Recht, an den wöchentlichen Gerichtstagen den Vorsitz zu führen: „Et si le meire ne y soit, il deit assigner quatre prudeshommes du mester jurez . . . a tenir la Court: les queux quatre soient chescun an remuables a la volunte du mester, et deyvent estre chescun au presentez au Meyre“; Art. 3. Die Erkenntnisse des Gerichtshofes sollten sich erstrecken auf: „placita debiti, contractus, conventionis, et parvae transgressionis“, und alle fraglichen Fälle sollten entschieden werden durch eine im 14. Regierungsjahre Eduards II. einberufene Jury; ebenda, 422.

⁷¹ Das Verzeichnis bei Herbert, Livery Companies, 34.

⁷² Freeman, Exeter, 168.

⁷³ „Eduard I. scheint die Entwicklung der Gilde-Gerichtsbarkeit gefördert zu haben, vielleicht veranlaßt durch seine feindliche Stellung gegenüber den Häuptern der Bürgerschaft“; Stubbs, Const. Hist., III, 618.

⁷⁴ Dies ist eine oft gebrauchte Wendung; siehe z. B. die „Articles of the Heaumers“ (der Helmschmiede) aus dem Jahre 1347, bei Riley, Memorials of London, 237. Nach den Satzungen der Täschnen von 1371 (ebenda, 360) möchte es scheinen, als ob eine Zunft auch nicht durch die städtischen Behörden beglaubigte Satzungen haben konnte. Die Täschnen bitten den Bürgermeister und die Älterleute: „da sie nun einige Satzungen ihrer Innung vor euch eingetragen haben, und etliche Vorschriften jener Innung, die dem allgemeinen Besten des Volkes von Nutzen wären, bis jetzt noch nicht eingetragen sind, so möge es euch gefallen, solche Vorschriften in die Rolle aufzunehmen.“

⁷⁵ Ebenda, 280, 358. So bitten auch die Verfertiger von Schmuck- und Juwelenkästchen im Jahre 1406, daß ihnen gestattet werde, jährlich zwei Aufseher zu wählen, „weil etliche Leute besagten Gewerbes . . . Schmuckkästen aus schlechtem und verfaultem Holz herstellen“; ebenda, 563.

⁷⁶ Siehe z. B. die Verordnung der Braelers oder Riemer vom Jahre 1355: — „Sollte jemand dabei betroffen werden, falsches Werk zu machen, so lasset selbiges Werk vor den Bürgermeister und die Älterleute bringen, auf daß es vor ihnen als falsch und verfallen

erklärt werde; und lasset einen solchen Mann leibhaftig ins Gefängnis werfen“; *Memorials*, 278.

⁷⁷ Siehe die Satzungen der Messerschmiede vom Jahre 1344: „Was nun alle die von besagtem Gewerk betrifft, welche nicht wünschen, von denen, so zur Zeit Aufseher des Gewerkes sind, verurteilt zu werden, so sollen ihre Namen dem Bürgermeister und den Älterleuten unterbreitet, und sie sollen von diesen abgeurteilt werden“; ebenda, 218,

⁷⁸ Ebenda, 242, 259 (Beweisaufnahme der Aufseher, falsche Salznäpfe betreffend); 440, § 7.

⁷⁹ Die allgemeine Auffassung bezüglich der eigenen Machtbefugnisse der städtischen Behörden über die Zünfte, wurde dargelegt in einer im Jahre 1583 von dem Bürgermeister und den Älterleuten Londons abgefaßten Beweisschrift gegen einen kürzlich den Lichtziehern ausgestellten Schutzbrief: „Der Bürgermeister und die Älterleute der Stadt und alle anderen, so an deren Spitze stehen, und ihre Vorgänger hatten stets oder pflegten stets und seit Menschengedenken die Aufsicht, Obacht und Leitung über alle Gewerbe und Zünfte in der Stadt zu haben, mit Bezug auf alle Art Fälschung und Versäumnis bei allen Dingen, so sich auf Gewerbe beziehen, was alles bewiesen werden kann aus dem täglichen Brauch, wie auch aus einer großen Anzahl von Urkunden und früher vorgekommenen Fällen in besagter Stadt“; *Strype's Stowe*, herausgeg. 1720, II, 211; *Herbert, Livery Companies*, I, 47.

⁸⁰ Siehe unter vielen anderen Beispielen: *Memorials*, 91, 118, 146, 178, 234, 239.

⁸¹ Ebenda, 233; 440, §§ 8, 9.

⁸² Ebenda, 227 unten, 237, 245. Ein Beispiel der Ausstofsung wegen Fehlens in der Jahresversammlung, und zwar im dritten Wiederholungsfalle und ohne stichhaltigen Grund, siehe S. 233; wegen Nachtarbeit, ebenfalls im dritten Wiederholungsfalle, Seite 239.

⁸³ Ebenda, 217, 218, 227, 238, 242, 244. Dafs die Notwendigkeit hierzu sich etwa ums Jahr 1347 geltend zu machen begann, erhellt aus der Satzung der Weißgerber (234). „dafs keiner, der nicht Lehrling gewesen und seine Lehrlingszeit in besagtem Gewerk beendet habe, in selbigem Gewerk zum Meister gemacht werden solle, falls ihm nicht durch die zur Zeit angestellten Aufseher oder durch vier Leute aus besagtem Gewerk bezeugt werde, dafs er fähig und hinlänglich geschickt sei, um als Meister aufgenommen zu werden.“

⁸⁴ Bezüglich der Stellung der Bediensteten (*serving men*) siehe ebenda, 219, 227, 238. 244. Die Satzungen der Rierner vom Jahre 1355 dringen weniger darauf, dafs die Gesellen ihre Lehrlingszeit aus-

gedient haben, als vielmehr darauf, daß sie „zuvörderst von den Meistern besagten Gewerkes erprobt und geprüft werden sollen, ob sie in ihrem Handwerk geschickt seien“; 278.

⁸⁵ Die Bogener, ebenda, 348.

⁸⁶ Ochenkowski, 110, Anm., 135. Eine Ausnahme machen vielleicht die Fischhändler; siehe Liber Albus, 383.

⁸⁷ Memorials, 121, 153, 259, 364.

⁸⁸ Ebenda, 217, 226, 239, 243, 245. Vergl. Ochenkowski, 73, der indes von einem Ausnahmefall berichtet. In den Satzungen der Mützenmacher findet sich nämlich folgende Stelle: „Quod nullus eorum operetur de nocte sed de die; et pro utilitate et commoditate pauperum illius officii (Zunft), cum multi sunt, concessum est;“ Liber Custumarum, 101, § 4. Vergl. Levasseur, I, 245.

⁸⁹ Memorials, 218, 278, 307.

⁹⁰ Ebenda, 217, 278; English Gilds, 179.

⁹¹ Memorials, 232.

⁹² Siehe Engl. Woollen Industry, 45—53, 75—84.

⁹³ Vergl. Schönberg, Zur wirtschaftlichen Bedeutung des Deutschen Zunftwesens (Hildebrands Jahrbücher, VIII, 14). Vergl. die neuerlichen Erklärungen des Wortes „Markt“ bei Jevons, Theory of P. E., 90, und Bagehot, Economic Studies, 104.

⁹⁴ Vergl. Schönberg, 30.

⁹⁵ Die Messerschmiede und Schwertfeger bitten im Jahre 1408 um Einschärfung gewisser Mafsregeln „zur Wahrung der Eigentümlichkeiten beider Gewerbe“; Memorials, 569.

⁹⁶ „Es ist allgemein gesetzliche Regel, daß durch die bloße Thatsache des Verkaufes keine Bürgschaft für die Güte eines Gegenstandes geleistet wird. In solchen Fällen gilt die Regel: caveat emptor, was so viel bedeutet, wie: hat der Käufer keine Gewährleistung für die Güte der gekauften Ware verlangt, so nimmt er die Gefahr auf sich; er hat also keinen Anspruch auf Schadenersatz, sobald er sich auf die bloße Darstellung des Verkäufers zu verlassen gewillt ist, vorausgesetzt, daß er nicht etwa jene Darstellung als betrügerisch nachweisen kann“; Benjamin, On Sale, 606.

⁹⁷ Memorials, 341.

⁹⁸ Statutes at Large, herausgeg. 1735, I, 297.

⁹⁹ Liber Albus, 742. Vergl. Woollen Industry, 56—58.

¹⁰⁰ Memorials, 341, 539. Vergl. Levasseur, I, 253.

¹⁰¹ Liber Custumarum, Einleit. LVIII. LXV. Vergl. Levasseur, I, 342.

¹⁰² Hunt, Bristol, 52.

¹⁰³ Vergl. Woollen Industry, 73, 74.

¹⁰⁴ Held, Zwei Bücher zur socialen Geschichte Englands, 571.

¹⁰⁵ Select Charters, 474.

¹⁰⁶ Chalmers, Local Government (English Citizen Series), 134.

¹⁰⁷ Memorials, 291.

¹⁰⁸ Ninth Report, Hist. M.S.S. Comm., 285.

¹⁰⁹ Jusserand, Vie Nomade, 30, 31.

¹¹⁰ Rogers, Six Centuries of Work and Wages, 137.

¹¹¹ Jusserand, 66.

¹¹² Chronicon Monasterii de Abingdon (Rolls Series), II. Vorrede, LXXV—LXXIX.

¹¹³ Mehrere Freibriefe Eduards III. für die Stadt London enthielten den Vorbehalt, daß innerhalb eines Umkreises von sieben Meilen von der City aus in Zukunft kein Markt abgehalten oder die Marktgerechtsame irgend wem gewährt werden solle; Liber Albus (übers. von Riley), 132, 144. Harrison stellt ums Jahr 1577 folgendes Verzeichnis auf: „Es giebt hierselbst verschiedene Messen, die den größten europäischen Märkten nicht nachstehen, wie Stourbridge fair bei Cambridge, Bristow fair, Bartholomew fair in London, Lynn mart, Cold fair in Newportpond (für Vieh) und verschiedene andere“; Description of England, Beh. II, Kap. II.

¹¹⁴ Boase, Oxford, 57, 58.

¹¹⁵ Cunningham, Engl. Industry (2. Aufl.), I, 172 Anm.

¹¹⁶ Der folgende Bericht ist Dean Kitchins wertvoller Einleitung zu dem Freibriefe Eduards III. für die S. Giles' Fair, 1347, entnommen, Winchester Cathedral Records, Nr. 2, 1886.

¹¹⁷ „Quod corvessarii, sutores, vel alii operarii sive artifices quicunque in predicta civitate alibi quam in eadem feria operationes seu opera sua sub forisfactura eorundem non exercebunt nec vendere possunt nec aliqui ea emere debent;“ Charter of 1347, herausgeg. von Kitchin, 38.

¹¹⁸ Ebenda, 54.

¹¹⁹ „Omnia placita debitorum inter mercatores quoscunque durante feria tenebuntur et totis temporibus retroactis teneri consueverunt coram prefatis Justiciariis per probationes talliarum, secundum legem mercatoriam, si pars querens hoc voluerit“; ebenda, 32.

¹²⁰ Hinsichtlich der drei Messen zu Oxford siehe Boase, 71.

¹²¹ Statutes of the Realm, I, 260, 266.

¹²² „Rex intendit, quod mercatores extranei sunt ydonei et utiles magnatibus et non habet consilium eos expellendi“; Rot. Parl., I, 55; angeführt bei Schanz, Engl. Handelspolitik, I, 390 Anm.

¹²³ Schanz, I, 386.

- ¹²⁴ Liber Custumarum, 64.
- ¹²⁵ Rot. Parl., I, 55; angeführt bei Schanz, I, 389, n. 8.
- ^{125a} Richard Faber, Die Entstehung des Agrarschutzes in England. Straßburg 1888. S. 147.
- ¹²⁶ Rot. Parl., I, 87, 93; angeführt bei Schanz, I, 396, n. 3.
- ¹²⁷ Calendar of Letters, von dem Bürgermeister und der Gemeinde Londons, S. 2 (Colchester), 11 (Ghent), 11 (Brügge).
- ¹²⁸ Ebenda, 2 (Florenz), 17 (Gloucester) u. s. w.
- ¹²⁹ Die Londoner Hansa wird zuerst in einem Freibrief für die Stadt Brügge (1240) erwähnt; Warnkönig, Histoire de Flandre, übers. von Gheldolf, II, 207.
- ¹³⁰ Schmoller, Straßburger Tucher- und Weberzunft, 366.
- ¹³¹ Lappenberg, Urkundliche Geschichte des Hansischen Stahlhofes zu London, Bch. II. Dies ist nicht der spätere Stahlhof; bis weit in das 13. Jahrhundert hinein war die Gildehalle der Kölner von der der deutschen (d. h. baltischen) Kaufleute getrennt. Riley, Introd. to Liber Albus, XCVI.
- ¹³² Siehe die kurze Geschichte der Hansa von Lodge in der Encycl. Brit.
- ¹³³ Siehe Paulis Aufsatz in den „Bildern aus Alt-England“.
- ¹³⁴ Ochenkowski, Englands wirtschaftliche Entwicklung, 194, 195.
- ¹³⁵ Cunningham, Engl. Industry, 178, n. 2.
- ¹³⁶ Ochenkowski, 187—201.
-

Drittes Kapitel.

Wirtschaftliche Theorien und Gesetzgebung.

[Quellen. — Die Hauptquelle für alle mittelalterlichen Theorien über Eigentum, Handel und Gewerbe und die darauf bezüglichen Pflichten der Christen ist das *Corpus Juris Canonici*. Viele der in ihm enthaltenen Vorschriften waren ausdrücklich als Anhalt für die geistlichen Gerichtshöfe bestimmt; indessen ein mindestens eben so großer Teil seines Inhaltes ist mehr als Meinungsäußerung aufzufassen denn als Gesetz, dessen Ausführung thatsächlich erzwungen werden konnte. Da aber alle Bestimmungen des *Corpus Juris Canonici*, welcher Quelle sie auch ursprünglich entstammen mochten, von den Päpsten der Reihe nach bestätigt wurden, so mußten die Gewissenhafteren unter den Geistlichen bei Behandlung socialer Fragen (besonders auf der Kanzel und im Beichtstuhl) durch diese Bestimmungen beeinflusst werden. Die erstere und wichtigere Hälfte des kanonischen Gesetzes stammt aus dem *Decretum* des Gratian, eines bologneser Mönches, der — angeregt durch das Wiederaufleben des Studiums des römischen Rechts — eine Kirchengesetzsammlung zusammenzustellen trachtete, deren Einzelheiten er den Schriften der Kirchenväter, den Bestimmungen der Kirchenversammlungen, den fränkischen Kapitularien, päpstlichen Sendschreiben und Dekreten und Bußbüchern entnahm. Diese Sammlung sollte sich in gleicher Weise zum Kirchenrecht verhalten, wie das Gesetzbuch des Justinian zum weltlichen Recht. Die päpstlichen Entscheidungen in diesem um die Mitte des 12. Jahrhunderts verfaßten Werke reichen nur bis zum Jahre 1139. Infolgedessen gab Gregor IX. im Jahre 1234 eine unter dem Namen *Decretalien* Gregors IX. bekannte Sammlung weiterer Entscheidungen heraus; Bonifacius VIII. fügte ihnen im Jahre 1298 den *Liber Sextus* hinzu, und Johann XXII. im Jahre 1317 die *Clementinae*. Während des 15. Jahrhunderts wurden die in den *Clementinae* übergangenen oder später veröffentlichten Dekrete seitens der Kirchenrechtslehrer gesammelt; zwei solcher Sammlungen, die *Extravagantes*

Ioannis XXII. und die Extravagantes communes, wurden den früheren Werken an Wert gleichgestellt und mit diesen zusammen im Jahre 1582 von Gregor XIII. veröffentlicht. Bezüglich genauerer Angaben über das kanonische Recht vergleiche man den unter diesem Titel geschriebenen Artikel in der *Encyclopaedia Britannica*, Bd. V; über die Verbreitung des kanonischen Rechts die zwei Vorlesungen von Stubbs, *Lectures on Mediaeval and Modern History* (1886), und die Besprechung derselben in der *Dublin Review*, Oktober 1887.

Die besten neueren Werke über die volkswirtschaftlichen Lehren des kanonischen Rechtes sind die von W. Endemann: *Die Nationalökonomischen Grundsätze der Canonistischen Lehre*, veröffentlicht in Hildebrands Jahrbüchern für Nationalökonomie, Bd. I, und später als Einzelausgabe (1863); und: *Studien in der Romanisch-canonistischen Wirtschafts- und Rechtslehre* (Bd. I, 1874; Bd. II, 1883). Unschätzbar wegen ihrer Gelehrsamkeit und Vollständigkeit, wird der Wert dieser Werke beeinträchtigt durch die geringe Beachtung, die der Verfasser der historischen Entwicklung der von ihm kritisierten Lehre schenkt. Er neigt zu sehr zum Systematisieren und hält sich allzu streng an die Kirchenrechtslehrer des 16. und 17. Jahrh., besonders an Scaccia, sowohl bezüglich der Beweggründe, die die genannten Rechtslehrer den einfachen Bestimmungen des alten kanonischen Gesetzes zuschreiben, als hinsichtlich der aus jenen Bestimmungen gezogenen Schlüsse. W. Roscher bringt einen nur kurzen, aber trefflichen Abschnitt über das kanonische Gesetz in der Einleitung zu seiner *Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland* (1874). Cunningham ist der einzige englische Schriftsteller, der auf den wahren Charakter und die Bedeutung der wirtschaftlichen Ansichten des Mittelalters hingewiesen hat, und zwar in seiner Schrift: *English Industry and Commerce* (1882), §§ 36, 43, 45; ferner in den *Politics and Economics* (1885), Kap. II, und endlich, mit besonderer Berücksichtigung des Wuchers, in einer in dem *Journal of the Institute of Bankers*, Februar 1887, enthaltenen Abhandlung, nämlich der *City Opinion on Banking in the Fourteenth to the Seventeenth Centuries*. Seine Schrift *Christian Opinion on Usury* (1884) ist leider vergriffen. Lange bevor jedoch andere Schriftsteller diesen Gegenstand behandelt hatten, war Karl Knies in seiner sechs Seiten umfassenden Abhandlung in der *Politische Ökonomie vom Standpunkte der Geschichtlichen Methode* (1853) der Sache auf den Grund gegangen und hatte die relative Berechtigung dessen nachgewiesen, was bis dahin der „Unzulänglichkeit der politischen Wirtschaftslehre“ zugeschrieben wurde (Seite 115—120 der neuen Ausgabe vom Jahre 1883 unter dem Titel: *P. Ö. vom Geschichtlichen Standpunkte*). Die Lehre des Thomas von Aquin ist von verschiedenen neueren Schriftstellern erläutert worden; doch erklärt sie sich zur Genüge von selbst aus der *Summa Theologica*, unter den Quaestiones LXXVII, LXXVIII, in der zweiten Unterabteilung des zweiten Teils. Eine von dem Verfasser dieses Buches geschriebene Abhandlung über Thomas von Aquin findet sich in *Palgrave's Dictionary of Political Economy*. Wertvolle geschichtliche Aufschlüsse über den Wucher giebt Roscher in den Anmerkungen zu seinem *System der Volks-*

wirtschaft, Bd. I, Bch. III, Kap. IV, §§ 190, 191. — Über die frühere Gesetzgebung auf volkswirtschaftlichem Gebiete liegen uns keine guten Erörterungen vor; die Verfügungen selbst sind sämtlich im ersten Bande der Statutes of the Realm abgedruckt, und mit diesen müssen die städtischen Verordnungen in den Munimenta Gildhallae (herausgeg. von Riley) verglichen werden, wie auch die hierin und in Rileys Memorials of London enthaltenen Satzungen. Über königliche Mafsregeln bezüglich der Umlaufsmittel siehe Keary's Einleitung zum Catalogue of Engl. Coins in Brit. Mus., I (1887), und Ruding, Annals of the Coinage (3. Auflage 1840), und über auswärtigen Handel: Hubert Hall, The Customs Revenue of England 1885. Die meisten der im vorigen Kapitel angeführten Quellen erweisen sich auch hier von Nutzen.]

§ 15. Die gesellschaftliche Entwicklung, mit der wir es bisher zu thun hatten, kann gewissermaßen eine spontane genannt werden; jetzt haben wir unser Augenmerk darauf zu richten, wie Kirche und Staat sich des wachsenden Verkehrs bemächtigten und das Thun und Treiben der menschlichen Gesellschaft zu überwachen suchten. Das Wesen dieses Versuches kann indes nur verstanden werden, nachdem wir die ihm zu Grunde liegenden Gedanken geprüft haben.

Die Lehre des Evangeliums von den weltlichen Gütern war nicht mißzuverstehen. Das Evangelium hatte die Menschen verschiedentlich vor dem Trachten nach Reichtum gewarnt, da solches Trachten sie dem Dienste Gottes entfremden und die gute Saat ersticken müsse. Es hatte in einem besonderen Falle gelehrt: Willst du vollkommen sein, so gehe hin, verkaufe alles, was du hast, und gieb es den Armen. Es hatte die Armen und Hungrigen für selig erklärt und den Reichen Leid verkündet. Statt der ängstlichen Sorge um Nahrung und Kleidung für den kommenden Morgen hatte es Gottvertrauen gelehrt, statt der selbstsüchtigen Aneignung alles dessen, was der Mensch erlangen konnte, eine Liebe, die willig den Bittenden gab. Und in den Mitgliedern der frühesten christlichen Kirche führte es der Menschheit ein Beispiel vor Augen von Leuten, die ihren persönlichen Besitz aufgaben und alles miteinander gemein hatten¹.

Wir können uns nicht wundern, dafs angesichts solcher Lehren eine von der Selbstsucht der heidnischen Völker ausgehende heilsame Gegenwirkung die alten Kirchenväter

dazu führte, das Trachten nach Gewinn gänzlich zu verdammen. Sie gingen sogar noch weiter: sie sprachen dem Einzelnen das Recht ab, über sein Eigentum nach Belieben zu verfügen, seinen Reichtum in Wohlleben zu genießen. „Welches Unrecht liegt darin, wenn ich mein Eigentum sorgsam hüte, solange ich den Besitz eines Anderen nicht schädige?“ „Unverschämte Rede!“ erwidert Sankt Ambrosius. „Mein Eigentum, sagst du? Was ist dein eigen? Aus welchem geheimen Ort hast du es in diese Welt gebracht? Als du das Licht der Welt erblicktest, als du aus deiner Mutter Schoße kamst, welchen Reichtum brachtest du mit dir? . . . Was du über deinen Bedarf hinaus an dich gebracht, hast du mit Gewalt genommen. Ist Gott etwa ungerecht, wenn er die Güter des Lebens nicht gleichmäÙig unter uns verteilt, sodaÙ du daran ÜberfluÙ habest, während die Anderen darben? Oder lag es nicht vielmehr in seiner Absicht, durch solche Teilung dir Beweise seiner Huld zu geben und deinen Mitmenschen dafür mit der Tugend der Geduld zu krönen? Und glaubst du nun, der du die Gabe von Gott empfangen hast, kein Unrecht zu begehen, wenn du für dich allein behältst, was Lebensunterhalt für so viele gewähren würde? Es ist das Brot der Hungrigen, das du bewahrest, es ist die Kleidung von Nackenden, die du verschließest; das Geld aber, das du vergräbst, ist die Erlösung der Elenden².“

Die höchste Sitten- und Rechtslehre der alten Welt läÙt dieses rein religiöse Gefühl durch Anlehnung an die Lehre von einem „Naturgesetz“ noch erstarken. Sir Henry Maine hat dargethan, wie diese Lehre entstand, und wie durch sie das römische Recht beeinflusst wurde. Er hat darauf hingewiesen, daÙ trotz der tiefen Einwirkung derselben auf die menschlichen Gemüter die Rechtsgelehrten doch keineswegs darüber einig waren, ob es jemals in der Vergangenheit einen Naturzustand gegeben habe. Ebenso wenig stimmten sie nach ihm in der Angabe genauer Kennzeichen überein, an welchen etwa jetzige mit dem Naturgesetz in Einklang stehende Einrichtungen zu erkennen seien. Über zwei Grundsätze jedoch waren sie alle einig, und diese gelang es ihnen der gebildeten Welt einzuprägen: sie stellten zunächst als wesentliche Eigentümlichkeiten der Natur Einfachheit und Gleichartigkeit fest, und folgerten sodann hieraus, daÙ alle Menschen von Natur gleich seien³.

Christliche Schriftsteller und Prediger zogen aus diesen Grundsätzen einen Schluß, den die Gesetzgeber ängstlich vermieden zu haben scheinen — den Schluß, daß Sonder-eigentum der Natur zuwider laufe. So kam es denn, daß das Kirchenrecht des späteren Mittelalters, das *Corpus Juris Canonici*, zwar damit begann, das Naturgesetz und das bürgerliche Gesetz in fast denselben Ausdrücken zu unterscheiden, wie die Institutionen des Justinian; alsdann aber gelangte es dahin, der Ehe und der Erziehung der Kinder — den beiden einzigen dort angegebenen bestimmten Beispielen des Naturgesetzes — Gütergemeinschaft und persönliche Freiheit an die Seite zu stellen⁴. „Die Nutzung alles dessen, was auf der Welt ist,“ sagt Clemens, „sollte allen Menschen gemein sein. Ungerechterweise nennt aber der Eine dies sein Eigen, der Andere das, und so ist Zwietracht unter den Sterblichen entstanden⁵.“

Diese Ansicht über den Ursprung des Besitzes gewährte christlichen Sittenlehrern eine philosophische Grundlage für ihre Lehren. Sie konnten darthun, daß die Menschen durch ihr Trachten nach Reichtum sich nicht allein der Gefahr aussetzten, Schaden zu nehmen an der eigenen Seele, sondern daß dies Trachten an sich unrecht sei, da es darauf hinausgehe, sich einen unbilligen Teil dessen anzueignen, was Gott zur gemeinsamen Nutzung der Menschen bestimmt habe. Besaß ein Mensch mehr, als er bedurfte, so war er demnach verpflichtet, seinen Überfluß den Armen zu geben; denn nach dem Naturgesetz hatte er kein persönliches Anrecht darauf, er war nur ein Haushalter Gottes. Und in den Augen christlicher Rechtslehrer gestalteten sich solche Gebote zu mehr als bloßen philosophischen Folgerungen; sie machten sich vielmehr als vollwichtige praktische Vorschriften geltend, d. h. sie erheischten mit derselben Strenge die Beobachtung gewisser Pflichten, wie die Vermeidung von Sünden, und zwar unter Androhung von Strafe in einer anderen Welt⁶.

Wenn nun das Trachten nach weltlichen Gütern sündhaft war, war dann der Handel als solcher gerechtfertigt? Diese Frage beunruhigte viele Gemüter während des Mittelalters. Einerseits konnten die Vorteile, welche der menschlichen Gesellschaft aus dem Handel erwachsen, nicht gänzlich übersehen werden, ebensowenig wie der Umstand, daß viele Handelsleute nur den Zweck verfolgten, sich den

nötigen Lebensunterhalt zu sichern. Andererseits gelangte man zu der Einsicht, daß gewöhnlich nur von solchen Leuten Handel getrieben wurde, die schon genug besaßen, und deren Hauptzweck der eigene Gewinn war. „Wenn die Habsucht aus der Welt geschafft ist,“ urteilt Tertullian, „so giebt es keine Ursache, Gewinn zu machen, und wenn es keine Ursache, Gewinn zu machen, giebt, so fällt die Notwendigkeit des Handels fort⁷.“ Und da überdies der Händler den Wert seiner Waren allem Anscheine nach nicht vermehrt, wenn er gleich mehr für sie erhält, als er selbst bezahlt hat, so mußte nach dem Ausspruch des heil. Hieronymus sein Gewinn eines Anderen Verlust sein; in jedem Falle lag im Handel eine Gefahr für das Heil der Seele, da es für den Kaufmann doch kaum möglich sei, nicht manchmal unredlich zu handeln⁸.

Allen diesen Gründen wurde von vielen der strenger gesinnten Kirchenmänner noch ein anderer hinzugefügt, der, hätte man ihm Gehör geschenkt, allem weltlichen Getriebe überhaupt ein Ende gemacht hätte. Der Gedanke an die hohe Bedeutung des eigenen Seelenheils und der Gemeinschaft mit Gott trieb Tausende in das Einsiedlerleben der Wildnis oder führte sie den Klöstern zu, und selbst ein Mann wie Augustinus kam zu dem Schluß, daß jedes Geschäft an sich ein Übel sei: „denn es hält die Menschen ab, die wahre Ruhe zu suchen, nämlich Gott⁹.“ Es bedurfte für besonnenere Kirchenmänner, wie Leo den Großen, keines geringen Mutes zu der Entgegnung, daß einzig und allein die Art, wie ein Kaufmann seinen Handel betreibe, den Handel als gut oder schlecht kennzeichne, da der Gewinn ebenso gut ehrlich wie unehrlich sein könne¹⁰. Doch machten sich triftige Gründe dafür geltend, der Geistlichkeit anders gegenüber zu treten, als den Laien. Die Kirchengesetzgebung verbot daher den Geistlichen schon früh, sich mit Handel abzugeben; mußten sie zur Beschaffung von Nahrung und Kleidung zu eigenem Bedarf ihre Aufmerksamkeit durchaus von frommen Pflichten ablenken, so sollten sie sich dem Ackerbau oder den Handwerken zuwenden; hierdurch brachten sie auf jeden Fall etwas Nützliches zustande und blieben frei von den Versuchungen, die ihnen der Handel in den Weg legte¹¹.

Derart war der allgemeine Charakter der Kirchenlehre über volkswirtschaftliche Gegenstände im frühen Mittelalter.

Es wäre nutzlos, hier näher darauf einzugehen, in wie weit eine solche Lehre unter heutigen Verhältnissen segensreich oder verderblich wirken könnte; und da wir es hier nur mit der Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung im 11. und den folgenden Jahrhunderten zu thun haben, so brauchen wir auch nicht zu erwägen, ob jene Lehre in dem Zeitalter, in welchem sie zuerst ihren Einfluß auf die menschlichen Gemüther geltend machte, vollkommen gerechtfertigt war. Ohne Zweifel war die Lage des westlichen Europa noch lange nach der Errichtung germanischer Königreiche eine solche, daß jene Lehre nur geringen Schaden anrichten konnte und vermutlich viel Gutes stiftete. Sie vermochte nur geringen Schaden zu verursachen, weil von einem Handel im eigentlichen Sinne kaum die Rede war, und dieser — soweit er überhaupt bestand — sich darauf beschränkte, die Fürsten und Edlen mit Luxusartikeln zu versorgen. Das Verdammungsurteil über den Handel mochte daher, falls die Geistlichkeit fortfuhr, es wieder und wieder auszusprechen, auf Einzelnen schwer lasten, konnte aber irgend welchen nutzbringenden Warenverkehr nicht behindern. Und indem die Lehre der Kirche von den irdischen Gütern die Geistlichkeit anspornte, die Machthaber wegen ihrer Gier und Gewaltthätigkeit zu tadeln, und zugleich den Sinn der Menge auf Genügsamkeit und Nächstenliebe lenkte, mußte sie unbedingt segensreich wirken¹².

Im 11. Jahrhundert machte sich in den bis dahin still stehenden Gewässern eine starke Bewegung bemerkbar. Das Aufblühen der Städte, die Bildung kaufmännischer Genossenschaften, die Errichtung von Märkten — selbst wenn sie für Bauern und Gutsherren nichts anderes schafften, als eine Nachfrage nach dem Überschufs ihrer Bodenerzeugnisse — ließen die Menschen als Käufer und Verkäufer einander in einer Weise gegenüber treten, wie dies vordem nicht der Fall gewesen. Aber die neuen Verhältnisse wirkten noch weiter: sie bahnten den Weg für eine neue Gesellschaftsklasse, eine Klasse von Handwerkern, die nur unter der Bedingung bestehen konnte, daß sie Absatz für ihre Waren fand. Zugleich machte sich neuer Bedarf an Geld fühlbar, sowohl für die Kreuzzüge, als für die mit Leidenschaft betriebenen Kirchenbauten, welche das Wiedererwachen eines ernsteren religiösen Geistes im 10. Jahrhundert ins Leben rief. Von nun an wurden wirtschaftliche Fragen, besonders

über die Beziehungen zwischen Käufer und Verkäufer, Schuldner und Gläubiger von hervorragender Wichtigkeit.

Bei Behandlung dieser neuen Fragen bot sich eine neue Rechtswissenschaft als geeignete Handhabe dar: nämlich die auf dem neubelebten Studium des römischen Rechts begründete Rechtswissenschaft, deren Spuren in Italien gegen Ende des 11. Jahrhunderts verfolgt werden können, und die ihren Hauptsitz in Bologna hatte. Die Lehre des Irnerius, des Begründers der „Glossatoren“-Schule zu Bologna, und seiner Nachfolger, der „vier Doktoren“, zog Scharen von Schülern herbei; die Kenntniss des römischen Rechts erwies sich als so einträglich, daß das Studium der Theologie fast ganz vernachlässigt ward, und eine Kirchenversammlung nach der anderen mußte im 12. Jahrhundert der Geistlichkeit das Studium des weltlichen Rechts verbieten¹³. Nun beruhte das römische Recht, in der vollendeten Form, in welcher die Gesetzsammlung des Justinian dasselbe wiedergab, auf einer Theorie unumschränkter Privateigentums, welche den Rechtsbegriffen altgermanischer Völker, bei denen Gemeinsamkeit des Besitzes oder doch wenigstens Gemeinsamkeit der Nutznießung eine vorherrschende Sitte war, vollständig zuwider lief; das römische Recht erkannte ferner eine unbeschränkte Freiheit des Vertrages an, welche dem lebhaften Handel des Mittelländischen Meeres angemessen gewesen sein mag, aber sicherlich zum Werkzeug der Ungerechtigkeit wurde, sobald man sich inmitten einfacherer socialer Verhältnisse darauf berief¹⁴.

Diese Erwägungen werden mit Bezug auf England durch die häufig wiederholte Behauptung, das römische Recht sei in diesem Lande niemals anerkannt worden, schwerlich abgeschwächt. Wenn auch die Gerichtshöfe sich nicht offen darauf beriefen, so war es den Richtern doch stets gegenwärtig und diente ihnen zur Richtschnur und zum Vergleich. Das Verbot des Königs Stephan war nicht imstande, dem von Vacarius in Oxford eingeführten Studium des römischen Rechts ein Ende zu machen¹⁵. Die Schreiber von juristischen Lehrbüchern, wie Bracton, machten einen weitgehenden Gebrauch vom römischen Recht, und die Richter des 12. und 13. Jahrhunderts zogen bei ihren Entscheidungen gewiß häufig seine Grundsätze zu Rate¹⁶. Das Seerecht war, wie wir wissen, ebenfalls zum größten Teil dem römischen Rechte entlehnt und so eng mit den Interessen der

Kaufmannschaft verknüpft, daß wir nicht annehmen können, andere den Handel betreffende Fragen seien unberührt davon geblieben.

Mit diesen neuen Gefahren vor Augen begannen die Geistlichen noch einmal, ihre Aufmerksamkeit wirtschaftlichen Dingen zuzuwenden, und dem, was sie als die verderblichen Bestrebungen des römischen Rechts ansahen — nämlich dem „weltlichen Princip“ —, durch erneuerte Anwendung christlicher Grundsätze entgegenzuarbeiten. Zwei Lehren vor allem waren es, auf welche sie Nachdruck legten: die Lehren vom gerechten Verkaufspreise und von der Sündhaftigkeit des Zinsnehmens. Diese Lehren schärften sie allerorten ein, von der Kanzel, im Beichtstuhl und bei Abhaltung geistlicher Gerichte; und wir werden sehen, daß zu der Zeit, da die gesetzgebende Thätigkeit seitens der weltlichen Machthaber ihren Anfang nimmt, diese beiden Lehren sich den Gemütern der Menschen derart eingeprägt hatten, daß Parlament, städtische Behörde und Gilde sich aus eigenem Antrieb bemühten, ihnen Gehör zu verschaffen.

§ 16. Was die christliche Lehre nach der Auffassung ihrer vornehmsten Lehrer erstrebte, war nicht lediglich die Verhütung augenscheinlicher Ungerechtigkeit und Täuschung, sondern die Erfüllung des Gesetzes Christi: „Alles nun, was ihr wollet, daß euch die Leute thun sollen, das thut ihr ihnen¹⁷“. In nichts trat der Gegensatz zwischen dieser Vorschrift und dem durch das römische Recht befestigten Brauche stärker hervor, als bei Kauf und Verkauf. Durfte ein Kaufmann mit seinem Verhalten zufrieden sein, wenn er beim Verkauf einer Ware den höchsten Preis erhielt, den der Käufer zu zahlen willens war, solange er nur diesem über die Güte der Ware keine falschen Vorspiegelungen machte? oder sollte er danach trachten, ein für allemal einen angemessenen Preis festzusetzen, mit dem er sich selbst willig einverstanden erklären würde, falls er selbst der Käufer wäre? Der von dem römischen Recht anerkannte Grundsatz lautete dahin, daß die Festsetzung des Preises gänzlich auf freiem Übereinkommen zu beruhen habe. Nach ihm konnten die beiden vertragschließenden Parteien gänzlich unbehindert und auf eigene Gefahr sich über den Preis einer Ware einigen, nur mit der einen Beschränkung, daß der Verkäufer gehalten war, Schäden auf-

zudecken, welche den Genuß der verkauften Ware schmälerten. Dies wurde durch den in der ersten Hälfte des dritten Jahrhunderts lebenden Rechtsgelehrten Paulus in folgenden Worten aufs klarste dargelegt: „Bei Kauf und Verkauf hat ein jeder das natürliche Recht, einen Gegenstand, der thatsächlich mehr wert ist, für ein geringes zu kaufen, und einen Gegenstand, der weniger Wert besitzt, für einen hohen Preis zu verkaufen, und jeder kann den Anderen übervorteilen.“ Der letzte Satz giebt nur einen Ausspruch des Pomponius wieder, eines Rechtsgelehrten des vorhergehenden Jahrhunderts. Dieser sagt nämlich: „Bei Kauf und Verkauf ist es den vertragschließenden Parteien naturgemäß gestattet, danach zu streben, einander zu übervorteilen.“

Beide Aussprüche wurden als maßgebend in Justinians Digesten angeführt¹⁸. Und es ist bemerkenswert, daß die bei Anwendung dieses Grundsatzes von dem römischen Recht eingeräumte einzige Beschränkung lediglich den Verkäufer zu schützen trachtete. In der betreffenden von Diocletian erlassenen Verordnung hieß es: Sollte ein Gegenstand für weniger als die Hälfte seines Wertes verkauft sein, so kann der Verkäufer sein Eigentum wiedererlangen, wofern der Käufer es nicht vorzieht, den vollen Preis zu zahlen.“ Viele spätere Juristen haben allerdings behauptet, diese Vorschrift beziehe sich nur auf Grundbesitz, weil das in der Verordnung angeführte Beispiel ein Landgut betreffe, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie einem besonderen Bedürfnis entgegenkommen und der durch Zwangsverkauf verursachten Ungerechtigkeit abhelfen wollte¹⁹. Die Kirchenväter wiesen hierauf als auf ein Beispiel hin, daß selbst das jus civile in einem äußersten Falle die Freiheit des Vertrages einschränkte; doch vermochte dies den durch das römische Recht hervorgerufenen Eindruck kaum abzuschwächen, den Eindruck nämlich, daß Käufer und Verkäufer grundsätzlich freie Hand hatten, ihren Handel nach Belieben abzuschließen. Demgegenüber stellte die Kirche ein anderes Ideal auf, das eines „gerechten Preises“, d. h. eines von der augenblicklichen Laune oder Not einer der beiden Parteien unbeeinflussten Preises. Die Bezeichnung „gerechter Preis“ wurde wahrscheinlich unter den Kirchenvätern zuerst von dem heil. Augustinus von Hippo angewandt, der diesen Ausdruck durch ein in den Augen

moderner Menschen vielleicht übertrieben erscheinendes Beispiel erläutert: „Ich kenne einen Mann,“ sagt er, „welchem eine Handschrift zum Verkauf angeboten wurde, und der, als er sah, daß der Verkäufer ihren Wert nicht kannte, dem Manne den gerechten Preis gab, obgleich dieser ihn nicht erwartete²⁰.“

Wie nun die Geistlichen und Kirchenrechtslehrer des 12. und 13. Jahrhunderts sich dieser Lehre bemächtigten und sie weiter entwickelten, das werden wir besser verstehen, wenn wir statt des Versuches, ihren Schriften eine Anzahl abstrakter Vorschriften zu entnehmen, lieber der Beweisführung des größten aller mittelalterlichen Scholastiker, des Thomas von Aquino, zu folgen versuchen; denn letzterer faßte auf diesem, wie auf jedem anderen Forschungsgebiete seiner Zeit, die Lehren seiner Vorgänger zusammen und lieferte zugleich eine Grundlage für den späteren Aufbau der Wissenschaft. Wir haben keinen Grund zu der Annahme, daß Thomas von Aquino ein besonderes Interesse an der wirtschaftlichen Seite des Lebens nahm. Der Grund, hierauf einzugehen, lag für ihn vielmehr in dem Umstande, daß er nach Ziel und Methode Encyklopädist war und das Gesamtgebiet der Wissenschaft zu überschauen trachtete. Doch lohnt es immerhin der Mühe, zu vermerken, sowohl wie umfassend seine Erfahrung war, als auch wie groß in kurzer Zeit sein Ruf wurde. Um das Jahr 1225 geboren und aus einem edlen Geschlecht des Königreichs Neapel stammend, wurde er schon als Knabe in den Prediger-Orden der Dominikaner aufgenommen, studierte in Köln und Paris, lehrte viele Jahre in letzterer Stadt, nahm Teil an dem Kampfe zwischen der Universität und dem Prediger-Orden und kehrte endlich nach Italien zurück, um dort acht Jahre an seinem encyklopädischen Werke, der *Summa Theologiae*, zu arbeiten. Er starb daselbst im Jahre 1274. Noch vor seinem Tode wurde er als der größte Lehrer der Theologie anerkannt, und gar bald galt er als der typische Vertreter der Theologie, des auf die Feststellung der christlichen Wahrheit angewandten Verstandes. Seine Stellung zu der mittelalterlichen Forschung wird durch das in der Kirche S. Maria Novella zu Florenz befindliche und dem Taddeo Gaddi zugeschriebene wohlbekannte Bild veranschaulicht: dort steht die ernste Gestalt des Thomas von Aquino mit der eckigen Stirn auf

einen Thron erhoben, ihm zur Stütze auf beiden Seiten die Hauptvertreter der geistlichen und weltlichen Wissenschaft, wogegen man zu seinen Füßen die Erzketzer Arius, Sabellius und Averroes erblickt.

Thomas von Aquino hatte die intellektuellen und moralischen Tugenden abgehandelt, und zu dem Begriffe „Gerechtigkeit“ kommend, diese als den beständigen und dauernden Willen erklärt, jedem sein Recht widerfahren zu lassen^{20a}. Das führte ihn zur Besprechung des Handels. Die erste Frage, die er daraufhin stellt, lautet: „Ist es erlaubt, einen Gegenstand für einen Preis zu verkaufen, der seinen Wert übersteigt?“ Seine Methode besteht gewöhnlich darin, gegen die Behauptung, die er selbst zu beweisen sucht, zunächst Gegengründe geltend zu machen; sodann stellt er diesen einen unwiderleglichen Ausspruch aus der Bibel oder den Kirchenvätern gegenüber; hieran reiht sich die Schlußfolgerung des Verfassers selbst, samt den Gründen, durch die er sie unterstützt, und endlich eine sorgfältige Widerlegung jener Gründe, mit deren Aufführung er begonnen hatte. Und so fängt er auch hier mit der Darlegung verschiedener Gründe an, welche zur Unterstützung der Annahme angeführt werden dürften, daß es von Rechts wegen gestattet sei, eine Ware zu einem ihren Wert übersteigenden Preise zu verkaufen. Zunächst — so sagt er — ist unter „Gerechtigkeit“ das zu verstehen, was mit dem bürgerlichen Gesetz übereinstimmt, und dieses gestattet dem Käufer so gut, wie dem Verkäufer, einander zu übervorteilen²¹. Wie wir sehen, ist die Autorität des römischen Rechtes an die Spitze der Beweisführung gestellt. Auch der nächste Beweisgrund ist ein solcher, wie ihn etwa ein Advokat anführen sollte; er stützt sich auf eine Berufung an die „Natur“. Jeder — so heißt es — wünscht billig zu kaufen und teuer zu verkaufen; was aber allen gemeinsam ist, ist natürlich, und was natürlich ist, kann keine Sünde sein. Der dritte aufgeführte Grund ist ein rein sophistischer; es heißt: Empfängst du von einem Freunde ein Geschenk und fühlst dich verpflichtet, dasselbe zu erwidern, so sollte das, was du gibst, im Verhältnis zu der von dir empfangenen Wohlthat stehen, deren Größe häufig den eigentlichen Wert der Gabe an sich übersteigt. Kannst du nun im freundschaftlichen Verkehr mehr für eine

Sache geben, als sie wert ist, so kannst du ein gleiches gewiß auch bei einem Verkaufsvertrag thun.

Allen diesen Beweisgründen aber stehen die Worte des Evangeliums gegenüber: „Alles nun, was ihr wollt, daß euch die Leute thun sollen, das thut ihr ihnen“. Niemand zahlt gern mehr für einen Gegenstand, als dieser wert ist, folglich sollte auch niemand mehr für eine Ware nehmen, als sie wert ist. Thomas von Aquina entscheidet sich nun dahin, daß der Ankauf eines Gegenstandes unter und der Verkauf eines solchen über seinem Werte an und für sich unstatthaft und ungerecht sei, obwohl besondere Umstände beide gelegentlich zulassen können. Seine Gründe sowohl für die Regel, wie für die Ausnahme, führt er wie folgt auf: Von vornherein ausgeschlossen sind Fälle, in denen es sich um ausgemachte Täuschung handelt — diese sind offenbar sündhaft. Kauf und Verkauf von Waren muß nun aber mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl der Menschheit eingeführt worden sein. Ist dem so, so muß sich für Käufer und Verkäufer der gleiche Vorteil ergeben, und dies kann nur der Fall sein, wenn beide gleiche Werte erhalten. Sie gelangen aber nicht in den Besitz gleicher Werte, wenn der Preis, den der Eine empfängt, höher ist, als der Wert des verkauften Gegenstandes.

Nehmen wir nun an, jemand bedürfe eines beliebigen Gegenstandes, der Eigentümer desselben erleide jedoch durch die Aufgabe seines Besitzes Schaden, so darf gerechterweise über den wirklichen Wert hinaus ein Preis vereinbart werden, welcher den Schaden aufwiegt. Setzt sich andererseits der Verkäufer keinem besonderen Verluste aus, während dem Käufer durch Nichterlangung des betreffenden Gegenstandes Schaden erwächst, so hat der Verkäufer kein Recht, daraufhin einen höheren Preis zu fordern; es ist nicht seine Sache, diesen Schaden in Anrechnung zu bringen. Der Käufer kann unter solchen Umständen wohl aus gutem Herzen etwas mehr geben, als der Gegenstand wert ist, doch hängt dies von seinem eigenen freien Willen ab.

Hierauf wendet sich Thomas der Widerlegung der oben zuerst angeführten Beweisgründe zu, indem er sofort dem auf dem römischen Rechte fußenden Beweise entgegentritt. Er sagt: „Das menschliche Gesetz kann nicht alles das verbieten, was der Tugend zuwider ist, es vermag nur das zu

hindern, was den Zusammensturz der Gesellschaft herbeiführen würde. Andere Ungehörigkeiten betrachtet es als scheinbar-gesetzlich, insofern es dieselben nicht billigt, aber auch nicht bestraft. Das Gesetz Gottes dagegen läßt nichts ungestraft, was der Tugend zuwiderläuft, es schreibt dem Käufer wie dem Verkäufer ein gleich gerechtes Verhalten vor. Den zweiten Beweisgrund widerlegt er durch die Behauptung: ein Vergehen werde dadurch nicht geringer, daß es allen gemein sei, d. h. „allen denen gemein, die den breiten Weg zur Sünde gehen“. Und hier führt er an, was der heil. Augustinus über den „gerechten Preis“ sagt. Drittens — so fährt er fort — ist Gerechtigkeit im Handel etwas anderes als Freundschaft; beim Handel ist es die Gleichwertigkeit der Sache an sich, die gefordert wird, in der Freundschaft die Gleichwertigkeit des Vorteils, den jeder erlangt: eine Widerlegung, die an Sophistik dem Beweisgrunde selbst nicht nachsteht²².

In gleicher Weise tritt Thomas von Aquino alsdann den aus dem bürgerlichen Recht oder einem angenommenen „Naturgesetz“ hergeleiteten Beweisgründen entgegen, und zwar durch obengenannten Bibelspruch, den er durch eine auf der allgemeinen Wohlfahrt und auf der Gleichberechtigung aller Menschen fußende Beweisführung unterstützt. Und so kommt er von allen Seiten zu der Annahme, daß jedes Ding einen bestimmten „gerechten Preis“ oder „Wert“ habe, und daß dieser ziemlich genau festgestellt werden könne.

Wer, den Kopf voll von den heutigen Erörterungen über den Wert, an die Sache herantritt, den muß eine solche Behandlung des Gegenstandes allerdings ärgerlich machen, indem sie als verzweifelt ungenügend erscheint. Die modernen Nationalökonomien haben damit begonnen, den Gegenstand ihrer Wissenschaft, den Reichtum, als das, was Tauschwert hat, zu definieren, und haben sich alsdann verpflichtet geglaubt, in metaphysischen und philologischen Untersuchungen festzustellen, was unter Wert zu verstehen sei, und welches die Gesetze seien, durch die er bestimmt werde. Vor 40 Jahren schienen sie am Ende ihrer Aufgabe angelangt zu sein, und J. S. Mill behauptete: „Es giebt in den Gesetzen über den Wert nichts, was ein künftiger Schriftsteller über diesen Gegenstand noch aufzuklären hätte“. Die letzten 20 Jahre jedoch haben, besonders nach

der Veröffentlichung des Jevonsschen Werkes, *Theory of Political Economy* (1871), eine erneute Erörterung aufleben sehen, und einer der gelehrtesten und gemäßigtesten unter den neueren Schriftstellern sieht sich zu dem Geständnis genötigt: „Die Meinung, daß die Lehre vom Werte gleichsam die feste Burg sicherer Wahrheiten sei, durch welche sich die Nationalökonomie als eine exakte Wissenschaft über die schwankenden Normen des menschlichen Handelns erhebe, und durch welche eine klar erkennbare Sonderung der Ökonomik von der Ethik gegeben werde — ist ein einziger großer Irrtum“^{22a}. Der heutige Leser des Aquinaten fragt sich, welche Beziehung dieses „*valet*“ des großen Scholastikers oder das „*justum pretium*“ des Augustinus haben könne zu den Unterscheidungen zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, zwischen Marktwert und Normalwert, zwischen Gesamtnutzen und Grenznutzen. Doch gelangen wir immerhin zum Verständnis dessen, was damit gemeint ist, wenn wir uns die Verhältnisse damaliger Zeit vor Augen führen und sie mit den heutigen Zuständen vergleichen. Der heutige Konsument kauft das, was er braucht, gewöhnlich in einem Laden, d. h. von einem zwischen ihm und dem eigentlichen Produzenten stehenden Mittelsmanne; gewöhnlich stehen sogar zwei oder drei solcher Mittelsmänner zwischen dem Verfertiger und dem Abnehmer der Ware. Die Waren kommen meistens aus einiger Entfernung her, der Käufer hat kaum irgendwelche Vorstellung von dem ursprünglichen Preise des Materials oder der Lage der Arbeiter. Bei Verfertigung der meisten Waren tritt wiederum eine sehr beträchtliche Arbeitsteilung ein, sodaß es immer schwerer wird, die angemessene Vergütung für jede Einzelarbeit abzuschätzen: eine Schwierigkeit, durch welche die große Menge verschiedener Qualitäten derselben Warengattung, wie durch den häufigen Wechsel der Mode erheblich gesteigert wird. Im 13. Jahrhundert dagegen wurde die große Mehrzahl der vom Volke zum täglichen Gebrauch benötigten Waren seitens des Verbrauchers unmittelbar von dem Verfertiger der Ware bezogen. War die Herstellung einer Ware unter verschiedene Gewerke verteilt, wie z. B. die des Tuches unter die Weber, Walker und Färber, so wohnte doch jede dieser Handwerkergruppen innerhalb eines engen Umkreises und meistens unter den Augen derer, die ihre

Waren schliesslich kauften. Sollte der Preis daher nach dem Grundsatz festgelegt werden: Alles nun, was ihr wollt, daß euch die Leute thun sollen, das thut ihr ihnen: so mußte der Verfertiger einen Lohn empfangen, der ihn für seine Arbeit angemessen entschädigte, nicht einen Lohn, der ihn in stand setzte, einen Gewinn zu machen, aber einen Lohn, der ihm gestattete, ein wohl anständiges Leben zu führen entsprechend der Lebenshaltung, welche die öffentliche Meinung als seinem Stande angemessen erachtete.

Man hat mit Recht behauptet, die Sittenlehrer des Mittelalters hätten erstrebt, der Preis solle den ständigen „Herstellungskosten“ entsprechend festgelegt werden. Wir haben hier jedoch zu unterscheiden zwischen dem, was man heutzutage unter „Herstellungskosten“ versteht, und dem, was man sich darunter denken muß, wenn das Wort auf jene frühere Zeit angewandt wird. Nach der Lehre der orthodoxen englischen Nationalökonomien wird der Normalwert oder Preis (d. h. der in Mengen eines einzelnen Gutes, z. B. Goldes, wenn dessen Wert nicht selbst Schwankungen unterworfen ist, ausgedrückte Wert) für die große Mehrheit der Waren durch die Herstellungskosten bestimmt²³. Hiernach könnte es scheinen, als ob der einzige Unterschied zwischen dem Standpunkte der Ansichten des Mittelalters und dem der Neuzeit sich darin äußerte, daß wir durch den Wettbewerb zu erreichen suchen, was von den Sittenlehrern und Staatsmännern des Mittelalters durch Lehre und Gesetzgebung angestrebt wurde. Machen wir uns indes klar, was heutige Nationalökonomien unter dem Ausdruck „Herstellungskosten“ verstehen. Fawcett sagt: „Der Ausdruck Herstellungskosten umfaßt nicht allein den Preis des Materials und die Arbeitslöhne, sondern auch die üblichen Zinsen des aufgewendeten Kapitals²⁴“. Um mit letzterem zu beginnen, so nimmt durch das bloße Vorhandensein desselben der Begriff „Herstellungskosten“ heutzutage eine ganz andere Gestalt an. Das Kapital spielt bei der heutigen Produktion eine fast ebenso große Rolle, wie die Arbeit selbst, und die öffentliche Meinung erkennt ihm das Recht einer besonderen Vergütung (in Gestalt von Zinsen) zu, selbst wenn durchaus keine persönliche Anstrengung oder persönliche Gefahr dabei in Betracht kommt. Zu der Zeit jedoch, von der wir bisher gesprochen haben, fing das Kapital, wie schon erwähnt, eben erst an, in Erscheinung

zu treten. In der Bodenbewirtschaftung und im Gewerke machte es sich fast gar nicht geltend; Geschicklichkeit war von weit größerer Bedeutung.

Der Gegensatz hinsichtlich der Löhne ist fast ebenso groß. Ohne Zweifel hatten die Hufner und Kötter, ebenso wie die Handwerker, zuweilen unter Hungersnot zu leiden; ohne Zweifel war ihre Umgebung oft eine ungesunde. Dennoch gab es ein gewisses Maß der Behaglichkeit, welches die allgemeine Meinung als ihnen zukommend anerkannte, und um ihnen dies zu wahren, wurden die Preise geregelt. Heutigen Tags aber sind wir damit zufrieden, die Löhne von dem Lebenszuschnitt bestimmen zu lassen, den eine sich selbst überlassene oder, besser gesagt, dem Wettbewerb der Maschinenarbeit und einwandernder fremder Arbeiter ausgesetzte Gesellschaftsklasse ihrem Dasein zu geben vermag.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Anschauungsweise des Mittelalters und der Neuzeit liegt tiefer. Bei uns ist der Wert etwas durchaus Subjektives, nämlich das, was jeder Einzelne für einen Gegenstand zu geben bereit ist. Bei Thomas von Aquino war er etwas Objektives, etwas außerhalb des Willens jedes einzelnen Käufers oder Verkäufers Liegendes, etwas dem Dinge selbst Anhaftendes, das nun einmal bestand, ob es beiden genehm war oder nicht, und das sie anzuerkennen gezwungen waren²⁵. Und da die Erfahrung lehrte, daß man einzelnen Leuten nicht so unbedingt trauen dürfe, um ihnen die Wertschätzung der Dinge anheimzugeben, so entstand hieraus für die Leiter von Staat, Stadt oder Gilde die Pflicht, einzuschreiten und zu bestimmen, welches thatsächlich der gerechte und schickliche Preis sei.

Thomas von Aquino wendet sich nun der Frage zu: Wird ein Handel ungesetzlich durch einen Fehler des verkauften Gegenstandes? Unter Fehler des verkauften Gegenstandes versteht er, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht, daß der Gegenstand in Bezug auf Stoff, Menge und Güte der gemachten Angabe nicht entspricht²⁶. Für die Annahme, daß ein solcher Verkauf nicht ungesetzlich wird, werden drei Gründe geltend gemacht. Erstlich: genügt ein Gegenstand allen menschlichen Bedürfnissen, denen er genügen würde, wenn er aus dem richtigen Stoffe hergestellt wäre, so ist es nicht un-

recht, ihn zu verkaufen, z. B. alchimistisches Gold für wirkliches Gold (oder, wie wir heutzutage sagen würden: Aluminium oder abyssinisches Gold für wirkliches Gold). Was zweitens die Masse anbetrifft, so weichen sie in den verschiedenen Orten von einander ab, und da unzulängliche Masse nicht immer vermieden werden können, so sind sie kein Unrecht: ein reiner Trugschluss. Und endlich drittens, bezüglich der Güte der Ware, so bedarf es einer grossen Kenntnis, um die Beschaffenheit der Dinge richtig abzuschätzen, eine Kenntnis, die vielen Händlern abgeht.

Allem diesem steht der Ausspruch des Ambrosius gegenüber: „Es ist zweifellos eine Regel der Gerechtigkeit, dass es einem guten Menschen nicht ziemt, von der Wahrheit abzuweichen, einem Anderen unbilligerweise Schaden zuzufügen, oder sich auf irgend eine Weise des Betruges schuldig zu machen.“ Hieraus zieht Thomas von Aquino den Schluss: einen Gegenstand ohne Rücksicht auf richtiges Mass und richtige Beschaffenheit als vollwertig zu verkaufen oder zu kaufen, ist ungesetzlich.

Es lassen sich bei den Waren drei Arten von Mängeln unterscheiden. Was zunächst die Fehler im Stoffe betrifft, so begeht der Verkäufer, wenn er sich ihrer beim Verkaufe bewusst ist, einen Betrug und handelt demnach unrecht. Dasselbe gilt von den Massen; wer wissentlich ein mangelhaftes Mass benutzt, handelt betrügerisch und daher ungerecht. Mit der Güte des verkauften Gegenstandes verhält es sich ähnlich; wer einen buglahmen Gaul statt eines gesunden Pferdes verkauft, macht sich, wenn er dies wissentlich thut, des Betruges schuldig. In allen solchen Fällen ist der Verkäufer verpflichtet, Ersatz zu leisten. Waren die Mängel vorhanden, ohne dass er es wusste, so hat der Verkäufer allerdings keine Sünde begangen, ist aber gleichwohl zum Ersatz verpflichtet. Dasselbe gilt, falls ein Käufer infolge Unwissenheit des Verkäufers einen Gegenstand zu billig erstanden hat.

Und nun zu den drei Beweisgründen. Der von dem alchimistischen Golde ist wertlos; denn das Gold wird nicht allein wegen der Verwendungen, die es als Stoff zulässt, sondern auch um seiner Vornehmheit und seiner Reinheit willen, wie ferner wegen seiner medizinischen Eigenschaften geschätzt. Könnte die Alchemie wirkliches Gold machen, so wäre es nicht unrecht, dies als Gold in den Handel zu

bringen. Was die Verschiedenheit der Mafse betrifft, so müssen solche an den verschiedenen Orten voneinander abweichen, weil an Orten, wo die Waren in größerer Menge vorhanden, die Mafse für selbige auch gewöhnlich größer sind. Daher ist es die Pflicht der Behörden eines jeden Ortes, mit Rücksicht auf die jeweiligen Umstände geeignete Mafse festzusetzen. Und nur solche von der Behörde oder durch die Gewohnheit eingeführten Mafse sollten benutzt werden²⁷. Bezüglich der Güte der Ware endlich ist darauf zu achten, welchem Gebrauche die Ware dienen soll, und dieser Gebrauch ist von Eigenschaften abhängig, deren Kenntniss sich Käufer und Verkäufer leicht verschaffen können.

So führt uns der Aquinate in allen Fällen zurück zu der Frage: Darf ein Verkäufer etwas verkaufen, von dem er weiß, daß es nach Güte oder Maß der Voraussetzung des Käufers nicht entspricht? Thut er dies, so macht er sich des Betruges und folglich der Sünde schuldig, welche das göttliche Gesetz verhüten will, selbst wenn es das menschliche nicht thut.

Hierauf geht Thomas auf eine Frage von fast noch größerer praktischer Bedeutung über: Ist der Verkäufer verpflichtet, auf einen Fehler seiner Ware hinzuweisen? Für die Annahme, daß er hierzu nicht verpflichtet sei, liegen vier Gründe vor. Zunächst ist der Käufer zum Kauf nicht gezwungen; dieser hängt einzig von seiner Beurteilung ab, und täuscht ihn sein Urteil, so fällt dies dem Verkäufer nicht zur Last²⁸. Zweitens wäre eine Handlungsweise thöricht, die dich an der Weiterführung deiner Geschäfte hinderte, und dies wäre der Fall, wenn du die Mängel der zum Kauf ausstehenden Waren aufdecktest. Drittens ist es weit wichtiger, den Pfad der Tugend zu kennen, als die Güte der Ware. Doch bist du nicht verpflichtet, jedweden für sein Verhalten gute Ratschläge zu geben, folglich auch nicht gehalten, den Käufer bei seinem Kaufe mit Rat zu unterstützen. Endlich aber bezweckt das Aufdecken von Fehlern an den Waren nichts anderes, als eine Herabsetzung des Preises. Der Preis würde sich aber auch oft niedriger stellen, wenn du anderer Dinge Erwähnung thätest; kämst du z. B. mit einem Vorrat Weizen auf einen Markt, wo nur wenig Korn feilgeboten

wird, wüßtest aber, daß deiner Zufuhr noch weitere Zufuhren folgen werden, so würdest du, falls du diesen Umstand erwähntest, für deinen eigenen Weizen weniger erhalten. Doch giltst du nicht für verpflichtet, eine derartige Mitteilung zu machen, woraus folgt, daß du ebenso wenig verpflichtet bist, Mängel des zu verkaufenden Gegenstandes aufzudecken.

Aber allem dem steht der Ausspruch des heil. Ambrosius entgegen: „Es ist beim Verkauf auf die Mängel der Ware hinzuweisen“. Thomas von Aquino kleidet seine Schlußfolgerung in weniger nachdrückliche Worte, er sagt: Ein Verkäufer darf zuweilen von Rechts wegen, um sich vor Schaden zu hüten, über verborgene Fehler einer Ware Stillschweigen beobachten, vorausgesetzt, daß ein solches Stillschweigen nicht zu Verlust oder Gefahr für den Käufer ausschlägt.

Es ist stets unrecht, so sagt er, jemand Gefahren oder Verlusten auszusetzen, und das thust du, wenn du fehlerhafte Waren verkaufst, ohne auf die Fehler aufmerksam zu machen. Du fügst dem Käufer Schaden zu, wenn der Gegenstand infolge seiner Mängel thatsächlich weniger wert, und der Preis nicht dementsprechend herabgesetzt ist; du bringst ihn in Gefahr, wenn der Gebrauch des Gegenstandes durch seine Mängel gefahrdrohend wird, — wenn du z. B. ein lahmes Pferd für ein gesundes, ein baufälliges Haus für ein festgefügtes, schlechtes Fleisch für gutes verkaufst. Und werden in solchen Fällen die Schäden nicht aufgedeckt, so handelt der Verkäufer betrügerisch und ist zum Ersatz verpflichtet. Sind die Mängel dagegen offenkundig, wie z. B. bei einem einäugigen Pferde, oder sagt der Gegenstand dem Verkäufer nicht zu, gefällt aber irgend sonst jemandem, so ist der Verkäufer (vorausgesetzt, daß der Preis entsprechend verringert wird) nicht verpflichtet, sich über vorhandene Mängel auszulassen, denn thäte er dies, so möchte der Käufer den Preis vielleicht mehr als billig herabgesetzt wissen wollen²⁹.

Und nun zu den Gegenbeweisen. Zunächst kann man nur über das ein Urteil fällen, was einem klar vor Augen liegt, so daß, wenn es sich um einen verborgenen Fehler handelt, nicht lediglich das Urteil des Käufers in Frage kommt³⁰. Zweitens hast du nicht nötig, den Ausrufer herumzuschicken und den Fehler öffentlich verkünden zu

lassen; denn das möchte Leute, denen die Ware von Nutzen sein könnte, verscheuchen; wohl aber mußt du jeden sich einstellenden Käufer auffordern, die guten und die schlechten Eigenschaften der Ware miteinander zu vergleichen. Und drittens: obgleich du nicht verpflichtet bist, über alles und jedes jedem die Wahrheit zu sagen, so bist du doch in dem Falle gehalten, dies zu thun, wenn aus deiner Handlungsweise einem Anderen Schaden erwachsen könnte. Der vierte Beweis dürfte sich von des Aquinaten Standpunkte aus schwerer führen lassen, denn nach den Grundsätzen christlicher Moral möchte es scheinen, als sei ein Kornhändler thatsächlich verpflichtet, etwaige Käufer von dem bevorstehenden Eintreffen anderer Händler in Kenntniss zu setzen. Thomas macht jedoch dem wachsenden Handelsgeiste der Zeit ein Zugeständnis und räumt ein, daß ein solcher Händler durch sein Schweigen kein Unrecht thue, obwohl es natürlich von größerer Redlichkeit zeugen würde, wenn er von der kommenden Zufuhr Mitteilung machte oder sein eigenes Korn zu einem geringeren Preise verkaufte. So kommt er denn durch ziemlich lahme Beweisführung zu dem Schluß, beide Fälle seien nicht gleichartig; der Wert des Kornes werde nämlich lediglich erst durch neue Zufuhren verringert, während die fehlerhafte Ware schon durch die ihr anhaftenden Fehler geringwertiger sei³¹.

Man beachte, mit welcher Mäßigung Thomas seinen Standpunkt vertritt. Niemand soll wissentlich einem Anderen Verlust oder Schaden zufügen; aber eine schadhafte Ware kann immer noch des Erwerbes wert sein; taugt sie nicht für den einen Zweck, so kann sie vielleicht für einen anderen dienen. Wie bei Regelung der Gewerbe derartigen Erwägungen thatsächlich Rechnung getragen wurde, dafür liegt uns im folgenden Jahrhundert ein belustigendes Beispiel aus London vor. Im Jahre 1378 wurde ein gewisser Gerber von den Aufsehern der Schusterzunft vor den Bürgermeister geführt, weil er schlechte Häute zum Verkauf ausgelegt hatte. Der Gerber behauptete, daß diese Häute, wenn auch nicht für Schuster, so doch für andere Handwerker tauglich seien, worauf aus zwei Sattlern, einem Täschner, einem Gürtler, zwei Lederflaschenverfertignern, zwei Gerbern, zwei Lederzurichtern und zwei Schustern eine Jury gebildet wurde, „welche auf Eidschwur alle besagten Häute für roh und in derzeitigem Zustande zu keinem

Gewerbe tauglich erklärte“, und so ging der Besitzer seiner Häute verlustig³². Sicherlich wäre der Gerber ohne weiteres davon gekommen, hätte er beweisen können, daß seine Häute überhaupt zu irgend einem Zwecke zu gebrauchen seien.

Die drei vorhergehenden Fragen behandelten das Verhältnis des Landbauers und der Handwerksmeister zu der Öffentlichkeit. Den für ihn schwierigsten Punkt, nämlich die Beziehung des nicht fabrizierenden Kaufmannes zum großen Publikum, spart Thomas bis zuletzt auf. Wie wir sahen, hatten sich die früheren christlichen Sittenlehrer häufig dahin ausgesprochen, der kaufmännische Beruf sei an sich ein sündhafter. Thomas dagegen beginnt die Erörterung mit der Frage: Ist es recht, im Handel billig zu kaufen und teuer zu verkaufen? — augenscheinlich in der Absicht, diese Frage bejahend zu beantworten, obgleich mit ganz bedeutenden Einschränkungen. Für die Sündhaftigkeit des Handels machen sich drei Gründe geltend. Der Handel muß zunächst sündhaft sein nach dem Ausspruch des Chrysostomus: „Wer einen Gegenstand kauft, um ihn unverändert und des Gewinnes halber zu verkaufen, gleicht den aus dem Tempel vertriebenen Verkäufern“. Zweitens ist schon nachgewiesen worden, daß es unrecht ist, einen Gegenstand unter seinem Werte zu kaufen oder über seinem Werte zu verkaufen; wer aber billig kauft und teuer verkauft, muß eines oder das andere thun. Drittens sagt Hieronymus: „Gleichwie die Pestilenz fliehe den Priester, der ein Kaufmann ist und aus Armut zu Reichtum gelangt“; und was ein Unrecht ist für die Geistlichkeit, kann nicht recht sein für die Laien.

Dagegen sagt Augustinus: Wenn auch der habgierige Händler einen Verlust verwünscht und über den Preis lügenhafte Angaben macht, so sind dies doch Laster, die dem Menschen und nicht der Beschäftigung anhaften; denn diese kann auch ohne solche Laster betrieben werden. Thomas entscheidet sich demnach seinerseits dahin: der Handel sei zwar gestattet, um das zum Leben Notwendige zu erlangen; dagegen sei es etwas an und für sich Niedriges, um des Gewinnes willen Handel zu treiben³³, es sei denn, daß der Gewinn eines ehrenvollen Zweckes halber erstrebt werde.

Aristoteles, so sagt er, unterscheidet zwischen zwei Arten des Austausches. Nach ihm giebt es zunächst einen

natürlichen Austausch, vermittelt dessen aus Gründen der Notwendigkeit ein Ding gegen ein anderes oder Waren gegen Geld eingetauscht werden; doch findet diese Art von Austausch in erster Linie ihre Anwendung bei einem Hausverwalter oder einem Staatsmanne, welche beide die notwendigen Bedürfnisse für die Wirtschaft oder den Staatshaushalt herbeizuschaffen haben. Sodann giebt es eine zweite Art des Austausches, vermittelt deren Geld gegen Geld oder Waren gegen Geld des Gewinnes halber getauscht wird. Solcher Handel ist schon an und für sich niedrig, denn er macht sich zum Diener einer schrankenlosen Gewinnsucht³⁴. Er ist niedrig, insofern er kein notwendiges und ehrenhaftes Endziel verfolgt. Doch ist der Gewinn — der Zweck des Handels — an sich der Tugend nicht zuwider; d. h. nicht der Gewinn als solcher, sondern nur das maßlose Verlangen nach Gewinn ist ein Unrecht. Und da es nichts giebt, was den Gewinn hindern könnte, einem notwendigen oder selbst ehrenhaften Zwecke zu dienen, so würde schon das den Handel zu etwas Erlaubtem machen; so z. B. wenn jemand behufs der Unterhaltung seiner Familie oder der Unterstützung der Armen einem mäßigen Gewinne nachgeht. Gleiches gilt in noch höherem Grade, wenn der Handel zum öffentlichen Wohle betrieben wird, damit ein Land nicht der notwendigen Lebensbedürfnisse entbehre, und wenn der Kaufmann den Gewinn nicht als Zweck, sondern als Lohn seiner Arbeit betrachtet³⁵.

Thomas von Aquino findet daher gegen den Ausspruch des Chrysostomus nichts einzuwenden. Der Handel ist in der That sündhaft, sagt er, sobald sein Endziel der Gewinn selbst ist, und noch mehr, wenn die Ware unverändert für einen höheren Preis verkauft wird. Ist der Gegenstand dagegen mittlerweile vervollkommnet worden, so ist der Gewinn nur Lohn für die hinzugekommene Arbeit, und selbst der Gewinn als solcher darf von Rechts wegen angestrebt werden, sobald er einem notwendigen oder ehrenhaften Zwecke dient. Den zweiten Einwand widerlegt er, indem er unterscheidet zwischen einem billigen Einkauf, lediglich um teuer zu verkaufen, und einem billigen Einkauf, um aus irgend einem anderen Grunde teuer zu verkaufen. Letzteres darf von Rechts wegen geschehen, sobald der Gegenstand mittlerweile verbessert ist, oder in Fällen, wo die Preise je nach Ort und Zeit zufällig von-

einander abweichen, und endlich wegen der mit der Überführung der Ware von einem Orte nach einem anderen verbundenen Gefahren. Auch aus anderen Stellen geht hervor, daß Thomas als Folge der Arbeit, die das Überführen der Ware nach einem anderen Markte verursacht, die Berechtigung eines höheren Preises anerkennt. Was das Verbot für die Geistlichkeit anlangt, so läßt sich aus ihm nicht folgern, daß der Handel sündhaft sei; denn die Geistlichen sollen selbst den Schein des Unrechts meiden.

Wir sind jetzt in der Lage, die Lehre des Thomas von Aquino als ein Ganzes zu übersehen. Seine Meinung ist offenbar die, daß in jedem besonderen Lande oder Landstriche für jede Ware zu jeglicher Zeit ein bestimmter, gerechter Preis bestehe, und daß die Preise demnach von jeweiliger³⁶ Zufuhr oder Nachfrage, von persönlicher Laune oder Gewandtheit beim Feilschen auf dem Markte nicht abhängig sein dürfen. Es ist die sittliche Pflicht des Käufers wie des Verkäufers, zu versuchen, diesem gerechten Preise möglichst nahe zu kommen. Überdies ist jeder Ware ein gewisses Mafß und eine gewisse Beschaffenheit eigen; auch diese müssen gesichert werden. Und haben die Waren Mängel oder Schäden, so ist es die Pflicht des Verkäufers, solche Schäden aufzudecken.

Was den Handel anbetrifft, so ist Thomas zwar im Zweifel gerade bei dem Punkt, an welchem die Scheidelinie zu ziehen ist; er möchte aber offenbar Erlaubtes und Unerlaubtes gern scharf voneinander trennen. Die Unterscheidung hängt gewissermaßen von dem Beweggrund des Händlers ab. Trachtet dieser weniger nach Gewinn, als vielmehr danach, sich und seine Familie oder die Armen mit notwendigen Lebensbedürfnissen zu versorgen, oder führt er in sein Land Waren ein, an denen es diesem wirklich gebricht, und hat er hierbei, den ihm zufallenden Gewinn als Lohn betrachtend, doch sein Augenmerk nicht lediglich auf den Gewinn gerichtet: so verdient solche Art des Handels volle Billigung. Ist es hingegen gerade der Wunsch nach Gewinn, der jemanden antreibt, so ist solch ein Handel etwas Niedriges, Gemeines. Und was noch wichtiger ist, Thomas verdammt allen rein spekulativen Handel, jeden Versuch, die Veränderungen des Marktes geschickt zum eigenen Gewinn auszunutzen. Er sagt uns allerdings nicht, in welcher Weise der gerechte Preis der

von einem Händler nach einem entlegenen Markte gebrachten Ware zu bestimmen sei; doch scheint aus dem, was er über die Art und Weise des berechtigten Handels sagt, hervorzugehen, daß er das als den gerechten Preis angesehen haben will, was sich mit dem von dem Kaufmanne selbst gezahlten Preise deckt. Hierzu käme ein Gewinn, der dem Kaufmanne den nach der öffentlichen Meinung für seinen Stand notwendigen Lebensunterhalt sicherte.

Die einzige Form staatlichen Eingreifens, die Thomas selbst empfiehlt, ist die Regelung der Maße und Gewichte. Doch mußte das unvermeidliche Ergebnis einer solchen Lehre über das, was im Bereich wirtschaftlichen Lebens sündhaft sei, und was nicht, die Behörden von Staat, Gemeinde und Gilde zu einem Versuche führen, zuerst besondere Schäden zu bessern, und später, als die Menge der zu bessernden Schäden zunahm, Handel und Gewerbe nach jeder Richtung hin zu überwachen. Denn erst in verhältnismäßig neuer Zeit machen sowohl öffentliche Meinung, wie Gesetzeslehre, einen Unterschied zwischen Gesetz und Sittlichkeit. Alles Unrecht — so meinte man — sei am besten unter Androhung von Strafe zu verbieten. Es gab Streitigkeiten über die genauen Grenzen zwischen der Befugnis geistlicher und weltlicher Macht; man stellte Theorien darüber auf, was die höchste weltliche Macht in einem Staate ausmache; und es kam zu Reibungen zwischen den verschiedenen staatlichen Organen, wie z. B. zwischen centralen und städtischen Behörden. Doch gab es nichts der heutigen Empfindung Entsprechendes, derzufolge gewisse Handlungen gänzlich mit dem eignen Gewissen abzumachen sind und von Rechts wegen keine „Einmischung von außen“ her zulassen.

§ 17. Die Lehre der Kirche über den Wucher, d. h. über die Annahme irgend einer Bezahlung für ein Gelddarlehn, ging noch unmittelbarer aus den Lehren des Evangeliums hervor, als die Lehre vom gerechten Preis. Sie begann mit dem Versuch, die Vorschrift einzuschärfen: „Leihet, indem ihr nichts dafür hoffet“³⁷, und bezeichnet dies als einen Teil brüderlicher Liebespflicht unter den Christen, als eine Vorschrift, welcher die Kraft eines göttlichen Gebotes innewohne, der daher zu gehorchen sei, selbst wenn sie sich nicht, wie es doch die Ansicht der

meisten Kirchenväter zu sein schien, unmittelbar an das menschliche Gewissen gewandt hätte. Das Verbot, Geld auf Zins auszuleihen, war zuerst eine lediglich dem Klerus auferlegte Disciplinarverordnung; das Konzil zu Nicäa (im Jahre 325) verbot den Geistlichen, Zinsen zu nehmen, und zwar unter der Androhung, daß man sie ihres geistlichen Amtes entsetzen würde, und die Pflicht, sich solchen niedrigen Gewinnes zu enthalten, wurde durch die Synodal-Verordnungen und in den Schriften der Kirchenväter wiederholentlich eingeschärft. Durch die Kapitularien Karls des Großen und die Kirchenversammlungen des 9. Jahrhunderts³⁸ wurde das Verbot auch auf die Laienwelt des westlichen Europa ausgedehnt. In der hierauf folgenden Zeit jedoch wird in zeitgenössischen Berichten der Sache nur spärlich Erwähnung gethan; vermutlich weil Fälle, in denen Einzelne über große Summen Geldes zu verfügen hatten, so selten vorkamen, und der Einfluß der Kirche so bedeutend war, daß Beispiele, in welchen für Darlehen eine Bezahlung empfangen wurde, nicht allzu oft vorkamen.

Wir können nicht umhin, die seit dem 12. Jahrhundert von den Kirchenlehrern der Sünde des Wuchers aufs neue geschenkte Aufmerksamkeit mit dem im Westen wieder erwachten Studium des römischen Rechts in Verbindung zu bringen. Kein Gesetzgeber oder Richter konnte in Unwissenheit darüber bleiben, daß jenes Gesetzbuch, welches von der Menschheit als höchste Verkörperung menschlicher Weisheit und Staatskunst betrachtet wurde, Darlehen um des Gewinnes willen ausdrücklich gestattete und Mittel und Wege an die Hand gab, die Zahlung von Zinsen wie von Kapital zu erzwingen³⁹. Der größte aller Glossatoren, Accursius von Bologna (1182—1260), beachtet bei Auslegung des den Wucher betreffenden Abschnittes aus dem Justinianschen Gesetzbuche das kanonische Gesetz ganz und gar nicht, und bezeichnet als Gewährsmänner für seinen Ausspruch, daß ein Vertrag über die Zahlung von Zinsen vollständig gerechtfertigt sei, den Irnerius und dessen Schüler Bulgarus aus dem vorhergehenden Jahrhundert⁴⁰. Wenn man zeitgenössischer Satire Glauben schenken darf, so schreckte Accursius nicht davor zurück, seine Theorie durch die Praxis zu beweisen; er soll nämlich seine Professoreneinkünfte durch den Gewinn als Geldverleiher vermehrt und sogar seinen eigenen Schülern geliehen haben⁴¹. Es

ist für Engländer nicht zu vergessen, daß der Sohn dieses Juristen mindestens sieben Jahre lang als Mitglied des geheimen Rates in Eduards I. Diensten stand⁴².

Die päpstliche Gesetzgebung hatte schon im Jahre 1179 begonnen, gegenüber einem als in Zunahme begriffen erachteten Übel Stellung zu nehmen. Von den Bestimmungen des in jenem Jahre von Alexander III. abgehaltenen großen lateranischen Konzils lautet eine wie folgt: „Da fast in jedem Orte die Sünde des Wuchers so vorherrschend geworden ist, daß viele Leute jegliches andere Geschäft aufgeben und, ohne Rücksicht auf das in beiden Testamenten enthaltene Verbot, Wucherer werden, als ob das erlaubt sei, so befehlen wir, daß offenkundige Wucherer nicht zum Abendmahl zugelassen werden sollen, noch, wenn sie in ihrer Sünde sterben, ein christliches Begräbnis haben; auch soll kein Priester ihr Almosen annehmen“. Diesem Befehle zuwiderhandelnde Geistliche waren so lange ihres Amtes zu entheben, bis sie ihren Bischof zufriedengestellt hatten⁴³. Derselbe Papst hatte in Briefen an den Erzbischof von Salerno und den Bischof von Piacenza erklärt, daß Wucherer und selbst die Erben von Wucherern gezwungen werden sollten, ihren unrechtmäßigen Gewinn zurückzugeben, widrigenfalls sie ähnlichen Strafen, wie den vorerwähnten, verfielen⁴⁴.

Die zu Anfang des folgenden Jahrhunderts entstehenden Bettel- und Prediger-Orden, deren Mitglieder das Gelübde unbedingter Armut ablegten, gaben den Bestrebungen, dem Übel des Wuchers durch die Macht der Kirche entgegenzuarbeiten, neue Anregung. Eine große Anzahl von Mitgliedern des erstgenannten Ordens war eifrig bemüht, dem heil. Franz von Assisi in seiner gänzlichen Verachtung weltlicher Güter gleich zu kommen; der Prediger-Orden dagegen systematisierte die Kirchenlehre, und sein Hauptvertreter, Thomas von Aquino, kleidete die Gründe gegen den Wucher in eine philosophische Form. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Wucherer nur mit geistlichen Strafen bedroht gewesen, und es war kein Versuch gemacht worden die weltlichen Behörden der verschiedenen Staaten zu Maßnahmen gegen den Wucher zu veranlassen. Auf einer anderen großen Kirchenversammlung, der von Lyon (1274), war es, wo Gregor X. nach beiden angegebenen Richtungen hin aufs neue vorzugehen wagte. Einesteils bestimmte er,

dafs keine Gemeinde oder Körperschaft, und kein Einzelner fremden Wucherern gestatten solle, auf ihren Ländereien Häuser zu mieten oder überhaupt zu wohnen; die Wucherer seien vielmehr binnen dreier Monate auszutreiben; und er verbot jedem Einzelnen, den Geldverleihern Häuser zu vermieten. Das Land der diesem Befehle Zuwiderhandelnden sollte — falls es sich um Prälaten handelte — mit Kirchenbann belegt; die Laien dagegen sollten von ihrem Pfarrherrn mit Kirchenstrafen bedacht werden⁴⁵. Letztere Mafsregel erwies sich allem Anscheine nach nicht sehr wirksam; gröfsere Bedeutung mufs daher einer anderen Verordnung beigelegt werden, welche bestimmte, dafs der letzte Wille unbußfertiger Wucherer — d. h. solcher Wucherer, die nicht zurückerstatteten — ungültig sein solle⁴⁶. Dies brachte den Wucher endlich unter die Zuständigkeit geistlicher Gerichtshöfe, welche in Testamentssachen allerorten ein Monopol erlangt hatten.

Der letzte Schritt wurde im Jahre 1311 gethan, da Clemens V. alle weltliche Gesetzgebung zu Gunsten des Wuchers für null und nichtig erklärte und den Glauben von der Sündlosigkeit des Wuchers als Ketzerei brandmarkte. Die Verordnung scheint ihrem Wortlaute nach ursprünglich für städtische Behörden bestimmt und insbesondere an die Städte Italiens und Süd-Frankreichs gerichtet gewesen zu sein. „Da nun,“ so heifst es, „die betrübende Kunde vor uns gekommen ist, dafs gewisse Gemeinden, indem sie wider Gott und ihren Nächsten, wider göttliches und menschliches Recht gleicherweise sündigen, durch ihre Verordnungen gestatten, Wucher zu fordern und zu zahlen, und die Schuldner zwingen, Zinsen zu zahlen, so verfügen wir hierdurch unter Zustimmung dieses heiligen Konzils (von Vienne), dafs welcherlei Behörden, Hauptleute, Rektoren, Konsuln, Richter, Räte und andere mehr sich herausnehmen, in Zukunft irgendwelche Verordnungen zu erlassen, dafs Zinsen zu zahlen, oder dafs ein Wucherer nicht zu Ersatz verpflichtet sei, der Strafe der Exkommunikation verfallen sollen.“ Dieselbe Strafe trifft sie, falls sie alle derartigen Verordnungen nicht binnen dreier Monate aufheben. Wucherer sollen gezwungen werden, in vorkommenden Rechtsfällen ihre Bücher vorzulegen. Und „wenn irgend wer sich soweit verirren sollte, auf der Behauptung zu beharren, dafs es keine Sünde sei, Geld gegen Zins auszuleihen, so ver-

fügen wir, daß er gleich einem Ketzer bestraft werde, und machen es allen Geistlichen und Glaubensrichtern zur Pflicht, gegen alle solcher Ketzerei Verdächtigen mit Strenge vorzugehen“⁴⁷.

Wir können uns nicht verwundern, daß mit einer solchen Mahnung vor Augen der Rechtsgelehrte Bartolus (1314 bis 1357), der Begründer der zweiten großen römischen Rechtsschule, eine von der des Accursius beträchtlich abweichende Stellung zu dem Gegenstande einnahm. Er erläutert das den Wucher betreffende Justiniansche Gesetz in üblicher Weise, bemerkt aber wiederholt, daß das Zinsnehmen nunmehr sowohl durch das jus civile wie durch das kanonische Gesetz verboten sei⁴⁸. Die Ansichten der Lehrer des jus civile aber hatten erst ganz allmählich eine Wandlung erfahren. Selbst das Justiniansche Gesetz hatte dem Geldverleiher gewisse Beschränkungen auferlegt⁴⁹; und bei Erklärungen derselben trachteten die römischen Rechtslehrer selbstverständlich danach, sich einige Beweisgründe der Theologen nutzbar zu machen⁵⁰. Wir werden später sehen, daß es zu eben dieser Zeit war, daß die weltliche Gesetzgebung der kirchlichen zu folgen begann; und der besonders auf dem Gebiete des Handelsrechts als Autorität angesehene Rechtsgelehrte Baldus (1327—1400) weist häufig auf das zu seiner Zeit von allen weltlichen Gerichtshöfen streng gehandhabte Verbot des Wuchers hin⁵¹.

Wenden wir uns jetzt den Beweisgründen zu, durch welche Theologen und Gesetzgeber das Verbot rechtfertigten. Der wichtigste dieser Beweise war ihnen, wie schon erwähnt, die Vorschrift des Evangeliums. Sie wurde als entscheidend angesehen, sodaß man es selten für nötig hielt, sich über die Gründe, welche zu ihr geführt hatten, Rechenschaft zu geben. Als auf einen allerdings in zweiter Linie stehenden Beweis aus der heiligen Schrift wurde ferner auf das mosaische Gesetz hingewiesen, welches dem Hebräer verbot, von seinem Bruder Zins zu nehmen; insbesondere handelte es sich um die Mahnung: „Wenn du Geld leihest einem aus meinem Volke, der arm ist, sollst du ihn nicht zu Schaden bringen, noch auch sollst du Wucher von ihm nehmen“⁵². Spätere Schriftsteller wiesen auf die Lehre des Aristoteles hin, nach welcher das Geld an sich unfruchtbar sei, und daher für den Gebrauch desselben gerechterweise keinerlei Nutzen oder Vergütung gefordert

werden dürfe. Unter allen theoretischen Beweisen ward dieser von der öffentlichen Meinung am bereitwilligsten aufgenommen und kommt daher in der Litteratur auch am häufigsten vor, wie z. B. in der wohlbekannten Stelle des „Kaufmanns von Venedig“, wo Antonio den Shylock verhöhnt, weil dieser Ertrag nehme „für unfruchtbar Metall“. Der Hauptgrund aber, durch welchen die großen Scholastiker und Rechtsgelehrten ihre Meinung, daß das Zinsnehmen der gesunden Vernunft zuwider und ungerecht sei, unterstützten, war viel feinerer, spitzfindigerer Art, und eben diesem Grunde muß besondere Beachtung geschenkt werden. Es lief hinaus auf eine Unterscheidung, die zwar dem römischen Recht entlehnt war, aber in einer diesem Recht fremden Weise angewandt wurde, auf eine Unterscheidung zwischen Konsumptibilien — d. h. Dingen, wie z. B. Korn, welche im Gebrauch aufgebraucht oder verzehrt werden, — und Fungibilien, wie beispielsweise ein Haus, das durch den Gebrauch nicht aufgezehrt wird. Das Geld nun gehörte nach dem Ausspruch der Kirchenrechtslehrer zu der ersteren Klasse. Zins fordern hieß also sozusagen nichts anderes, als einen Gegenstand erst verkaufen und dann für den Gebrauch desselben Zahlung erheben, und das war unrecht. Der heutige Leser wird vermutlich einwenden, das Verleihen von Geld könne kaum ein Verkauf genannt werden. Doch hatte das römische Recht gelehrt, daß der Borger, sobald das Geld in seine Hände übergegangen war, nicht allein den Besitz desselben (die *possessio*), sondern auch die Herrschaft, das *dominium*, über dasselbe, d. h. mit anderen Worten ein unbeschränktes Eigentumsrecht über dasselbe erlangte; die Kirchenrechtslehrer folgerten daher, daß die Übertragung des Geldes als ein Verkauf angesehen werden müsse, bei welchem die Zahlung des Preises aufgeschoben sei. Und jedwedem, der noch einzuwenden wagte, daß für den beim Warten auf den Preis entstandenen Zeitverlust eine Entschädigung zu zahlen sei, erwiderten die Kirchenrechtslehrer, die Zeit sei Gemeingut und dürfe daher nicht verkauft werden.

Der auf diese Unterscheidung gegründete Beweis war verhältnismäßig früh aufgetaucht; im *Decretum* wird er dem heil. Chrysostomus zugeschrieben. Doch verlohnt es sich, ihn hier in der Fassung wiederzugeben, in welcher er von Thomas von Aquino aufgestellt wurde; denn diesem ward

er von allen späteren Theologen und Rechtsgelehrten, die ihn dann nur weiter zu erläutern suchten, entlehnt.

Es heisst: „Für ein Gelddarlehn Zins zu nehmen, ist an sich ungerecht, denn es bedeutet so viel als etwas verkaufen, was nicht vorhanden ist; solches aber ist eine Ungleichheit, und daher ungerecht. Um dies zu verstehen, muß man wissen, daß es etliche Dinge giebt, deren Gebrauch in ihrem Verbrauch besteht, wie wenn wir z. B. Wein verbrauchen, indem wir ihn trinken, oder Korn, indem wir es essen. Bei derartigen Dingen ist der Gebrauch des Gegenstandes daher nicht gesondert von dem Gegenstande selbst in Anrechnung zu bringen; wem der Gebrauch gegeben, dem wird gleichzeitig das Ding selbst gegeben, und es werden daher beim Verleihen eines solchen Dinges gleichzeitig alle Eigentumsrechte über dasselbe abgetreten. Wollte man jemand Wein und den Gebrauch des Weines gesondert voneinander verkaufen, so würde er entweder dasselbe Ding zweimal verkaufen (insofern der Gebrauch des Weines dieser selbst ist), oder aber etwas verkaufen, was nicht vorhanden ist. Er würde daher zweifellos eine Ungerechtigkeit und eine Sünde begehen. Und wer gegen zweimalige Vergütung (nämlich gegen Rückgabe der gleichen Warenmenge und gegen eine Entschädigung für den Gebrauch der Ware, die man Wucher nennt) Wein oder Korn verleihen wollte, würde aus demselben Grunde eine Ungerechtigkeit begehen.

„Nun giebt es aber etliche Dinge, deren Gebrauch nicht zugleich deren Verbrauch ist; so besteht der Gebrauch eines Hauses im Bewohnen, nicht im Zerstören desselben. In derartigen Fällen können demnach Gebrauchs- und Verbrauchsrecht gesondert voneinander vergeben werden; wenn z. B. jemand das Eigentumsrecht eines Hauses auf einen Anderen überträgt, die Benutzung des Hauses aber sich selbst für eine gewisse Zeit vorbehält, oder umgekehrt. Daher darf für den Gebrauch eines Hauses von Rechts wegen eine Summe Geldes entgegengenommen werden, und ausserdem am Ende eines vereinbarten Zeitraumes die Rückgabe des Hauses gefordert werden. Das Geld aber ist, wie Aristoteles im fünften Buche seiner „Ethik“ und im ersten der „Politik“ sagt, zu Tauschzwecken ersonnen worden, sodafs der erste und hauptsächlichste Gebrauch des Geldes in seinem Aufbrauchen oder Verausgaben besteht. Und daher

ist es an und für sich ein Unrecht, neben der Rückgabe des Geldes selbst noch eine Vergütung für den Gebrauch desselben anzunehmen⁵³.“

Es wird in einem späteren Abschnitte dargethan werden, wie im 13. Jahrhundert statt der Theorie, daß die Annahme irgend welcher Vergütung für den Gebrauch des Geldes wucherisch sei, sich eine Theorie entwickelte, nach welcher nur die Annahme von Zins über einen gewissen Prozentsatz hinaus für wucherisch galt; und wenn wir uns unserem eigenen Jahrhundert zuwenden, so werden wir sehen, wie die in der Praxis aus einer solchen Unterscheidung hervorgehenden Schwierigkeiten, verbunden mit der Ansicht, daß ein jeder das natürliche Recht habe, bei Geldgeschäften nach Belieben seine Bedingungen zu stellen⁵⁴, die Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen veranlaßten. Es gab eine Zeit, wo jeder, der die wider den Wucher gerichteten Gesetze verteidigte, sich den Namen eines empfindsamen Reaktionärs zuzog. Die politischen Gefahren jedoch, welche durch die unbedingte Freiheit des Vertrags bei Darlehnssachen in Mittel- und Ost-Europa hervorgerufen wurden, Gefahren, groß genug, um die deutsche Gesetzgebung zu bestimmen, einen Schritt rückwärts zu thun und das gesetzliche Verbot des Wuchers in wirksamerer Form⁵⁵ wieder einzuführen, mögen uns veranlassen, eine Betrachtung darüber anzustellen, inwiefern die von uns aufgestellten Ideen mit Rücksicht auf die Zeit ihre Berechtigung hatten, in der sie vorherrschend waren. Zunächst jedoch müssen wir das Argument zu Gunsten der Verzinsung von Darlehen ins Auge fassen, das sich vermutlich neun Personen von zehn, die über die Sache nachdenken, von selbst aufdrängt: „Wer Geld besitzt, ist nicht verpflichtet, es zu verleihen; beliebt es ihm aber, dies zu thun, so steht es ihm auf jeden Fall frei, seine Bedingungen nach eigenem Ermessen zu stellen“. Hierauf würde der Theoretiker des Mittelalters antworten: „Ganz recht, er ist nicht verpflichtet, es zu verleihen; verleiht er es aber, so kann er dies nur unter gerechten Bedingungen thun. Beharrt er dabei, unrechtmäßige Bedingungen zu stellen, so ist er mit geistlichen Strafen zu belegen, und — genügen diese nicht — mit weltlichen. Niemand hat das Recht, mit seinem Eigentum zu machen, was ihm beliebt“.

Nun läßt sich wohl im allgemeinen sagen, daß in der

Zeit vom 11. bis zum 14. Jahrhundert nur sehr wenig Gelegenheit, Kapital anzulegen, vorhanden war⁵⁶. In den Mittelpunkten des Handels allerdings bot sich gegen Ende jener Zeit zuweilen Gelegenheit zur Teilnahme an einem geschäftlichen Unternehmen, und wollte jemand in dieser Weise sein Geld anlegen, so legten ihm, so lange kein bestimmter Zinssatz ausbedungen war, und er an Gewinn und Verlust bona fide teil hatte, weder Kirche noch öffentliche Meinung ein Hindernis in den Weg⁵⁷. Solche Gelegenheiten aber boten sich selten. Wir dürfen nicht vergessen, daß England fast ausschließlich auf den Landbau angewiesen war, und daß seine Bodenbewirtschaftung nach altherkömmlicher Art betrieben wurde, die sich zu Kapitalanlagen wenig eignete. Selbst die aufstrebende Industrie bot dem Unternehmungsgeiste und der Ausdehnung des Geschäftes nur ein wenig umfangreiches Feld; für ein so schnelles Anwachsen der Produktion, wie wir es heutzutage kennen, war die Nachfrage zu gering, die Zahl der vorhandenen Arbeiter zu klein. Unter solchen Umständen wurde ein Darlehn gewöhnlich nur für den Fall eines plötzlichen schweren Schicksalsschlages oder zu unproduktiver Verausgabung aufgenommen, so z. B. wenn ein Ritter sich zum Kreuzzug aufmachte, oder ein Kloster eine Kirche zu bauen beabsichtigte. Ein treffliches Beispiel bietet sich in der Geschichte von S. Edmundsbury, besprochen in Carlyles „Past and Present“. Der alte Abt wirtschaftete schlecht mit den Einkünften des Klosters; die Camera stürzte ein, und es mußten, um dieselbe wieder aufzurichten, £ 27 von einem Juden geborgt werden: eine Schuld, die durch Häufung von Zins auf Zins am Ende von wenigen Jahren auf £ 440 angewachsen war⁵⁸.

In Fällen gleich diesem erschien es ungerecht, daß jemand, der im Besitze von Geld war, welches er selbst nicht gewinnbringend verwerten konnte, sich die Not oder die Frömmigkeit anderer zu nutze machte. Für die Wiedererstattung entliehenen Geldes war meist ausreichende Sicherheit geboten⁵⁹; und da dem Besitzer des Geldes, falls er es nicht auslieh, nur die Wahl blieb, es unbenutzt in Händen zu behalten, so war er, sobald ihm sein Geld zurückgezahlt wurde, in genau derselben Lage, als wenn er sich niemals davon getrennt hätte. Unter solchen Umständen können wir die Sittenlehrer wahrlich nicht tadeln, daß

sie es den nach ihrer Meinung so großen Übeln des Wuchers gegenüber für wohlgethan hielten, die Zahlung von Zinsen gänzlich zu verbieten. Und sie wurden in ihrer Meinung zweifellos noch bestärkt durch die ihnen vor Augen liegenden betrübenden Folgen solchen Wuchers, als da erlaubt war — nämlich des von den Juden betriebenen Wuchers. Die geschichtlichen Juden waren keine kriechenden Feiglinge, sondern nur zu oft unbarmherzige Peiniger, welche auf den königlichen Schutz pochten. Wir können sie kaum tadeln. Sie waren durch Gesetz oder Vorurteil fast in jedem Lande von Bodenbewirtschaftung, Industrie und Handel ausgeschlossen, und wurden so gewissermaßen dem Geldhandel in die Arme getrieben. Vergebens forderte Innocenz III. alle christlichen Fürsten auf, die Juden zur Aufgabe ihrer Wuchergeschäfte zu zwingen; sie waren eine zu einträgliche Einnahmequelle, um sich ihrer zu entledigen — bis endlich die Herrscher Selbstverleugnung und Grausamkeit genug zu zeigen vermochten, um sie samt und sonders aus dem Königreiche zu vertreiben, wie dies im Jahre 1290 von seiten Eduards I. geschah. Die geistlichen Gerichtshöfe waren genötigt, dem Treiben der Juden gegenüber die Augen zu schließen, und da überdies die Gerichtshöfe bis zum Jahre 1274 gegenüber dem Wucherer zu der äußersten Strafe schreiten durften, ihn vom Abendmahl auszuschließen und ihm das christliche Begräbnis zu verweigern, so läßt sich schwer begreifen, wie die Juden in ihren Geschäften hätten gehindert werden können, selbst wenn die Gerichtshöfe kühn genug gewesen wären, solches zu versuchen⁶⁰.

Es wird von sachverständigen neueren Kritikern kaum in Abrede gestellt, daß es im Mittelalter, wenigstens zeitweilig, solch' geringe Gelegenheit zu einträglicher Kapitalanlage gegeben habe, daß sich in Anbetracht der Verhältnisse das starke Vorurteil gegen den Zins einigermaßen rechtfertigen lasse; eine Meinungsverschiedenheit besteht unter ihnen nur mit Bezug auf die Abgrenzung dieser Zeit. Der Eine behauptet, die wirtschaftliche Lage der Dinge sei schon vor dem 12. Jahrhundert eine solche gewesen, daß die päpstlichen Verordnungen unmöglich auf Gehorsam rechnen konnten; er vermag die Bemühungen der Kirche nur als einen vergeblichen Kampf gegen unbesiegbare Tendenzen anzusehen⁶¹. Einem Anderen scheint das Verbot

des Wuchers bis weit in das 15. Jahrhundert hinein gerechtfertigt⁶². Wir können indes kaum annehmen, daß jenes Verbot von der öffentlichen Meinung gebilligt, durch Verordnungen eingeschränkt und bis in das 15. Jahrhundert hinein von den Gerichtshöfen gehandhabt worden wäre (wie es sicher der Fall war), hätte es sich um das häufige Vorkommen von Fällen gehandelt, in welchen das Verbot rechtmäßigen geschäftlichen Unternehmungen wirklich Eintrag that und die Entwicklung der Industrie verhinderte. Wir werden vielleicht in einem späteren Abschnitte (§§ 65—69, 71) Grund finden für die Annahme, daß zu der Zeit, als sich zur Anlage von Kapitalien thatsächlich Gelegenheit bot, auch Methoden zur Erleichterung der Verwertung des Geldes gefunden wurden, welche mit den wesentlichen, das Verbot des Wuchers unterstützenden Grundsätzen nicht in Widerstreit gerieten.

Spätere Schriftsteller, besonders die des 16. Jahrhunderts, haben sich damit beschäftigt, das kanonische Recht in ein System zu bringen und auf alle neuen, etwa vorkommenden Fälle anzuwenden; so gelangten sie zu gewissen theoretischen Begriffen über Geld und Wert, welche nach ihrer Ansicht den einzelnen Vorschriften zu Grunde zu liegen schienen. Sie wiesen nach, wie diese Begriffe miteinander verwandt seien, und auf diese Weise wurde zum erstenmal eine allgemeine wirtschaftliche Theorie festgestellt. Diese Theorie ist von Endemann ausgiebig erklärt worden. Seine Beweisführung geht dahin: weil gewisse allgemeine Begriffe die logische Grundlage bestimmter Verordnungen zu sein scheinen, so müssen diese Begriffe denen, welche die Verordnungen erließen, auch geläufig gewesen sein. Die bisher von uns erörterten Ideen scheinen jedoch vollkommen genügend, um die, wenigstens bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts geltenden Vorschriften und Grundsätze zu erklären. Es ist daher ratsam, die Betrachtungen der allgemeinen kanonistischen Theorie, ebenso wie der Ausnahmefälle und Beschränkungen, die nach und nach ersonnen wurden, bis zur Besprechung späterer Jahrhunderte aufzuschieben.

Wir müssen jedoch die Anwendung, welche das Verbot des Wuchers auf andere Fälle als Gelddarlehen fand, ins Auge fassen. Die Zurückzahlung eines Darlehens samt Zins in Geld war natürlich der erste Gegenstand des Ver-

bots; aber selbst die Kirchenväter des 4. und 5. Jahrhunderts hatten diejenigen getadelt, welche behaupteten, der Wucher bestehe nur im Nehmen von Geldzinsen. „Wenn du jemandem Geld leihst, in der Erwartung, mehr von ihm zurückzuerhalten, als du gegeben hast, sei es nun in Gestalt von Geld, Korn, Wein, Öl oder sonst etwas, so bist du ein Wucherer“, sagt der heil. Augustinus. Hieronymus erklärt fast in denselben Worten: Wucher heiße so viel wie mehr empfangen, als du gegeben hast, — und verurteilt jene, die für ausgeliehenes Geld gewohnt sind, kleine Geschenke verschiedener Art entgegenzunehmen; während der heil. Ambrosius meint: „Wucher ist alles das, was zum Kapital hinzukommt, sei es nun Nahrung, Kleidung oder wie du es sonst nennen magst“. Alle diese Erklärungen wurden von Gratian in sein *Decretum* aufgenommen⁶³. Gregor IX. zog daraus den Schluss: verleihst du eine Summe Geldes unter der Bedingung, daß dir dieses Geld später in Ware zurückerstattet werde — d. h. „in so und so viel Mäßen Getreide, Wein oder Öl“ —, so ist dies, falls du wußtest, daß der Wert solcher Waren vor jener Zeit den Wert der ausgeliehenen Summe Geldes übersteigen würde, ebenfalls Wucher⁶⁴. Solch ein Geschäft, wie das eben genannte, konnte sowohl als Darlehn wie als Kauf angesehen werden; und obgleich das Verbot einen Verkauf, bei welchem der Käufer noch nicht wußte, ob zur Zeit der Ablieferung der Ware deren Wert größer oder geringer sein würde, nicht behinderte, so trat er doch sicher dem spekulativen Handel entgegen, bei welchem der Käufer das Steigen des Wertes erwartete⁶⁵. Denn es war nicht so sehr das thatsächliche Einheimsen größeren Gewinnes, als vielmehr die Absicht, größeren Gewinn zu erzielen, die für sündig galt.

Eine zweite Schlussfolgerung von vermutlich noch größerer Wichtigkeit war die: da es unrecht war, für ein Darlehn die Hauptsumme in Geld samt dem Zins in natura, oder auch mehr als den Wert des geliehenen Geldes in natura zurückzuerhalten, so mußte es auch unrecht sein, sobald man den Wert in natura erhalten, noch außerdem die Hauptsumme in Geld zu verlangen. Dies geschah in solchen Fällen, wo als Sicherheit für eine Schuld Grundbesitz in Pfand gegeben war. Hatte der Verleiher des Geldes das Land in Besitz genommen

und es lange genug bewirtschaftet, um durch dessen Erträge den Wert der ursprünglich ausgeliehenen Summe wieder einzubringen, so war er verpflichtet, das Land zurückzugeben. Derartige Fälle müssen besonders zahlreich gewesen sein. Die mit Bezug hierauf auf dem Konzil zu Tours im Jahre 1163 erlassene Verordnung hatte es lediglich mit solch schlechter Führung seitens der Geistlichkeit zu thun; das Verbot solchen unrechten Gewinnes bei der Laienwelt findet sich in einer von Alexander III. an den Erzbischof von Canterbury und dessen Suffragan-Bischof gerichteten Bulle, in welcher es heisst: „Da es nicht nur den Geistlichen, sondern auch allen Anderen Gefahr bringt, wucherischem Gewinn nachzugehen, so schärfen wir euch ein, diejenigen, welche aus den Erträgen der ihnen bekanntermaßen zu Pfand gegebenen Besitzungen oder Wälder das ausgeliehene Kapital (ebenso wie die Auslagen für die Bewirtschaftung) zurückerhalten haben, durch geistliche Strafen zu zwingen, besagte Pfänder wieder zu erstatten“⁶⁶. Und im folgenden Jahrhundert wurde diese Vorschrift in einer von S. Edmund Rich von Canterbury erlassenen kirchlichen Verordnung wiederholt. Diese lautet: „Wir verbieten, daß jemand sich unterfange, ein Pfand zurückzubehalten, nachdem ihm aus den Erträgen desselben das ausgeliehene Geld sowohl, wie die Auslagen wiedererstattet sind, denn solches Thun ist wucherisch“⁶⁷.

Der Übergang vom Wucher im strengen Sinne des Wortes zu wucherischem Verfahren im Alltagshandel war nicht schwer. So wurden alle als Entgelt für gewährten Kredit geleisteten Geldzahlungen — alle Kaufverträge, infolge deren die Waren, weil der Verkäufer einige Zeit auf Zahlung zu warten hatte, zu einem höheren Preise verkauft wurden, als sie wirklich wert waren — als wucherisch bezeichnet. Denn solche Handlungsweise lief auf dasselbe hinaus, als wenn der Verkäufer dem Käufer für das Ausleihen der Waren als solcher, oder für den Geldbetrag, welcher den gerechten Preis der Waren ausmachte, auf so lange, als der Verkäufer auf Zahlung wartete, Wucher anrechnen wollte. Es ist bezeichnend, daß das ausdrückliche Verbot solchen Brauches zuerst in einer im Jahre 1176 von Alexander III. an den Erzbischof in Genua gerichteten Bulle erschien — Genua lag damals wegen der Oberherrschaft über den Mittelmeer-Handel mit Pisa in Streit —

und daß unter den bei dieser Gelegenheit erwähnten Waren besonders die Gewürze hervorgehoben wurden. Der Gewürzhandel rief vermutlich die erste Genossenschaft von Großhändlern ins Leben, welche sich mit dem ausschließlichen Vertrieb eines besonderen Handelsartikels befaßten, nämlich die Genossenschaft der Spezereihändler; und wir dürfen wohl annehmen, daß Fälle von Kauf auf Kredit, wie solche in dem Schreiben erwähnt werden, auf seiten der von den größeren Kaufleuten kaufenden kleinen Krämer vorgekommen sein mögen. Es heißt in der Bulle: „Ihr saget uns, es komme in eurer Stadt des öfteren vor, daß Leute Pfeffer oder Zimmet oder andere Waren kaufen, die zur Zeit nicht mehr denn fünf Pfund wert sind, und daß sie denjenigsn, von denen sie die Waren empfangen haben, versprechen, zu einer bestimmten Zeit sechs Pfund dafür zu zahlen. Obgleich Verträge dieser Art und unter solcher Form strenggenommen nicht den Namen Wucher verdienen, so machen sich die Verkäufer nichtsdestoweniger strafbar, falls sie nicht thatsächlich darüber im unklaren sind, ob der Wert der Waren zur Zeit der Zahlung ein größerer oder geringerer sein wird. Eure Bürger werden daher um ihres eigenen Heiles willen wohl thun, von derartigen Verträgen abzustehen“⁶⁸.

Es läßt sich leicht begreifen, daß die Theorie des Wuchers, einmal bis zu diesem Punkte entwickelt, sich mit der Theorie vom gerechten Preise zu ein und derselben Lehre verband, bis in vielen zweifelhaften Fällen die eine Theorie zur Bekräftigung der anderen angewandt werden konnte. Es wird sich verlohnen, diesen Abschnitt mit zwei Anführungen zu beschließen, welche darthun, wie die Lehre in volkstümlicher Form veranschaulicht wurde. Bisher haben wir nur auf die Schriften der Kirchenväter und Scholastiker, auf die Kirchengesetze der Konzilien und päpstlichen Erlasse verwiesen; folgende Anführungen sind dem *Ayen bite of Inwyt* entnommen, einer Art Handbuch für Beichtväter, welches im späteren Mittelalter viel benutzt wurde, nachdem es im Jahre 1340 von einem gewissen Dan Michel, einem Mönche aus Kent, nach einer im vorhergehenden Jahrhundert geschriebenen französischen Abhandlung ins Englische übertragen worden war. Dort heißt es: „Die achte Art der Habsucht ist das Feilschen, wobei die Menschen weltlichen Gewinnes halber vielfach

sündigen, und zwar thun sie dies besonders auf siebenfache Weise. Zunächst, wenn sie die Dinge so billig wie möglich einkaufen und so teuer wie möglich verkaufen. Ferner, wenn sie lügen, schwören und falsch schwören, um ihre Ware teuer zu verkaufen. Drittens durch Mafse und Gewichte, und das kann wiederum auf dreifache Weise geschehen; erstens, wenn ein Verkäufer verschiedene Gewichte oder verschiedene Mafse hat, und mit den größeren einkauft, während er mit den kleineren verkauft; zweitens, wenn er zwar richtige Mafse und Gewichte hat, aber unrichtigen Gebrauch davon macht, wie wenn ein Schenkwirt das Maß auffüllt mit Schaum; drittens, wenn man es beim Wägen eines Dinges so einrichtet, daß dieses schwerer erscheint, als es ist. Die vierte Art der Sünde beim Feilschen besteht darin, die Dinge auf Zeit zu verkaufen (dies bezieht sich zweifellos auf solche Fälle des Verkaufs auf Kredit, wie sie soeben erörtert wurden). Der fünften Art der Sünde macht sich schuldig, wer eine andere Qualität verkauft, als die, welche er vorher gezeigt hat, wie dies z. B. die öffentlichen Schreiber thun, die mit schön geschriebenen Worten beginnen. Die sechste Art äußert sich im Verbergen der wahren Eigenschaften des zu verkaufenden Gegenstandes, wie solches beim Pferdehandel geschieht, und die siebente Art endlich darin, daß der Verkäufer es so einrichtet, den Kaufgegenstand besser erscheinen zu lassen, als er ist, wie wenn die Tuchhändler ihr Tuch bei ungenügender Beleuchtung verkaufen.“ Der Wucher wird ebenfalls in sieben Arten eingeteilt. „Die erste Art ist die, wenn ein Darlehn in Geld gemacht ist, und der Verleiher den Gewinn in Geld erhält (oder in Pferden, Korn, Wein oder Erzeugnissen des Landes, das er in Pfand genommen), außerdem aber das Kapital selbst beansprucht, ohne jene Dinge als Abschlagszahlung anzurechnen. Was aber noch schlimmer ist: ein Gläubiger pflegt zuweilen verschiedene Male im Jahre, und selbst dann, wenn er zu jeder Frist ein Geschenk erhält, auf Zahlung zu dringen, um auf diese Weise den Zinsfuß in die Höhe zu treiben; häufig auch schlägt er die Zinsen zum Kapital hinzu. Solches sind Wuchergeschäfte übler und schmutziger Art. Ein wohlgesinnter Verleiher ist, wer ausleiht nicht um des Gewinnes wegen . . . Die nächste Art des Wuchers ist die derjenigen, welche nicht selbst Geld verleihen, aber dasjenige zurück-

behalten, was ihre Väter (oder die, deren Reichtümer sie geerbt) durch Wucher erworben haben. Die dritte Art ist die jener, welche sich schämen, mit eigener Hand zu leihen, dies aber durch ihre Diener oder sonst jemand thun. Sie sind auf solche Art die Meister im Borggeschäft, und von dieser Sünde des Wuchers sind jene Großen nicht freizusprechen, welche die das Land zu Grunde richtenden Juden und andere Wucherer unterstützen, indem sie das Lösegeld aus der Habe der Armen in Empfang nehmen. Wucher wird ferner von denen getrieben, welche zu einem niedrigen Zinsfusse leihen und zu einem höheren verleihen — dies sind die kleinen Wucherer. Eine fünfte Art des Wuchers zeigt sich darin, daß jemand eine Ware zu einem höheren Preise verkauft, als sie zur Zeit wert ist, oder — was noch schlimmer — daß er zu einer Zeit, wo man einer Ware notwendig bedarf, sie zu einem ihren Wert zwei- oder dreimal übersteigenden Preis verrkauft. Derartige Geschäfte erweisen sich verderblich für die Ritter, welche auf Turniere ausziehen. Die Wucherer empfangen deren Güter zu Pfand und geben sie nicht wieder frei. Andere wieder kaufen Waren, wie Korn oder Wein, zum halben Preise des Wertes und verkaufen sie zu einem ihren Wert mehr als zwiefach übersteigenden Preise; oder aber sie kaufen diese Waren im Herbst oder zu Zeiten, wo sie besonders wohlfeil sind, in der Absicht, dieselben wieder zu verkaufen, sobald sie im Preise gestiegen, und mit dem Wunsche, es möge eine Zeit des Mangels kommen; während noch andere das Korn auf dem Halme, den Wein zur Zeit der Blüte kaufen. Die sechste Art des Wuchers besteht darin, Kaufleuten Geld zu leihen, unter der Bedingung, an deren Gewinne, nicht aber an deren Verlust Teil zu haben . . . Siebentens und letztens aber machen sich diejenigen des Wuchers schuldig, die ihren in Not geratenen armen Nachbarn unter dem Vorbehalt, daß diese für sie arbeiten, ein wenig leihen und für jeden ausgeliehenen Pfennig dreier Pfennige Wert an Arbeit aus ihnen herausschlagen⁶⁹.“

Nichts könnte besser als dieser letzte Satz veranschaulichen, in welcher Weise die beiden Vorschriften, zu einem gerechten Preis zu verkaufen und Wucher zu vermeiden, selbst im Geiste des Verfassers eines Handbuchs für Beichtväter zu einer beinahe identischen zusammenflossen. Es gilt nun, zu untersuchen, in welcher Weise die weltliche

Gesetzgebung es unternahm, diesen Principien Ausdruck zu geben und sie durchzuführen.

§ 18. Den meisten wirtschaftlichen Fragen, die sich mittelalterlichem Denken darboten, stand die Behauptung gegenüber, daß es für jede Ware und für jeden Dienst einen gerechten Geldpreis gebe. Um aber einem solchen Grundsatz zu praktischer Durchführung zu verhelfen, mußte ein Land zunächst einen zuverlässigen Geldumlauf haben. Überdies hatte das römische Recht als ausdrückliches Vorrecht des Staatsoberhauptes die alleinige Befugnis der Münzprägung beansprucht, ein Beispiel, welches sich den Herrschern, deren Macht auf den Trümmern des römischen Reiches begründet war, notwendigerweise zur Nachahmung empfehlen mußte. Aus diesen beiden Gründen, nämlich um sich ein Vorrecht zu wahren und einem allgemein gefühlten Bedürfnis abzuhelpen, begannen die Fürsten der jungen westeuropäischen Staaten schon frühzeitig, auf eigene Hand Münzen zu prägen. Und so wurde die Versorgung mit einem Tauschmittel die erste Hülfeleistung, welche die Organisation des Staates der Gesellschaft angedeihen liefs. Es ist daher notwendig, auf einen Gegenstand eingehender zurückzukommen, der früher schon kurz berührt worden ist.

Die Funktion, welche das Geld in den frühen Gesellschaftszuständen am frühesten zu erfüllen hatte, war nicht so sehr die eines allgemeinen Tauschmittels, als vielmehr die eines Wertaufbewahrungsmittels. Es gab als Regel nur wenig Handel und nur wenig Warenumsatz; die Menschen lebten von dem Ertrage der von ihnen selbst oder ihren Untergebenen bestellten Ländereien. Dennoch kam es zuweilen vor, daß sie den Wunsch oder das Bedürfnis fühlten, Nahrungsmittel, Land oder Sklaven zu kaufen; unternehmende Kaufleute stellten sich von Zeit zu Zeit in den Schlössern der Großen ein, um Juwelen oder Gewänder feilzubieten; manchmal mußte auch ein Wergeld aufgebracht werden. Aber selbst wenn man sich von dem Vorrat an Werten nicht trennte, so erhöhte der bloße Besitz von Dingen, die allgemein als Schmuckstücke erwünscht waren, die Achtung, in welcher der Einzelne stand. Einem derartigen Zwecke dienten bei den englischen, wie bei den skandinavischen Völkern goldene Armspangen und Ringe⁷⁰, wohl auch die wenigen nach dem Siege der Barbaren zu-

rückgebliebenen oder von den Händlern eingeführten römischen Goldmünzen. Das erste neue und von Rom unabhängige Geld im westlichen Europa wurde auf Veranlassung der merovingischen Fürsten geprägt, und zwar in Gold als Nachahmung einer kleinen römischen Münze⁷¹. Die Einführung des Christentums in England, wie sie neue Ideen über königliche Pflichten und Machtbefugnisse und eine engere Verbindung mit dem Festlande mit sich brachte, führte auch fast unmittelbar zu einer Nachahmung merovingischen Geldes. Diese ersten englischen Münzen waren aus Gold gefertigt; es wurden ihrer vermutlich nur sehr wenige geprägt. Die diesem Münzsysteme angehörigen Geldstücke waren indes viel zu kostbar, um im Handel geeignete Verwendung zu finden. Überdies hatten die germanischen Völker schon lange eine grössere Vorliebe für Silber als für Gold gezeigt. So trat denn am Niederrhein, gleichzeitig mit dem Aufschwung des Handels an der friesischen Küste und mit der wachsenden Bedeutung der austrasischen Franken, eine Silbermünze in Erscheinung⁷². Dem dort gegebenen Beispiel schlossen sich die englischen Königreiche, die mit jenen Ländern Handel trieben, nämlich Kent, Essex und Mercia an; und die zu jener Zeit geprägten und unter dem Namen *sceattas* bekannten Silbermünzen waren — wie sich mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen läßt — die ersten Münzen, die in England zu Handelszwecken allgemeine Verwendung fanden⁷³. Sie waren indes nicht bestimmt, in der Geschichte der englischen Umlaufsmittel eine bedeutende Rolle zu spielen, und wurden ungefähr ein Jahrhundert später durch eine Münze von wesentlich verschiedener Art ersetzt, nämlich durch den Silberpfennig, der vom Ende des 8. bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts als einziges Umlaufsmittel in diesem Lande zur allgemeinen Verwendung kam. Der Silberpfennig war ebenfalls eine genaue Nachahmung der ums Jahr 755 von Pipin dem Kurzen im fränkischen Königreiche in Umlauf gesetzten „neuen Pfennige“⁷⁴; er wurde, wie sich annehmen läßt, zuerst von König Offa ausgegeben, der mit den karolingischen Fürsten in dauerndem Verkehre stand. Eine Zeit lang hatte Northumbria seine eigene Kupfermünze; doch gegen Ende des 9. Jahrhunderts mußte auch diese einem dem Pfennig des Südens ähnlichen Silberpfennige weichen⁷⁵.

Es ist wahrscheinlich, daß das Münzrecht von Anfang

an in England als besonderes Attribut königlicher Würde angesehen wurde. Die *sceattas* tragen allerdings keine Inschriften; die Silberpfennige jedoch führen auf der einen Seite den Namen des Münzers, auf der andern gewöhnlich den des Königs, auf dessen Befehl sie in Umlauf gesetzt wurden. Aus diesem Umstande scheint hervorzugehen, daß alle damals in England bestehenden Königreiche — Kent, Ost-Angeln, Northumbria, Mercia und Wessex —, solange sie dem Namen nach von einem Könige regiert wurden, und selbst nachdem die meisten zu Vasallenstaaten herabgesunken waren, ihre eigenen Münzstätten hatten. Und obgleich die großen Ealdormen späterer Jahrhunderte in Wahrheit halb unabhängige Fürsten wurden, so setzten sie doch niemals Geld in Umlauf, das ihren Namen trug. Der Regel, daß nur auf königlichen Befehl Geld geprägt wurde, stehen jedoch drei bemerkenswerte Ausnahmen gegenüber. Es sind noch eine Anzahl Pfennige vorhanden, welche die Namen „Edmund, king“ oder „S. Edmund“ tragen, und wahrscheinlich gegen Ende des 9. und zu Anfang des 10. Jahrhunderts geprägt wurden. Sie wurden vermutlich hergestellt, um zur Erinnerung an den königlichen Märtyrer von Ost-Angeln getragen zu werden, und kamen schwerlich als Umlaufsmittel in Gebrauch⁷⁶. Wichtiger als diese waren die erzbischöflichen Münzen, die von Canterbury, welche die Namen der zwischen den Jahren 766 und 914 lebenden Erzbischöfe trugen, und die von York. Letztere bestanden teils aus kupfernen *stycas* (oder Stücken) mit den Namen der Erzbischöfe von 734 bis 900, teils aus Silberpfennigen, die während der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts den Namen S. Peters trugen⁷⁷. In der fast ununterbrochenen Anarchie während der Regierung der späteren Könige von Northumbria — sowohl der anglischen, wie der dänischen — gelangte der Erzbischof von York als alleiniger Vertreter der Ordnung in der nördlichen Hälfte Englands zu einer in ihrer Art einzigen Stellung. Ebenso besaß der Primas von Canterbury einen Einfluß und eine Macht, die es dem König Egbert ratsam erscheinen ließen, mit diesem als mit einem ihm gleichstehenden Machthaber in Verbindung zu treten⁷⁸. Es läßt sich daher leicht begreifen, warum beiden Erzbischöfen die Ausübung von Rechten eingeräumt wurde, welche sich die Könige gewöhnlich allein vorbehielten. Doch scheint es keine übertriebene Annahme, diesen Um-

stand zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß man die Kirche gewissermaßen als Hüterin sittlicher Handlungsweise in Geschäftssachen ansah, und es daher für das beste hielt, die Reinheit des Geldes als dessen wesentlichstes Erfordernis dadurch zu gewährleisten, daß man das Münzrecht in die Hände von Kirchenfürsten legte. Selbst nachdem die Erzbischöfe von Canterbury aufgehört hatten, Münzen mit ihren eigenen Namen in Umlauf zu setzen, behielten sie das Recht, von den sieben in der Stadt Canterbury beschäftigten Münzmeistern zwei zu erwählen, während der Abt der Christuskirche einen ernannte; in Rochester ernannte der Bischof einen unter dreien⁷⁹. Wie aus späteren Schenkungen ersichtlich, schloß das Recht, einen Münzmeister anzustellen, zweifellos gewisse Nutznießungen ein.

Das dänische Königtum in Northumbria nahm im Jahre 954 ein Ende⁸⁰. Von da an war der einzige in England regierende König der Beherrscher von Wessex. Um dieselbe Zeit übrigens begannen die westsächsischen Könige, sich Titel beizulegen, welche den Begriff unumschränkter Machtbefugnis in sich schlossen, wie z. B. Basileus, Imperator und Caesar⁸¹, — teils wahrscheinlich, um ihre eigene Oberherrschaft über alle anderen Fürsten Britanniens auszusprechen, teils wohl auch, um sich eine Würde anzumalsen, wie sie ihrer Ansicht nach die römischen Kaiser besessen hatten. Eine natürliche Folge hiervon war die, daß von dem König das ausschließliche Vorrecht der Geldprägung beansprucht wurde. „Lasset keinen Mann einen Münzer haben, außer dem König“, heißt es in den Gesetzen Ethelreds vom Jahre 997⁸². Doch dauerte es lange, ehe das Münzen auf einen bestimmten Ort beschränkt und unmittelbar unter der Oberaufsicht königlicher Beamter ausgeübt wurde. Es scheint, als ob die Münzer sich in allen wichtigen Handelsmittelpunkten niederlassen durften oder zeitweilig dort beschäftigt wurden; doch ist von ihrer Stellung oder der Art, wie die Münzen in Umlauf kamen, wenig bekannt. Es war der aufblühende Handel in den Städten, besonders an Hafenorten⁸³, der ein Umlaufsmittel immer notwendiger machte, und man kann die Thätigkeit der Münzer jeder Stadt als in erster Linie durch die Bedürfnisse der Handelsleute des betreffenden Ortes hervorgerufen erachten. Es war in der That völlig unmöglich, ein bestimmtes Maß für Güte und Gewicht innezuhalten, wofern

das Münzen nicht öffentlich in Städten und unter beständiger Aufsicht des Schultheißen betrieben wurde. Und so wurde denn verfügt, daß es bei Todesstrafe nirgends sonst, als an dem einmal bestimmten Orte, ausgeübt werden solle⁸⁴.

So weit hatte England nur denselben Entwicklungsgang verfolgt, wie die übrigen westeuropäischen Länder; vom 10. Jahrhundert an bot es diesen gegenüber jedoch einen auffallenden Gegensatz dar. In Frankreich, Deutschland und Italien wurde das Recht der Münzprägung von allen bedeutenderen Fürsten und Städten erlangt; in England war des Königs alleiniges Vorrecht niemals in Gefahr, ausgenommen während der gesetzlosen Zustände unter der Regierung König Stephans. Zu jener Zeit allerdings sehen wir Münzstätten der Barone auftauchen. Die Forderung der Münzprägung auf eigene Hand wurde von Zeitgenossen mit Recht als Eingriff in die königlichen Rechte angesehen. Heinrich II. fiel es jedoch nicht schwer, dieser Prägung „unechter Münzen“ ein Ende zu machen⁸⁵; und es muß bemerkt werden, daß des Königs alleiniges Recht, das Münzwesen zu ordnen, späterhin nicht nur gegenüber den einzelnen Baronen durchgesetzt, sondern auch gegenüber dem Parlamente behauptet wurde. Als zur Zeit des Krieges der Barone gegen Heinrich III. der regierende Ausschufs der ersteren, die sogenannten Ordainers, eine Bestimmung getroffen hatte, daß ohne Zustimmung der im Parlament versammelten Barone kein Schlagschatz von Münzen erhoben werden solle, wurde dies nach der Niederwerfung der Barone im Jahre 1322 widerrufen.

Trotzdem waren bis zur Regierung Heinrichs VIII. die Könige von England in ehrenwerter Weise vom Verbrechen der Münzverschlechterung frei — in auffallendem Gegensatz zu ihren französischen Nachbarn. Kurze Zeit hindurch war Gefahr vorhanden. William Rufus scheint von seinen Unterthanen eine als *moneyage*, *monetagium* bekannte Abgabe gefordert, oder die Forderung derselben doch wenigstens angedroht zu haben: anscheinend in Geltendmachung seines Rechtes, die Münze zu ändern, und gleichsam in der Absicht, sich dafür bestechen zu lassen, daß er es nicht thäte⁸⁶. Auf diese ebenso wie auf andere Neuerungen, wurde von Heinrich I. ausdrücklich Verzicht geleistet. Seit jener Zeit waren die Bemühungen der Herrscher und ihrer Räte stetig darauf gerichtet, ein gutes Umlaufsmittel für

das Land zu schaffen. Hierbei waren zwei Hauptgefahren zu vermeiden, nämlich die: daß die Münzer die Wachsamkeit der örtlichen Behörden täuschen und minderwertiges Geld ausgeben, und ferner, daß die Münzen, indem sie von Hand zu Hand gingen, beschnitten würden. Ersterem Übel wurde durch unbarmherzige Strenge in der Bestrafung betrügerischer Münzen begegnet und abgeholfen. „Die Hände sollen ihnen abgeschlagen und auf der Münzschmiede aufgesteckt werden“, besagt ein Gesetz Athelstans; „sie sollen zum Tode geführt werden“, heisst es in einem Gesetze Ethelreds⁸⁷. Heinrich I. kam auf die frühere Strafe der Verstümmelung zurück und verhängte selbige im Jahre 1125 in einem Anfall strafender Gerechtigkeit über sämtliche Münzer Englands⁸⁸. Es geht aus den Schriften der Chronisten hervor, daß Heinrichs Verfahren von der Nation dankbar anerkannt wurde. Erst zwei Jahre zuvor hatte eine unter Papst Calixtus zu Rom abgehaltene Kirchenversammlung über derartige Verbrecher die höchste Strafe ausgesprochen, die eine geistliche Behörde verhängen konnte, und alle, die wissentlich falsches Geld fertigten oder solches vorsätzlich in Umlauf brachten, als fluchwürdige Menschen, als Unterdrücker der Armen und Zerstörer des Staates von der Gemeinschaft der Gläubigen ausgeschlossen⁸⁹. Die Bemühungen der Regierung waren in der Hauptsache mit Erfolg gekrönt; die in den folgenden Jahrhunderten sich darbietenden Schwierigkeiten waren eine Folge der Einführung minderwertigen Geldes von aussen.

Die andere Gefahr war gröfser und konnte nur teilweise vermieden werden. Die Sitte des Beschneidens der Münzen war so allgemein verbreitet, daß es oft nötig wurde, den Gebrauch alter Münzen zu verbieten und die Ausgabe neuer zu veranlassen, wie solches in den Jahren 1180 und 1248 geschah⁹⁰. Heinrich I. versuchte, dem Übel dadurch abzuhelpen, daß er befahl, alle innerhalb der Städte Lebenden sollten einen Eid darauf leisten, die Münze zu schützen⁹¹. Die Minister Johanns verfolgten den gleichen Zweck durch eine Kundgebung vom Jahre 1205, nach welcher bei Strafe gefänglicher Einziehung niemand beschnittenes Geld in seinem Besitz behalten durfte⁹², und das Jahr darauf wurde eine Verfügung erlassen, der zufolge als Grenze des zulässigen Mindergewichts ein Achtel festgesetzt und, behufs der Entdeckung der des Geldbeschneidens Schuldigen, die Einsetzung einer Untersuchungs-Jury angeordnet wurde⁹³.

So lange das Münzverfahren so unvollkommen war, wie es bis zum 17. Jahrhundert blieb, war es völlig unmöglich, dieser Art des Betruges ein Ende zu machen. Vollständig runde Münzen konnten nicht eher hergestellt werden, als bis der von dem Hammer geschlagene Stempel durch das Prägwerk ersetzt war⁹⁴; auch der Umstand, daß schon die aus der Münze hervorgehenden Geldstücke voneinander abwichen, erleichterte den Kippern und Wippern ihr Gewerbe. Es war daher von um so größerer Wichtigkeit, die Münzen so gleichartig wie möglich herzustellen. Im Jahre 1208 wurden sämtliche Münzmeister, Münzwardeine und Inhaber von Münzstempeln von London, Winchester, Exeter, Chichester, Canterbury, Rochester, Ipswich, Norwich, Lynn, Lincoln, York, Carlisle, Northampton, Oxford, S. Edmundsbury und Durham aufgefordert, mit ihren alten Münzstempeln nach Winchester zu kommen; diese Stempel wurden ihnen abgenommen, und die betreffenden Leute mit neuen, sämtlich nach einem Muster gearbeiteten Stempeln heimgeschickt: eine Vorsichtsmaßregel, die sich oft wiederholte⁹⁵. Dieses Mittel hatte den weiteren Vorteil, das ganz allmähliche Streben nach Gleichförmigkeit in der Prägung und dem Stempel der Münzen zu fördern. Schon unter Heinrich II. war die Zahl der Stempel auf zwei herabgesetzt worden, und unter Eduard I. endlich wurde sie auf einen beschränkt. Die erste urkundlich erwähnte öffentliche Prüfung der Güte der ausgegebenen Münzen fand im Jahre 1248 statt⁹⁶; im Jahre 1270 wurde eine allgemeine Sichtung der im ganzen Königreiche umlaufenden Münzen anbefohlen⁹⁷, und die erste regelrechte Münzprobe — d. h. die Prüfung der kürzlich in den Münzstätten Londons und Canterburys von den Baronen der Schatzkammer geschlagenen Münzen — wurde im Jahre 1281 oder 1282⁹⁸ veranlaßt. Und so finden wir denn, daß nach und nach die örtlichen Münzstätten his zu einem gewissen Grade der Oberaufsicht centraler Behörden unterstellt und in ihrer Zahl beschränkt wurden. Im Jahre 1279 wurde ein geschickter Münzer aus Marseille zum Obermünzmeister ernannt, mit der Befugnis, in London, Canterbury, Bristol und York Geld zu schlagen; unter Eduard III. wurden nur in London, York, Durham und vielleicht auch in Canterbury Pfennige geprägt, Goldmünzen dagegen nur in London⁹⁹.

Das Metall, aus welchem der englische „penny“ her-

gestellt wurde, war fast allenthalben von gleicher Güte; nur im Gewichte fanden beträchtliche Abweichungen statt. Hierin, wie in allen anderen Einrichtungen ihrer Verwaltung wurden die englischen Herrscher durch das Beispiel des fränkischen Königreichs wesentlich beeinflusst. Karl der Große hatte seinem Münzfuße ein bedeutend schwereres Pfund zu Grunde gelegt, als das, nach welchem die merovingischen Münzer zu rechnen pflegten; seine Pfennige betrugen durchschnittlich 22,5 Gran an Gewicht, und der zuerst ungefähr 18 Gran wiegende englische Pfennig kam unter Egbert und Ethelwulf diesem Gehalt ziemlich nahe. Als jedoch die Einheit des fränkischen Reiches unter den späteren Karolingern auseinander fiel, kehrte das westliche Franken zu dem älteren Münzfuße zurück, und die unter der Regierung der capetingischen Könige ausgegebenen deniers wogen nur etwa $16\frac{1}{2}$ Gran. Diese Umgestaltung der Geldverhältnisse blieb nicht ohne Einfluß auf England: die außerordentliche Leichtigkeit vieler Pfennige aus der Zeit Canuts — einige von ihnen wogen nur 12 Gran — läßt sich als Folge einer Nachahmung des ebenso leichten skandinavischen penings erklären; dagegen waren die Münzen Eduards des Bekenners nicht schwerer, als die seiner Zeitgenossen in Frankreich, und auch unter den normannischen Königen fand kein Wandel zum Besseren statt. Mittlerweile jedoch war im östlichen Franken, dem späteren deutschen Königreich, der karolingische Münzfuß mit dem „Pfund Karls des Großen“ in Gebrauch geblieben, und der nach diesem Münzfuße geprägte Pfennig wurde in England und Frankreich mit der Zeit unter dem Namen sterling penny bekannt, im Gegensatze besonders zu dem französischen denier, der auf dem leichteren livre Tournois basiert war.

Auf Heinrichs II. Veranlassung scheint es geschehen zu sein, daß England schließlich wieder zu dem früheren und schwereren Münzfuße zurückkehrte; von den im Jahre 1180 verausgabten Pfennigen sollen 215 ebensoviel gewogen haben, wie 240 der vorher in Umlauf gewesenen. Von dieser Zeit ab war unser gesamtes Maß- und Gewichtssystem auf dem $22\frac{1}{2}$ Gran oder 32 Weizenkörner schweren sterling penny begründet. Die bald Heinrich III., bald Eduard I. zugeschriebene Maß- und Gewichtstaxe (The Assize of Weights and Measures) beginnt folgendermaßen:

„Mit Zustimmung des ganzen Reiches wurde vom König ein Maß festgesetzt, nach welchem ein runder und unbeschnittener englischer Pfennig, genannt *sterling*, so viel wiegen soll, wie 32 Weizenkörner inmitten der Ähre. 20 Pfennige machen eine Unze, 12 Unzen ein Pfund, 8 Pfund eine Gallone Wein, und 8 Gallonen Wein einen Londoner Scheffel¹⁰⁰.“

Solcher Art strebte die Regierung nicht allein danach, die alte Münze des Königreiches zu erhalten und zu verbessern; sie ging weiter und, nachdem sie die aus den neuen Bedürfnissen der Zeit hervorgehende Notwendigkeit dazu eingesehen, that sie den ersten Schritt zur Einführung anderer Münzsorten, als derer, an welche das Volk bisher gewöhnt war. Die in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts ausgegebenen runden silbernen halfpennies (Halbpfennigstücke) und *farthings* (Heller) wurden nicht allein für den Kleinhandel benötigt, der mit dem Anwachsen der Gilden und Märkte Hand in Hand ging, sondern sie erleichterten auch die Ablösung ländlicher Dienstleistungen. Die Goldmünze Heinrichs III. war allerdings verfrüht, die von Eduard III. eingeführte entsprach hingegen einem um eben diese Zeit allgemein empfundenen Bedürfnis. Doch war das Vorurteil zu Gunsten der üblichen Pfennigstücke so stark, daß keine der neuen Münzen zunächst volkstümlich wurde¹⁰¹; und wir können wohl kaum daran zweifeln, daß, wenn die Abhülfe privater Initiative überlassen worden wäre — vorausgesetzt, daß eine solche überhaupt in Frage kam — das Land noch weit länger, als ohnedies der Fall, auf diese nützlichen Tauschmittel zu warten gehabt hätte¹⁰². Es muß indes beachtet werden, daß der Unbequemlichkeit, eine Münze von nur einer, und zwar einer verhältnismäßig niedrigen Benennung zu besitzen, soweit die Berechnung von Zahlungen und die Rechenführung in Betracht kam, durch Anwendung des sogen. Rechengeldes (*money of account*) abgeholfen wurde. Unter diesem verstand man eine oder mehrere zwar nicht tatsächlich als Münzen vorhandene, aber mit den in Wirklichkeit umlaufenden Münzen in klarer und allgemein anerkannter Beziehung stehende Rechen-Einheit oder -Einheiten. Derartige Recheneinheiten waren in England, und zwar seit einer wahrscheinlich noch vor der normannischen Eroberung liegenden Zeit, das Pfund, die Mark, der Schilling. Unter

der Bezeichnung Schilling und Pfund bekannte Geldstücke wurden erst unter der Regierung Heinrichs VII. geschlagen. Den aus der Sitte des Beschneidens hervorgehenden Schwierigkeiten begegnete man zweifellos zum großen Teil durch das häufig angewendete Verfahren, größere Zahlungen nicht durch Aufzählen, sondern durch Wägen des Geldes zu gleichen¹⁰³.

So war denn England mit einem befriedigenden Umlaufsmittel versehen; ohne die beständige Wachsamkeit der Regierung wäre es aber bald verloren gewesen. Außerhalb Englands wurde in großer Menge falsches Geld gemünzt und durch Abenteurer dorthin gebracht. Eine angeblich unter Eduard II. erlassene Verordnung unterscheidet zwischen dem Gelde „mit einer Mitra“, wovon 20 Schillinge nur soviel wogen, wie 16 Schillinge und 4 Pence englischen Geldes, ferner zwei anderen ebenso leichten Sorten Geldes „mit Löwen“, dem aus Kupfer hergestellten und verzinnten Gelde, dem in Deutschland gefertigten und der Mitramünze an Gewicht gleichkommenden Gelde, das aber den Namen Eduards trug, dann den mit einer dünnen Schicht Silber überzogenen Kupfermünzen und endlich der beschnittenen Münze. Es heißt in der Verordnung: „Die außerhalb Englands gefertigten oder beschnittenen Münzen werden hauptsächlich durch Kaufleute eingeführt, und weil diese wissen, daß in Dover nach solchen Münzen Nachsuche gehalten wird, legen sie selbige zwischen die Tuche oder die Ballen, oder aber sie kommen überhaupt nicht nach Dover oder Sandwich, sondern gehen nach London, in die Grafschaften Essex, Suffolk oder Norfolk, nach Hull, Lindsay oder irgend welchen anderen Hafen Englands, wo sie keinen Hindernissen zu begegnen hoffen: Zustände, die, wenn man sie lange andauern ließe, das englische Geld zu Grunde richten müßten“¹⁰⁴. Die Einfuhr minderwertigen Geldes war, ebenso wie das Beschneiden des Geldes in England selbst, ein Übel, an welchem das Land bis zu einem gewissen Grade das ganze Mittelalter hindurch krankte; die Regierung versuchte, diesem Mißstande durch ganz ähnliche Maßregeln, wie sie gegen das Beschneiden des Geldes angewandt hatte, abzuhelpen, und ahndete das Verbrechen, sobald der Übelthäter ertappt wurde, durch Güterentziehung oder Todesstrafe¹⁰⁵. Da die Gefahr bei Einführung falschen Geldes jedoch ungleich größer war, als die durch das Beschneiden

verursachte, so verlangte sie besondere Einrichtungen zu ihrer Bekämpfung. Infolge dessen wurde durch die Verordnung *De Falsa Moneta* vom Jahre 1299 verfügt, daß die Gemeindeverwaltung jedes Hafens zur Durchführung des betreffenden Verbotes zwei Wächter wählen solle. Alle, die von diesen Wächtern bei der Einführung falschen Geldes ertappt wurden, sollten in das Grafschaftsgefängnis eingeliefert werden. Kaufleute, welche Geld nach England brachten, waren verpflichtet, dieses Geld — welcher Art es immer sein mochte — den Wächtern zu übergeben; erwiesen sich die Münzen bei der Prüfung als gute „sterlings“ — gleichviel ob in England geschlagen oder nicht —, so wurden sie dem Händler wieder zugestellt und konnten in England verbraucht werden. Alles unter die Gerichtsbarkeit des Königs von Frankreich fallende Geld jedoch sollte, da es, wie wir gesehen, von geringerem Gewicht und aus minderwertigem Metall hergestellt war, zurückbehalten und sein Wert den Kaufleuten in englischer Münze ausgehändigt werden. Eine spätere Verordnung verbietet den Umlauf einer anderen, als der vom Könige von England, Irland und Schottland geprägten Münze, gänzlich¹⁰⁶. Die Kaufleute mußten alle mitgebrachten Goldbarren, alles Silbergeschirr und alle Silbermünzen nach den in Dover und anderen Hafenorten errichteten Wechseltischen bringen und dort die zum Betreiben ihres Handels erforderliche englische Münze in Empfang nehmen¹⁰⁷. Sollte nun aber einerseits fremdes Geld nicht eingeführt werden, so wurde andererseits wieder und wieder verfügt, daß englisches Geld nicht ohne ausdrückliche Erlaubnis des Königs ausgeführt werden dürfe¹⁰⁸. Außer Landes gehende Engländer hatten ihr Geld nach der in dem Einschiffungshafen befindlichen königlichen Wechselbank zu bringen, und es dort gegen ausländisches Geld umzutauschen. Besondere Erlaubnis, englisches Geld mitzunehmen, wurde jedoch in einzelnen Ausnahmefällen erteilt, sobald die Kaufleute imstande waren, der Regierung zur Genüge darzuthun, daß eine solche Erlaubnis für ihre geschäftlichen Unternehmungen notwendig sei. Das Verbot erstreckte sich noch weiter, als auf die bloße Ausfuhr von Münzen, es bezog sich auch auf das als Geschirr oder sonstwie verarbeitete Silber; hierzu kam durch Eduard III., mit Rücksicht auf die von ihm geplante neue

Münze, im Jahre 1335 auch Goldgeschirr. Derartige Verfügungen haben auf den ersten Blick eine merkwürdige Ähnlichkeit mit den durch die „merkantile“ Theorie veranlaßten Maßregeln im 16. Jahrhundert, als das Streben der Regierung darauf abzielte, den nationalen Vorrat an edelen Metallen zu vergrößern. In der gesamten Gesetzgebung des 13. und 14. Jahrhunderts findet sich indes kaum die Spur eines Wunsches, den Vorrat an Gold und Silber im Lande zu vermehren; das Hauptbestreben der damaligen Gesetzgebung bestand darin, für England die Umlaufsmittel zu erhalten, die zu beschaffen es so viel Mühe gekostet hatte¹⁰⁹. Die einzige Verordnung, der sich irgend welche merkantilistische Färbung anmerken läßt, findet sich in einer Kundgebung vom Jahre 1340, nach welcher die Exporteure von Wolle eine Bürgschaft hinterlegen sollten, daß sie für jeden Sack Wolle, den sie ausführten, innerhalb dreier Monate Silber im Werte von 2 Mark einführen und an die königliche Schatzkammer abführen würden¹¹⁰. Doch kann dies weit eher als ein ungeschickter Kunstgriff angesehen werden, um das zum Ersatz der abgenutzten Münzen für die königlichen Münzstätten erforderliche Silber zu erlangen, denn als ein wohlüberlegter Plan, den Vorrat an Silber im Lande zu vermehren. Der spätere Merkantilismus — gleichviel, ob er nach früherer Art die Ausfuhr englischen Geldes durch bestimmtes Verbot zu verhindern suchte, oder in seiner späteren Form den nationalen Vorrat an Geld durch die Handelsbilanz zu vermehren strebte, — betrachtete den Handel Englands als ein Ganzes und verglich ihn mit dem anderer Länder. Doch haben wir gesehen, daß man noch kaum begonnen hatte, den englischen Handel von diesem Standpunkte aus anzusehen¹¹¹.

Wir sind so sehr an das Monopol des Staates in Bezug auf das Geschäft des Münzens gewöhnt, daß wir es als etwas Selbstverständliches, als eine naturgemäße in das Bereich der Staatspflicht fallende Obliegenheit ansehen. J. S. Mill meint: „Niemand, selbst keiner von denen, welche das Eingreifen des Staates mit scheelen Augen betrachten, hat gegen dieses (das Münzen von Staats wegen) als gegen eine ungehörige Ausübung der Staatsgewalt etwas einzuwenden gehabt, obwohl kein Grund zu Gunsten staatlichen Eingreifens angeführt werden kann, abgesehen von dem sehr einfachen, daß solches zu allgemeinem Nutzen ge-

reiche“¹¹². Doch hat es keineswegs an Theoretikern gefehlt, welche darzuthun versuchten, daß es für den Staat besser gewesen wäre, wenn er die Umlaufsmittel gänzlich sich selbst überlassen hätte. Laßt doch — so meinte man — die Leute Geld münzen, wenn sie es für vorteilhaft halten, und wenn sie die Menge veranlassen können, solches Geld anzunehmen; laßt uns getrost dem Eigennutz vertrauen, welcher den Umlauf schlechten Geldes schon verhindern wird. Herbert Spencer begnügt sich nicht damit, das Staatsmonopol des Münzens eine „Verletzung des Gesetzes gleicher Freiheit für alle“ zu erklären, infolgedessen die Gesellschaft genötigt werde, „mehr für ihr metallisches Umlaufsmittel zu zahlen, als in einem anderen Falle nötig wäre“; er versteigt sich sogar zu folgender Behauptung: „Die Verfälschung der Münzen, unter der unsere Voreltern so schwer zu leiden hatten, wurde nur durch gesetzlichen Zwang möglich, und wäre nie möglich gewesen, hätte man das Münzwesen sich selbst überlassen“¹¹³. Die Rechtfertigung des Verhaltens der Regierung (sowohl denen gegenüber, die falsches oder vom Staate nicht anerkanntes Geld in England selbst in Umlauf setzten, als mit Bezug auf das aus fremden Ländern eingeführte Geld) beruht jedoch auf der schon im 16. Jahrhundert von Sir Thomas Gresham erkannten Thatsache, daß schlechtes Geld wohl gutes verdrängt, gutes hingegen das schlechte nicht zu verdrängen imstande ist. Dieses Greshamsche Gesetz oder Theorem entspricht der Wahrheit, gleichviel ob das Umlaufsmittel infolge der Ausgabe schlechten Geldes im Werte gefallen ist oder nicht¹¹⁴. Ist es nicht im Werte gefallen, und laufen die falschen Münzen unter ihrem Nominalwerte um, so wird allen denjenigen, welche größere Zahlungen zu leisten haben, daran gelegen sein, in leichtem oder verfälschtem Gelde zu zahlen; die Münzer werden die guten Münzen dem Verkehr entziehen, sie einschmelzen, mit minderwertigen Zusätzen oder unter ungenügendem Gewicht aufs neue münzen und wieder ausgeben, oder aber sie in Barren nach fremden Märkten und Münzstätten ausführen. Ist das Geld dagegen im Werte gefallen, so wird das gute Geld ebenso sehr in der allgemeinen Schätzung sinken, wie das schlechte. Die meisten Leute werden allerdings kaum imstande sein, den Unterschied zu bemerken; alle diejenigen aber, die ihn wahrzunehmen vermögen, werden in vor-

erwähnter Weise danach trachten, die guten Münzen zurückzubehalten, werden sie einschmelzen und eine grössere Menge schlechter Münzen daraus prägen. So würde das unvermeidliche Ergebnis der Freiheit im Münzgewerbe nicht darin bestehen, daß man die gute Münze der schlechten vorzöge, sondern darin, daß die gute von der schlechten völlig verdrängt oder beseitigt und letztere immer weiter verschlechtert würde. Und dies hätte auf einer frühen Entwicklungsstufe des Handels vermutlich die weitere Folge, daß das Volk jede Münze beargwöhnen, und daß es versuchen würde, überhaupt ohne den Gebrauch des Geldes auszukommen, indem es in den Tauschhandel wieder zurückfiele. Auf diese Weise wäre der eigentliche Zweck der Münze, dem Handel dazu zu verhelfen, sich über den bloßen Tauschhandel zu erheben, vereitelt.

Es mag jedoch ferner eingewandt werden: Warum sollte die Regierung, wenn sie auch zu Mafsregeln griff, um den Umlauf falschen Geldes zu hindern, nicht gestattet haben, gutes Geld aus- oder einzuführen, je nachdem es dem Einzelnen vorteilhaft erschien? Ricardo hat behauptet — und die meisten Nationalökonomcn stimmen mit ihm überein —, daß, wenn vollständige Freiheit in dieser Hinsicht herrschen könnte, ein Land dennoch stets die für seinen Austausch erforderliche Menge Geldes besitzen würde. Denn hätte ein solches Land — unter den ihm eigentümlichen Bedingungen für die Umlaufsgeschwindigkeit — im Verhältnis zu anderen Ländern weniger Umlaufsmittel, so wäre es unmöglich, dort ebensoviel für eine Ware zu zahlen, als anderswo; mit anderen Worten: die Waren würden dort billiger sein, als im Auslande. Es würde dann im Interesse fremder Kaufleute liegen, ihre Waren in jenem Lande zu kaufen und zu diesem Zwecke Geld dorthin mitzunehmen, wohl wissend, daß sie dort mehr für dasselbe erhalten können, als daheim. Im entgegengesetzten Falle, d. h. bei einem Überflusse an Umlaufsmitteln, würden die Preise steigen, und es läge im Interesse der Kaufleute jenes Landes, das Geld auszuführen, um die Waren anderwärts zu kaufen. Lediglich als Folge der Preisschwankungen müsse demnach einem Lande für gewöhnlich die zu Tauschzwecken erforderliche Menge Geldes verbleiben. „Das Geld“, sagt Ricardo, „kann niemals im Übermaße ausgeführt

werden, niemals in solchem Umfange, daß sich ein Mangel daran im Verkehre fühlbar macht“¹¹⁵.

Wir brauchen hier nicht des näheren darauf einzugehen, ob eine solche Annahme selbst unter heutigen Verhältnissen und bei vollständiger Handelsfreiheit völlig der Wahrheit entspräche. Doch muß darauf hingewiesen werden, daß, selbst wenn eine derartige ausgleichende Bewegung der Preise im 13. und 14. Jahrhundert möglich gewesen wäre, sie ernste Mißstände im Gefolge gehabt hätte. Denn das ganze Mittelalter hindurch hatte Europa und daher auch jede einzelne Nation einen außerordentlich geringen Vorrat an edlen Metallen, wenn man ihn mit dem nach der Entdeckung Amerikas vorhandenen vergleicht. Man hat die vom 9. bis zum 15. Jahrhundert in Umlauf befindliche Menge Geldes auf ungefähr ein Zehntel des Bestandes geschätzt, den die Geldmenge zu Ende des 16. Jahrhunderts erreicht hatte¹¹⁶. So wäre ein Abfluß an Geld — wie gering er immer sein mochte — für den einheimischen Handel von unheilvollen Wirkungen gewesen. Die Preise hätten leicht bis zu einem Grade sinken können, welcher die Produktion gehemmt hätte; denn es stellten sich dem Verkehr so große Schwierigkeiten in den Weg, daß thatsächlich jeder Markt auf das am Orte selbst umlaufende Geld angewiesen war. Im Laufe der Zeit hätten niedrige Preise vielleicht Geld nach England gezogen, mittlerweile aber wäre die Produktion behindert worden, und — was von größerer Bedeutung — die ganze wirtschaftliche Lehre der Kirche wäre ebenso hinfällig geworden, wie die Wirtschaftspolitik des Staates. Denn das, worauf Kirchenlehre und Staatsklugheit abzielten, war die Festsetzung eines angemessenen Preises, welcher, wie man annahm, nur durch Stetigkeit und Regelung des Preises zu erreichen war. Ein unbehinderter Abfluß des Geldes hätte solche Stetigkeit und Regelung jedoch unmöglich gemacht.

§ 19. Nächst einem zuverlässigen Umlaufsmittel waren zuverlässige Maße und Gewichte von größter Wichtigkeit. „Sorget für gerechte Maße und Gewichte“, heißt es in einer im Corpus Juris Canonici angeführten Verordnung eines Konzils zu Mainz; und weiter: „Sollte jemand sich

herausnehmen, gerechte Mafse und Gewichte um des Gewinnes willen zu ändern, so lasset ihn 30 Tage lang bei Wasser und Brot Buße thun“¹¹⁷. Wir haben gesehen, daß Thomas von Aquino bei seiner Aufstellung allgemeiner Grundsätze für den Handel es sorgfältig vermeidet, irgend welche Behörden zu nennen oder Mittel und Wege vorzuschreiben, durch welche diesen Grundsätzen Nachdruck zu verleihen sei; es ist daher um so bezeichnender, daß er in diesem einen Falle von seiner sonstigen Gepflogenheit abweicht und die Verpflichtung, normale Mafse und Gewichte festzusetzen, ausdrücklich den weltlichen Behörden zuweist¹¹⁸.

Schon im 10. Jahrhundert hatten englische Könige den Gebrauch betrügerischer Mafse zu verhindern gesucht; und die Gesetze Edgars, Ethelreds, Canutes und Wilhelms des Eroberers enthalten allgemeine Vorschriften darüber, daß falsche Mafse zu vermeiden oder richtig zu machen seien¹¹⁹. Doch gab es über die Beschaffenheit richtiger Mafse und Gewichte keine genaue Bestimmung, ausgenommen die in der Verfügung Edgars enthaltene, nach welcher die Mafse und Gewichte überall dieselben sein sollten, wie in London und Winchester; und es liegt auf der Hand, daß die Aufgabe, den Betrug zu verhindern, sich um so schwieriger gestaltet hätte, wäre die Regierung mit der natürlichen Vereinengenommenheit jedes Bezirkes für seine eigenen Mafse in Widerstreit geraten.

Erst gegen Ende des 12. Jahrhunderts war es möglich, sich ernstlich an die Aufgabe zu machen. Zu jener Zeit war ein strenges Verwaltungssystem ins Leben gerufen worden. Der Plan, bei Durchführung von Mafsregeln etwa vier oder sechs Leute aus jeder Grafschaft oder Stadt zur Unterstützung der Regierung einzuberufen, hatte sich als zweckdienlich erwiesen; diese lokalen Organe der Exekutivgewalt wurden durch die reisenden Richter beaufsichtigt und überwacht. Die Räte Eduards I. meinten nun, dieselbe Methode, die sich bei Besteuerung und gerichtlichem Verfahren so wirksam erwiesen hatte, könne wohl auch für jene so viel schwierigere Aufgabe in Anwendung gebracht werden. So wurde denn im Jahre 1197 eine „Mafs- und Gewichtsordnung“ (Assize of Measures) veröffentlicht¹²⁰. Nach dieser sollten die Mafse und Gewichte überall die gleichen sein; in jeder Stadt oder Burg waren vier oder sechs Männer zu

bestimmen, welche auf Durchführung der Verordnung zu sehen hatten; Übertreter sollte man ins Gefängnis werfen und sie ihrer Habe verlustig erklären. Nach einer späteren Überlieferung aus der City von London wurden bei dieser Gelegenheit alle derzeitig in Gebrauch befindlichen Mäße geprüft und übereinstimmend gemacht, auch wurden Normalmäße in London aufgestellt¹²¹. Im folgenden Jahre beauftragte man die reisenden Richter, Nachfrage zu halten, ob die zur Ausführung dieser Verordnungen in jeder Stadt ernannten Wächter ihre Pflicht thäten¹²². Die betreffende Verfügung erfreute sich anscheinend allgemeiner Billigung; denn sie wurde unter die Paragraphen der Magna Charta aufgenommen, mit dem Zusatze, daß man sich mit Bezug auf das Kornmaß an den Londoner Quarter (Viertelcentner) zu halten habe¹²³.

Die Vorschrift der Gleichartigkeit in Maß und Gewicht — worunter nicht etwa zu verstehen ist, daß für sämtliche Waren die gleichen Maße gebraucht werden sollten, sondern daß für eine und dieselbe Ware das Maß an allen Orten das gleiche sein solle — wurde häufig durch spätere Verordnungen, obrigkeitliche Verfügungen und Parlamentsakte wiederholt, besonders durch die angeblich aus dem Jahre 1303 stammende Maßordnung, welche den Sterling-Pfennig von 32 Weizenkörnern (oder $22\frac{1}{2}$ Gran) als Recheneinheit annahm¹²⁴. Der Schatzmeister Eduards II. kam auf den Gedanken, messingene Muster-Scheffel und Muster-Ellenmäße in London fertigen und über das ganze Land verteilen zu lassen. Doch ist es einleuchtend, daß die ausübende Centralgewalt außer stande gewesen wäre, so leicht zu umgehende Verordnungen durchzuführen, wäre sie nicht von den örtlichen Behörden unterstützt worden; und wie sehr wir auch die Wirksamkeit früherer königlicher Verfügungen anzweifeln mögen, so steht es doch fest, daß im Laufe des 14. Jahrhunderts die Behörden aller bedeutenderen Städte die Sache nachdrücklich in die Hand nahmen, und daß es ihnen gelang, jeder Stadt den Gebrauch gewisser Normalmäße aufzuzwingen¹²⁵. Obwohl nun solche Verfügungen viel dazu beitrugen, den Betrug zu verhüten, brachten sie doch keine Gleichförmigkeit der Maße und Gewichte über das ganze Land zustande, und örtliche Abweichungen, wie z. B. in der Zahl der in einem Pfunde

enthaltenen Unzen, haben sich bis auf den heutigen Tag erhalten.

Die besondere Bedeutung der englischen Tuchfabrikation erhellt aus dem Umstande, daß Richards Maß- und Gewichtsordnung für keine der anderen Waren ein bestimmtes Maß vorschrieb, wohl aber für jedes zum Verkauf gebotene Stück Tuch die erforderliche Länge und Breite bestimmte. Es heißt: „Es wird verfügt, daß wollene Tuche, wo immer sie gefertigt seien, von gleicher Breite sein sollen, d. h. zwei Ellen innerhalb der Leisten breit, und von derselben Güte in der Mitte und an den Seiten“. Diese Vorschrift wurde in der Magna Charta wiederholt, trotz des Widerstandes, welchen die Händler, besonders die auf der Messe von Stamford, ihrer Durchführung entgegengesetzt hatten. Unter Eduard I. wurde ein besonderer Beamter angestellt, der darauf zu sehen hatte, daß die Verordnung befolgt werde, „der“, wie es heißt, „die Aufsicht führen sollte über das Ellenmaß und die Ausführung der Verordnungen bezüglich der in ganz England zum Verkauf gelangenden Tuche, fremder sowohl, wie einheimischer“. Das Amt dieses Ellenwarts (Aulnager) bestand bis zur Regierung Wilhelms III., nahm im ersten Jahrhundert seines Bestehens an Bedeutung zu, büßte dieselbe aber später mehr und mehr ein. Mit den infolge der Einwanderung vlämischer Weber in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erscheinenden neuen Gattungen von Tuchen traten an Stelle der einfachen Festsetzung des Zwei-Ellenmaßes sorgfältige Unterscheidungen und zahlreiche Maßeinheiten, und im Jahre 1353 griff eine ganz bedeutsame Veränderung Platz. Durch eine Verordnung dieses Jahres wurde nämlich bestimmt, daß, während bisher fremde Kaufleute sich hätten abschrecken lassen, nach England zu kommen, weil sie ihres Tuches verlustig gingen, sobald es den Verordnungen nicht entsprach, das Tuch von nun ab nicht mehr gepfändet werden solle: „sondern des Königs Ellenwart soll das Tuch messen und es stempeln, sodaß der Inhalt eines Stückes Tuch für jedermann ersichtlich wird; und um soviel, wie das Stück Tuch an Maß hinter der Verordnung zurückbleibt, soll dem Käufer Abzug oder Nachlaß gewährt werden“¹²⁶. Die Regierung gab den Versuch, für sämtliche zum Kauf ausstehenden Tuche ein gewisses Ellenmaß zu bestimmen, auf; sie ließ aber nicht ab, den ehrlichen Handel

dadurch zu unterstützen, daß sie den Käufer in den Stand setzte, sich über den Wert seines Kaufes auf einfache Weise Sicherheit zu verschaffen. Für Mafs und Güte gewisser Waren öffentlich einzustehen, ohne Käufer und Verkäufer in ihrem Verkehr zu beschränken, das war ein Dienst, den die Regierung mit Sicherheit und zugleich mit Vorteil in vielen Fällen zu leisten imstande war. Noch im Jahre 1776 spricht Adam Smith seine Billigung über die Stempelung der Tuche aus, die, wie er meinte, dem Käufer eine gewisse wesentliche Sicherheit bot.

§ 20. Die öffentlichen Behörden gaben sich nicht damit zufrieden, die Gesellschaft auf diese Weise mit bloßen Tauschmitteln versorgt zu haben; mit dem aufblühenden Handel des 13. Jahrhunderts fühlten sie sich verpflichtet, jede Art wirtschaftlichen Unternehmens, bei welcher der persönliche Eigennutz zu Ungerechtigkeiten zu verleiten schien, zu regeln. Bei dieser Regelung ging man von dem allgemeinen Grundsatz aus, daß nur ein gerechter oder angemessener Preis zu zahlen sei und lediglich Waren von guter Beschaffenheit und richtigem Mafse verkauft werden dürften. Die meisten Verordnungen und Vorschriften zielten darauf ab, irgend eine, bei einem besonderen Kaufartikel vorkommende besondere Art des Betruges zu verhüten; doch kann zwischen dem darauf bezüglichen Einwirken seitens der centralen oder der örtlichen Behörden von Stadt und Gilde keine genaue und unverrückbare Scheidelinie gezogen werden. Einige Verordnungen allerdings tragen ganz offenbar den Charakter allgemeiner Handelsregeln; denn die Bedeutung einiger Warengattungen war so groß, daß sich die Regierung genötigt sah, ihnen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es wird gut sein, die Art staatlichen und örtlichen Eingreifens durch die in Frage kommenden Vorschriften zu erläutern.

Von den weitestgehenden Folgen begleitet waren jene Vorschriften, welche sich gegen die miteinander verwandten Bräuche des Für-, Auf- und Wiederverkaufens (*Fore-stalling*, *Engrossing* and *Regrating*) richteten, — Bezeichnungen, deren jeder nachmals eine besondere Bedeutung beigelegt wurde, die man aber im 13. und 14. Jahrhundert für jede Handlungsweise, welche den Produzenten oder bona fide Kaufmann am öffentlichen Feilbieten seiner

Waren hinderte, als fast gleichbedeutend angewandt zu haben scheint: Eine solche Hinderung öffentlichen Verkaufs geschah dadurch, daß der Für- oder Aufkäufer die Waren im großen einkaufte, entweder außerhalb der Stadt oder auf dem Markte selbst, und sich dann vermittelt seines Monopols einen höheren Preis sicherte, als ihm andernfalls gezahlt worden wäre. Mit welchen Augen man ein derartiges Gebaren betrachtete, erhellt deutlich aus der ersten gesetzlichen Definition des Vergehens, die sich in einer bald dem 51. Regierungsjahre Heinrichs III, bald dem 13. Eduards I. zugeschriebenen Verordnung vorfindet. Dort heißt es: „Es sei euch von seiten unseres Herrn und Königs besonders anbefohlen, daß kein Fürkäufer in irgend einer Stadt geduldet werde — d. h. keiner, der offenkundig ein Unterdrücker der Armen und der öffentliche Feind der ganzen Gemeinde und des Landes ist; der, seinem eigenen schändlichen Gewinne nachgehend, wobei er die Armen unterdrückt und die Reichen täuscht, Korn, Fische, Heringe oder andere zu Wasser oder zu Lande eingeführte Verkaufsartikel gleich beim Ausladen aufkauft, sie fortführt und zu einem ungehörig hohen Preise zu verkaufen trachtet. Ein solcher Mann täuscht die fremden Kaufleute, die ihre Waren nach der Stadt bringen, indem er ihnen anbietet, jene Waren für sie zu verkaufen, und ihnen sagt, selbige könnten teurer verkauft werden, als deren Eigentümer erwarteten. Und so betrügt er durch List und Verschlagenheit seine Stadt und sein Land. Wer aber solchen Thuns überführt ist, der soll das erste Mal dadurch gestraft werden, daß er der von ihm so gekauften Ware verlustig geht, und zwar gemäß der Sitte und Ordnung der Stadt; wer das zweite Mal dabei betroffen wird, soll zum Pranger verurteilt werden; im dritten Wiederholungsfalle soll man ihn ins Gefängnis werfen und mit Geldbußen belegen, beim vierten Male ihn das Bürgerrecht seiner Stadt abschwören lassen. Und solches Urteil soll verhängt werden über jede Art von Fürkäufern und ebenso über alle diejenigen, die ihnen geraten, geholfen oder sie in ihrem Thun begünstigt haben“¹²⁷. Neben anderen Methoden des Fürkaufs wird in den zu jener Zeit erlassenen Verordnungen auch der Mißbrauch besonders hervorgehoben, vor der für die Eröffnung des Marktes festgesetzten Stunde Waren einzukaufen; desgleichen wird derer Erwähnung gethan, welche sich auf

eben einlaufende, mit Waren beladene Schiffe begeben und „die Waren im großen einkaufen, um sie dann zu höheren und teureren Preisen, als die sie zuerst einführenden Kaufleute, zu verkaufen, zum Nachteil des gemeinen Volkes“¹²⁸. In den späteren Regierungsjahren Eduards III. wurde das Verbot des Fürkaufs durch wieder und wieder erlassene Verfügungen erneuert¹²⁹.

Das Verbot bezog sich, wie aus dem Wortlaute der Verordnungen ersichtlich, zunächst auf diejenigen, welche sich auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln, besonders von Korn, ein örtliches oder zeitliches Monopol zu sichern strebten; es war jedoch unbestimmt genug gehalten, um alle ähnlichen Versuche bezüglich anderer Waren einzubegreifen. Die urkundlichen Berichte der Stadt London liefern zwei ausgezeichnete Beispiele sowohl für das Vergehen des Fürkaufs selbst, als für die Art, wie die städtischen Behörden sich dem gegenüber verhielten. Der erste Fall ereignete sich im Jahre 1311. Thomas Lespicer aus Portsmouth hatte sechs Töpfe Neunaugen von Nantes nach London gebracht. Statt nun aber seine Neunaugen vier Tage lang nach seiner Ankunft auf dem öffentlichen Markte, an der Mauer der S. Margaretenkirche in Bridge Street feilzubieten, nahm er sie nach dem Hause Hugh Matfreys, eines Fischhändlers; dort brachte er sie unter und verkaufte sie einige Tage nachher an Matfrey, ohne sie überhaupt auf dem öffentlichen Markte auszustellen. Beide — Lespicer wie Matfrey — wurden vor den Bürgermeister und die Älterleute geführt, gestanden ihre Schuld ein und erhielten Verzeihung. Thomas leistete einen Eid darauf, daß er seine Neunaugen künftighin nur an dem dazu bestimmten Orte verkaufen wolle, und Hugh verpflichtete sich, den Fremden stets zu sagen, wo sie sich mit ihren Neunaugen aufzustellen hätten. Das andere Beispiel stammt aus dem Jahre 1364 und ist, da es sich dabei um Weizen handelt, vielleicht noch typischer. John-at-Wood, ein Bäcker, wurde vor dem Stadtwachmeister (common sergeant) folgenden Vergehens beschuldigt: „Alldieweil“, so heißt es, „ein gewisser Robert de Cawode auf dem öffentlichen Markte zu Newgate zwei Malter Weizen zum Verkauf ausgestellt hatte, so lockte besagter John hinterlistig, und indem er ihm heimliche Worte ins Ohr wisperte, Cawode in betrügerischer Absicht von dem öffentlichen Markte weg; hierauf gingen beide

mitsammen in die Kirche der Franziskaner, und dort kaufte John die beiden Malter für $15\frac{1}{2}$ ₤ den Scheffel, d. h. er gab $2\frac{1}{2}$ ₤ über den zu jener Zeit auf jenem Markte üblichen Preis hinaus, zu großem Verluste und zur Täuschung des gemeinen Volks und zur Verteuerung des Korns“. At-Wood leugnete das Vergehen und „unterwarf seine Sache dem Geschwornengerichte“. Hierauf wurde aus der Umgegend von Newgate eine Jury einberufen, deren Ausspruch dahin lautete: At-Wood habe das Korn nicht allein in erwähneter Weise gekauft, sondern er sei nachher wieder auf den Markt zurückgekehrt und habe sich seiner Übelthat gerühmt; „also sagte und that er“, heisst es, „um die Teuerung des Kornes zu vergrößern“. Dementsprechend wurde er dazu verurteilt, drei Stunden am Schandpfahl zu stehen, und einer der Sheriffs hatte dafür zu sorgen, daß das Urteil vollstreckt und die Ursache seiner Bestrafung kundgegeben wurde¹³⁰.

Ein derartiges gewaltsames Eingreifen in die persönliche Freiheit scheint mit allen neueren Grundsätzen hinsichtlich der Freiheit des Vertrages in hoffnungslosen Widerstreit zu geraten. Es widerspricht nicht allein den sogenannten „natürlichen Rechten“; es muß uns — gleich anderen Wunderlichkeiten des dunklen Mittelalters — auch unsäglich nichtig und kindisch erscheinen. Adam Smith sagt: „Die allgemein verbreitete Scheu vor dem Aufkaufen und Fürkaufen kann verglichen werden mit der im Volke herrschenden Furcht vor Hexerei und dem in dieser Hinsicht stets lebendigen Argwohn. Die unglücklichen, des Verbrechens der Hexerei angeklagten Geschöpfe waren nicht unschuldiger an dem ihnen zur Last gelegten Unheil, als die des Aufkaufens Beschuldigten“¹³¹. Smith sucht hierauf zu beweisen, daß der Kornhändler, durch Ausgleichung des Vorrates, der Gesamtheit einen sehr wichtigen Dienst leiste; es liegt, wie er sagt, im Interesse des Händlers, das Korn bis zu einer Zeit des Mangels zurückzubehalten: verkauft er es dann selbst zu einem hohen Preise, so verhindert er doch, daß dieser so hoch steige, wie es geschehen sein würde, wäre der Vorrat zu jener Zeit verbraucht worden, als die Preise niedrig standen. Es muß indes bemerkt werden, daß Verkehrsgesetze, wie die eben erwähnten, den Produzenten nicht zwingen, zu einer bestimmten Zeit zu verkaufen; und Rogers, der über mittel-

alterliche Preise als sicherster Gewährsmann gilt, teilt uns als Thatsache mit, „daß die Produzenten es geschickt verstanden hätten, ihre Vorräte auf die verschiedenen Jahrmärkte zu verteilen. Die maßgebendsten Verkäufe des Jahres waren die im Frühsommer, wo der Käufer über die Erträge des vergangenen Jahres noch ziemlich genau Bescheid wußte und sich zugleich die Aussichten für die kommende Ernte schon annähernd berechnen konnte“¹³². Einen noch gewichtigeren Grund, für das Aufkaufen des Kornes einzutreten, findet Adam Smith in folgendem Umstande. Das Verbot des Aufkaufens, welches den Landmann zwang, sein Korn im einzelnen zu verkaufen, nötigte ihn gleichzeitig, „sein Kapital auf zwei verschiedene Arten anzulegen, d. h. den einen Teil desselben als Vorrat in seinen Scheunen aufzuspeichern, um damit den gelegentlichen Bedürfnissen des Marktes Rechnung zu tragen, den anderen Teil dagegen zur Bewirtschaftung seines Bodens zu verwenden“. Auf solche Art wurde das Korn verteuert, und zwar auf zweifache Weise: dadurch, daß der Landmann einen Teil seines Kapitals eine Zeit lang unbenutzt liegen ließ, „wurde die Verbesserung des Landbaus gehindert, und dieser Umstand trug dazu bei, den Ernteertrag geringer ausfallen zu lassen, als sonst der Fall gewesen wäre“; und indem man zweitens das Geschäft des Kornverkaufs Leuten überließ, die noch anderen Beschäftigungen nachgingen, kamen alle jene Ersparnisse und Vorteile, welche die Arbeitsteilung im Gefolge zu haben pflegt, in Wegfall. Es ist nun aber sehr die Frage, ob diese Beweisführung, selbst wenn wir den großen wirtschaftlichen Betrieb unserer eigenen Zeit in Betracht ziehen, den wirklichen Thatsachen entspricht. Ob das Korn einen oder sechs Monate nach der Ernte verkauft wird, auf jeden Fall hat der Landmann zur Aufbewahrung seiner Erzeugnisse Scheunen nötig; es wäre sicherlich nicht der beste Weg, einen Gewinn zu erzielen, wollte der Landmann stets darauf bedacht sein, seine ganze Ernte, sobald sie ausgedroschen ist, an einen Kornhändler zu verkaufen. Die den Pflug ziehenden Ochsen oder Pferde können ohne Vermehrung der Ausgaben auch dazu verwandt werden, das Korn auf den Markt zu bringen. Verkauft der Landmann sein Korn unmittelbar nach der Ernte, so bekommt er allerdings Geld in die Hand; ist sein Land aber bereits gut bestellt, so

wird er nicht wünschen, seine Leute früher als gewöhnlich an die Arbeit zu schicken, und der Amtmann oder Hufner des 14. Jahrhunderts konnten ihr Geld noch nicht auf die Bank tragen, um Zinsen davon zu erlangen.

Geben wir aber selbst zu, daß jemand, der die Ware herstellt und sie gleichzeitig zur Verteilung bringt, unter heutigen Verhältnissen für das hinzukommende Geschäft ebensoviel Kapital anzulegen nötig hätte, wie derjenige, der ein Händler ist und nichts weiter, so folgt daraus noch nicht, daß er von seinem Nebengeschäft auch den gleichen Gewinn beanspruchen würde, wie von seinem Hauptgeschäft. Dies voraussetzen hiesse so viel als annehmen — wie es ja allerdings die meisten Nationalökonomien gethan haben —, daß der Gewinn die Neigung habe, in allen Fällen der gleiche zu sein, nicht allein bei Kapitalien derselben Höhe, sondern auch bei Kapitalien verschiedener Höhe. Wie jedoch Professor Sidgwick dargethan hat¹³³, ist es keineswegs gesagt, daß die Mühe der Vergütung in ebendemselben Maße zunehmen müsse, wie das zu verwaltende Kapital. Selbst Mill giebt zu, daß „ein Landmann den gewöhnlichen Gewinn nur von seinem Kapital als Ganzem erwarten wird. Ist er mit Leib und Seele Landmann, so wird er vermutlich auch auf irgend eine Weise, die ihm einen noch so geringen Überschufs bringt über den Zins, den er anderswo für sein Kapital bekommen kann, Geld in sein Landgut stecken wollen. Weil ihm sonach einerseits für sein ganzes Kapital schwerlich ein gleich großer Gewinn zustände, und weil er andererseits nicht darauf bestehen könnte, solchen zu erhalten, so kann ein Produzent, der gleichzeitig als Händler auftritt, seine Waren recht wohl sogar billiger verkaufen, als der, dessen ganzes Kapital im Handel steckt.

Obige Erörterung wendet sich nur gegen die theoretische Berechtigung des Argumentes von Adam Smith. Eine etwas fruchtbarere Betrachtungsweise dürfte wohl die folgende sein. Der Für- oder Aufkäufer suchte sich ein Monopol zu sichern — nach jetzigem Sprachgebrauche einen Ring (corner) zu gründen. Heutigen Tags verbieten wir nicht derartige Spekulationen, nicht etwa, weil wir sie für nutzbringend halten, sondern einzig und allein aus dem Grunde, weil wir annehmen, daß sie von keinem bedeuten-

den Erfolge begleitet sein können. Der bloße Versuch einer solchen Handlungsweise begegnet indes auch heute allgemeiner Mißbilligung, und aller Wahrscheinlichkeit nach würden jene „Ringe“ von seiten des Staates nicht unbehelligt bleiben, sobald sie bei dem Vertriebe hervorragend wichtiger Handelsartikel größere Erfolge aufzuweisen hätten¹³⁵. Im Mittelalter — so darf man wohl sagen — waren die wirtschaftlichen Zustände derart, daß der Einzelne, wofern man ihm freie Hand ließ, die Zufuhr der Waren zu beherrschen oder in seine Gewalt zu bringen vermochte. Man halte sich stets vor Augen, daß die Zufuhr von Korn und anderer Nahrungsmittel zu damaliger Zeit notwendig eine örtlich beschränkte sein mußte. Dann folgten Jahrhunderte, in denen der Bedarf durch Zufuhr aus so verschiedenen Gegenden gedeckt wurde, daß der Einzelne sie nicht mehr zu beherrschen vermochte. Bei der gegenwärtig stetig wachsenden Centralisation des Handels, wie bei der Leichtigkeit des heutigen Verkehrs scheint es für den Einzelnen wiederum möglich, sich die Herrschaft über den Warenvorrat zu sichern, nicht nur — wie im 14. Jahrhundert — die Herrschaft über den Vorrat einer einzelnen Stadt, sondern über den der ganzen civilisierten Welt. Und falls derartige Versuche gelingen, werden wir vielleicht dahin kommen, die Gesetzgebung des Mittelalters mit etwas milderer Augen zu betrachten.

§ 21. Brot ist von allen Handelsartikeln derjenige, an dessen Preis die Gesellschaft am meisten interessiert ist; daher war auch der Preis des Brotes das erste, worauf die Regierung unmittelbar einwirkte. Es schien nicht möglich, einen unveränderlichen Preis für das Korn festzusetzen. Die Männer der damaligen Zeit hätten vielleicht sagen können: da der Landmann jedes Jahr die gleiche Arbeit auf sein Land verwende, müsse er auch jedes Jahr ungefähr den gleichen Entgelt erzielen; dies könne aber nur geschehen, wenn er bei ungünstiger Ernte einen dementsprechend höheren Preis erhalte. Aber alles, was die Gesetzgebung — wie wir soeben gesehen haben — zu thun versuchte, bestand darin, daß sie jede Spekulation in Korn und jede unnötige Einmischung von Mittelsmännern zu verhindern trachtete. In den Londoner Urkunden aus den Jahren 1291 bis 1307 findet sich allerdings eine Eintragung,

in der von „vereideten Männern“ die Rede ist, die darüber zu wachen hatten, „daß keiner sein Korn höher als zum gerechten Preise verkaufe“¹³⁶. Und die städtischen Behörden waren stets bereit, einen jeden, der die Preise in betrügerischer Absicht in die Höhe trieb, mit dem Pranger oder Kerker zu bestrafen. Solches geschah z. B. im Jahre 1347 mit einem Manne, welcher zwei ihm gehörige Scheffel Korn auf den Markt bringen liefs und dann „zur Verteuerung des Kornes für einen Scheffel seines eigenen Weizens 1 $\frac{1}{2}$ ₤ über den an demselben Tage auf jenem Markte für den Scheffel Weizen gezahlten Preis hinaus bot“¹³⁷. Etwas später wird eines Falles Erwähnung gethan, wo ein Mann lediglich darum an den Pranger gestellt wurde, weil er mit einer Probe Weizen in der Hand einem Diener auf den Markt gefolgt war und verkündigt hatte, „solchen Weizen, wie diesen, würde er zu keinem geringeren Preise als 21 pence den Scheffel kaufen können, während jener Diener an selbigem Tage und zu selbiger Stunde solchen Weizen für 18 pence den Scheffel kaufen konnte“¹³⁸. Doch erhellt selbst aus diesen Beispielen, daß die Festsetzung gerechten Preises dem freien Feilschen auf dem Markte überlassen war.

Indem man nun den Preis des Brotes bestimmte, trachtete man weniger danach, einen unveränderlichen, festen Preis zu schaffen, als vielmehr eine gleitende Skala von Preisen, derzufolge sich das Gewicht eines Hellerbrotes nach dem jeweiligen Preise des Malters Weizen zu richten hatte. Eine solche Brottaxe (Assize of Bread) wurde zuerst im Jahre 1202 veröffentlicht, und zwar als natürliche Folge der Münzverbesserung Heinrichs II. und der Mafsordnung Richards I.¹³⁹. In später wiederholten Bekanntmachungen wurden die einzelnen Arten des Brotes unterschieden und das genaue Verhältniß ihres Gewichtes zu dem „feinen, weissen und gut durchbackenen Hellerbrot (wastel bread of a farthing) festgestellt. Die wichtigste jener späteren Verordnungen ist die dem 51. Regierungsjahre Heinrichs III. zugeschriebene Brot- und Biertaxe (Assize of Bread and Ale)¹⁴⁰. Diese enthält eine Skala, welche den Unterschied im Gewichte des Hellerbrotes von jeder sich auf mindestens sechs Pfennige belaufenden Preisschwankung des Malters Weizen abhängig macht, unter Annahme eines Mindestpreises von 12 Pfennigen und eines Höchstpreises von 12 Schil-

lingen. Die Verordnung zog daher bedeutend niedrigere und bedeutend höhere Preise in Betracht, als gewöhnlich waren; denn in der Zeit von 1259 bis 1400 belief sich der Durchschnittspreis des Malters Weizen auf 5 s. $10^{3/4}$ d.; er fiel nur einmal auf weniger als 3 s. herab, nämlich im Jahre 1287, und dann auch nur auf 2 s. $10^{1/4}$ d., während er nur in den beiden Teuerungsjahren 1315 und 1316 über 12 s. stieg¹⁴¹. Die Taxe erklärte auf Grund von Angaben der königlichen Bäcker, daß ein Bäcker bei Innehaltung vorgeschriebenen Gewichts von jedem Malter Weizen folgenden Gewinn erzielen könnte: „vier Pfennig und die Kleie, sowie zwei Laib Brot (für die Kosten des Ofens oder als Abgabe für die Benützung des Ofens?), ferner anderthalb Pfennig für drei Knechte (Gesellen), einen halben Pfennig für zwei Burschen (Lehrlinge), einen halben Pfennig für Salz, einen halben Pfennig fürs Kneten, einen Heller für Licht, zwei Pfennig für Holz, anderthalb Pfennig für das Sieb“¹⁴². Handelt ein Bäcker der Taxe zuwider, so soll er mit Buße belegt werden; ist der Fehlbetrag an Gewicht ein bedeutender, so soll man ihn an den Pranger stellen. Eine gleichzeitig unter der Bezeichnung *Iudicium Pilloriae* veröffentlichte Verordnung, nach der in jeder Stadt sechs ehrenwerte Männer mit der Beaufsichtigung von Mäßen und Gewichten betraut werden sollen, weist diese an, sich über die Weizenpreise vom letztverflossenen Markttage Kenntnis zu verschaffen und das Gewicht des „Ein-Heller-Weizenbrotes“ der Taxe entsprechend zu bestimmen¹⁴³. Die Durchführung der Taxe fiel bald unter die Obliegenheiten der städtischen Behörden. Ein Gesetz Eduards II. bestimmte, daß in Städten oder in Flecken lebende Beamte, welche ihren Pflichten gemäß die Lebensmitteltaxe zu überwachen hatten, während ihrer Amtsdauer keinen Handel mit Lebensmitteln treiben sollten, weder im Großen noch im Kleinen¹⁴⁴. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts wurde die Aufrechterhaltung der Taxe den Obliegenheiten der Friedensrichter zugesellt¹⁴⁵.

In welcher Weise die Befolgung der Taxe durchgesetzt wurde, mag durch einen im Jahre 1321 vor dem Bürgermeister und den Älterleuten Londons zur Verhandlung gelangten Fall erläutert werden¹⁴⁶. Ein gewisser William le Bole, der sich mit einem anderen Bäcker in die Benutzung eines in der Bread Street — augenscheinlich dem Sitze

der Londoner Bäcker — gelegenen Ofens teilte, wurde beschuldigt, helles oder feinstes Weizenbrot von geringerem als dem vorschriftsmäßigen Gewichte zu liefern. Zwei „bladarii“ (oder Kornhändler) sagten aus, daß auf dem am letzten Mittwoch abgehaltenen Markte der Malter guten Weizens für acht Schillinge verkauft worden sei; „hierzu kommen“, heißt es weiter, „zwölf Pfennige als Lohn für die Bäcker und als Entgelt für anderes zum Backen Erforderliche, also daß der Malter sich auf neun Schillinge stellt“. Der Laib hellen Weizenbrotes zu einem halben Pfennige sollte daher nach ihrer Aussage „43 s. 3¹/₂ d. wiegen“. William le Bole erklärte thörichterweise, das Brot sei nicht von ihm gebacken, und er sei kein Teilhaber an der in Frage stehenden Bäckerei. Infolgedessen wurde dem Sheriff geboten, aus dem Bezirke von Bread Street und anderen umliegenden Bezirken eine Jury von 12 Mann einzuberufen, und diese Jury entschied, daß der Angeklagte Teilhaber der Bäckerei sei, und daß sein Brot um 3 s. 10¹/₂ d. hinter dem vorschriftsmäßigen Gewicht zurückstehe. Wegen dieses zwiefachen Vergehens, d. h. wegen Verletzung der Taxe und Ableugnung seiner Teilhaberschaft, wurde William le Bole dazu verurteilt, durch die Stadt geschleift zu werden. Diese Strafe für betrügerische Bäcker soll von dem (Londoner) Bürgermeister zum erstenmal im Jahre 1283 in Anwendung gebracht und bis zur Regierung Heinrichs VI. beibehalten worden sein¹⁴⁷.

Nach dem Brote wandte der Gesetzgeber seine Aufmerksamkeit naturgemäß dem anderen notwendigen Lebensbedürfnisse des Mittelalters zu, dem Biere. Das *Judicium Pilloriae* fügt seinen Vorschriften über Brot und Aufkauf eine Aufstellung bei, welche, entsprechend den Preisschwankungen des Malters Gerste, die Anzahl der für einen Pfennig zu verkaufenden Gallonen Bier feststellt. Kostet der Malter Gerste 2 s., so sind für einen Pfennig 4 Gallonen Bier zu liefern; bei einem Preise von 2 s. 6 d. = 3¹/₂ Gallonen, von 3 s. = 3 Gallonen, von 3 s. 6 d. = 2¹/₂ Gallonen, von 4 s. = 2 Gallonen, und so bei jeder Preiserhöhung des Malters Gerste um 6 pence je eine halbe Gallone weniger¹⁴⁸. Da der jährliche Durchschnittspreis der Gerste nur viermal während dieser Zeit unter 2 s. 6 d. herabging, so scheint der Gesetzgeber sich in seinem Voranschlag ungegründeten Hoffnungen hingegeben zu haben¹⁴⁹.

Von nun ab wurden Brot und Bier stets unter demselben Gesichtspunkte betrachtet; die Brauer wurden in gleicher Weise überwacht, wie die Bäcker, und, wenn sie der Taxe zuwiderhandelten, auch in gleicher Weise bestraft.

An Wein wurde eine beträchtliche Menge aus Frankreich, besonders aus der Gascogne, in England eingeführt. Der Durchschnittspreis für diesen Wein belief sich auf wenig mehr als das Doppelte des Bierpreises, und wir haben guten Grund zu der Annahme, daß solcher Wein von den Mittelklassen ziemlich allgemein getrunken wurde, besonders in den Städten¹⁵⁰. Schon im Jahre 1199 hatte die Regierung versucht, den Preis des Weines zu regeln, sowohl für den Großhandel, als im Einzelverkauf; anstatt jedoch eine Art gleitender Skala aufzustellen, schlug sie das weniger empfehlenswerte Verfahren der Festsetzung eines Höchstpreises ein, über den hinaus die verschiedenen Sorten Wein — der Wein aus Anjou, aus Poitou und der französische Wein — nicht verkauft werden durften. „Die Kaufleute aber konnten bei dieser Taxe nicht bestehen“, und es wurde ihnen gestattet, den Wein zu einem um die Hälfte höheren Preis zu verkaufen¹⁵¹. Das gleiche Ziel, einen Höchstpreis festzustellen, wurde das ganze folgende Jahrhundert hindurch angestrebt. Der für eine „sextary“ (Maß von 1½ Nössel) bestimmte Preis belief sich auf 12 Pfennige; forderten die Schankwirte mehr, so mußte der Bürgermeister oder der Vogt die Thüren der Schankläden schließen lassen und die Wirte solange an der Fortsetzung ihres Schankgeschäftes hindern, bis sie zur Weiterführung desselben vom König Erlaubnis erhalten hatten¹⁵². Die städtischen Behörden aber waren gehalten, mit ihren Nachforschungen hinsichtlich etwaiger Zuwiderhandlungen nicht bis zur Ankunft der Beamten des Königs zu warten¹⁵³. Aus einer Verordnung vom Jahre 1330 geht jedoch hervor, daß diese Maßregeln nicht zur Anwendung gelangten. In jenem Jahre beklagte sich das Parlament, daß die Schankwirte, deren Zahl stetig im Wachsen begriffen sei, ungesunden Wein im Lande ausschänkten und ungehörig hohe Preise forderten, „weil keine Strafe für sie vorgesehen sei, wie bezüglich derer, die Brot und Bier verkauften“. Es wurde demgemäß verfügt, daß keiner sich unterfangen solle, seinen Wein zu einem anderen als einem angemessenen Preise zu verkaufen, zu einem Preise, der unter Berück-

sichtigung des in den Hafenorten gangbaren Preises und der Auslagen, wie solche sich aus der Beförderung des Weines vom Hafen nach der Verkaufsstelle ergaben, festzustellen war. Zweimal im Jahre sollten die Bürgermeister und Bailiffs der einzelnen Städte eine Weinprobe vornehmen und allen Wein, der als schlecht befunden wurde, weggiessen¹⁵⁴. Es will indes scheinen, als ob diese Verordnung nur die im Jahre 1311 durch königliches Handschreiben für die Stadt London erlassenen Bestimmungen auf andere Städte ausdehnte; den von den städtischen Behörden jedes halbe Jahr zur Prüfung des Weines angestellten Beamten stand gleichzeitig die, wie wir wissen, den Londoner Beamten eingeräumte Machtbefugnis zu, den Preis jeder Sorte Wein bis zur nächsten Probe festzusetzen¹⁵⁵.

Nach der Mitte des 14. Jahrhunderts stieg der Preis des Weines mindestens um das doppelte, eine Steigerung, die sich wohl auf die Pest und den französischen Krieg zurückführen läßt¹⁵⁶. Seit jener Zeit wurde es immer schwieriger, die Preise zu regeln, und die Regierung mühte sich vergebens, den Einfuhrpreis des Weines dadurch zu beeinflussen, daß sie die englischen Händler bald hinderte, bald ermutigte, selbst Wein von Frankreich auszuführen, anstatt dies Geschäft den Gascognern zu überlassen. Diese Schwierigkeiten liegen jedoch ausserhalb der hier in Betracht kommenden Zeit. Es ist interessant wahrzunehmen, daß der im Jahre 1354 zu Oxford wütende große Straßenkampf zwischen Stadt und Universität aus einem Streite zwischen einem Studenten und einem Schankwirth über ein Quart Wein entsprang, und daß eine seiner Folgen die war, daß der König sich veranlaßt sah, mit Übergehung des Bürgermeisters, dem Kanzler der Universität die alleinige Oberaufsicht über die Brot-, Bier- und Weintaxe, wie über die Taxe sämtlicher anderen Lebensmittel zu übertragen¹⁵⁷.

In merkwürdigem Gegensatz zu ihrer Sorge um den Brotpreis, überließ die Regierung die Regelung der Fleischpreise gänzlich den örtlichen Behörden, indem sie sich mit der Verfügung begnügte, daß Schlächter, die gesundheitsschädliches Fleisch verkauften, aufs strengste zu bestrafen seien¹⁵⁸. In London waren die Schlächter der Überwachung von Aufsehern unterstellt, deren Pflicht darin bestand, gesundheitsschädliches Fleisch vor den Bürgermeister und die Älterleute zu bringen. Der Angeschuldigte hatte das Recht,

zur Untersuchung des in Frage kommenden Fleisches die Einberufung einer Jury zu fordern; wurde dasselbe für schlecht befunden, so ward er mit dem Pranger bestraft und das Fleisch vor seiner Nase verbrannt¹⁵⁹. Die örtlichen Behörden waren es auch, die, wenigstens seit den späteren Regierungsjahren Eduards I., Höchstpreise für geschlachtete Ochsen, Kühe, Schafe und Schweine festsetzten¹⁶⁰.

Der städtische Rat liefs sich die Beaufsichtigung der Lebensmittel in der That nicht weniger angelegen sein, als das Parlament und die Minister. Aufser der Durchführung der auf die Brot-, Bier- und Weintaxe bezüglichen Mafsregeln, erliels er Verordnungen, durch welche die Preise für Fisch und Geflügel geregelt und Märkte bestimmt wurden, auf denen die einzelnen Nahrungsmittel zu verkaufen waren. Ebenso sorgte er für die Überwachung dieser Märkte¹⁶¹. In den städtischen Urkunden finden sich zahlreiche Berichte über die Bestrafung von Leuten, welche gesundheitsschädliche Nahrungsmittel verkauften¹⁶².

Was die Handwerker anbetrifft, so waren einige mehr von den Verordnungen des Magistrats abhängig, als andere. Es waren dies besonders die Lohnwerker, d. h. solche, die keine festen Werkstätten hatten, sondern von Ort zu Ort zogen, um bestimmte Arbeiten auszuführen, wie Tischler, Maurer, Gipser, Anstreicher, Dachdecker und die Gehülfen solcher Leute¹⁶³. Eine Verordnung des Bürgermeisters und der Älterleute von London aus der Zeit Eduards I. setzte den Lohn der Handwerksmeister all jener Gewerbe für die Zeit zwischen Michaelis und Martini auf vier Pfennige den Tag fest, oder auf anderthalb Pfennig und freien Tisch bei dem Arbeitgeber, je nach Belieben des letzteren; zwischen Martini und Lichtmefs sollte der Lohn drei Pfennige betragen oder „einen Pfennig und den Tisch“; zwischen Lichtmefs und Ostern fünf Pfennige oder „zwei Pfennige und den Tisch“. Gesellen erhalten weniger. „Steinsetzern“ soll man für die Bepflasterung einer Fläche von 7¹/₂ Fufs Länge und 1 Fufs Breite zu allen Jahreszeiten zwei Pfennige geben; Kärnern für jede Fuhre einer bestimmten Menge Sand oder Kies einen Pfennig. Es heifst: „Giebt ein Bürger der Stadt einem Arbeiter mehr, als hier geschrieben und angeordnet ist, so soll er ohne Gnade durch eine an die Stadt zu zahlende Buße von vierzig Schillingen bestraft werden“.

Es gab außer den genannten noch einige, wenn auch nur wenige Fälle, in denen vor der Mitte des 14. Jahrhunderts die städtischen Behörden Löhne oder Preise zu regeln versuchten. Es dürfte angezeigt sein, uns hier fürs erste auf die Zeit zu beschränken, die dem „schwarzen Tode“ voranging, und die Frage, welche Wirkung diese Seuche auf den gewerblichen Betrieb ausübte, einem späteren Kapitel vorzubehalten. Ohne Zweifel beanspruchte die städtische Obrigkeit das Recht, die Löhne nach eigenem Gutdünken zu regeln, ein Recht, von welchem sie denn auch gelegentlich Gebrauch machte, z. B. in London bei Feststellung der Preise für das Beschlagen der Pferde¹⁶⁴. Hier war ein Fall, daß ein Reisender, der es eilig hatte, der Willkür des Hufschmiedes preisgegeben sein konnte. Ebenso wurde festgesetzt, wieviel die Lederbereiter¹⁶⁵ und Lederzurichter¹⁶⁶ fordern durften. Im allgemeinen scheint es jedoch Regel gewesen zu sein, den Preis der gefertigten Waren durch Verordnungen der Gilden bestimmen zu lassen. Die in London durch die Stadtbehörde veranlaßte Beschränkung des Preises für Sporen ist fast das einzige Beispiel vom Gegenteil¹⁶⁷. Leider steht uns zu wenig Beweismaterial zur Verfügung, um mit Bestimmtheit angeben zu können, wie die Preise seitens der Gilden geregelt wurden. In vielen Gewerken kaufte der Handwerker das Material nicht selbst, sondern empfing es von einem Kunden zur Verarbeitung, und dieser gab ihm für seine Arbeit eine entsprechende Vergütung in Geld. Solche Zahlungen waren, wie wohl anzunehmen, durch Herkommen und Übereinkunft geregelt, und Überforderungen scheinen bestraft worden zu sein¹⁶⁸. Aus der Höhe des Lohnes, den ein kein eigenes Material liefernder Handwerker für die bloße Anfertigung der Arbeit empfing, würde sich zweifellos der Preis einer fertig gekauften Ware bestimmen lassen. Der schwache Punkt in dem ganzen Systeme war der, daß die Gilden, nachdem sie einmal festen Fuß gefaßt hatten, danach strebten, die Zahl ihrer Mitglieder zu beschränken und die Preise zu erhöhen. Dies war eine gegen Ende des 14. Jahrhunderts scharf hervortretende Gefahr, die sich indes schon im Jahre 1321 in dem Verhalten der Londoner Weber zu zeigen begonnen hatte. Die Weberzunft war am frühesten ins Leben gerufen worden; sie hatte für ihre bloße Daseinsberechtigung einen langwierigen Kampf mit den städtischen Behörden auszu-

fechten gehabt, um dann, 20 Jahre nach ihrem endlichen Siege, dabei betroffen zu werden, daß sie die Menge des herzustellenden Tuches und die Zahl der Gewerksgenossen beschränken wollte. Doch blieben die Gilden in ihrem Thun nicht immer unbehelligt; denn die Bezirkswächter der Candlewick- (heute Cannon-) Street und von Walbrook stellten die Weber unter der in folgendem Bericht wiedergegebenen Anschuldigung vor die Richter des Königs. Es heißt: „Durch geheime Zusammenkunft und Verschwörung in der Kirche von S. Margaret Pattens kamen sie überein, daß sie für das Weben eines jeden Tuches sechs Pfennige mehr nehmen wollten, als sie von altersher zu thun gewohnt waren“, und obwohl der Bericht unvollständig ist, will es doch scheinen, als ob die Weber gezwungen worden seien, auf ihre alten Preise zurückzukommen¹⁶⁹.

§ 22. Das unmittelbare Eingreifen der Regierung beeinflusste das wirtschaftliche Leben der Gesellschaft in noch manch anderer Hinsicht: indem es einerseits den Handel erleichterte, andererseits ihn auch nach verschiedenen Richtungen hin einschränkte. Die wichtigste dieser Handelsbeschränkungen lag in dem Verbote des Wuchers. Nach der vermutlich zu Anfang des 12. Jahrhunderts zusammengestellten, mit dem Namen „Gesetze Eduards des Bekenners“ bezeichneten Sammlung, soll Eduard als Strafe für den Wucher Geldbußen und Ächtung angeordnet haben: „Der König pflegte zu sagen: er habe während seines Aufenthalts am Hofe des Königs von Frankreich gehört, daß der Wucher die Wurzel alles Übels sei“¹⁷⁰. Mit dem Entstehen geistlicher Gerichte wurden indes Fälle, in denen es sich um Wucher handelte, der weltlichen Gerichtsbarkeit entzogen. Der ums Jahr 1178 schreibende Verfasser des *Dialogus de scaccario* unterläßt nicht, darauf hinzuweisen, daß der König über einen wucherischen Geistlichen oder christlichen Laien bei dessen Lebzeiten keine Gewalt habe, sondern daß die Bestrafung des letzteren, je nach seinem Range, den geistlichen Gerichtshöfen vorbehalten sei“. Nach seinem Tode dagegen sollte — sofern er nicht nach Gebühr bereut, d. h. durch seinen letzten Willen verfügt hatte, daß denen, von welchen er seinen ungerechten Gewinn genommen, Ersatz zu leisten sei — seine Habe dem König verfallen¹⁷¹. Diese Vereinbarung zwischen den geist-

lichen und den weltlichen Gerichtshöfen wurde durch eine Verordnung vom Jahre 1341 bestätigt, in welcher es heisst: „Dem Könige und seinen Erben soll die Gerichtsbarkeit zustehen über Wucherer, die verstorben, und den Ordinarien der heiligen Kirche die Gerichtsbarkeit über Wucherer, die noch am Leben sind; denn ihnen kommt es zu, durch Strafen der heiligen Kirche die Wucherer zu zwingen, für die Zinsen, die sie den Gesetzen der heiligen Kirche zuwider genommen haben, Ersatz zu leisten“¹⁷². Doch waren die Geistlichen der öffentlichen Meinung so wenig voraus, daß sich selbst das Parlament gegen Ende des 14. Jahrhunderts häufig über die Laxheit der geistlichen Gerichte beklagte; und schon im Jahre 1363 wurde die Stadthörde von London von dem König besonders ermächtigt, ihrerseits Vorkehrungen gegen das Übel zu treffen. In einem im Jahre 1377 vor Bürgermeister und Älterleute gebrachten Falle wurde der Wucherer verurteilt, den doppelten Betrag der Zinsen zu zahlen, die er gefordert hatte¹⁷³.

Dem Gesetz des Staates und der Kirche zuwider wurde im Mittelalter ein von der öffentlichen Meinung der Zeit als wucherisch bezeichneter Geldhandel getrieben, im 13. Jahrhundert von den Cahorsinern oder Kawertschen (Leuten aus Cahors), im 14. von den Lombarden. Die Mittel und Wege, durch welche sich diese den geistlichen Strafen entzogen, sind von besonderem Interesse, insofern sie die Entwicklung einer Theorie erkennen lassen, die in der Folge viel dazu beitrug, die Kraft des Wucherverbotes abzuschwächen, nämlich die Theorie des Interesses im ursprünglichen Sinne des Wortes. Nach dem römischen Recht konnte die eine von zwei vertragschließenden Parteien — gleichviel ob es sich um einen Verkauf, um einen Dienstvertrag oder etwas anderes handelte —, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkam, nicht allein gezwungen werden, ihr Versprechen einzulösen oder eine entsprechende Entschädigung zu zahlen, sondern sie war auch verpflichtet, die andere Partei für jeden ihr aus der Nichterfüllung der gegebenen Versprechungen etwa erwachsenden Verlust schadlos zu halten, d. h. für das aufzukommen, *quod interest*: nämlich für den Unterschied in der gegenwärtigen Lage des Betreffenden und der Gestaltung, welche seine Lage angenommen hätte, falls der Vertrag erfüllt worden wäre. Gesetzt den Fall, du hättest ein Pferd verkauft,

führtest aber das Pferd dem Käufer nicht zur bestimmten Zeit zu, und angenommen, letzterer wäre ein Arzt und hätte dadurch, daß er außer stande war, zu einem Patienten zu reiten, ein ihm etwa in Aussicht stehendes Honorar eingebüßt, so könntest du gezwungen werden, nicht allein das Kaufgeld zurückzuerstatten, sondern auch für den entstandenen Verlust aufzukommen¹⁷⁴. Die Rechtslehrer des frühen Mittelalters unterschieden die Fälle, in denen durch Nichterfüllung einer Verpflichtung Forderungen gestellt werden konnten, wegen eines *damnum emergens* oder eines *lucrum cessans*, d. h. wegen entstehenden Verlustes oder verhinderten Gewinnes. Und sie behaupteten, daß gleiche Forderungen mit vollem Rechte auch von einem Geldverleiher geltend gemacht werden könnten, sobald der Borger ein Darlehn nicht zur bestimmten Zeit zurückerstattete. Diese Lehre wurde, soweit der entstehende Verlust in Betracht kam, von den Scholastikern und Kanonisten schon frühzeitig angenommen; und Thomas von Aquino giebt zu, daß eine solche Entschädigung von Rechts wegen schon im voraus vereinbart werden könne. Er sagt: „Ein Mann, welcher Geld ausleiht, kann, ohne zu sündigen, mit dem Gläubiger übereinkommen, von diesem für einen etwaigen Verlust Entschädigung entgegen zu nehmen . . . Dies bedeutet nicht etwa den Gebrauch des Geldes verkaufen (nämlich Wucher treiben), sondern lediglich einen Verlust vermeiden“. Der Anspruch auf Entschädigung bei Einbüßung eines Gewinnes konnte indes von den Kanonisten nach ihren eigenen Grundsätzen nicht leicht anerkannt werden. Die Lehrer des kanonischen Rechts meinten nun, mit der Übertragung der Münzen werde gleichzeitig das Recht abgetreten, diese zu benutzen und aus ihrem Gebrauche bestmöglichen Vorteil zu ziehen; sobald der Verleiher daher die Münzen aus der Hand gebe, verzichte er auf jeden Anspruch an dieselben: „Für den Verlust, der angeblich aus solchem Gelde erwächst, das keinen Gewinn bringt, kann keine Entschädigung gefordert werden“, sagt Thomas von Aquino; „denn es soll niemand etwas verkaufen, was er nicht erlangt hat“¹⁷⁵. Es war daher für die Lehrer des bürgerlichen Rechtes lange Zeit hindurch schwer, das *lucrum cessans* als Grund für Entschädigung geltend zu machen, und sie wandten sich daher mit um so größerem Eifer der Betrachtung des *damnum emergens* zu. Sie begannen

mit Aufstellung folgender Regel: „Es giebt kein Recht auf das Interesse ohne Verzug“¹⁷⁶. Die Behauptung, daß die bloße Thatsache des Geldverleihens für den Verleiher einen Verlust oder eine Unbequemlichkeit einschliesse, welche Entschädigung verlange, hätte sie mit der gesamten Lehre über den Wucher in heftigen Zwiespalt gebracht. Nur für den Fall, daß die zur Rückzahlung bestimmte Zeit verstrichen war, und der Schuldner immer noch nicht zahlte, erlangte der Gläubiger ein Recht auf mehr als die bloße Wiedererstattung der geliehenen Summe. Worin die Unbequemlichkeiten oder Verluste des wartenden Gläubigers etwa bestanden, ward nicht besonders klargelegt; die Rechtslehrer begnügten sich mit der bloßen Annahme von Fällen, in denen dem Gläubiger Verluste erwachsen konnten, wie z. B. durch sein Unvermögen, Steuern zu zahlen¹⁷⁷. Sie kamen indes zu dem treffenden Schluss: da es einem Manne gestattet ist, eigenen Verlusten vorzubeugen, so darf er auch von Rechts wegen eine bestimmte Entschädigung für den Verlust vereinbaren, der ihm aus nicht rechtzeitig erstatteten Zahlungen erwachsen wird.

Das Vorgehen der Cahorsiner in England beweist, in welcher Art ein derartiger Grundsatz sich verwerten liefs. Auf welche Weise die Stadt Cahors in den üblen Ruf gelangte, die Heimat der Wucherer zu sein, sodaß Dante sie in seinem „Inferno“ der Stadt Sodom, der Stätte fleischlicher Sünden, an die Seite stellt, scheint nicht bekannt; die Bezeichnung Cahorsiner war eine ziemlich unbestimmte, und wurde in England allem Anscheine nach für Geldhändler aus dem südlichen Frankreich angewandt, manchmal vielleicht auch für solche aus Italien^{177a}. Die Cahorsiner kamen zuerst im Jahre 1235 nach England, und zwar als „päpstliche Kaufleute“, d. h. um bei der Eintreibung päpstlicher Einkünfte in England hülfreiche Hand zu leisten, und diese Einkünfte nach Rom zu senden. Matthäus Paris berichtet, wie selbst der König den Cahorsinern stark verschuldet gewesen sei, und wie letztere die Bedürftigen geprellt hätten, „indem sie behaupteten, nichts davon zu wissen, daß alles, was zum Kapital hinzukomme, nichts anderes als Wucher sei, wie immer man es sonst nennen möge“. Bischof Roger von London ermahnte sie vergebens, von ihrem schändlichen Gebaren abzulassen. Er ging sogar soweit, sie in den Bann zu thun, und befahl ihnen,

seinen Sprengel zu verlassen, besonders aber die Stadt London zu meiden, „welche bis zu jener Zeit eine solche Pestilenz nicht gekannt habe“. Derselbe Chronist teilt uns jedoch mit, die Cahorsiner hätten einen so großen Einfluß in Rom gehabt, daß Bischof Roger dorthin berufen und genötigt worden sei, seine Versuche zu ihrer Austreibung aufzugeben¹⁷⁸. Im Jahre 1240 „wurden dem Könige die Augen geöffnet“, und die Cahorsiner verbannt; vielen indes gelang es durch Bestechungen, sich in England versteckt zu halten¹⁷⁹. Erst im Jahre 1245, als der päpstliche Legat zurückberufen wurde, verließen die meisten von ihnen das Land¹⁸⁰. Doch schon im Jahre 1251 waren sie wieder zahlreich in London vertreten, unternahmen ihre alten Geschäfte mit gleichem Erfolge, wie früher, und richteten sich in stattlichen Palästen ein. Indem sie als Kaufleute des Papstes sich der Geistlichkeit gegenüber behaupteten, trotzten sie zugleich dem Volke unter dem Schutze der Großen, deren einige von Matthäus Paris beschuldigt werden, den Cahorsinern Geld anvertraut zu haben, um damit Geschäfte zu machen. Doch des Königs Gewissen war erwacht, und viele Cahorsiner wurden in jenem Jahre vor die weltlichen Gerichtshöfe gestellt und zum Kerker verurteilt¹⁸¹.

Wie sie den Gesetzen von Staat und Kirche aus dem Wege zu gehen und es den Päpsten zu ermöglichen verstanden, sie zu beschützen, geht aus den Schuldverschreibungen hervor, die sie sich von denen ausstellen ließen, denen sie Geld geliehen hatten. Matthäus Paris bringt in folgendem die Abschrift einer solchen Verschreibung: „Der Prior N. und das Kloster M. entbieten allen, so dieses Schreiben zu Gesicht bekommen, ihren Gruß in dem Herrn. Es sei hierdurch kundgethan, daß wir zu London von A. und B., in ihrem eigenen Namen und dem ihrer Teilhaber, der Bürger und Kaufleute der Stadt C., hundert und vier Mark guter und vollwertiger Sterlings erhalten haben. Welche hundert und vier Mark wir nach gesetzlicher Übereinkunft, indem wir dazu in unserem eigenen Namen und dem unserer Kirche verpflichtet sind, den oben genannten Kaufleuten oder einem von ihnen oder einem ihrer Unterhändler, der dieses Schreiben überbringt, vollzählig wiedergeben und zurückzuerstatten versprechen, und zwar zu Newtemple in London am 1. August im Jahre des Herren 1235; unter Hinzufügung folgender Bedingung: daß, falls

das Geld nicht am bestimmten Orte und zu bestimmter Zeit bezahlt wird, wir nach Ablauf der festgesetzten Frist versprechen, ... ihnen jeden zweiten Monat auf je zehn Mark eine Mark zu zahlen, als Entschädigung für Verluste (*pro recompensatione damnorum*), — für solche Verluste und Auslagen, wie sie dabei dulden und erleiden mögen; also daß die Entschädigung für Verluste und Auslagen und das Kapital eingeklagt werden können, zusammen mit den Auslagen für einen Kaufmann mit einem Pferde und einem Diener, wo immer der Kaufmann sich aufhalten möge, bis zur vollen Rückzahlung des ganzen vorerwähnten Betrages. Gleicherweise wollen wir die bei der Wiedererlangung des Geldes verursachten oder noch zu verursachenden Auslagen den Kaufleuten erstatten und zurückzahlen, oder einem von ihnen, oder ihrem Unterhändler. Diese Entschädigung für Verluste, Zinsen und Auslagen (*recompensatio damnorum, interesse, et expensarum*) versprechen wir, nicht als einen Teil des Kapitals anzusehen Obige Versprechungen zu erfüllen, verpflichten wir uns und unsere Kirche und unsere Nachfolger, und verschreiben deshalb all unser Eigentum und das unserer Kirche, alle bewegliche und unbewegliche Habe, geistliche und weltliche, gegenwärtige und zukünftige, wo immer sie befunden werde, den vorerwähnten Kaufleuten und ihren Erben bis zur vollen Zahlung obengenannter Summe, in Anerkennung dessen, daß wir unser Eigentum nur ihrem guten Willen verdanken. Und für Vorstehendes sind wir willens, allerorten und vor jedem Gerichtshof Rede zu stehen (*in omni foro conveniri*), indem wir für uns und unsere Nachfolger auf jedwede Hülfe verzichten, die uns erwachsen könnte aus kirchlichem oder bürgerlichem Recht, aus den Vorrechten der Geistlichkeit und (geistlicher) Gerichtsbarkeit, ... aus Gewohnheitsrechten oder Satzungen; aus Freibriefen, Nachlässen oder Vorrechten, die zu Gunsten des Königs von England und seiner Unterthanen vom päpstlichen Stuhle erlangt sind oder erlangt werden können, ... indem wir ferner verzichten auf die Wohlthat des Ersatzes, das Recht der Berufung auf rechtsbeschränkende Erlasse des Königs von England und auf jeden anderen Einwand gegen diese Urkunde. Zum Zeugnis dessen haben wir unter dieses Dokument unser Siegel gesetzt, am 19. April 1235“¹⁸².

Zufolge dieser ohne Zweifel echten Urkunde wird eine

Summe Geldes dem Namen nach nur auf wenig über drei Monate entliehen. Hätte es der Zufall gewollt, daß das Kloster imstande war, das Geld am 1. August zurückzuerstatten, so wäre für das Darlehn keine Entschädigung zu leisten gewesen; von jenem Tage an jedoch waren die Klosterleute zu einer Zahlung von 60 Prozent das Jahr verpflichtet, hatten also 17 Prozent mehr zu zahlen, als man den Juden zu nehmen gestattete. Es liegt auf der Hand, daß, falls ein derartiges Verfahren zugelassen wurde, die Geldverleiher zu ihrer Sicherheit nichts weiter zu thun brauchten, als eine Zeit festzusetzen, während welcher für das Darlehn keine Entschädigung zu zahlen war; diese Zeit konnte jedoch sehr kurz bemessen werden, und der Verleiher lieb wahrscheinlich nur an solche Leute aus, die voraussichtlich nicht imstande waren, ihren Verpflichtungen an dem festgesetzten Tage nachzukommen. Dennoch ist es interessant, wahrzunehmen, wie ängstlich im vorliegenden Falle der Verleiher darauf bedacht ist, den Borger auf jeden Schutz verzichten zu lassen, der ihm durch das kanonische Recht und von den geistlichen Gerichtshöfen zu teil werden könnte. Der Wortlaut des Übereinkommens ist übrigens etwas dunkel; es geht aus demselben nicht klar hervor, ob außer der Wiedererstattung des Kapitals die jeden zweiten Monat zu leistende Zahlung von einer Mark auf je zehn die einzige Verpflichtung des Borgers darstellt. Allem Anscheine nach verhält es sich so, und die Worte „Verlust“ und „Auslage“ werden nur wiederholt, um dieser monatlichen Zahlung den Schein einer gewissen Rechtfertigung zu geben. Vermutlich wandten die Cahorsiner bei Ausstellung von Schuldverschreibungen noch andere Formeln an. Grofsteste soll, auf seinem Sterbebette liegend, über die Erpressungen „der Kaufleute und Wechsler unseres Herrn, des Papstes“, in Klagen ausgebrochen sein und gesagt haben: sie zwingen einen Mann, der hundert Mark von ihnen borgt, und ihnen verspricht, am Ende des Jahres hundert Pfund zu zahlen, einen Schein auszustellen, in welchem es heisst, daß der Borger hundert Pfund empfangen habe; und er sagt weiter: sie sind grausamer als die Juden, denn wenn der Borger nach kurzer Zeit zurückzuzahlen willens ist, so nehmen sie nie einen Heller weniger als hundert Pfund, wogegen die Juden für die Zeit, während derer der Borger

das Geld wirklich in Händen gehabt hat, nur die Zinsen von hundert Mark fordern würden¹⁸³.

Ebenso wie der Druck der Verhältnisse die Geistlichen und die religiösen Gemeinden dazu führte, Geld von den Wucherern zu leihen — obgleich ihnen das Verbot des Wuchers wohl bekannt war —, so kann nur geringer Zweifel darüber bestehen, daß einige Päpste, die zu jener Zeit mit Kaiser Friedrich II. in Streit lagen, und jede Hülfe, welche ihnen die Cahorsiner zu leisten vermochten, begierig ergriffen, nur zu geneigt waren, die Gelddarleiher zu schützen. Wie nahe letztere auch daran sein mochten, dem kanonischen Gesetze zuwiderzuhandeln, die Päpste selbst gewährten ihnen Rückhalt, vorausgesetzt, daß sie nur den Buchstaben jenes Gesetzes nicht verletzten. Es läßt sich in der That nicht verkennen, daß sowohl die päpstliche, wie die königliche Gesetzgebung weit mehr der Lehre der Theologen und einer stark entwickelten öffentlichen Meinung entsprang, als der andauernden Mißbilligung des Wuchers seitens der Gesetzgeber selbst.

Dies wird durch die Geschichte der in England ansässigen Juden aufs deutlichste zur Anschauung gebracht. Ihre Unbeliebtheit erklärt sich nicht lediglich aus dem Umstande, daß der König ihnen, während er sie ausplünderte, gestattete, ihrerseits die christliche Bevölkerung auszurauben; sie war eher eine Folge davon, daß die Juden um ihrer eigenen Sicherheit willen genötigt waren, sich selbst zu einem Werkzeuge des Königs zu machen, durch welches dieser die Nation beraubte¹⁸⁴. Im Jahre 1194 wurde von Richard I. angeordnet, daß Darlehen seitens der Juden in jeder Stadt nur in Gegenwart zweier zu diesem Zweck ernannter Christen, zweier gleichfalls ernannter Juden und zweier Schreiber auszuhändigen seien. Die Schuldverschreibung sollte zweifach ausgestellt werden: das eine Exemplar erhielt der jüdische Verleiher, während das andere in eine Truhe oder einen Schrein gelegt wurde, welcher der Obhut vorerwähnter Beamten anvertraut war. Veränderungen der Schuldverschreibung durften nur in Gegenwart der Wächter der Truhe vorgenommen werden. War die Schuld zurückbezahlt, so gab der Gläubiger dem Schuldner eine Empfangsbescheinigung, die dieser den Wächtern der Truhe vorzulegen hatte, worauf er von ihnen das in der Truhe aufbewahrte Exemplar der Schuldverschreibung zurückerhielt.

Derartige Truhen oder Schreine gab es in ungefähr 26 Städten¹⁸⁵. Auf Grund dieses Verfahrens entstand vermutlich um dieselbe Zeit das Schatzkammergericht der Juden zu Westminster, welche mit seinen eigenen Richtern und Beamten und der Befugnis, in Streitsachen zwischen Christen und Juden richterliche Erkenntnisse zu fällen, einen Teil des großen Schatzkammergerichts bildete. Von Zeit zu Zeit legte der König den Juden schwere Abgaben auf, die — den jährlichen Durchschnitt angenommen — etwa den 13. Teil des königlichen Einkommens bildeten¹⁸⁶. Ehe jedoch der Befehl zur Einziehung derartiger Abgaben ausgegeben wurde, ward gewöhnlich angeordnet, daß alle in den Schreinen der verschiedenen Städte enthaltenen Schriftstücke einer genauen Durchsicht zu unterziehen oder zu verzeichnen seien, und nachdem dies geschehen, wurden die Schreine versiegelt. Von einer beträchtlichen Anzahl Juden war mit Sicherheit anzunehmen, daß sie jene Abgaben nicht entrichten konnten, worauf die auf ihren Namen lautenden Schuldverschreibungen eingezogen wurden. Diese Schuld-scheine sandte man an das Schatzkammergericht der Juden und forderte die betreffenden Schuldner ohne Verzug auf, dem König ihre Schuld zu entrichten oder sich mit ihm zu vergleichen¹⁸⁷. So wurde des Königs Recht, die Juden zu besteuern, indirekt zu einem Rechte der Besteuerung des Volks. Daher richteten sich denn auch die in der Magna Carta enthaltenen Bestimmungen, nach denen während einer Minderjährigkeit keine Zinsen aufzuhäufen waren, und Frauen verstorbener Schuldner ihre Mitgift zurückerhalten sollten, unmittelbar gegen den König, und die Austreibung der Juden im Jahre 1290 darf ebenso, wie die *Confirmatio cartarum*, als eine Nachgiebigkeit gegen konstitutionelle Forderungen angesehen werden. Und gleichwie man die Großen des Landes beschuldigte, aus dem Gelde, welches sie den Cahorsinern anvertrauten, Wuchergewinn zu ziehen, so beklagten sich im Jahre 1257 die Barone auch über die Juden, weil diese — zweifellos um sich dadurch Schutz zu erkaufen — die in ihren Händen befindlichen Schuldverschreibungen oft auf einflußreiche Leute übertrugen, welche dann die ihnen gebotene Gelegenheit benutzten und sich in den Besitz von Ländereien setzten, die den Juden gegen Geldzahlungen verpfändet waren¹⁸⁸.

Die Höhe des „Gewinnes“, der den Juden zu nehmen

gestattet war, und den sie im 13. Jahrhundert auch durchschnittlich empfangen, betrug wöchentlich zwei Pfennig auf jedes Pfund, d. h. ungefähr $43\frac{1}{3}$ Prozent im Jahre¹⁸⁹. In Oxford waren Unruhen darüber entstanden, daß arme Studenten sich zu einem so ungeheuerlichen Zinsfusse Geld borgten; um dem abzuhelpen, gründete Grofsteste während seiner Kanzlerschaft die erste „Geldlade“, und zwar die zu S. Frideswide. Aus dieser Lade erhielten Studenten, deren jährliches Einkommen sich auf weniger als 2 Mark belief, unentgeltliche Darlehen; und in ihr wurden die von den Studenten verpfändeten Kleidungsstücke und Bücher aufbewahrt¹⁹⁰. Wohlwollende Bürger folgten diesem Beispiel, bis es im 15. Jahrhundert ein Dutzend oder mehr solcher Laden gab¹⁹¹.

§ 23. Schließlich muß eines großen Dienstes Erwähnung gethan werden, den die Regierung dem Handel und dem Gewerbe durch Einführung eines einfachen Verfahrens erwies, die Zahlung gewöhnlicher kaufmännischer Schuldbeträge zu erzwingen.

Es geschah dies durch das „Statute of Merchants“ oder „von Acton Burnell“ aus dem Jahre 1283. Die Kaufleute — so beginnt die Einleitung — sind oft dadurch geschädigt worden, daß es kein „schleuniges Gesetz“ giebt, welches ihnen zur Wiedererlangung geschuldeter Beträge verhilft, und viele haben sich infolgedessen abhalten lassen, nach England zu kommen. In Zukunft soll einem Kaufmanne die Befugnis zustehen, einen Schuldner vor den Bürgermeister zu führen. Vermag der Gläubiger den Schuldbetrag nachzuweisen, so hat der Schuldner einen Schuldschein auszustellen und sein Siegel darunter zu setzen, sich solcherart zur Zahlung an einem bestimmten Tage verpflichtend. Zahlt er nicht, so kann er zum zweitenmal vor den Bürgermeister gestellt werden, der nun zu veranlassen hat, daß ein genügender Teil von des Schuldners beweglichem Gut verkauft und auf solche Weise die zur Deckung der Schuld erforderliche Summe aufgebracht werde. Kann kein Käufer gefunden werden, so ist ein der Schuld entsprechender Teil des beweglichen Guts des Schuldners dem Gläubiger zu überweisen. Besitzt der Schuldner keinerlei bewegliches Gut innerhalb der Gerichtsbarkeit des Bürgermeisters, so hat letzterer dem Kanzler den erforderlichen

Bericht zu erstatten. Hierauf ist auf Veranlassung des Kanzlers an den Sheriff der Grafschaft, in welcher die Mobilien des Schuldners sich befinden, ein Schreiben zu richten mit dem Befehl, daß jene Habe gepfändet werde. Besitzt der Schuldner keinerlei bewegliches Gut, so soll er solange ins Gefängnis gesetzt werden, bis er sich mit seinem Gläubiger geeinigt hat, oder bis eine solche Einigung durch seine Freunde erzielt ist. Während dieser Zeit hat der Gläubiger ihn mit Brot und Wasser zu versorgen, und die hierdurch verursachten Kosten sind der Schuld hinzuzurechnen. Hat der Schuldner Bürgen gestellt, so ist gegen diese in gleicher Weise vorzugehen, jedoch nur für den Fall, daß der Schuldner selbst nicht genügende Mittel zur Zahlung besitzt. Fremde Kaufleute sind befugt, der ihnen geschuldeten Summe die Kosten ihres Unterhalts für die Zeit hinzuzufügen, während der sie auf Zahlung warteten¹⁹².

Dieses Gesetz bedeutete eine zu große Neuerung, als daß es bei seiner Durchführung nicht auf Schwierigkeiten hätte stoßen sollen. Zwei Jahre darauf wurde es in bestimmterer Form wiederholt, weil „die Sheriffs aus Bosheit und infolge falscher Auslegung seine Durchführung zuweilen verzögerten“¹⁹³. Im Jahre 1311 ward unter anderen Verordnungen verfügt, daß jenes Gesetz nur auf Kaufleute und bei solchen Schuldbeträgen seine Anwendung finden sollte, die sich aus dem Verkauf von Waren ergaben. Gleichzeitig wurden den drei Städten London, York, Bristol, die in dem Gesetze des vorigen Königs als die einzigen Orte erwähnt werden, an welchen kaufmännische Rechtshandel anhängig gemacht werden konnten, neun andere hinzugefügt, so daß es solcher Orte im ganzen zwölf gab: Newcastle, York und Nottingham „für die jenseits des Trent gelegenen Grafschaften und die dorthin kommenden und daselbst verweilenden Kaufleute“; Exeter, Bristol und Southampton „für die südlichen und westlichen Landesteile“; Lincoln und Northampton für dort ansässige Kaufleute, endlich London und Canterbury, Shrewsbury und Norwich¹⁹⁴.

Seit dieser Zeit stießen fremde Kaufleute, wenn sie die ihnen von einheimischen Händlern geschuldeten Beträge wiedererlangen wollten, auf keine erheblichen Schwierigkeiten mehr; besonders nachdem die Carta Mercatoria im Jahre 1303 bestimmt hatte, daß bei Rechtshandeln zwischen Fremden und Einheimischen die Jury halb aus Engländern,

halb aus Bewohnern des Ortes bestehen sollte, aus welchem der Fremde kam. Wenn es sich aber um Schuldbeträge handelte, die ein Engländer von einem nicht mehr im Lande weilenden Fremden zu fordern hatte, so blieben noch lange Zeit hindurch Schwierigkeiten bestehen. In solchen Fällen waren die Behörden englischer Städte gewohnt gewesen, alle ihnen irgendwie erreichbaren Waren einzuziehen, die einem beliebigen, mit dem Schuldner aus einer und derselben Stadt stammenden Kaufmanne gehörten¹⁹⁵. Diese gewaltsame Art der Wiedervergeltung wurde erst allmählich aufgegeben. Heinrich III. stellte in den späteren Jahren seiner Regierung den Städten Gent, Brügge, Ypres, Douai, S. Omer und Lübeck Schutzbriefe aus, in denen er versprach, daß die in England Handel treibenden Bürger jener Städte nur wegen ihrer eigenen Schulden, oder wegen Schulden, für welche sie Bürgschaft geleistet hatten, verantwortlich gemacht werden sollten¹⁹⁶. Doch fand dies Verfahren erst seit dem Jahre 1353 allgemeine Anwendung. Durch einen Erlaß dieses Jahres wurde verfügt, daß Kaufleute nur wegen ihrer eigenen Schulden oder der solcher Leute verklagt werden sollten, für die sie Bürgschaft geleistet hatten. Waren jedoch englische Unterthanen von dem Beherrscher eines fremden Landes oder von dessen Unterthanen geschädigt worden, so drohte der König mit dem Rechte der Wiedervergeltung: falls der fremde Fürst es versäumen sollte, trotz einer an ihn gerichteten Warnung, Gerechtigkeit walten zu lassen¹⁹⁷. Es ist bereits in einem früheren Abschnitte auf ein bei derartigen Gelegenheiten um die Mitte des 14. Jahrhunderts übliches Verfahren hingewiesen worden. Verweigerte nämlich ein in einem anderen Lande lebender Schuldner die Zahlung, so schrieben die Behörden englischer Städte an die Behörden der fremden Stadt, welcher der Schuldner angehörte, und drohten dieser an, falls die Schuld nicht bezahlt werde, Wiedervergeltung zu üben.

Wir sind nunmehr in der Lage, die eigentümlichen Merkmale der von uns betrachteten Zeit zusammenzufassen. Es war dies eine Zeit, in welcher sich aus und gleichzeitig mit einer dörfischen Wirtschaft — d. h. einem Zustande, da fast das ganze wirtschaftliche Leben des Landes sich in einer Anzahl ländlicher Gruppen kon-

zentrierte, — eine städtische Wirtschaft entwickelt hatte, derzufolge Handel und Gewerbe durch bürgerliche Gemeinwesen gepflegt und monopolisiert wurden. Die städtische Bevölkerung gestaltete sich der ländlichen immer unähnlicher, brachte aber gleichwohl, indem sie Absatzmärkte für die ländlichen Produkte ins Leben rief, der Landwirtschaft mächtige Förderung. Auf den Grundherrschaften breitete sich, trotz der anscheinend geringen Veränderung im alltäglichen Leben, durch die Ablösung der Dienste die Grundlage für spätere, gewaltsamere Umgestaltungen vor. In den Städten wurde der Alleinherrschaft der Bürger durch eingesessene Handwerker und fremde Kaufleute nach und nach ein Ende gemacht. Der Verkehr der Menschen untereinander wurde von Grundsätzen geleitet, welche das moderne Leben fast nicht mehr kennt, die aber damals von Staat und Kirche fast allgemein zur Anwendung gebracht wurden. Die königliche Gewalt versorgte die Gesellschaft mit zuverlässigen Tauschmitteln, und indem sie dazu beitrug, die Vorrechte getrennter städtischer Gemeinwesen zu brechen, bahnte sie dem Begriff einer Staatswirtschaft den Weg, wie solche im 16. Jahrhundert in Erscheinung treten sollte¹⁹⁸.

Anmerkungen.

¹ a) Matth. VI. 19, 20, 24; Markus IV. 19; b) Matth. XIX. 23, 24; Lukas XVIII. 24, 25; c) Matth. XIX, 21; Lukas XVIII. 22; dies war die Botschaft, welche Franz von Assisi veranlafste, das Gelübde der Armut abzulegen; d) Lukas VI. 20, 21, 24, 25; e) Matth. VI. 25—32; f) Lukas VI. 29—34; g) Apostelgeschichte IV. 32, 34, 35.

² Angeführt im Corp. Jur. Canonici, Decr. I. distinctio 47, c, 8 (Ausgabe v. J. 1618, Seite 54).

³ Ancient Law, Kap. IV. „Gleichartigkeit“ ist vielleicht ein passender Ausdruck für einige der hervorstechendsten Bedeutungen der Wörter *ἰσότης*, „des Principis gleicher Verteilung“, und *aequitas*, das „die Ausgleichung“ oder „die Aufhebung von Unterschieden“ bezeichnet; ebenda, 58—61.

⁴ Justinians Institutionen, herausgeg. von Moyle, I. 92; Corp. Jur. Canonici, Decr. I., dist. I., c. VII: „Ius naturale est commune omnium nationum eo quod ubique instinctu naturae non constitutione aliqua habetur, ut viri et feminae conjunctio, liberorum successio et educatio, communis omnium possessio et omnium una libertas“; hierzu wird nicht sehr logisch gefügt: „Acquisitio eorum quae coelo, terra, marique capiuntur, item depositae rei vel commendatae pecuniae restitutio, violentiae per vim repulsio.“

⁵ Angeführt im Corp. Jur. Canonici, Decr. II., causa 12, quaestio 1, cap. 2. Siehe auch die Anführungen bei Kautz, Geschichtliche Entwicklung der National-Ökonomik (1860), I, 205.

⁶ Auf den Gegensatz zwischen der Lehre des Christentums und der der Stoiker weist Lecky hin: Hist. of European Morals, I. 203, 204; II. 1—4; vergl. Ecce Homo, Vorrede zur fünften Auflage,

XI. (1883). Roscher meint, die mittelalterliche Theologie habe die Unterstützung der Armen nicht als freiwilliges Liebeswerk angesehen, sondern als eine Verpflichtung — ein *debitum legale*, wie Thomas von Aquino sagt — *Gesch. der Nat.-Ökonomik*, 6.

⁷ Tertullian, *De Idolatr.*, 11; angef. bei Knies, *Polit. Ökonomie vom geschichtl. Standpunkte*, 116, Anm. 3.

⁸ Kautz, 209.

⁹ „*Merito dictum negotium, quia negat otium, quod malum est, neque quaerit veram quietem, quae est Deus*“; *Corp. Jur. Canonici*, *Decr. I*, dist. 88, c. 12 (Ausg. v. J. 1618, Seite 95, col. 2).

¹⁰ *Epist. ad Rusticum*, c. 9: „*Qualitas lucri negotiantem aut excusat aut arguit; quia est honestus quaestus aut turpis*“, angef. bei Knies, 116, Anm. 4.

¹¹ *Decr. I*, dist. 91, c. 3: „*Clericus victum et vestimentum sibi artificiolo vel agricultura, absque officii sui duntaxat detrimento, paret*“. Vergl. hierüber im allgemeinen: Endemann, *Die Nationalökonomischen Grundsätze der Canonistischen Lehre*, § 17.

¹² Vergl. Roscher, *Geschichte*, 6: „Bei der Beurteilung dieser asketischen Einseitigkeit darf man nicht übersehen, daß sie im Zeitalter der früheren Kirchenväter eine ebenso natürliche, wie heilsame Reaktion war gegen den Egoismus des römischen Rechts, und daß nachmals ihre Fortdauer während des germanischen Mittelalters gegenüber dem Faustrechte, dem alle niederen Kulturstufen huldigen, ebenfalls nur wohlthätig wirken konnte“.

¹³ Ortolan, *Roman Law* (Engl. Übertragung), 528, 532. Vergl. Lyte, *Hist. of Univ. of Oxford* (1886), 55.

¹⁴ Vergl. Maine, *Ancient Law*, 261; *Early Hist. of Institutions*, 391; *Early Law and Custom*, 343, 344.

¹⁵ Lyte, 11, und die dort gegebenen Verweisungen.

¹⁶ Mayne, 82, 13, 44.

¹⁷ *Matth. VII*, 12; *Lukas VI*. 31.

¹⁸ *Digest. IV* 4, 16 (4); *XIX* 2, 22 (3): „*Quemadmodum in emendo et vendendo naturaliter concessum est quod pluris sit minoris emere, quod minoris sit pluris vendere, et ita invicem se circumscribere, ita in locationibus quoque et conductionibus juris est*“.

¹⁹ 2 *Cod. 4*, 44: „*Rem majoris pretii si tu vel pater tuus minoris pretii distraxit, humanum est, ut vel pretium te restituente emptoribus fundum venditum recipias auctoritate intercedente iudicis, vel, si emptor elegerit, quod deest justo pretio recipies. Minus autem pretium esse videtur, si nec dimidia pars veri pretii soluta est*“. Siehe Hunter, *Roman Law*, 318.

²⁰ Augustinus, de Trin., 13, 3: „Scio ipse hominem, quum venalis codex ei fuisset oblatus, pretiique ejus ignarum et ideo quiddam exiguum poscentem cerneret venditorem, justum pretium, quod multo amplius erat, necopinanti dedisse“. Siehe Knies, 117. Der Ausdruck „justum pretium“ findet sich in dem späteren römischen Recht, wie z. B. in der in voriger Anmerkung wiedergegebenen Vorschrift, sodaß die Darstellung des augustinischen Textes wohl kaum ganz genau sein dürfte; die Anwendung jenes Ausdrucks seitens der späteren Kirchenväter und Scholastiker scheint jedoch dem Augustinus entlehnt zu sein.

^{20a} Hobbes (Leviathan, Teil 1, Kap. 15), behauptet, dies sei die auf dem Katheder gebräuchliche Auslegung des Wortes Gerechtigkeit. Sie soll dem Ulpian entnommen sein.

²¹ Summa Theologica, Secunda Secundae, quaestio LXXVII, articulus I: „Justum enim in commutationibus humanae vitae secundum leges civiles determinatur. Sed secundum eas licitum est emptori et venditori, ut se invicem decipiant“. (Pariser Ausgabe v. J. 1664, Tit. 22, Seite 144).

²² Thomas von Aquino ist jedoch eifrigst bemüht, darauf hinzuweisen, daß, obwohl jedes Ding thatsächlich einen gerechten Preis habe, dieser aber doch nicht immer genau festgestellt werden könne; man sollte daher — wie er sagt — nur in solchen Fällen auf Ersatz bestehen, wo die durch einen ungebührlichen Preis verursachte Schädigung eine bedeutende ist: Lex divina nihil impunitum relinquit quod sit virtuti contrarium. Unde secundum divinam legem illicitum reputatur, si in emptione et venditione non sit aequalitas justitiae observata; et tenetur ille qui plus habet, recompensare ei qui damnificatus est, si sit notabile damnum. Quod ideo dico, quia istud pretium rerum non est punctualiter determinatum, sed magis in quadam aestimatione consistit; ita quod modica additio vel minutio non videtur tollere aequalitatem justitiae“; ebenda.

^{22a} Gustav Cohn, System der Nationalökonomie (1885), I. 488.

²³ J. S. Mill, Political Economy, Beh. III, Kap. 3. Daß die mittelalterliche Kirchenlehre danach strebte, den Preis nach den Herstellungskosten zu bestimmen, wurde vermutlich zuerst von Knies angenommen, Teil II, § 3 (Ausgabe v. J. 1883, Seite 116); vergl. Cunningham, Engl. Industry and Commerce (1. Auflage), § 43, Seite 171—173.

²⁴ Fawcett, Manual of Pol. Econ., Beh. III, Kap. 4 (6. Auflage, Seite 339). Zum Zwecke des Vergleichs ist diese moderne Theorie

hier ohne Kritik wiedergegeben; Sidgwick hat jedoch in seinen *Principles of Pol. Econ.* (Bch. II, Kap. II) kürzlich darauf hingewiesen, daß die Herstellungskosten sich stets nach der Nachfrage richten müssen.

²⁵ Vergl. Endemann, *Studien in der Romanisch-kanonistischen Wirtschafts- und Rechtslehre*, II. 37.

²⁶ „*Utrum venditio reddatur illicita propter defectum rei venditae*“, ist die Überschrift zum articulus 2.

²⁷ Ebenda: „*In unoquoque loco ad Rectores civitatis (ein Ausdruck, der allem Anscheine nach ursprünglich zur Bezeichnung städtischer Behörden angewandt wurde) pertinet determinare, quae sint justae mensurae rerum venalium, pensatis conditionibus locorum et rerum. Et ideo has mensuras publica auctoritate vel consuetudine institutas paeterire non licet*“.

²⁸ Ebenda, artic. 3: „*Cum enim venditor emptorem ad emendum non cogat, videtur ejus iudicio rem quam vendit supponere . . . Non ergo videtur imputandum venditori, si emptor in suo iudicio decipitur, praecipitantur emendo, absque diligenti inquisitione de conditionibus rei*“.

²⁹ Ebenda: „*Si vero vitium sit manifestum; puta cum equus est monocus, vel cum usus rei, etsi non competat venditori, potest tamen esse conveniens aliis; et si ipse propter hujusmodi vitium subtrahat quantum oportet de pretio: non tenetur ad manifestandum vitium rei; quia forte . . . emptor vellet plus subtrahi de pretio quam esset subtrahendum*“.

³⁰ Ebenda: „*Dicendum quod iudicium non potest fieri nisi de re manifesta . . . Unde si vitia rei quae vendenda proponitur sint occulta, nisi per venditorem manifestentur, non sufficienter committitur emptori iudicium*“.

³¹ Ebenda: „*Dicendum quod vitium rei facit rem in presenti esse minoris valoris quam videatur. Sed, in casu premissio, in futurum res expectatur esse minoris valoris per superventum negotiatorum, qui ab ementibus ignoratur. Unde venditor qui vendit rem secundum pretium quod invenit, non videtur contra justitiam facere, si quod futurum est non exponat. Si tamen exponeret vel de pretio subtraheret, abundantioris esset virtutis, quam vis ad hoc non videatur teneri ex justitiae debito*“.

³² Riley, *Memorials of London*, 420.

³³ Artic. 4: „*Negotiari propter res necessarias vitae consequendas omnibus licet; propter lucrum vero, nisi id sit ordinatum ad aliquem honestum finem negotiari ex se turpe est*“.

³⁴ Ebenda: „Secunda autem juste vituperatur; quia, quantum est de se, deservit cupiditati lucri, quae terminum nescit, sed in infinitum tendit.“ Diese Ansicht ist der Politik des Aristoteles entnommen (Bch. I, Kap. 8, 9). Bezüglich der Anwendung des Wortes *πέρας* bei Aristoteles siehe Jowett, *Politics*, Bd. II, Teil I, Seite 30.

³⁵ Ebenda: „Lucrum tamen, quod est negotiationis finis, etsi in sua ratione non importat aliquid honestum vel necessarium, nihil tamen importat in sua ratione vitiosum vel virtuti contrarium. Unde nihil prohibet lucrum ordinari ad aliquem finem necessarium, vel etiam honestum; et sic negotiatio licita reddetur. Sicut cum aliquis lucrum moderatum quod negotiando quaerit ad domus suae sustentationem, vel etiam ad subveniendum indigentibus; vel etiam cum aliquis negotiationi intendit propter publicam utilitatem, ne scilicet res necessariae ad vitam patriae desint, et lucrum expetit non quasi finem, sed quasi stipendium laboris“.

³⁶ Das erläuternde „jeweiliger“ ist hier eingeschaltet, weil Thomas von Aquino ausdrücklich zugiebt, daß Schwankungen in der Zufuhr auch Schwankungen des Preises bedingen müssen, wie er dies durch sein Beispiel der „caristia frumenti“ im dritten Artikel veranschaulicht. Die Kanonisten jedoch gaben nie zu, daß der Preis willkürlich von Käufer und Verkäufer bestimmt werden könne. Sie behaupteten, es gebe auf dem Markte jederzeit einen gerechten Preis, den die Händler anzuerkennen hätten. Über die spätere Lehre der Kanonisten und die Schwierigkeiten, die sich für diese ergaben, siehe Endemann, *Studien*, II. 44—46. In welcher Weise die Aufrechterhaltung des üblichen Verkaufspreises auf einem bestimmten Markte und an einem bestimmten Tage zu praktischer Durchführung gelangte, wird veranschaulicht in den *Memorials of London*, 236.

³⁷ Lukas VI, 35, und zwar nach dem Wortlaut der Vulgata: „Mutuum date, nihil inde sperantes“.

³⁸ Über die Geschichte des Verbots siehe Endemann, *Grundsätze der Kanonistischen Lehre*, § 2.

³⁹ Das Justiniansche Gesetz hatte die Höhe der Zinsen festgesetzt; nach ihm beliefen sie sich für Darlehen auf Schiffsfrachten auf 12 Prozent, für Darlehen zu geschäftlichen Zwecken auf 8 Prozent, in anderen Fällen auf 6 und 4 Prozent: „Jubemus illustribus quidem personis sive eas praecedentibus minime licere ultra tertiam partem centesimae usurarum in quocumque contractu vili vel maximo stipulari: illos vero qui ergasteriis praesunt vel aliquam licitam negotiationem gerunt usque ad bessem centesimae suam stipulationem moderari: in trajecticiis autem contractibus vel specierum fenori dationibus usque ad centesimam tantummodo

licere stipulari nec eam excedere, licet veteribus legibus hoc erat concessum: ceteros autem omnes homines dimidiam tantum modo centesimae usurarum posse stipulari, et eam quantitatem usurarum etiam in aliis omnibus casibus nullo modo ampliari, in quibus citra stipulationem usurae exigi solent. Nec liceat iudici memoratam augere taxationem occasione consuetudinis in regione obtinentis“; 26 § 2 Cod., IV, 32. Unter der Bezeichnung centesima verstand man einen Zusatz von einem Hundertstel jeden Monat, d. h. 12 Prozent das Jahr. Siehe auch Knies, 118.

⁴⁰ Endemann, Studien, I, 119.

⁴¹ Ortolan (Engl. Übertr.), 542.

⁴² Stubbs, Const. Hist., II, 116, und Anm. 2. Francesco d'Accorso hielt sich mit seiner Frau eine Zeit lang in Kings Hall in der nördlichen Vorstadt Oxfords auf. Lyte sagt in seiner Hist. of Oxford, 89: „er hat in Oxford zweifellos Vorlesungen über das römische Recht gehalten“.

⁴³ Siehe die Decretales Gregorii (angeführt unter der Bezeichnung „X.“, d. h. „liber extra decretum“) lib. 5, tit. 19, de usuris, cap. 3 (Ausgabe v. J. 1618, Seite 694).

⁴⁴ Ebenda, cc. 5, 9.

⁴⁵ Liber Sextus (unter der Bezeichnung „VI.“), lib. 5, tit. 5 (de usuris), c. 1.

⁴⁶ Ebenda, c. 2.

⁴⁷ Clementinarum, lib. V., tit. 5 (de usuris), cap. unicum.

⁴⁸ Endemann, Studien I, 27.

⁴⁹ Siehe Anm. 39, und vergl. Cunningham, Usury, 7, 8.

⁵⁰ Endemann, a. a. O. I, 19.

⁵¹ Ebenda, 27—28.

⁵² Exodus XXII, 25. Es könnte hier allerdings, wie schon Thomas von Aquino erkannte, eingewandt werden, daß das Verbot, von einem jüdischen Bruder Geld zu leihen, die Erlaubnis einschloß, solches von den Heiden zu nehmen. Thomas von Aquino giebt dies zu, meint jedoch, es sei nur erlaubt gewesen, wegen der Härte ihrer Herzen; er sagt: „Quod autem ab extraneis usuram acciperent, non fuit eis concessum quasi licitum, sed permissum ad majus malum vitandum ne scilicet a Judaeis Deum colentibus usuras acciperent, propter avaritiam cui dediti erant“; Secunda Secundae, quaestio LXXVIII., art. 1. Das im vierten Regierungsjahre Richards I. herausgegebene Verzeichnis von Schatzkammer-Urkunden, die Pipe Roll, berichtet von einer Buße, welche von Judas, einem Juden aus Bristol, gezahlt wurde, „auf daß man durch Einsicht in die jüdischen Satzungen

gen finden könne, ob ein Jude von einem Juden Wucher nehmen dürfe“; Madox, Exchequer; 166 und Anm. (u).

⁵³ . . . „Pecunia . . . principaliter est inventa ad commutationes faciendas; et ita proprius et principalis pecuniae usus et ipsius consumptio, sive distractio, . . . et propter hoc secundum se est illicitum pro usu pecuniae mutuatae accipere pretium, quod dicitur usura“; II, 2, qu. 78, art. 1. Im Decretum, distinctio LXXXVIII., c. XI., findet sich dieser Satz in einer Stelle, die aus einem dort dem heil. Chrysostomus zugeschriebenen Werke angeführt wird. Dieser Anführung wird folgende Frage gegenübergestellt: Wie kann jemand, der Wucher nimmt, schlimmer sein, als wer ein Haus vermietet oder ein Gut verpachtet und Zins dafür empfängt? „Qui agrum locat ut agrariam recipiat, aut domum ut pensiones recipiat, nonne est similis ei qui pecuniam dat ad usuram? Absit. Primum, quidem, quoniam pecunia non ad aliquem usum deposita est, nisi ad emendum“.

⁵⁴ Jeremias Bentham beginnt seine berühmten Letters on Usury folgendermaßen: „Die Ansicht, von der ich bei Behandlung dieses Gegenstandes auszugehen pflegte, ist die folgende. Kein Mann in reiferen Jahren und von gesunder Vernunft, der frei und mit offenen Augen handelt, sollte, mit Rücksicht auf seinen Vorteil, gehindert werden, durch jeden beliebigen Handel sich Geld zu borgen; noch sollte es (in notwendiger Folge hiervon) irgend jemandem verwehrt sein, einen solchen Mann mit Gelde zu unterstützen, und zwar unter allen Bedingungen, mit denen der Borger sich einverstanden erklärt. Diese Ansicht würde, falls man sich zu ihr bekennen sollte, mit einem Schlage alle jene Schranken beseitigen, welche Landesgesetz und Gewohnheitsrecht in vereintem Streben der schreienden Sünde des Wuchers entgegengesetzt haben“. Diese Briefe sind zusammen mit einem oft angeführten Briefe Calvins und einer interessanten Rede Richard Danas' im Abgeordnetenhaus von Massachusetts (1867) in der handlichen Form einer Broschüre als Tract IV abgedruckt und von der American Society for Political Education (1881) veröffentlicht worden.

⁵⁵ Die spätere Geschichte der Wuchergesetze, besonders in Deutschland, gelangt zu vorzüglicher Darstellung durch Adolf Wagner in Schönbergs Handbuch der Politischen Ökonomie, I, 313 bis 316. Wagner weist darauf hin, daß die neueste deutsche Gesetzgebung die Vorstellung festzuhalten strebe, daß der Wucher ein Kriminalverbrechen sei; doch zieht er zwischen Wucher und gesetzmäßigem Gewinn keine scharfe Scheidelinie.

⁵⁶ Vergl. Roscher, System der Volkswirtschaft, Bd. I, Beh. III, Kap. IV, § 190. (Englisch-amerik. Übersetzung II, 128.)

⁵⁷ Dies wird von Thomas von Aquino ausdrücklich gestattet (quaestio 78, art. 2). Durch ein Dekret Gregors IX. (wenigstens nach dem recipierten Texte) scheint es jedoch verboten gewesen zu sein; siehe Decretal. Gregors IX. (X.) lib. 5, tit. 19, cap. 19: „Naviganti . . . mutuans pecuniae quantitatem“ etc. Wie sich die Kanonisten zu dieser Frage verhielten, darüber vergleiche man: Endemann, Studien, 326—328, und Neumann, Gesch. des Wuchers, 17, 18.

⁵⁸ Past and Present, Bch. II, Kap. 4. Im allgemeinen siehe hierüber: Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, II, 441, 2; ebenso Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft, 42.

⁵⁹ Grundbesitzer borgten gewöhnlich gegen Verpfändung ihres Landes; andere Borger veranlaßten ihre Freunde, als „pledges“ oder „mainpernors“ (Bürgen) für sie einzutreten. Wie häufig letzteres Verfahren zur Anwendung kam, erhellt aus den Verordnungen des Statute of Merchants, 1283, Stat. of the Realm, I, 54.

⁶⁰ Endemann, Studien, II, S. 383 u. folg. Die Geschichten von Kreuzigungen und ähnlichen Verbrechen der Juden beruhen ohne Zweifel auf Erfindung. Was indes außer allem Zweifel steht, ist, daß die Juden sich oft soweit vergingen, den Glauben der Leute, unter denen sie lebten, öffentlich zu beschimpfen. So gelegentlich des Himmelfahrtsfestes vom Jahre 1263. Als nämlich an diesem Tage „die Geistlichen sich in großer Prozession nach dem Kirchhof zu S. Frideswide begaben, um der öffentlichen Predigt beizuwohnen, die der Kanzler der Universität bei dieser Feier zu halten pflegte, wurde plötzlich der Träger des Kreuzes von einer Anzahl Juden angegriffen, und nachdem sie ihm das Kreuz entrissen, traten sie es in beschimpfender Weise mit Füßen“; Lyte, Oxford, 67.

⁶¹ Endemann, Studien, I, 13.

⁶² Cunningham, City Opinion on Usury, in Bankers Journal, Februarheft 1887.

⁶³ cc. 1—4. X., lib. 14, quaest. 3. Endemann, Grundsätze, § 4.

⁶⁴ Dies ist augenscheinlich der Sinn der in den Decretalen Gregors (X., lib. V, tit. 19, cap. 19), aufgestellten Behauptung, daß ein Mann, der in Naturerzeugnissen thatsächlich einen größeren Betrag empfängt, trotzdem nicht als Wucherer betrachtet werden könne, wenn „grani, vini vel olei mensurae . . . utrum plus vel minus solutionis tempore fuerint valiturae, verisimiliter dubitatur“.

⁶⁵ Endemann, Grundsätze, 21, 22.

⁶⁶ X., lib. V, tit. 19, c. 2.

⁶⁷ Lyndwood, Provinciale, lib. 3, tit. 10 (Oxforder Ausg. v. Jahre 1677, Seite 160). Die Pipe Roll vom neunten Regierungsjahre

Johanns (Madox, *Exchequer*, 170) enthält eine Eintragung, derzufolge einem gewissen Landedelmann auf seine Bittschrift gestattet wurde, daß er, anstatt seine, den Juden verpfändeten, Ländereien diesen zu übergeben, selbige behalten dürfe, aber ihre jährlichen Erträge den Juden auszuzahlen habe, bis die Schuld getilgt sei. Es heisst: „Rogerus de Berkele (debet) LX. marcus: ut inquiratur, quantum valeat per annum terra ejusdem Rogeri . . . cum pertinentiis, quae est vadim Judaeorum Bristolliae et Glocestriae pro debito quod eis debet: et quod ipse in manu sua teneat terram illam, et predictis Judaeis valorem illius terrae singulis annis reddat, quousque praedictum debitum suum eis persolvatur“.

⁶⁸ X., lib. 5, tit. 5, c. 6.

⁶⁹ Frei übersetzt aus dem *Ayenbite of Inwyt*, herausgeg. von der Early Engl. Text Soc., Seite 35, 44.

⁷⁰ Keary, *Introd. to Cat. Engl. Coins*, VI, VII. Bezüglich des Vorrates an Werten vergl. Jevons, *Money*, 15, 16.

⁷¹ Keary, ebenda, XI.

⁷² Ebenda, XVI. XVII. Auf den frühen Beginn des friesischen Handels wird hingewiesen durch Beda, *Eccl. Hist.* V, 22. Wie dieser Geschichtsschreiber erzählt, wurde einem friesischen Kaufmanne in London ein Sklave verkauft, „dessen Ketten abfielen, als Messen für ihn gesungen wurden“.

⁷³ Keary, *Introd.*, XIX, XX.

⁷⁴ Ebenda, XXIII.

⁷⁵ Ebenda, XXVIII, XXIX.

⁷⁶ Ebenda, II., XXIX, XXX.

⁷⁷ Ebenda, II., III., XXXI.

⁷⁸ Vergl. Green, *Conquest of England*, 72, 73.

⁷⁹ *Laws of Athelstan*, II (*Concilium Greatanleagense*), 14, § 2; bei Schmid, *Gesetze der Angelsachsen*, 140.

⁸⁰ Ausgenommen natürlich während der zwei Jahre, wo Edgar über den nördlich von der Themse gelegenen Teil Englands regierte, während Edwy im Süden als König anerkannt wurde; wie auch ferner unter der zwischen Edmund Ironside und Kanut geteilten Herrschaft.

⁸¹ Freemann, *Norman Conquest*, I, 554 u. fg.

⁸² Ethelred, III (*Concilium Wanetungense*), c. 8; bei Schmid, 216.

⁸³ Siehe die Verzeichnisse bei Schmid, S. 140; ferner bei Rüdiger, Bd. I.

⁸⁴ Athelstan, III, 14; Ethelred, III, c. 17; bei Schmid, 138, 219.

⁸⁵ Stubbs, *Const. Hist.* (Libr. ed.), I, 378, 549. Bezüglich Frankreichs siehe Hallam, *Middle Ages* Ausg. v. J. 1878), I, 205;

hinsichtlich Italiens und Deutschlands: Raumer, Hohenstaufen, V, 344.

⁸⁶ Ducange erklärt *monetagium* als „*praestatio quae a tenentibus et vassalis domino fit tertio quoque anno, ea conditione ut monetam mutare ei non liceat*“. Siehe Art. 5 in Heinrichs I. *Charter of Liberties* (in den *Select Charters*, 101), und vergl. Ruding, I, 163.

⁸⁷ Athelstan, II, 14, § 1; Ethelred, II, 8; bei Schmid, 140, 216.

⁸⁸ *English Chronicle*, s. a. 1125.

⁸⁹ Ruding, I, 164.

⁹⁰ Ebenda, I, 171, 184. Von der Münze des Jahres 1180 sagt Ralph de Diceto (II, 7, *Rolls Series* [Ausz. des *Master of the Rolls Scriptores rer. Britannic.*]): „*Philippus Aymari, natione Turonicus, mandato regis in Angliam veniens, numismatis innovandi procuracionem suscepit. Hyemali siquidem festo beati Martini moneta veteri reprobata, nummus in forma rotunda commerciis hominum passim est per regnum expositus*“.

⁹¹ Rymer, *Foedera*, I, 12. Heinrich an den Bischof Samson und alle französischen und englischen Barone in Worcestershire: „*Sciatis quod volo et precipio quod omnes burgenses et omnes illi qui in burgis morantur, tam Franci quam Angli, jurent tenere et servare monetam meam in Anglia, et non consentiant falsitatem monetae meae*“. Daraus läßt sich erkennen, wie sehr die zunehmende Wichtigkeit der Umlaufsmittel durch das Wachstum der Städte und ihres Lebens bedingt war.

⁹² Ruding, I, 178,

⁹³ Ebenda. Es sollte kein Geld in Umlauf sein, dessen Minderwert mehr als 2 s. 6 d. auf das Pfund betrug; geringerwertige Pfennige sollten durchbohrt und ihren Besitzern zurückgegeben werden, um niemals wieder in Gebrauch zu kommen.

⁹⁴ Macaulay, Kap. 21. Der Vorrat an gemünztem Gelde war so gering, daß im Jahre 1300, unter der Regierung Eduards I., sogar der zwangsweise Umlauf sogenannter *pollards* und *crockards* (of *polled and crocked pennies* = gekippter und verbogener Pfennige) angeordnet wurde, und zwar sollten zwei schlechte Pfennige auf einen guten kommen. *Memorials*, 42; *Liber Custumarum*, 563.

⁹⁵ Ruding, I, 179. Was das Streben nach Gleichartigkeit in der Prägung anbelangt, vergl. Keary, in *Coins and Medals*, herausgeg. von Lane-Poole (1885), S. 107.

⁹⁶ Ruding, I, 70.

⁹⁷ Ebenda, I, 187.

⁹⁸ Ebenda, I, 70.

⁹⁹ Ebenda, I, 193.

¹⁰⁰ Die Angaben in den beiden vorigen Paragraphen begründen sich sämtlich auf E. W. Robertsons *Historical Essays* (1872), 41—45, 60—67. Wegen der Mafs- und Gewichtsordnung siehe die *Statutes of the Realm*, I, 204.

¹⁰¹ Siehe Ruding, und was Eduards Goldmünze anbelangt, die *St. of the Realm*, I, 301.

¹⁰² Es muß hier auch des Münzens von groats (Groten) und halfgroats (halben Groten) Erwähnung gethan werden. Diese Neuerung wird von dem Fortsetzer des *Murimuth* (Seite 182), welchem später *Walsingham* folgte (*Rolls' Series* I, 275), in das Jahr 1351 verlegt; es heisst: „William of Edyngdon, Bischof von Winchester, Schatzmeister des Königreiches, und ein Mann von großer Klugheit, welchem der Vorteil des Königs mehr am Herzen lag, als das öffentliche Wohl, ersann eine neue Münze und liefs sie prägen, nämlich den Grot und den halben Grot. Diese waren aber von geringerem Gewicht als der gleiche Geldbetrag in Sterlings, und sie legten den Grund zu der späteren Verteuerung der Nahrungsmittel und der Waren in ganz England“. Der Chronist macht sich in diesen Worten nur zum Träger der über die Neuerung herrschenden öffentlichen Unzufriedenheit; die zwei Jahre zuvor wütende große Pest und ihre Folgen sind vollständig hinreichend, um das Steigen der Preise zu erklären.

¹⁰³ Bezüglich des englischen Rechengeldes siehe *Jevons*, *Money*, 71; und *Keary*, *Introd. to Catal.*, XXXIII, XXXV. Was Geldzahlungen nach Gewicht angeht, siehe den Bericht über das bei der Schatzkammer übliche Verfahren (in dem *Dialogus de Scaccario*, I, Kap. 7; in den *Select Charters*, S. 193).

¹⁰⁴ *Statutes of the Realm*, I, 219.

¹⁰⁵ Ebenda, 132; Aufschub der Strafe, 134; Strafmilderung, 200.

¹⁰⁶ Ebenda, 219 (dem 12. Regierungsjahre Eduards II. zugeschrieben).

¹⁰⁷ Ebenda, 273 (1335).

¹⁰⁸ Ebenda, 132, 272. Über die an einzelne Kaufleute verliehenen Vorrechte siehe *Ochenkowski*, *Englands wirtschaftliche Entwicklung*, 205.

¹⁰⁹ *Ochenkowski*, 212, 213.

¹¹⁰ *Stat. of the Realm*, I, 291.

¹¹¹ Die Wirksamkeit mittelalterlicher Gesetzgebung bezüglich des Geldprägens läfst sich um so leichter verstehen, wenn man berücksichtigt, daß der Geldumsatz, das Wechselgeschäft, zu den Vorrechten des Königs gehörte. Das Wort *cambium* finden wir anfänglich sowohl für Münze als für Geldwechsel angewandt, und lange

Zeit hindurch lag das Amt des Geldwechsels in den Händen der königlichen Münzmeister. Der vorerwähnte Erlaß Heinrichs I. (Rymer, I, 12) fährt fort: „Defendo ne aliquis monetarius denarios mutat, nisi in comitatu suo, et hoc coram duobus legitimis testibus . . . Et nullus sit ausus cambire denarios nisi monetarius“. Das „cambium totius Angliae“ wurde von Johann gegen Zahlung einer bedeutenden Summe einer bestimmten Person überwiesen; doch stellte der König vermutlich noch örtliche Wechsler an. Die Anstellung eines einzelnen Mannes als Wechsler für das ganze Königreich wurde lange beibehalten. Dieser zahlte für das ihm eingeräumte Recht dem König gewöhnlich eine jährliche Summe. Seit dem Jahre 1354 wurde durch häufige Verordnungen unbefugten Personen jeder „Geldwechsel zum Zwecke des Gewinnes“ unter der strengsten Strafe verboten, und dieses Verbot blieb bis zum Jahre 1539 aufrecht erhalten, wo es hauptsächlich auf Veranlassung Sir Thomas Greshams aufgehoben ward. Siehe Ruding, II, 138 u. fg.

¹¹² J. S. Mill, *Political Economy*, Bch. V, Kap. 1, § 2 (I, 387).

¹¹³ Herbert Spencer, *Social Statics*, Kap. XXIX.

¹¹⁴ Jevons, *Money*, 81.

¹¹⁵ Ricardo, *High Price of Bullion*. Siehe die Kritik darüber von Walker, *Money* (1878), S. 48 und weiter.

¹¹⁶ Diese Abschätzungen, auf welche in der volkswirtschaftlichen Litteratur vielfach Bezug genommen wird, sind dem *Inquiry into the Precious Metals* (1831), einem Werke von Jacob, entnommen. Man findet sie in Kürze wiedergegeben bei Walker, *Money*, Seite 124 u. fg.

¹¹⁷ *Decretales Gregorii* (X.), lib. III, tit. XVII, c. 2.

¹¹⁸ *Summa, Secunda Secundae, quaestio LXXVII, artic. 2*. Vergl. *De Regimine Principum* (dem Thomas von Aquino zugeschrieben, aber wahrscheinlich von Ptolemäus von Lucca), lib. 2, cap. 14: „De his apparet, quod naturaliter oportet regem, vel quemcumque dominum ad bonum ipsorum regimen, mensuras et pondera populo sibi subjecto tradere“.

¹¹⁹ Schmid, *Gesetze*, und *Glossar s. v. Gemet*; über Edgars Gesetz ebenda, S. 192.

¹²⁰ Roger of Hoveden (*Rolls' Series*), IV, 33.

¹²¹ *Liber Custumarum*, 383. Die Bürger Londons, die sich im 14. Regierungsjahre Eduards II. einer Verfügung widersetzen, nach welcher die Bier-Gallone größer sein sollte, als die Wein-Gallone, „dixerunt quod una mensura vini et cervisiae erit concordans per totam Angliam, sicut continetur in Magna Charta de Libertatibus

Angliae: et sicut usi sunt semper, et maxime a tempore Regis Ricardi, ab anno regni ipsius VIII; quando omnes mensurae Angliae examinatae fuerunt et factae concordēs, et in Londonia standarda regia posita“. Diese Angabe findet sich, nebst vielen anderen dankenswerten Mitteilungen für die Paragraphen 19 und 21, bei Schanz, Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters.

¹²² Hoveden, IV, 62.

¹²³ Roger von Wendover bringt einen interessanten Beitrag, welcher so recht veranschaulicht, wie sehr das Wirken der Regierung von dem persönlichen Eingreifen des Herrschers abhing. Er erzählt uns, daß Heinrich III. auf seiner Reise von York nach London im Jahre 1228 „mensuras bladi, vini, et cervisiae falsitatis arguens, quasdam confregit, et comburere nonnullas praecepit; et vasa substituens capaciora, panem majoris ponderis jussit fieri, et huius statuti contemptores poena gravi pecuniaria multari praecepit“; bei Mathäus Paris, *Chronica Majora* (Rolls' Series), III, 143.

¹²⁴ Stat. of the Realm, I, 204.

¹²⁵ Siehe Schanz, a. a. O., 580 und die dort enthaltenen Hinweise auf die Munimenta Gildhallae. Man beachte auch in den *Memorials of London*, 78, den den Drechslern abgeforderten Eid, mit welchem sie sich verpflichten mußten, keine falschen Maße zu fertigen (1310).

¹²⁶ Stat. of the Realm, I, 330. Einige Sätze sind hier der Schrift des Verfassers „Woollen-Industry“ entlehnt, 31—34.

¹²⁷ Stat. of the Realm, I, 203, 204. Bezüglich späterer Unterscheidungen zwischen forestallers, engrossers und regrators (Ankäufern, Aufkäufern und Vorkäufern) siehe die Verordnungen aus dem 5. und 6. Regierungsjahre Eduards IV., cap. 14; Stat. of the Realm, IV, 148. Was den Gebrauch des Wortes regrator in dem Sinne anbelangt, in welchem sonst in der im Texte angeführten Verordnung die Bezeichnung forestaller angewandt ist, siehe *Domesday of Ipswich* in dem *Black Book of the Admiralty* (Rolls' Series), II, 101. Im 27. Regierungsjahre Eduards III. scheinen die Wörter engros und forestall gleichbedeutend gebraucht zu sein; siehe Gesetz 1, Kap. 5 in den *Statutes of the Realm*, I, 331.

¹²⁸ Stat. of the Realm, I, 202. *Black Book of Admir.*, I, 71.

¹²⁹ Z. B. in den Jahren 1350—51, 1353, 1357; Stat. of the Realm, I, 315, 331, 353.

¹³⁰ *Memorials of London*, 83, 318.

¹³¹ *Wealth of Nations*, herausgeg. von Rogers, II, 103—111.

¹³² Rogers, *Six Centuries of Work and Wages*, 144.

¹³³ Sidgwick, *Principles of Pol. Economy*, 205 (Bch. II Kap. 2, § 8).

¹³⁴ J. S. Mill, *Pol. Economy*, I [519, 520], 523, 524 (Bch. II, Kap. 16, § 4).

¹³⁵ Ein im *Spectator* vom 31. Dezember 1887 abgedruckte Artikel „Über das Kupfermonopol“ veranschaulicht in überzeugender Weise das Unvermögen moderner, abstrakter Volkswirtschaftler, praktische Fragen zu behandeln. Der Schreiber erklärt, daß die französischen Journalisten, welche staatliches Einschreiten gegen das Syndikat verlangen, „wirtschaftlich“ im Unrecht seien: weil bei andauernd hohen Preisen die Produktion sich durch Eröffnung neuer Gruben und Hüttenwerke vermehren würde, bis das Übermaß an Vorräten die Preise wieder zum Fallen brächte, — dies alles ohne jede Rücksicht auf die ungeheure Verschwendung von Kapital und Arbeit, die mit dem Eröffnen neuer Bergwerke verbunden wäre, welche nach kurzer Zeit doch wieder zugeschüttet werden müßten. Er behauptet ferner, es sei ganz unmöglich, nachzuweisen, daß die Bildung von Ringen, oder das Aufkaufen unmoralisch sei, sobald von dem Kaufartikel nicht nur das Leben von Menschen abhängt, — eine sittliche Auffassung, die noch weniger zufriedenstellend sein dürfte, als die der Scholastiker des Mittelalters. Der Schreiber scheint jedoch zu glauben, daß, wenn der Kupfer-Ring durch Anwendung der gegen das Aufkaufen bestehenden französischen Gesetze unterdrückt werden könnte, dies zwar das Volk zufriedenstellen dürfte, keineswegs aber den „verständigen Nationalökonomen“. Daß die Gesetze gegen Aufkauf und Vorkauf in Frankreich noch bestehen und auch angewandt werden, geht aus dem Urteil im Falle *Sécretan* hervor; es heißt: „Der Gerichtshof erklärte seine Meinung dahin, daß das Gesetz gegen alle Arten von Aufkauf noch nicht außer Gebrauch sei, und daß M. Sécretans Unternehmungen ihn diesem Gesetze verfallen ließen“; London, *Daily News* vom 29. Mai 1890.

¹³⁶ *Liber Albus*, 692.

¹³⁷ *Memorials of London*, 236.

¹³⁸ *Ebenda*, 314 (1363) Es hätte im Texte auch der Einwirkung der Regierung auf die Kornausfuhr Erwähnung geschehen sollen. Seit dem Jahre 1177 und vermutlich schon seit viel früherer Zeit galt es als allgemeine Regel, daß die Kornausfuhr überhaupt verboten sei, ausgenommen die Fälle, in denen der König seine besondere Erlaubnis dazu erteilte. Dr. Faber behauptet in seiner Entstehung des

Agrarschutzes in England (Strafsburg, 1888), S. 65, daß die Politik der Staatsregierung im 13. Jahrhundert vornehmlich von dem Wunsche geleitet wurde, billige Nahrungsmittel zu beschaffen, im 14. dagegen den Zweck verfolgte, die königlichen Einkünfte zu vermehren. Durch die Carta Mercatoria wurde fremden Kaufleuten die Erlaubnis erteilt, gegen Zahlung einer Abgabe von 3 s. auf das Pfund, Korn auszuführen; ein Vorrecht, welches das gleiche Schicksal hatte, wie der Rest der Verordnungen jenes Freibriefes. Vergl. oben, S. 106 u. 107, und Faber, 75—77.

¹³⁹ Matthäus Paris, *Chronica Majora* (Rolls' Series), II, 480. Die früheste noch vorhandene Verfügung über diesen Gegenstand findet sich unter den von Richard und Philipp August im Jahre 1190 in Messina aufgestellten Verordnungen für die Kreuzfahrer. Dort heisst es: „Statutum est a domino rege anglorum et constabulariis et justitiis et marescallis exercitus regis Angliae, quod mercator de quacunque mercatione sit non potest emere panem ad revendendum in exercitu, nec farinam (d. h. aufkaufen) . . . Si autem aliquis bladum emerit et de eo panem fecerit, tenetur lucrari in salma (ein Saum oder Malter Korn), unum terrim (die sicilianische Münze, tarenus genannt, im Gewichte von 20 Gran Gold) tantum, et brennon (die Kleie). Alii vero mercatores, de quacunque mercatione sint mercatores, in decem denarios tenentur lucrari unum denarium . . . Et ne aliquis carnem mortuam emat ad revendendum, nec bestiam vivam, nisi eam occiderit in exercitu. Nullus vinum suum post primam conclamationem carius vendat. Nullus panem faciat nisi ad unum denarium“; Benedictus, *Gesta Henrici II. et Ricardi I.*, II, 131 (herausgeg. von Stubbs, *Rolls' Series*).

¹⁴⁰ Stat. of the Realm, I, 199.

¹⁴¹ Rogers, *Hist. of Agric.*, I, 217.

¹⁴² Da die Übersetzung nicht ganz genau ist, wird es gut sein, hier den Text wiederzugeben: „Sciendum est quod pistor potest lucrari in quolibet quarterio frumenti, ut probatum est per pistorum domini regis, quatuor denarios et furfur (et duos panes) ad furnagium, tribus servientibus denarium et obolum, duobus garcionibus obolum. In sale obolum. In gesto obolum; in candela quadrantem. In bosco (II denarios). In bultello habendo (denarium et obolum)“. Die in dem Londoner Liber Horn befindliche Abschrift dieser Verfügung giebt andere Beträge an, als die hier in Klammern angeführten.

¹⁴³ Stat. of the Realm, I, 201.

¹⁴⁴ Statute of York, c. 6, vom 12. Regierungsjahr Eduards II. in den Stat. of the Realm, I, 178. Das Verbot bezieht sich auch auf den Weinverkauf.

¹⁴⁵ Vergl. Schanz, a. a. O., 637, 638. Was das Amt des Friedensrichters anlangt, siehe Gneist, *Self Government* (1871), § 11.

¹⁴⁶ In den Londoner Archiven befindet sich ein Folioband von 164 Blättern (darunter 34 unbeschriebenen) mit der Bezeichnung *Assisa Panis*, welcher ein Verzeichnis des von Zeit zu Zeit bestimmten Gewichtes für Brot enthält, und viele Fälle der Zuwiderhandlung gegen die Taxe aufführt, über die das Urteil des Bürgermeisters angerufen wurde. Auszüge sind im Anhang zu den *Munimenta Gildhallae*, III, abgedruckt. Der Fall *William le Bole* steht S. 411. Das Verfahren, den Preis des Malters nach dem Marktpreise des Weizens, unter Zuschlag der Backkosten, zu berechnen, scheint nicht übereinzustimmen mit dem, was in der im *Statute Book* gedruckten Abschrift der Verordnung darüber vorgeschrieben ist.

¹⁴⁷ Glossar zu den *Munimenta Gildhallae*, III, 304, s. v. „Claie“.

¹⁴⁸ *Stat. of the Realm*, I, 202. Hinsichtlich der Brottaxe (ebenda, 200) wird an einer Stelle ein Unterschied gemacht zwischen Stadt- und Landpreisen. Es heisst: „Bei einem Preise von 3 s. oder 3 s. 4 d. für den Malter Weizen, und 20 d. oder 2 s. für den Malter Gerste und 16 d. für den Malter Hafer, sollen und können Brauer in den Städten recht wohl zwei Gallonen Bier für einen Pfennig verkaufen, und aufserhalb der Städte drei Gallonen für einen Pfennig. Werden aber in einer Stadt drei Gallonen für einen Pfennig verkauft, so sollen und können die Brauer aufserhalb der Städte deren vier für einen Pfennig verkaufen“.

¹⁴⁹ Rogers, *Hist. of Agric.*, I, 219.

¹⁵⁰ Ebenda, 618, 623.

¹⁵¹ Hoveden, IV, 99. Siehe Schanz, a. a. O., I, 642 u. fg.

¹⁵² *Statute of Bakers*, in den *Statutes of the Realm*, I, 203.

¹⁵³ *Statutes of Gloucester*, ebenda, I, 50.

¹⁵⁴ Ebenda, 264.

¹⁵⁵ Ein Erlafs des Königs vom Jahre 1311 befiehlt, „dafs der Bürgermeister und die Ältesten für die Wahl von acht oder zwölf guten und ehrenwerten Männern zu sorgen haben. Diese müssen die grösste Weinkenntnis besitzen und schwören, dafs sie die Weine in allen Schenken Londons und seiner Vorstädte gut und dem Gesetze entsprechend prüfen wollen. Und selbige Männer sollen dafür Sorge tragen, dafs jede Tonne nach dem Werte ihres Inhalts bezeichnet werde, und zwar unter Berechnung von 5 Pf. für die Gallone des besten Weines, von 4 Pf. für den nächstbesten und 3 Pf. für den Rest. Die Preise aber sollen sich nur auf unvermischten Wein beziehen; und unten am Deckel jeder Tonne ist ein Vermerk anzu-

bringen, sodafs Käufer sich leicht von dem Werte des Weines überzeugen kann. Und jeder Käufer soll beim Abziehen seines Weines zugegen sein, damit er nicht betrogen werde“; Memorials, 82; vergl. 182.

¹⁵⁶ Rogers, Hist. of Agric., I, 622.

¹⁵⁷ Rob. of Avesbury, de mirabilibus gestis Edwardi tertii (herausgeg. von Hearne, 1720), 197.

¹⁵⁸ In dem „Statute of Bakers“, Stat. of the Realm, I, 203.

¹⁵⁹ Memorials, 133, 139.

¹⁶⁰ Liber Custumarum, 304; Liber Albus, 713.

¹⁶¹ Die Assize of Poultry (Geflügeltaxe) vom 14. Regierungsjahre Eduards II. ist wiedergegeben im Liber Custumarum, 304, wo es heisst: „Et a ceste assise gardier, soient ordonez par les Meire, Aldermans, et Viscountes, VI prodeshommes de la cite, que ne soient pas du mestier; issint que les III soient assignez a garder lassise a la Sale de Plom (d. i. in Leadenhall), entre les foreinz (den Nichtbürgern), et les autre III soient a la Poetrie (in der Poultry-Str.), pur garder lassise entre les denzeins“. Was den Leadenhall-Markt anbetrifft, siehe Memorials, 220, 221.

¹⁶² Z. B. in den Memorials, 90, 119, 121, 132, 139.

¹⁶³ Liber Albus, 728. Über ländliche Arbeiterverhältnisse siehe Rogers, Hist. of Agric., I, 253.

¹⁶⁴ Liber Albus, LIII, 733.

¹⁶⁵ Ebenda, 719.

¹⁶⁶ Memorials, 234.

¹⁶⁷ Liber Albus, Einl. LIII.

¹⁶⁸ Wenigstens nach § 24 der Verordnungen der Weber zu urteilen, aus dem 28. Regierungsjahre Eduards I., enthalten im Liber Custumarum, 126; siehe die Übersetzung in den Munimenta Gildhallae, II, Teil 2, S. 550.

¹⁶⁹ Liber Custumarum, 416 u. fg. Vergl. Engl. Woollen-Industry, 45—47.

¹⁷⁰ Schmid, Gesetze, 518.

¹⁷¹ Dialogus, II, Kap. 10; in den Select Charters, 229. Der Schreiber macht einen Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Wucher. „Publicas igitur et usitatas usuras dicimus quando, more Judaeorum, in eadem specie ex conventione quis amplius percepturus est quam commodavit; sicut libram pro marca, vel pro libra argenti duos denarios in septimana de lucro praeter sortem (die den Juden gestattete Höhe des Gewinnes); non publicas autem sed tamen damnabiles cum quis fundum aliquem vel ecclesiam pro commodato suscipit, et manente sortis integritate, fructus ejus, donec sors

ipsa soluta fuerit, sibi percipit. Hoc genus propter laborem et sump-
tum qui in agriculturis solent impendi licentius visum est; sed procul
dubio sordidum est et inter usuras computandum merito“. Wir haben
gesehen, daß solcher Wucher von Alexander III. ausdrücklich verboten
war (oben S. 163).

¹⁷² Statute of the Realm, I, 296. Madox, Exchequer, 237,
bringt aus den Pipe Rolls der späteren Regierungsjahre Heinrichs II.
fünf Beispiele, in welchen den Wucherern „pecunia“ und „catalla“
abgepfändet wurden.

¹⁷³ S. Cunningham, im Journal of Institute of Bankers,
Febr. 1887.

¹⁷⁴ Endemann, Studien, II, 243 u. fg. Die wichtigste Stelle
im römischen Recht über diesen Gegenstand steht im Codex VII, 47,
wo es heißt: „Cum pro eo quod interest dubitationes antiquae in
infinitum productae sunt, melius nobis visum est hujusmodi prolixitatem
prout possibile est in augustum coartare. Sancimus itaque in omni-
bus casibus, qui certam habent quantitatem vel naturam, veluti in
venditionibus, et locationibus et omnibus contractibus, hoc quod inter-
est dupli quantitatem minime excedere: in aliis autem casibus, qui in
certi esse videntur, iudices, qui causas dirimendas suscipiunt, per suam
subtilitatem requirere, ut quod re vera inducitur damnum, hoc red-
datur et non ex quibusdam machinationibus . . . in circuitus inextri-
cabiles redigatur . . . Et hoc non solum in damno sed etiam in
lucro nostra amplectitur constitutio“.

¹⁷⁵ Summa, Secunda Secundae, quaestio LXXVIII, artic. 2.

¹⁷⁶ „Interesse non debetur nisi ex mora;“ Endemann, a. a. O.,
253, 254.

¹⁷⁷ Ebenda, 272.

^{177a} Siehe auch Pigeonneau, Histoire du Commerce de la
France, I, 244.

¹⁷⁸ Chronica Majora (Rolls' Series) III, 328, 331.

¹⁷⁹ Ebenda, IV, 8.

¹⁸⁰ Ebenda, IV, 422.

¹⁸¹ Ebenda, IV, 245. Hier findet sich der Satz: „Trans-
alpini quos Causinos appellamus“.

¹⁸² Ebenda, III, 329.

¹⁸³ Ebenda, V, 404.

¹⁸⁴ Die besten uns zu Gebote stehenden Quellen der Belehrung
über die Stellung der Juden in England vor ihrer Austreibung waren
bisher Prynnes Demurrer und das Kapitel über das jüdische Schatz-
kammergericht in Madox' Exchequer, denen alle späteren Angaben,
wie z. B. die in Toveys Anglia Judaica, entnommen sind. Diese

Quellen werden jedoch jetzt übertroffen durch den wertvollen Aufsatz von Dr. Grofs: „The Exchequer of the Jews in England (London, Jewish Chronicle Office, 1887), der sich hauptsächlich auf das bisher unbenutzte Manuskript der Rotuli Judaeorum in dem Public Record Office stützt.

¹⁸⁵ Über die Capitula de Judaeis vom Jahre 1194 siehe Select Charters, 262. Grofs stellt in seinem Exchequer of the Jews, 20, eine Liste der Städte zusammen, welche Geldladen besaßen; es waren dies: Bedford, Berkhamstead, Bristol, Cambridge, Canterbury, Colchester, Devizes, Exeter, Gloucester, Hereford, Huntingdon, Lincoln, London, Marlborough, Northampton, Nottingham, Norwich, Oxford, Stamford, Sudbury, Wallingford, Warwick, Wilton, Winchester, Worcester und York. Folgende Städte erhielten von Heinrich III. und Eduard I. die Berechtigung, den Juden die Niederlassung zu verwehren: Derby, Leicester, Newbury in Berks, Newcastle, Romsey, Southampton, Winchelsea, Windsor, Wycombe, und folgende wälsche Flecken: Bala, Beaumaris, Carnarvon, Conway, Criccieth, Fliat, Harlech, Newborough und Rhuddlan (ebenda, 23). Grofs weist (S. 4) darauf hin, daß „in Deutschland die Stadtbehörden häufig den König angingen, die Juden unter sich dulden zu dürfen“; die Erklärung für diesen Gegensatz liegt in dem Umstande, daß die centrale Gewalt in Deutschland sehr viel schwächer war, als in England, so daß die Bürgerschaften aus der Anwesenheit der Juden jene Vorteile zu ziehen vermochten, welche in England der König sich selbst vorbehielt.

¹⁸⁶ Ebenda, 28.

¹⁸⁷ Ebenda, 30—34.

¹⁸⁸ Select Charters, 385, § 25.

¹⁸⁹ Grofs, 40. Vergl. oben Anm. 171. Hiernach will es scheinen, daß Lyte, Hist. of Oxford 44, im Unrecht ist, wenn er annimmt, daß der zu diesem Zwecke veröffentlichte Erlaß vom Jahre 1248 eine neue Beschränkung enthielt.

¹⁹⁰ Lyte, 40.

¹⁹¹ Ebenda, 101.

¹⁹² Stat. of the Realm, I, 54.

¹⁹³ Ebenda, I, 99.

¹⁹⁴ Ebenda, I, 165.

¹⁹⁵ Das Wiedervergeltungsrecht war unter dem Namen „Withernam“ bekannt. Siehe Hist. M. S. S. Com., V, 607b.

¹⁹⁶ Ochenkowski, Englands wirtschaftliche Entwicklung, 179. Vergl. Levasseur, I, 353.

¹⁹⁷ Aus dem 27. Regierungsjahre Eduards III., stat. 2, c. 17,

Stat. of the Realm, I, 339. Eine zwei Jahre früher erlassene Verordnung (ebenda, 324) verfügte, daß die Genossenschaften Lombardischer Kaufleute für die Schulden ihrer Mitglieder verantwortlich sein sollten; „daß dagegen ein anderer Kaufmann, der nicht zu der Genossenschaft gehört, deswegen nicht gekränkt oder zur Verantwortung gezogen werden soll“.

¹⁹⁸ Über den allgemeinen Entwicklungsgang vergl. Schmoller, Studien über die Wirtschaftliche Politik Friedrichs des Großen, II (in dem Jahrbuch für Gesetzgebung etc. im Deutschen Reiche, Jahrg. VIII, Heft 1, 1884).

Register.

(Die den Stichworten beigefügten Zahlen verweisen auf die Seiten.)

Abgaben 20, 32, 71, 81, 101
 Abingdon, Markt, 98
 Ablösung der Dienste 18 sq. 27 sq.
 35, 39
 Accursius von Bologna 152
 Ackerstreifen 5
 Acton Burnell, Statut, 208
 Aldermann, bei Gilden 72
 Alexander III. Papst 153, 163
 Allotment 37
 Älteste, Älterleute der Städte
 193 sq.
 Ambrosius 130, 144, 146, 162
 Amiens 103, 105, 109
 Amtmann, Gutsamtman (bailiff)
 9, 26, 29, 31, 34, 37
 Anstreicher 197
 Antwerpen 111
 Aquinas s. Thomas von Aquino
 Arbeiter (vgl. Gutsarbeiter, Lohn-
 arbeiter) 30, 36, 93
 Arbeitsteilung 25, 77
 Aristoteles 148, 155, 157
 Armspangen 167
 Ascriptitii terrae 35
 Assize (old and new) 28
 Assize of Bread 192
 Assize of Measures 182

Athelstan 44, 172
 Augustinus 132, 136, 140, 148
 162
 Aufkaufen 185 sq.
 Averagium 7
 Ayenbite of Inwyt 164

Backhaus 41
 Bäcker 81, 87, 101, 193
 Bailiff auf Gütern s. Amtmann
 Bailiff bei Zünften 85, 89
 Baldus 155
 Baltische Länder 70
 Bardi aus Florenz 107
 Barones regis 16, 20
 Bartolus 155
 Battle Abbey 2, 29
 Bauerlehen 14
 Bauern 6 sq. 15, 17, 19 sq. 26,
 27 sq. 32, 35 sq.
 Beauchamp, Fronhof, 21, 23
 Beauvois 109
 Bedrips 7
 Bentham 218
 Berwick 67, 72, 75
 Betrug, Schutz dagegen 90, 94,
 183, 185
 Bettelorden 153

- Beverley 83
 Bier 41, 101, 192, 194 sq.
 Bier- und Brotlieferungen 41
 Bladarii 194
 Bleadon 2
 Blei 111
 Bogener 95
 Boldon Book 1
 Bologna 134
 Bonifacius VIII. Papst 127
 Book of Customs 82
 Boondays 7
 Bordarius 6
 Boston, Messe, 74, 99, 105
 Brabant 111
 Bracton 2, 18, 98, 134
 Brauer 195
 Brauhauswart 41
 Bread-Street 193
 Bremen 110
 Brentano, Prof. 68, 84
 Bridge-Street 187
 Bristol 69, 70, 72, 95, 100, 108,
 173, 209
 Briten s. Kelten
 Brot 41, 101, 191 sq.
 Brottaxe 101, 192
 Brückenzoll 97
 Brügge 108, 110, 111, 210
 Bucklesbury 95
 Bulgarus 152
 Burellers 86
 Burgenses, Bürger 73, 79, 80,
 82 sq. 103, 106, 211
 Bürgermeister 85, 88, 89, 108,
 193 sq. 208
 Bürgerrecht 79, 83, 88, 89
 Burton, Abt 21
 Burton Chartulary 1
 Bußgelder 75, 85, 90, 95, 102
 Caën 100
 Cahorsiner 200, 202 sq.
 Calais 112
 Calendar of Letters 108
 Calixtus, Papst 172
 Cambium 222
 Cambray 109
 Cambridgeshire 107
 Candlewick-Street 199
 Cannon-Street 95
 Canterbury 169, 173, 209
 Canut s. Kanut
 Carlisle 72
 Carlyle, Thomas 159
 Carta Mercatoria 106, 209
 Carting s. Fuhrdienst
 Caveat emptor 94
 Censarii 20, 21
 Chalons 109
 Charter 20
 Chester 70
 Christentum, in England einge-
 führt 168
 Chrysostomus 148, 156
 Cinque Ports s. Fünfhäfen
 Cisterzienser 69
 Clearance (Rodeland) 25
 Clemens 131
 Clemens V. Papst 154
 Clerks 31
 Cohn, G. 141
 Colchester 108
 Coliberti 20
 Common fields 5
 Commons 106, 111
 Commune 72, 82, 88
 Consuetudinarii 29, 51
 Consumptibilien 156
 Corbie 105
 Corpus juris canonici 127, 131,
 181
 Corvesars 81

Cotman, Cotter s. Köthner
 Court of pie-powder 101
 Court leet 32, 79
 Cripplegate 95
 Crockards 221
 Cunningham 39, 128
 Customarii, customary tenants 29,
 30, 35, 51

Dachdecker 197
 Damnum emergens 201
 Dan Michel 164
 Dänengeld 44
 Dänische Niederlassungen 17, 70
 Dante 202
 Darlehen 159 sq. 165, 203 sq.
 Demesne 5, 22
 Dendermonde 108
 Deniers 174
 Deutsche Städte 109
 Deutschland 78
 Dialogus de Scaccario 42, 199
 Dienstbauern s. Bauern
 Dienstlehen 19, 27 sq. 35
 Dienstleistungen, bäuerliche 7 sq.
 19, 21, 26 sq. 35, 40.
 Diocletian 136
 Dizena 41
 Domesday Book 1, 7, 15, 16, 20
 Domesday of S. Paul's 1, 22, 28
 Dorf, Aussehen 32 sq. 36
 Dorfgemeinden 12, 17, 32, 34,
 36 sq.
 Dorfhandwerker 25, 32, 36
 Dorfordnungen 27
 Douai 210
 Dover 70, 176, 177
 Dreifeldersystem 14
 Droitwich, Salzwerke 34
 Durham 72, 173

Edgar 182
 Edmund king 169
 St. Edmundsbury 101, 159
 Eduard der Bekenner 174, 199
 Eduard I. 87, 105, 153, 160 184,
 197
 Eduard II. 87, 106, 176, 183, 193
 Eduard III. 45, 86, 88, 107, 175,
 177, 187
 Egbert 169, 174
 Eigentum 130
 Einfeldsystem 14
 Einzelhöfe 36
 Eisen 34
 Ellenmafse 184
 Ellenwart (Aulnager) 184
 Ely 107
 Enclosures 36
 Endemann 128, 161
 Erblehen 27
 Erstgeburtsrecht 24
 Essart (Rodeland) 25
 Essex 168, 176
 Ethelred 44, 170
 Ethelwulf 174
 Evangelium 129, 151, 155
 Exeter 86, 209
 Extenta manerii 2

Falsa moneta 177
 Falsches Werk 90
 Familienbetrieb 76, 92
 Färber 87, 95
 Farthing 44, 175
 Fawcett 142
 Fehler an Waren 143 sq.
 Feldgemeinschaft 5
 Felle 74, 90, 104, 147
 Firma od. Ferm 35, 40 sq.
 Firma burgi 35
 Firmarius 35, 40
 Fischpreise 197

- Flandern 45, 108, 111
 Flandrische Kaufleute 100
 Flandrische Städte 45, 103
 Flandrisches Tuch 104
 Fleisch 41, 42, 196
 Fleischergilde 81
 Fleta 2, 8, 28
 Florenz 108, 137
 Folkland 12
 Forestalling, Vor- oder Fürkauf
 185 sq.
 Frankreich, Kaufleute von dort
 103, 105
 Fränkisches Reich 70
 Franke homme 83
 Franz v. Assisi 153
 Freeman, Prof. 14
 Free tenure 19
 Freisassen, Freibauern (freemen)
 5, 11 sq. 16, 18 sq. 24 sq. 29,
 31, 35
 Fremdling 107
 St. Frideswides Geldlade 208
 St. Frideswides Messe 101
 Friedensgilden 71
 Friedensrichter 193
 Friedrich II. Kaiser 206
 Friesische Küste 168
 Frondienste 7 sq.
 Fronhofswirtschaft 4 sq. 24, 31,
 40 sq. 76
 Fruchtwechsel 5, 26
 Fuhrdienst 7, 30
 Fünf-Häfen 34, 72
 Fungibilien 156
 Fürkauf s. Forestalling
 Fustel de Coulanges 3, 12
 Futterpreis 43

Gaddi, Taddeo 137
 Gallien 77
 Gascogner Wein 104, 195

 Gebrauchswert 92
 Geflügeltaxe 197
 Geld 155 sq. 167 sq. 181; minder-
 wertiges 176, 179; fremdes 177
 Geldhandel 200 sq.
 Geldumlauf 167
 Geldwirtschaft 39, 42
 Gemeindevertretung 73
 Gemeinweide 24
 Gemenglage 5 sq. 15, 26
 Gemüse 90
 Gent 108, 210
 Genua 163
 Gerber 87, 91, 147
 Gerechtigkeit bei Th. v. Aquino 138
 Gerichtshöfe, geistliche 199
 Gerste, Preis 194
 Gesellen 79, 89, 93, 197
 Gewanne 5
 Gewerbebetrieb 76 sq.
 Gewinn 148 sq.
 Gewürze 106, 164
 Gewürzkrämer 81, 87
 Gilde im allgemeinen 71, 77, 84
 Gilden der Handwerker s. Hand-
 werkergilden
 Gilden, religiöse 71
 Gildengerichte 74 sq. 84 sq. 88
 Gildentage 85
 Gildesatzungen (der Kaufmanns-
 gilde) 67, 72, 74
 Gipser 197
 Glanvilla 72
 Glossatoren 134
 Gloucester, Abtei 2, 29
 Goldbarren 177
 Goldmünzen 45, 175
 Goldschmiede 81, 100
 Gratian, sein Decretum 127, 162
 Greenwell 2
 Gregor IX. 127, 162
 Gregor X. 153

- Gregor XIII. 128
 Grenzraine 5
 Greshams Gesetz 179
 Grimsby 70
 Grofs, Dr. 67
 Grofsgrundbesitzer 97, 104
 Grofs Händler 164
 Grofsteste 205, 208
 Grundbesitz als Pfand 162
 Grundherren, Grundherrschaft 3,
 4 sq. 13 sq. 21, 26, 28 sq. 38,
 69, 78, 97, 211
 Guérard 3
 Guienne 34
 „Gute Leute“ der Stadt 83
 Gutsarbeiter 30
 Gutsgemeinschaft 35
 Gutsgerichte 32, 35, 37

Halbhüfner 6, 8, 15, 22, 23
 Hale, Archidiak. 40
 Half-pennies, 44, 175
 Hamburg 110
 Handel, kirchliche Ansicht 131 sq.
 138, 143, 148 sq.
 Handel, auswärtiger 45, 68, 102 sq.
 Handel, binnenländischer 69 sq.
 96 sq. 101, 110
 Handelsbeschränkungen 199
 Handwerker 73, 76 sq. 83, 87,
 93 sq. 105, 109, 133, 143, 197
 Handwerker in den Dörfern s.
 Dorfhandwerker
 Handwerker gilden (Zünfte) 68,
 76 sq. 86 sq. 198
 Handwerksmeister 79, 88, 89, 93
 Hansa, Bedeutung 71
 Hansa von London 68, 103, 105,
 109
 Hansa, deutsche, 68, 103, 108 sq.
 Hanseatische Kaufleute 34, 110
 Hanssen, Georg 3

 Häute s. Felle
 Heinrich I. 43, 72, 171, 172
 Heinrich II. 44, 72, 82, 86, 171,
 174
 Heinrich III. 44, 105, 109, 192,
 210
 Heinrich VII. 176
 Hellerbrot 192
 Helmschmiede 87
 Hering 109
 Heriots (Lehnsgefälle) 35, 44
 Herrengut, Herrenland 5 sq. 15,
 26 sq. 32
 Herstellungskosten 142
 Hieronymus 132, 148, 162
 Hildebrand 39, 64
 Hintersassen 17
 Hoffeld 5
 Höfgerichte s. Gutsgerichte
 Hofrecht, Hofverfassung 5 sq.
 Homage 25
 Hörigkeit 7, 19 sq. 78
 Hufe 6, 17, 22, 23
 Hüfner 7, 23, 36, 38, 143
 Hufschmiede 87, 198
 Hull 176
 Huntingdon 81
 Husbandland 6

Innocenz III. 160
 Innungen s. Handwerker gilden
 Interesse, ursprüngliche Bedeu-
 tung 200
 Ipswich 70
 Irnerius 134, 152
 Italien, Kaufleute von dort 105

Jevons, Mr. 141
 Johann, König 82, 172
 Johann XXII. Papst 127
 John-at-Wood 187
 Juden 160, 166, 205, 206 sq.

Judicium pilloriae 193
Justinian 131, 136, 152, 155
Juwelen 167

Kanut 44, 70, 174
Kapellen der Zünfte 91
Kapital 38, 93, 96, 142, 159 sq.
190, 204
Karl der Große 152, 174
Karolingischer Münzfuß 174
Kärner 197
Kaufleute 44, 70, 73, 77, 80,
100 sq. 104
Kaufleute, fremde 83, 103 sq.
Kaufmannsgilden 67, 71 sq. 79 sq.
100, 110
Kelso 2
Kelten 14, 16
Kemble, J. M. 3
Kent 70, 168
Kerbhölzer 101
Kirchenväter 129 sq. 136 sq.
Knies, Karl 65, 128
Köln 109
Kornhandel 74, 92, 105, 145, 147,
157, 187 sq.
Kornmaß 183
Köthner, Kötter 6, 8, 15, 22, 28,
29, 38, 143
Kramladen 33
Kredit 163

Ladenbesitzer 94
Lagerhäuser 105
Lammas lands 5
Land, höriges od. dienstpflichtiges
5 sq. 21, 23, 26, 35 sq. 40
Land, zinspflichtiges 21, 28
Landlose Leute in den Städten 80
Landstraßen 96
Lateranisches Konzil 153
Le Bole, Will. 193

Lebensmittel-Taxe 101, 192 sq.
Leder 104, 110
Lederbereiter 81, 91, 198
Lehnsgefälle s. Heriots
Lehnsgericht 32
Lehnsträger 19
Lehrlinge 84, 89, 96
Lehrzeit 89
Leicester 67, 72, 74, 83
Leo der Große 132
Lespicer, Th. 187
Liber Niger von Peterborough 1,
7, 16
Liberi homines od. tenentes s.
Freisassen
Lichtzieher 87, 88
Lincoln 16, 69, 70, 72, 81, 209
Lindsay 176
Livre Tournois 174
Löhne 41, 143, 197 sq.
Lohnarbeiter, Lohnwerker 93, 197
Lombarden 200
London, Stadt 69, 81, 82, 86, 89,
91, 97, 107, 183, 193, 196, 209
London, Markt das. 41
Lübeck 109 sq. 210
Lucrum cessans 201
Luxusartikel 77, 105
Lynn 107

Magistrat, städtischer s. Stadtrat
Magna Carta 104, 183, 184, 207
Mäher 30
Maine, H. 3, 130
Mainz, Konzil 181
Manor 4
Manorial Extents 2
Markgenossenschaft 3, 5
Märkte 44, 68, 70, 92, 98, 181,
186, 197
Marlborough 83
Marseille 173

Maß und Gewicht 101, 144 sq.
 151, 165, 174, 181 sq. 193
 Maßordnung 182, 183
 Matfrey 187
 Matthaeus Paris 202, 203
 Maurer 197
 v. Maurer, Georg 3
 Meister der Zünfte s. Handwerks-
 meister
 Mercantilismus 178
 Merchant Adventurers 84
 Merchants, Statute of, 208
 Mercia 168
 Merovingische Fürsten 168
 Merton College 98
 Merton, Statut 25
 Messen 99 sq.
 Meßgericht 101
 Mill, J. S. 140, 178, 190
 Mitramünze 176
 Mittelmeer-Handel 163
 Molmen 20
 Monetagium, moneyage 171
 Monopole 71, 82, 110, 190
 Mont S. Michel 3
 Morgensprachen 71
 Mosaisches Gesetz 155
 Mühlen 32
 Mühlsteine 34
 Münzen 44, 168 sq.; unechte 171,
 179
 Münzbeschneidung 172, 176
 Münzfuß, karolg. 174
 Münzmeister 44, 45, 170, 172 sq.
 Münzprobe 173
 Münzprägung, Münzrecht 167 sq.
 178
 Münzstempel 173
 Muster-Scheffel 183

Nachfrage 92
 Nacharbeit 90
 Nasse, Erwin 3
 Naturalwirtschaft 7, 31, 39 sq.
 Nesle 105
 Neunaugen 187
 Newcastle 209
 Newgate 187
 Newtemple 203
 Nicäa, Concil 152
 Niederlande 78, 108
 Niederrhein 168
 Noke 27
 Nord-Frankreich 108
 Norfolk 16, 34, 176
 Normalmaß 183
 Normandie 3
 Normannische Eroberung 16, 18,
 21, 69, 70
 Northampton 209
 Northampton, Statut 101
 Northumbria 168, 170
 Norwegen 34
 Norwich 69, 70, 209
 Nottingham 81, 209
 Nowgorod 110

 Ochenskowski 68
 Ochsenpreis 43
 Ödland 24 sq. 32
 Offa 44, 168
 Ordainers 171
 Ost-Angeln 169
 Ostseestädte 109
 Oxford, Stadt 72, 81, 83, 86, 98,
 101, 108, 196, 208
 Oxford, Universität 98, 196

 Pächter 25, 27 sq. 36 sq.
 Pachtgeld 38, 40
 Paris, Universität 137
 Pastetenbäcker 87

Patronatsrecht 32
 Paulskirche zu London, deren
 Güter 28, 40 sq.
 Paulus 136
 Peterborough 7, 16
 Pfandhauswärter 33
 Pfeffer 164
 Pfennig 169, 174
 Pferdebeschlag 198
 Pferdehandel 165
 Pflügen 7, 8, 14, 17, 24, 26,
 31, 37
 Pfund 176
 Pfund Karls des Gr. 174
 Pipe Roll 81
 Pipin der Kleine 168
 Pisa 163
 Plantagenets 96
 Pollards 221
 Pomponius 136
 Portmanmote 79
 Pranger 101, 186, 192, 193, 197
 Precariae, precationes 7, 17, 22,
 24, 28
 Preis, gerechter 135 sq. 150, 164,
 167, 185
 Preisschwankungen 180.
 Preston 67

 St. **Q**uentin 109

Ralph de Diceto 1, 22, 42
 Ramsey 2, 29
 Ratsherren 88
 Ratsversammlung s. Stadtrat
 Rechengeld 175
 Rechnungsaufstellungen 31
 Rectitudines singular. person. 1, 7
 Reeve s. Schultheifs
 Reichtum 140
 Rentalia et Custumaria 1
 Rheims 109

Rheinische Städte 103
 Ricardo 180
 Rich, Edm. 163
 Richard I. 109, 182, 206
 Richard II. 112
 Riemer 87, 95
 Ringe (corners) 190
 Rochester 170
 Rochester-Brücke 97
 Rodeland 25
 Roger, Bisch. v. London 202
 Rogers, Thorold 4, 188
 Römisches Recht 130, 134 sq.
 152, 156, 167
 Roscher, W. 65, 128
 Rotuli Hundredorum 2
 Rügegericht 32

Saalland 5 sq. 13, 19, 21, 25 sq.
 30, 37
 Salisbury 72, 107
 Salz 33
 Sandwich 70, 176
 Sattlerzunft 95
 Scaccia 128
 Scandinavien 70
 Sceattas 168
 Schafbock, Preis 43
 Schafleder 90
 Schänkwirte 165, 195
 Schanz 68
 Schatzkammer 43, 81, 82, 173, 178
 Schatzkammergericht der Juden
 207
 Scheunen 189
 Schildgeld (scutage) 44
 Schilling 176
 Schlächter 87, 196
 Schlagschatz 171
 Schmied 33, 96.
 Schmiedezunft 95, 96
 Schnittwaren 106

Schöffenbank 72, 80
 Scholastiker 156
 Schönberg 68
 Schreiber 87
 Schreine 207
 Schuhmacher 95
 Schuhmacherzunft 147
 Schuldschein 203 sq.
 Schultheiß (reeve) 8, 10, 26, 28, 30
 Schwarzer Tot 198
 Schweineverkauf 99
 Seebohm 3, 13, 14, 23
 Semivirgarii s. Halbhüfner
 Seneschal 9
 Servi, Sklaven 7, 15
 Sextary 195
 Sherif 43, 85, 97, 209
 Shrewsbury 209
 Sidgwick, Prof. 190
 Silbermünzen 168, 177 sq.
 Sklaven s. Servi
 Smith, Adam 77, 185, 188
 Smithfield 95
 Soc 16
 Socage 24
 Socmen 16 sq. 22, 24, 51
 Soldaten-Löhnung 42
 Southampton 67, 72, 75, 100, 107, 209
 Spanien 34
 Spencer, Herb. 179
 Spezereihändler 164
 Sporer 87, 95, 198
 Squire 37
 Städte, Entstehung und Bevölkerung 69
 Stadtbehörde, Stadtrat 79, 84 sq. 104 sq. 197 sq.
 Stadtgemeinde 35, 72 sq. 80
 Stahlhof 68, 110
 Stamford 101, 184
 Stapel 111

Stapelmeister 112
 Statute of Merchants 208
 Steinmetzen 88
 Steinsetzer 197
 Stephan, König 134, 171
 Sterling penny 174, 183
 Steuern 35, 105 sq. 112
 Steward, bei Gilden 72
 Steward, auf Gütern s. Verwalter
 Stolgebühren 32
 Stourbridge, Messe 99
 Streubesitz 5 sq. 15
 Stubbs, Bisch. 3, 12, 128
 Stycas 169
 Sub-manors 17
 Suffolk 16, 176
 Sussex 34

Tagewerk 48
 Tauschhandel 180
 Tauschwert 92
 Taxe f. Lebensmittel 101, 192 sq.
 Teer 34
 Terrae operariae s. Workland
 Tertullian 132
 Thomas v. Aquino 128, 137 sq. 150, 153, 156 sq. 182, 201
 Thorzoll 97
 Tischler 197
 Totnes 67, 72, 73, 80
 Tours, Concil 163
 Tuch 104; Vorschrift für dessen Breite 184
 Tuchfabrikation, -industrie 74, 94, 108, 184, 198
 Tuchhändler 87, 165
 Tuchmacher 81, 95, 100
 Tuchwalkergilde 81, 83, 87, 94
 Tyburn 105

- U**mlaufsmittel 44, 167, 176 sq.
Unterstützungskassen 91
Urbarsleute 17
- V**acarius 134
Verpachtung 25 sq. 28, 35
Verwalter der Fronhöfe (steward) 9
Verzug 202
Vienne, Concil 154
Vikar 32
Villani (villeins) 6, 15, 29, 35
Villata 10, 35
Villenage 5, 35
Virgarii 6, 15, 51
Virgata 6
Vlämische Weber 184
Vollbauer 15
Vorkaufen 76; vgl. Forestalling
- W**affen, zusammengeschmolzene 90
Waffendienst 17, 19, 44
Wägegebühr 101
Wagner, Ad. 65
Walbrook 199
Waldemar III. v. Dänem. 110
Wallace, Mr. 10
Wallingford 98, 100
Wallisisches Gesetz 14
Wallisische Grenze 15
Walter of Henley 2, 29
Wardens (Schöffen) 72
Wasserleitung in London 105
Weber 25, 81, 87, 95
Webergilde 81 sq. 85, 95, 106, 198
Wechseltische 177
Wegebesserung 97
Wegelagerer 97
Wein 101, 104, 105, 157, 195; Preisregelung 195 sq.
- Weißgerber 91
Weizen 43, 145, 187, 192 sq.
Welthandel 102
Wergeld 167
Werkleute 30, 35, 51
Wert-Theorie 138 sq. 161
Wessex 169, 170
Westminster 207
Wettbewerb 38
Wilhelm I. 70
Wilhelm II. Rufus 99, 171
Winchester 69, 72, 81, 83, 100, 107, 173
Winchester, Messe 99 sq. 105
Winchester, Statut 96
Wirtshäuser 98
Wistas 6
Wochenwerk 7, 17 sq. 21, 23, 27 sq.
Worcester Priory 2, 28
Workland 22
Wucher 151 sq. 162, 165, 200
Wucherverbote 158, 160 sq. 199 sq.
- Y**ardland 6
Yarmouth 108
York 69, 70, 81, 82, 169, 173, 209
Ypern 210
- Z**immermann 33
Zimmet 164
Zinn 110
Zinsen 152 sq. 162, 165
Zinspflicht der Bauern 21, 28, 31
Zölle 100, 101, 111
Zünfte s. Handwerker-gilden
Zunftsatzungen, Zunftverfassung 84 sq. 87, 89 sq. 129
Zunftwesen 86, 92, 95
Zunftzwang 82, 95

2. **Die drei albertinisch-ernestinischen Münzschriften.**
Herausgegeben von *W. Lotz*. Preis 2 M.
3. **Liquidation und Restitution der deutschen Volkswirtschaft nach dem dreissigjährigen Kriege.**
(Colloquium zwischen Bürger, Bauer und Edelmann.) Herausgegeben von *E. Gothein*. Preis 3 M. 20 Pf.
4. **James Anderson: Drei Schriften über Korngesetze und Grundrente.** Herausgegeben von *L. Brentano*. Preis 3 M. 60 Pf.
5. **William Stafford's drei Gespräche über die in der Bevölkerung verbreiteten Klagen.** Herausgegeben von *Emanuel Leser*. Preis 3 M. 40 Pf.
6. **Robert Malthus: Drei Schriften über Getreidezölle aus den Jahren 1814 und 1815.** Übersetzt und herausgegeben von *Emanuel Leser*. Preis 2 M. 60 Pf.
7. **Englische Wirtschaftsgeschichte.** Eine Einleitung in die Entwicklung von Wirtschaftsleben und Wirtschaftslehre. Von *W. J. Ashley*. Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen von *Rob. Oppenheim*. I. Das Mittelalter. Preis 4 M. 80 Pf.

Im Druck befinden sich:

8. **Englische Wirtschaftsgeschichte.** Von *W. J. Ashley*. Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen von *Rob. Oppenheim*. II. (Schluss.)
9. **David Ricardo's Schriften über Getreidezölle.** (Kleine Schriften I. Band.) Herausgegeben von *Emanuel Leser*.

Ferner sind in Aussicht genommen: Die beiden ältesten Lehrbücher der Finanzverwaltung, der *Dialogus de scaccario* und die Schrift *Fortescue's* über die Monarchie — die Schrift des *Oresmius* — eine Reihe von Schriften aller Nationen über das Geld aus dem 16., 17. und 18. Jahrhundert — die Schriften von *Mun*, *Petty* — die Grundlage der modernen Wertlehre von *Daniel Bernoulli* — weitere Grundrententheoretiker — einige Schriften *Owens* u. a. m.

Die Verlagshandlung hofft auf freundliche Aufnahme des Unternehmens nicht nur bei den Lehrern wie den Studenten der Staatswissenschaften, sondern auch in weiteren Kreisen, wo das Bedürfnis herrscht, sich über die vielen Fragen des Staatslebens an der Hand der Geschichte zu unterrichten.

Die Sammlung wird in Heften, durchweg in Leinwand kartoniert, ausgegeben. Der Druckbogen wird mit 25 Pf., in einzelnen Ausnahmefällen mit 30 Pf. Ladenpreis berechnet.

Jedes Heft ist auch einzeln zu haben.

Leipzig.

Duncker & Humblot.

P. A. Barthel, Brooklyn, N. Y.

Ashley, William James,

Englische Wirtschaftsgeschichte eine Einleitung in die Entwicklung von
Wirtschaftsleben und Wirtschaftslehre

Bd.: 1

1896

Cam. 518 y-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11803776-2